**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/3601**

31. 01. 96

Sachgebiet 707

# Unterrichtung

## durch die Bundesregierung

## Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung
## „Vorrang für Beschäftigung“

Inhaltsverzeichnis



*Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 31. Januar 1996 – 031 (421) – 600 01 – Ja 1/96 gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582).*
*Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft.*

**Verzeichnis der Schaubilder**

**Verzeichnis der Übersichten**



**Verzeichnis der Tabellen**

## Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1996 vor. Der Bericht wurde in Form und Inhalt neu gestaltet; dabei wurden Themenschwerpunkte gebildet und im Interesse der Lesbarkeit auf die vollständige Berücksichtigung aller Einzelfragen verzichtet. Er enthält eine Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwickung für Gesamtdeutschland und erläutert die für das laufende Jahr von der Bundesregierung geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Bundesregierung erinnert an Kurt Schmücker, der am 6. Januar 1996 im Alter von 76 Jahren verstorben ist. Kurt Schmücker war von Oktober 1963 bis November 1966 Bundesminister für Wirtschaft und leitete dabei zeitweise auch das Bundesministerium der Finanzen. Danach wechselte er in das Bundesschatzministerium. Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt legte er einen „Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1963 und die Aussichten für 1964" als Vorläufer der späteren Jahreswirtschaftsberichte vor. In seiner Amtszeit wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität im Parlament eingebracht, der die Grundlage des später verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes bildete.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 14. November 1995 sein Jahresgutachten 1995/96 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Im Standortwettbewerb". Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für die detaillierte Analyse der wirtschaftlichen Situation im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1996 sowie die wertvollen Ausführungen zu den Grundlinien der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1996 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

## Einführung

In Deutschland fehlen gegenwärtig über fünf Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Dies ist nicht akzeptabel. Die gegenwärtige Situation bedeutet eine gravierende ökonomische Belastung für die Betroffenen und die Allgemeinheit. Sie führt bei vielen Arbeitslosen und ihren Familien darüber hinaus zu erheblichen Beeinträchtigungen ihrer persönlichen Lebenssituation, die sich nicht in Geld ausdrücken lassen. Die heutige Dimension der Arbeitslosigkeit ist ein Problem für die gesamte Gesellschaft. Die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland zu sichern und neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen ist deshalb die zentrale Herausforderung für Gesellschaft und Politik im Jahr 1996 und darüber hinaus. Die Bundesregierung stellt diesen Jahreswirtschaftsbericht daher unter die Überschrift „Vorrang für Beschäftigung".

Nach wie vor bietet die Bundesrepublik Deutschland für eine unternehmerische Betätigung in vielerlei Hinsicht gute Bedingungen. Sie ist aber in Gefahr, im internationalen Standortwettbewerb Rangplätze unter den führenden Industrieländern einzubüßen. Die drückende Steuer- und Abgabenlast, die hohe Staatsquote und vielfältige bürokratische Hemmnisse engen den Spielraum für private Leistung ein. Sie beeinträchtigen die Effizienz der Wirtschaft und wirken als Bremse für die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Dies wiegt um so schwerer, als deutsche Arbeitsplätze durch die Globalisierung der Märkte mehr und mehr mit ausländischen in direktem Wettbewerb stehen.

Die Produktionskosten werden inzwischen vielfach so hoch eingeschätzt, daß eine wirtschaftliche Betätigung sich nicht mehr lohne. Neben den direkten Lohnkosten fallen die Lohnzusatzkosten immer stärker ins Gewicht. Sie sind längerfristig sogar deutlich stärker als der direkte Arbeitslohn gestiegen. Überdies ist die Abgabenbelastung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung beträchtlich gewachsen. Insgesamt können die Arbeitnehmer inzwischen nur noch über rund die Hälfte dessen verfügen, was für sie bei ihren Arbeitgebern als Kostenbelastung anfällt.

Mit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im Anschluß an die Anfang 1993 zu Ende gegangene Rezession waren zwar zunächst erste Entlastungen für den Arbeitsmarkt verbunden. Diese Tendenz hat sich aber seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres nicht mehr fortgesetzt, ja die Arbeitslosigkeit hat sich seitdem wieder erhöht. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verlangsamte sich im Laufe des letzten Jahres zunehmend. Nach der Jahresmitte legte das Wirtschaftswachstum sogar eine Pause ein. Neue Belastungen durch den kräftig gestiegenen Wechselkurs der D-Mark und die unerwartet hohen Lohnsteigerungen haben dazu wesentlich beigetragen.

Nach Einschätzung aller Experten wird sich die konjunkturelle Expansion im Verlaufe des Jahres 1996 wieder fortsetzen. Dies ist auch die Erwartung der Bundesregierung (vgl. Abschnitt C). Für eine solche Entwicklung sprechen zahlreiche Gründe: Die hemmenden Wirkungen der letztjährigen Wechselkurs- und Lohnentwicklung lassen allmählich nach. Die Zinsen sind auf ein vergleichsweise niedriges Niveau gesunken. Die Preise sind stabil. Die Weltkonjunktur ist weiter aufwärts gerichtet. Die privaten Haushalte werden steuerlich entlastet. Der zu erwartende Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistung wird aber nicht stark genug sein, um eine durchgreifende Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Die Produktions- und Investitionsbedingungen am Standort Deutschland müssen deshalb durchgreifend verbessert werden. Vor allem muß die Kostenbelastung der Unternehmen gesenkt und ihre Innovationskraft gestärkt werden, damit die Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zurückfindet, der einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglicht. Die erforderlichen Weichenstellungen können allerdings nur teilweise von der Bundesregierung selbst eingeleitet werden. Unternehmen und Gewerkschaften sind ebenso in der Pflicht wie Länder und Gemeinden, wenn es darum geht, Freiräume für Beschäftigungsdyamik zu schaffen, Kosten zu senken, die Flexibilität der Märkte zu erhöhen, Subventionen abzubauen und den Standort Deutschland fit zu machen.

Die Bundesregierung schlägt in diesem Jahreswirtschaftsbericht ein Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vor (vgl. Abschnitt B. I. 2.). Dabei kann es nicht um ein Ausgabenprogramm gehen, das auch mit extrem hohem finanziellen Aufwand allenfalls vorübergehende Beschäftigungswirkungen mit sich bringen würde. Es geht vielmehr um eine dauerhafte Verbesserung der Produktionsbedingungen am Standort Deutschland. Im Schwerpunkt zielt das Aktionsprogramm darauf ab, die Staatsquote zurückzuführen, die Steuerbelastung zu senken, die Lohnzusatzkosten zu begrenzen und staatliche Überregulierungen zu beseitigen.

Gut fünf Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg der wirtschaftlichen und sozialen Einheit ein entscheidendes Stück vorangekommen. Das Leistungsgefälle zwischen alten und neuen Ländern ist aber nach wie vor groß. Die Bundesregierung wird den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in Ostdeutschland, die sich aus eigener Kraft am Markt behaupten kann und die genügend Beschäftigungs- und Einkommenschancen bietet, weiterhin unterstützen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn auch die Tarifpartner in ihrem Verantwortungsbereich der besonderen Situation in den neuen Ländern Rechnung tragen (vgl. Abschnitt B. I.3.).

Der europäischen Einigung räumt die Bundesregierung einen herausragenden Stellenwert ein. Der Einigungsprozeß muß entschlossen weiter vorangebracht und politisch unumkehrbar gemacht werden. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist ein entscheidender Meilenstein auf diesem Wege. Für Deutschland und Europa ergeben sich aus einer stabilen einheitlichen Währung große Vorteile (vgl. Abschnitt B. III.).

# A. Gravierende Beschäftigungsprobleme

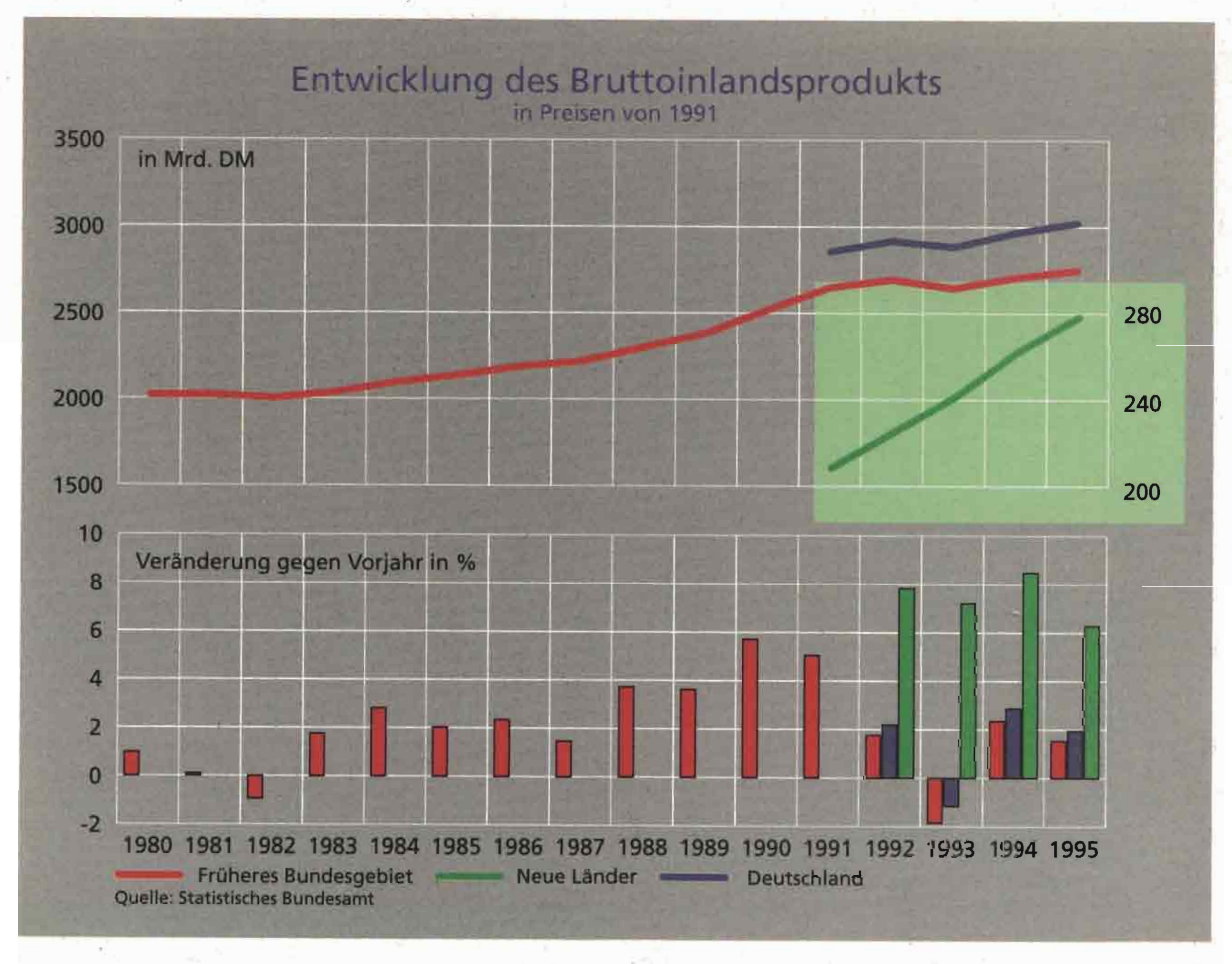
## I. Wachstumspause

**1.** Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verlief im abgelaufenen Jahr – entgegen den Anfang 1995 allgemein gehegten Erwartungen – zunehmend verhaltener. Nach einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der ersten Jahreshälfte hat sich das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit der Jahresmitte offenbar etwas ermäßigt. Im Jahresdurchschnitt nahm es damit nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenüber 1994 real um 1,9 % zu; dies war merklich weniger als die ein Jahr zuvor registrierte Steigerungsrate (+2,9 %). Zugleich blieb die Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts hinter der des Produktionspotentials zurück, so daß die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung abgenommen hat.

Die gegenwärtige Wachstumspause bedeutet auch nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kein Ende der vor nunmehr knapp drei Jahren begonnenen konjunkturellen Expansion. Vieles spricht – wie eingangs erwähnt – vielmehr dafür, daß sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nach einer vorübergehenden Unterbrechung im Laufe des Jahres wieder fortsetzt. Allerdings dürfte das Wachstumstempo – wie auch der Sachverständigenrat feststellt – „im ganzen nur schleppend statt zügig sein" (Ziffer 221 JG; vgl. im einzelnen Abschnitt C dieses Berichts sowie die Anlage, Teil B).

Weil die gesamtwirtschaftliche Leistung langsamer wuchs als das Produktionspotential, hat sich 1995 die im Vorjahr beobachtete leichte Besserung am Arbeitsmarkt nicht fortgesetzt. Auch drei Jahre nach dem Verlassen der konjunkturellen Talsohle hat bei der Beschäftigung noch kein neuer Aufwärtstrend

Schaubild 1



begonnen. Die Entwicklung verläuft deutlich ungünstiger als in vergleichbaren Phasen früherer Konjunkturzyklen, in denen das Wirtschaftswachstum stets kräftiger ausgefallen war.

**2.** Für das Nachlassen der konjunkturellen Dynamik im vergangenen Jahr gibt es verschiedene Ursachen. Von erheblicher Bedeutung war, daß die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich überraschend verschlechterten. So hat der Schwung der Weltkonjunktur seit dem letzten Frühjahr merklich nachgelassen. Vor allem aber hat sich der Wechselkurs der D-Mark im Verhältnis zu den Währungen zahlreicher Partnerstaaten spürbar erhöht. Bereits im Verlaufe des Jahres 1994 war der Außenwert der deutschen Währung gegenüber denjenigen von achtzehn Industrieländern, in die insgesamt rund drei Viertel der deutschen Exporte fließen, real im Durchschnitt um rund 3½% gestiegen. Unter dem Einfluß internationaler Währungsturbulenzen trat im ersten Quartal des letzten Jahres eine weitere Steigerung um rund 5 % ein, die sich bis Ende 1995 nur etwa zur Hälfte zurückbildete. Angesichts der neuen außenwirtschaftlichen Belastungen für die deutsche Wirtschaft wog es um so schwerer, daß die Tarifparteien durch zu starke Lohnerhöhungen die Kosten der Unternehmen weiter in die Höhe trieben. Auch ist die Abgabenbelastung für Bürger und Unternehmen unverändert hoch.

Insgesamt haben diese Einflußfaktoren die internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Firmen fühlbar beeinträchtigt und die Exportchancen geschmälert. Dies wird vor allem daraus ersichtlich, daß die deutschen Ausfuhren, auch wenn sie 1995 merklich expandierten, deutlich weniger zunahmen als der Welthandel, so daß Marktanteile im Ausland verlorengingen. Gleichzeitig verschlechterten sich die Ertragserwartungen in der Wirtschaft. Dies hatte nicht nur zur Folge, daß arbeitsplatzschaffende Investitionen zurückgestellt wurden, darüber hinaus unterblieben auch die für dieses Jahr allgemein erwarteten Personalaufstockungen. Die Firmen – insbesondere diejenigen des Verarbeitenden Gewerbes – bauten im Gegenteil ihre Belegschaftszahlen weiter ab, indem sie ihre Rationalisierungsanstrengungen im Inland verstärkten, vermehrt Aktivitäten ins kostengünstigere Ausland verlagerten oder Vorprodukte von dort bezogen.

Dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität im abgelaufenen Jahr hat auch eine erhebliche Abschwächung der Baukonjunktur gewirkt. Dabei spielte eine wichtige Rolle, daß Ende 1994 steuerliche Vergünstigungen für den Wohnungsbau ausliefen, so daß zahlreiche Projekte vorgezogen wurden. Darüber hinaus zeigten die staatlichen Bauinvestitionen angesichts knapper öffentlicher Kassen deutliche Anzeichen von Schwäche. Ferner wurden weniger gewerbliche Bauten als im Vorjahr erstellt, da sich hierfür von der Kapazitätsauslastung der Unternehmen her kaum zusätzlicher Bedarf ergab. Strukturelle Probleme der Bauwirtschaft treten verschärfend hinzu (vgl. Ziffer 94).

Schaubild 2

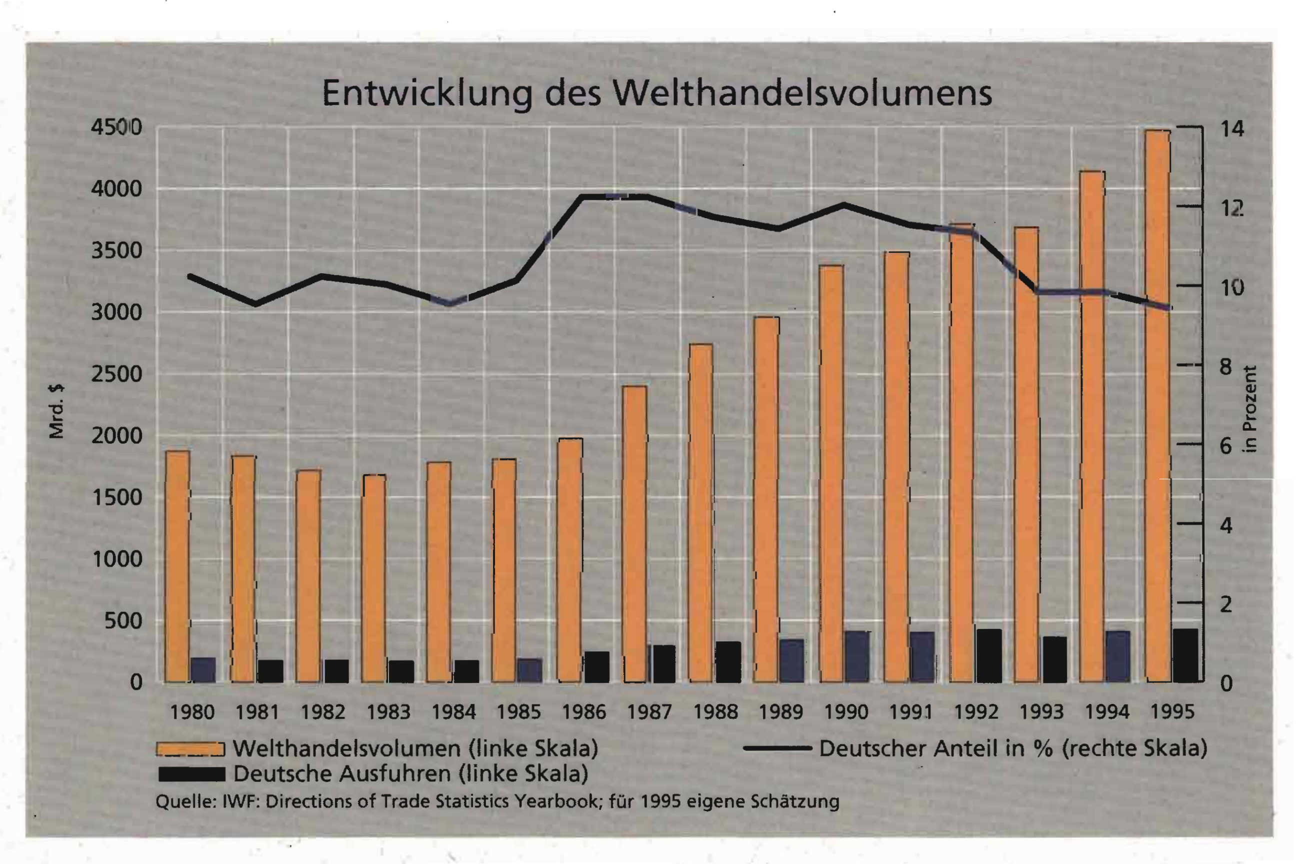


Schaubild 3

## Entwicklung des Außenwertes der D-Mark

Ende 1972 = 100

250
230
210
190
170
150
130
110
90

1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995

gegenüber US-Dollar
gegenüber 18 Industrieländern

Schaubild 4

## Realer Außenwert der D-Mark und reale Ausfuhr

Veränderung gegen Vorjahr in %

20
15
10
5
0
-5
-10
-15

1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995

Reale Ausfuhr
Realer Außenwert

Keine Werte 1990/91 wegen Einbeziehung der Neuen Länder

Quelle: Deutsche Bundesbank

Auch der Private Verbrauch ist 1995 wenig gewachsen. Von wesentlicher Bedeutung war dabei, daß die in dieser Konjunkturphase sonst durch einen Anstieg der Beschäftigung eintretende Aufstockung der verfügbaren Einkommen dieses Mal ausblieb. Auch haben die Einführung des Solidaritätszuschlages und der Pflegeversicherung die Kaufkraft der privaten Haushalte geschmälert.

**3.** Vor allem in den *alten Ländern* geriet die wirtschaftliche Expansion im abgelaufenen Jahr mehr und mehr ins Stocken. Angesichts der umfassenden Integration der westdeutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft haben Beeinträchtigungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einen erheblichen dämpfenden Einfluß auf die inländische Produktion. Im Jahresdurchschnitt 1995 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den alten Ländern real um 1,5 %.

Die Verflechtung von ostdeutscher und westdeutscher Wirtschaft schreitet zügig weiter voran. Die Wirtschaftsabläufe beeinflussen sich damit gegenseitig in zunehmendem Maße. Gleichwohl gibt es in den *neuen Ländern* weiterhin eigenständige Entwicklungen. Der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft kam hier im letzten Jahr ein weiteres beachtliches Stück voran, auch wenn das Wirtschaftswachstum weniger dynamisch war als im Jahr zuvor. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, die 1994 um 8,5 % ausgeweitet worden war, erhöhte sich um weitere 6,3 %. Allerdings hat sich das Tempo der wirtschaftlichen Expansion im zweiten Halbjahr merklich verringert.

Daß die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 1995 in den neuen Ländern niedriger ausfiel als in den Vorjahren, war zu einem wesentlichen Teil auf die Ent-

Schaubild 5

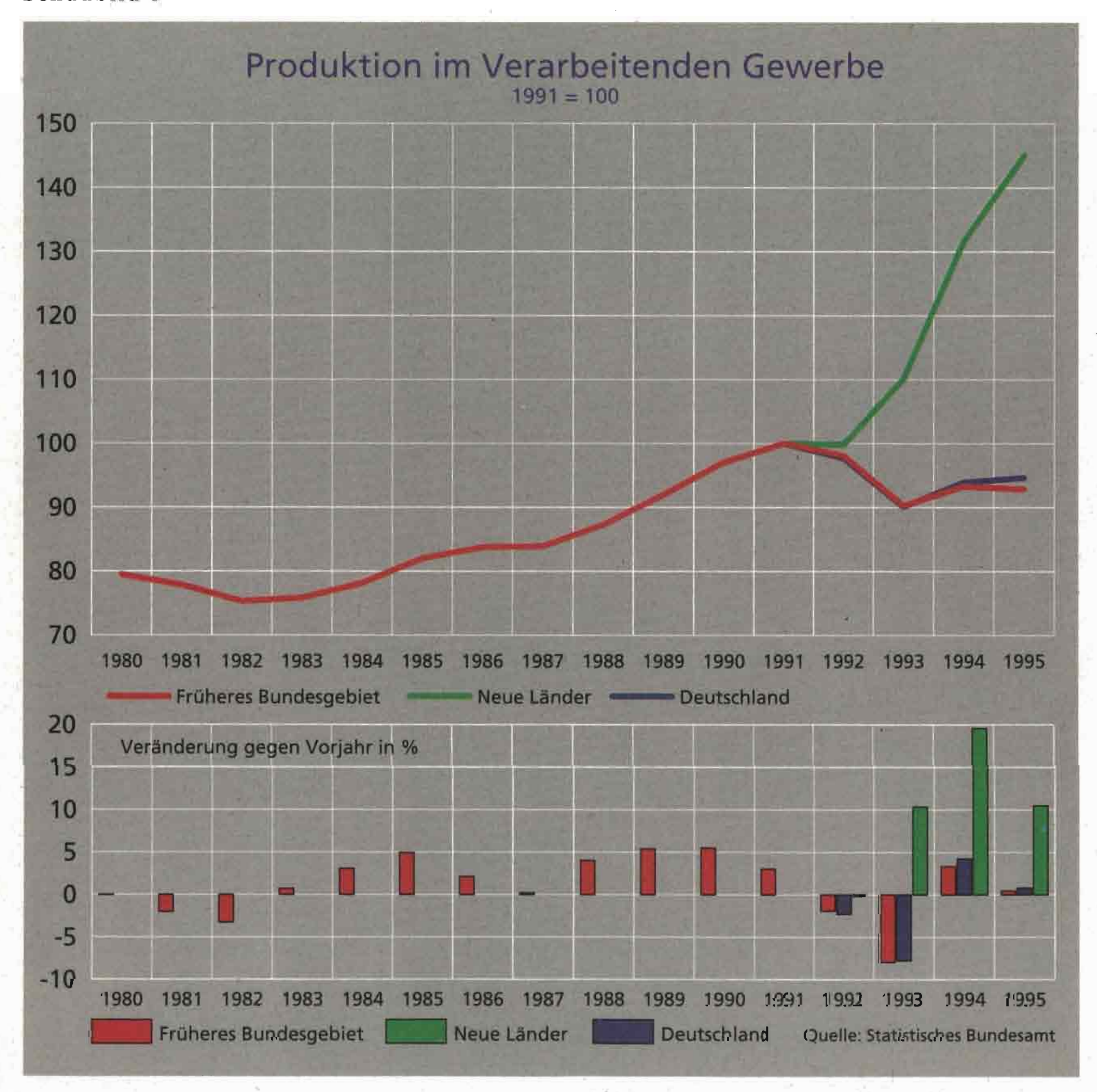


Schaubild 6

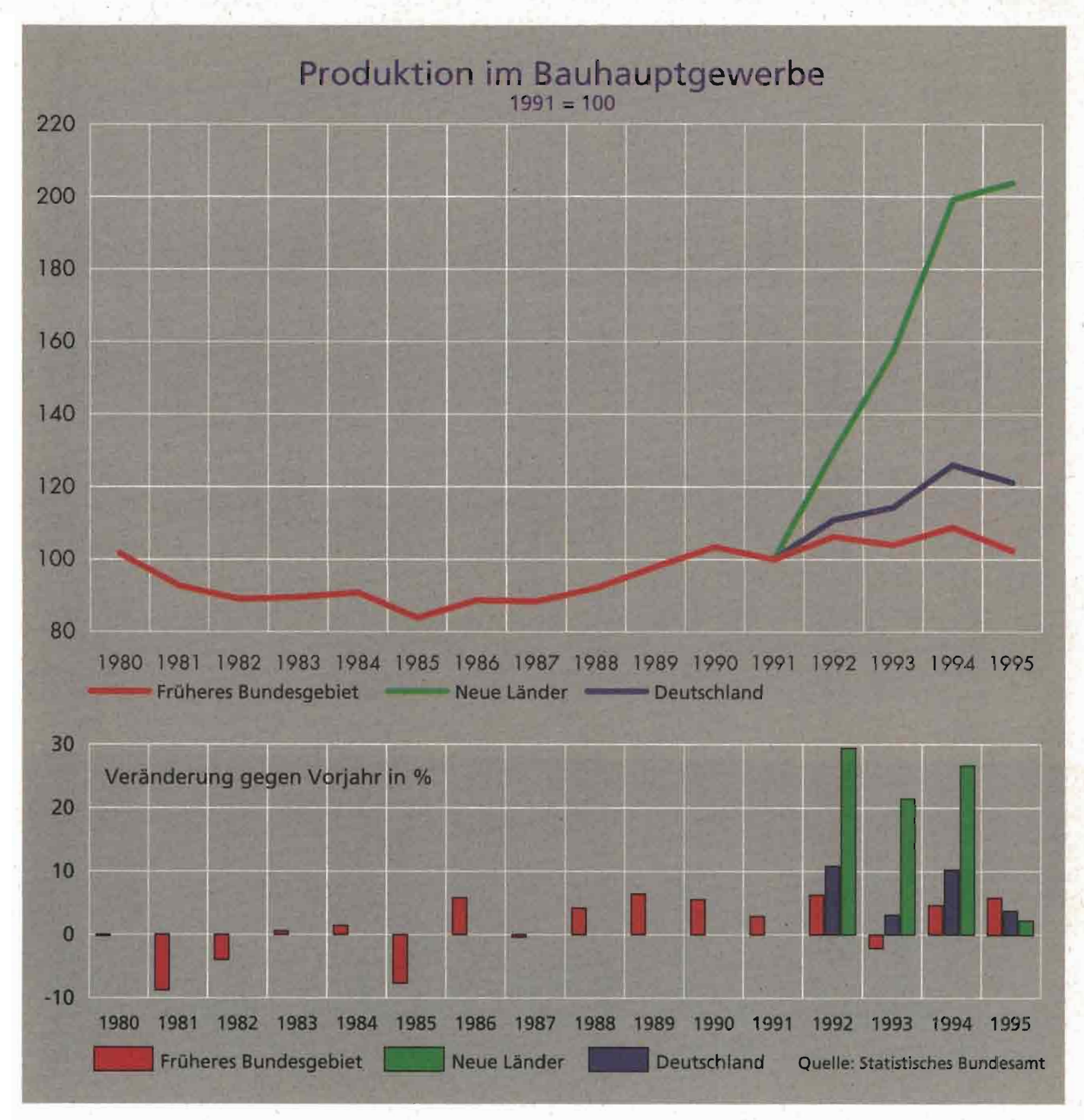

Produktion im Bauhauptgewerbe
1991 = 100
220
200
180
160
140
120
100
80
1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995
Früheres Bundesgebiet
Neue Länder
Deutschland
Veränderung gegen Vorjahr in %
30
20
10
0
-10
1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995
Früheres Bundesgebiet
Neue Länder
Deutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt

Schaubild 7

## Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (VG)
in % der betriebsüblichen Vollausnutzung
saisonbereinigte Quartalswerte

100
90
80
70
60

1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995

Früheres Bundesgebiet – VG ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
Neue Länder – VG einschl. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Quelle: Ifo-Institut

Schaubild 8

## Entwicklung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen
Veränderung gegen Vorjahr in %

Ausrüstungsinvestitionen

20
10
0
-10
-20

1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995

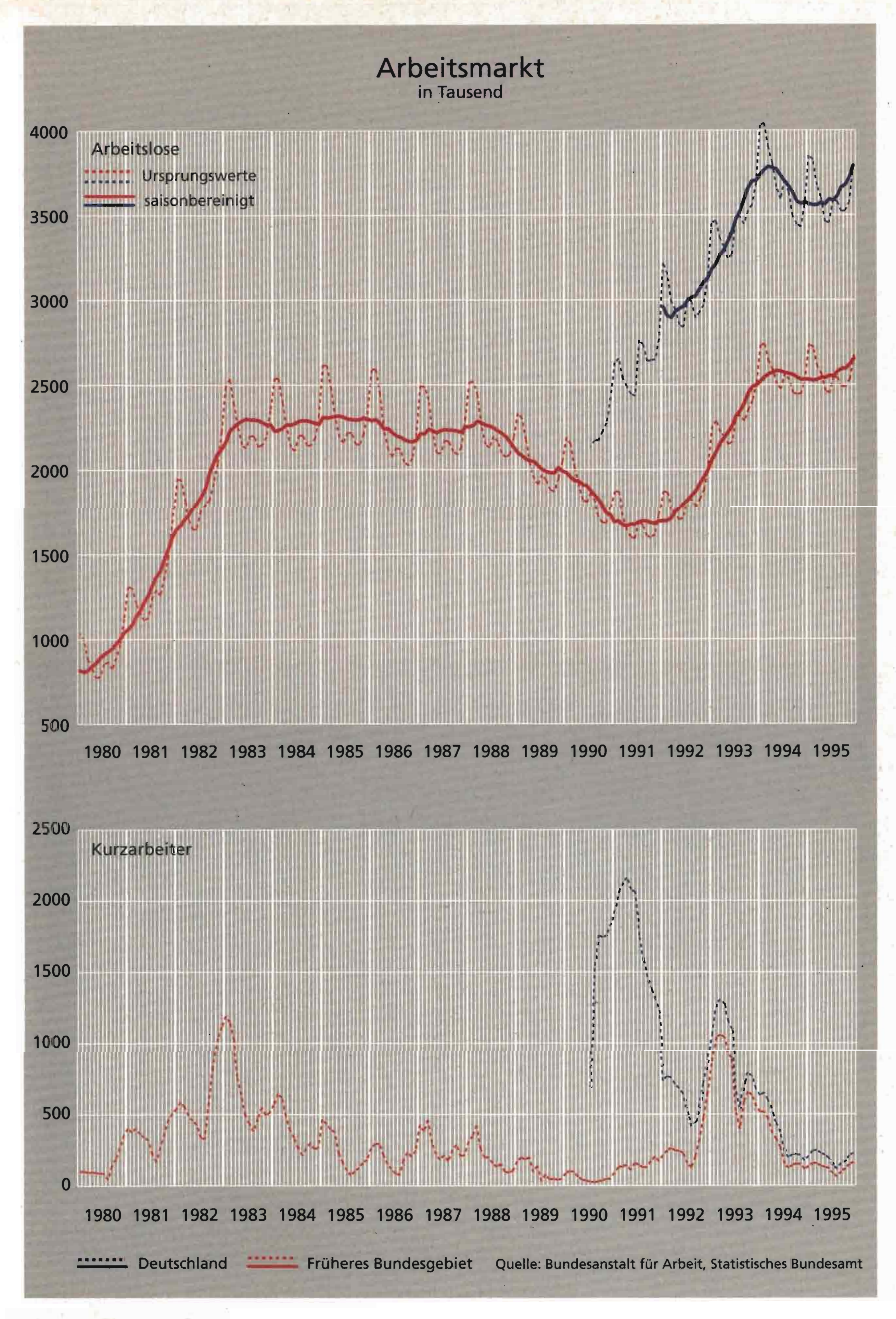
Bauinvestitionen

20
10
0
-10
-20

1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995

Werte bis 1989: Früheres Bundesgebiet; seit 1992 Deutschland insgesamt
Keine Werte 1990/91 wegen Einbeziehung der Neuen Länder

Quelle: Statistisches Bundesamt


Arbeitsmarkt
in Tausend
Arbeitslose
Ursprungswerte
saisonbereinigt
4000
3500
3000
2500
2000
1500
1000
500
1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995
Kurzarbeiter
2500
2000
1500
1000
500
0
1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995
Deutschland
Früheres Bundesgebiet
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

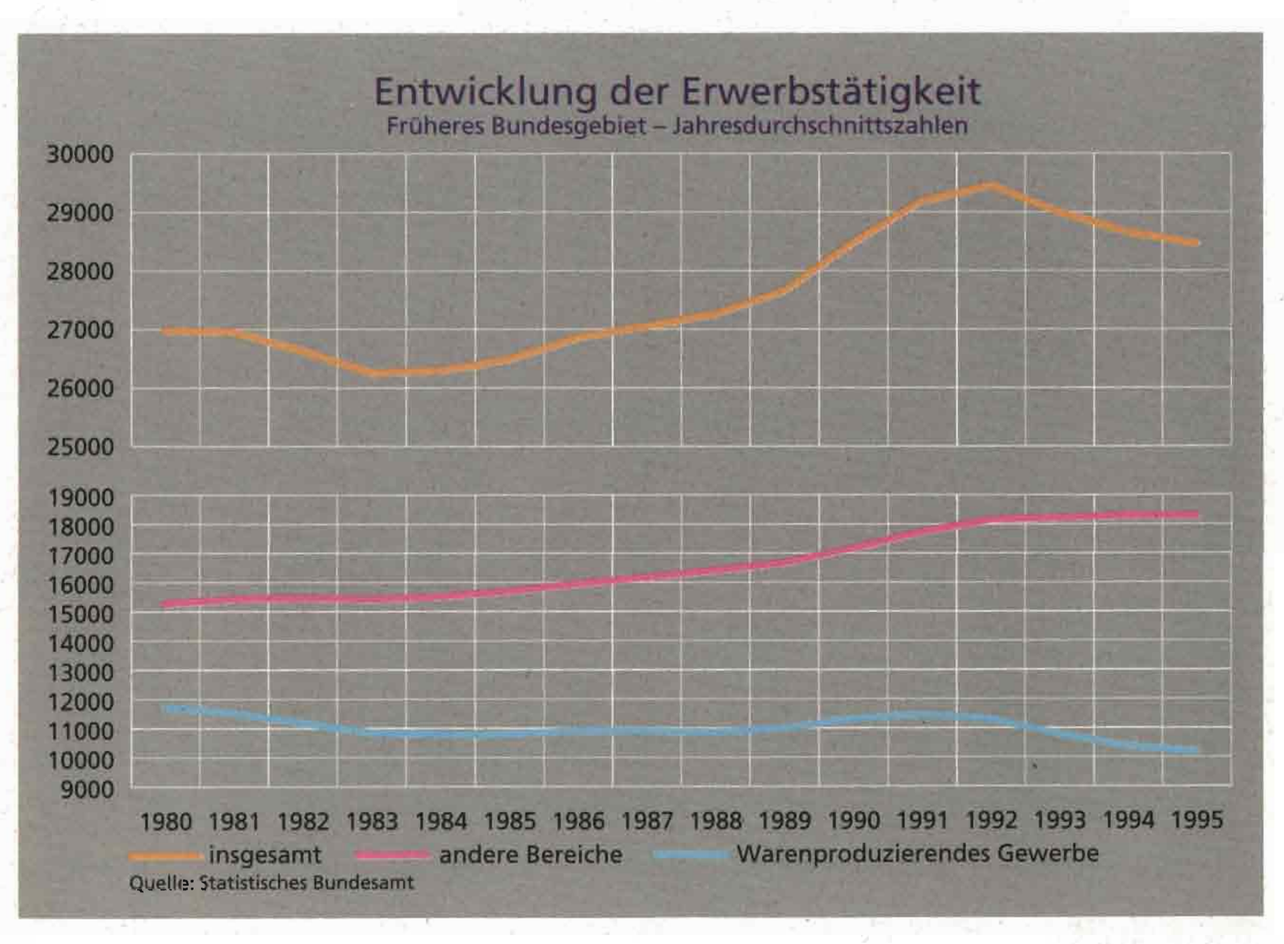
wicklung in der Bauwirtschaft zurückzuführen, die dort derzeit noch eine weitaus größere gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat als in Westdeutschland. Seit der Wiedervereinigung war es in diesem Wirtschaftszweig – begünstigt durch umfangreiche staatliche Fördermaßnahmen – zu einer stürmischen Expansion gekommen, in deren Verlauf sich die Bauproduktion mehr als verdoppelte. Im letzten Jahr hat sich die steile Aufwärtsentwicklung angesichts des erreichten hohen Niveaus nicht weiter fortgesetzt, die Bautätigkeit verzeichnete vielmehr nur noch eine verhaltene Zunahme. Im Verarbeitenden Gewerbe kam es demgegenüber im Jahresdurchschnitt abermals zu einer weiteren beachtlichen Ausdehnung der Erzeugung.

**4.** Die Entwicklung am Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland verläuft insgesamt enttäuschend. Die leichte Besserung, die sich im Laufe des Jahres 1994 bei der Arbeitslosigkeit angebahnt hatte, kam im Frühjahr letzten Jahres mit dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik wieder zum Stillstand; seitdem steigt die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt wieder merklich an. Ende vergangenen Jahres belief sie sich in Gesamtdeutschland auf 3,791 Mio., womit sie um 231 000 höher lag als zwölf Monate zuvor. Überdies tritt die Erwerbstätigkeit seit nahezu zwei Jahren weitgehend auf der Stelle.

Besonders in den *alten Ländern* hat sich das Bild des Arbeitsmarktes im Verlaufe des letzten Jahres wieder verschlechtert. Anders als in vergleichbaren Phasen früherer Konjunkturzyklen ist auch fast drei Jahre nach dem Beginn der konjunkturellen Erholung eine Verbesserung der Beschäftigungssituation noch nicht in Gang gekommen. Nach wie vor geht die Zahl der Erwerbstätigen vielmehr zurück. Offenbar reichen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Wachstumsdynamik, die mehr Beschäftigung möglich macht, derzeit nicht aus (vgl. Schaubild 11).

In den *neuen Ländern* gab es 1995 am Arbeitsmarkt ein differenziertes Bild. Spürbare Verbesserungen waren zumindest in der ersten Jahreshälfte abermals bei der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Positiv ist, daß dieser Zuwachs mehr und mehr auf reguläre Beschäftigung entfiel und spezifische beschäftigungsschaffende Maßnahmen zunehmend in den Hintergrund traten. Mit dem nachlassenden Schwung der Bautätigkeit ist die Zunahme der Beschäftigung jedoch in jüngster Zeit ins Stocken geraten. Bei der Arbeitslosigkeit haben sich die Entspannungstendenzen, die bis zum Frühjahr letzten Jahres angehalten hatten, damit zuletzt nicht fortgesetzt. Etwa seit der Jahresmitte kam es vielmehr wieder zu einer merklichen Zunahme. Ende Dezember 1995 war die Zahl der Arbeitslosen mit 1,113 Mio. wieder um 98 000 hö-

Schaubild 10



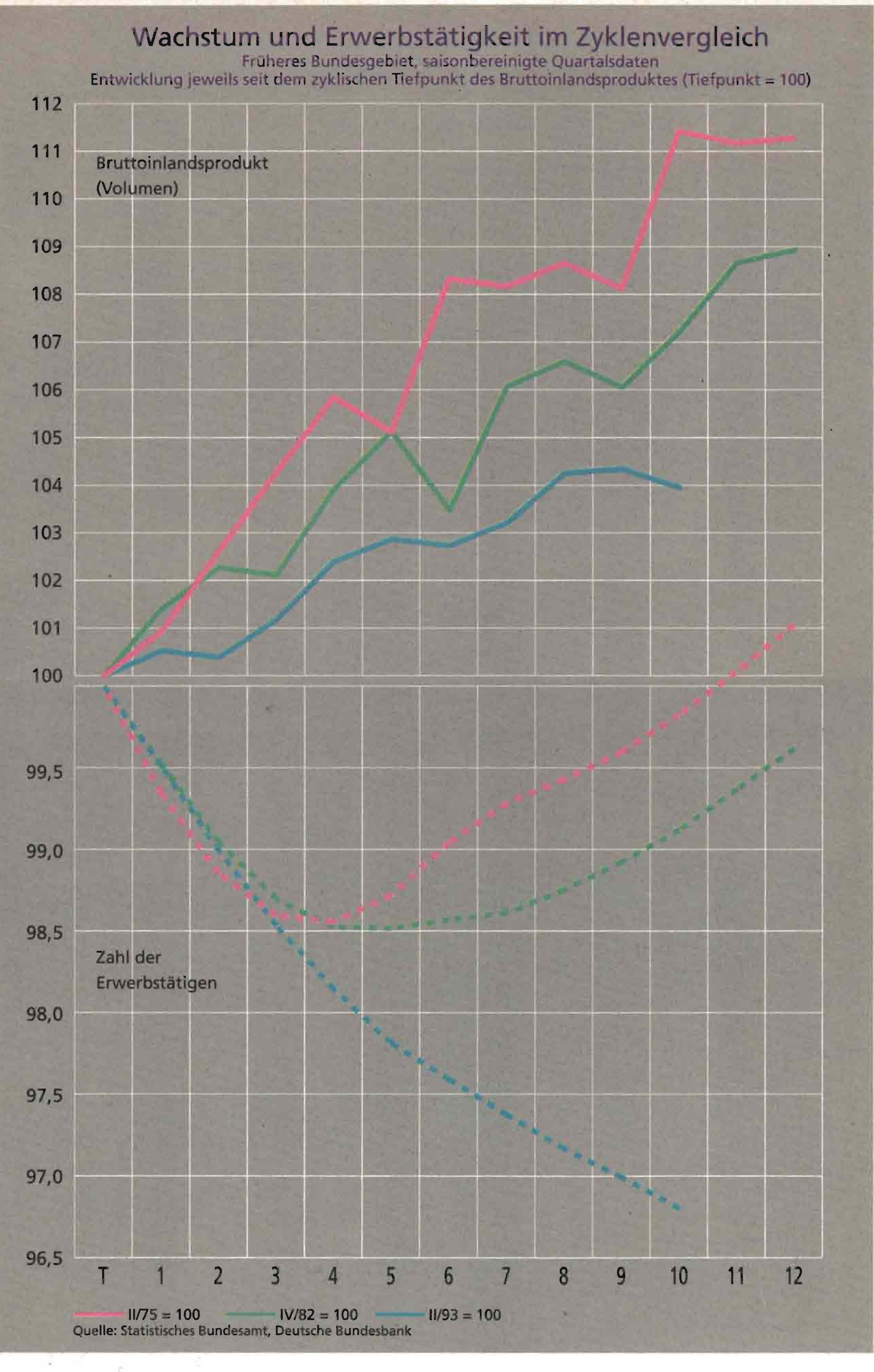
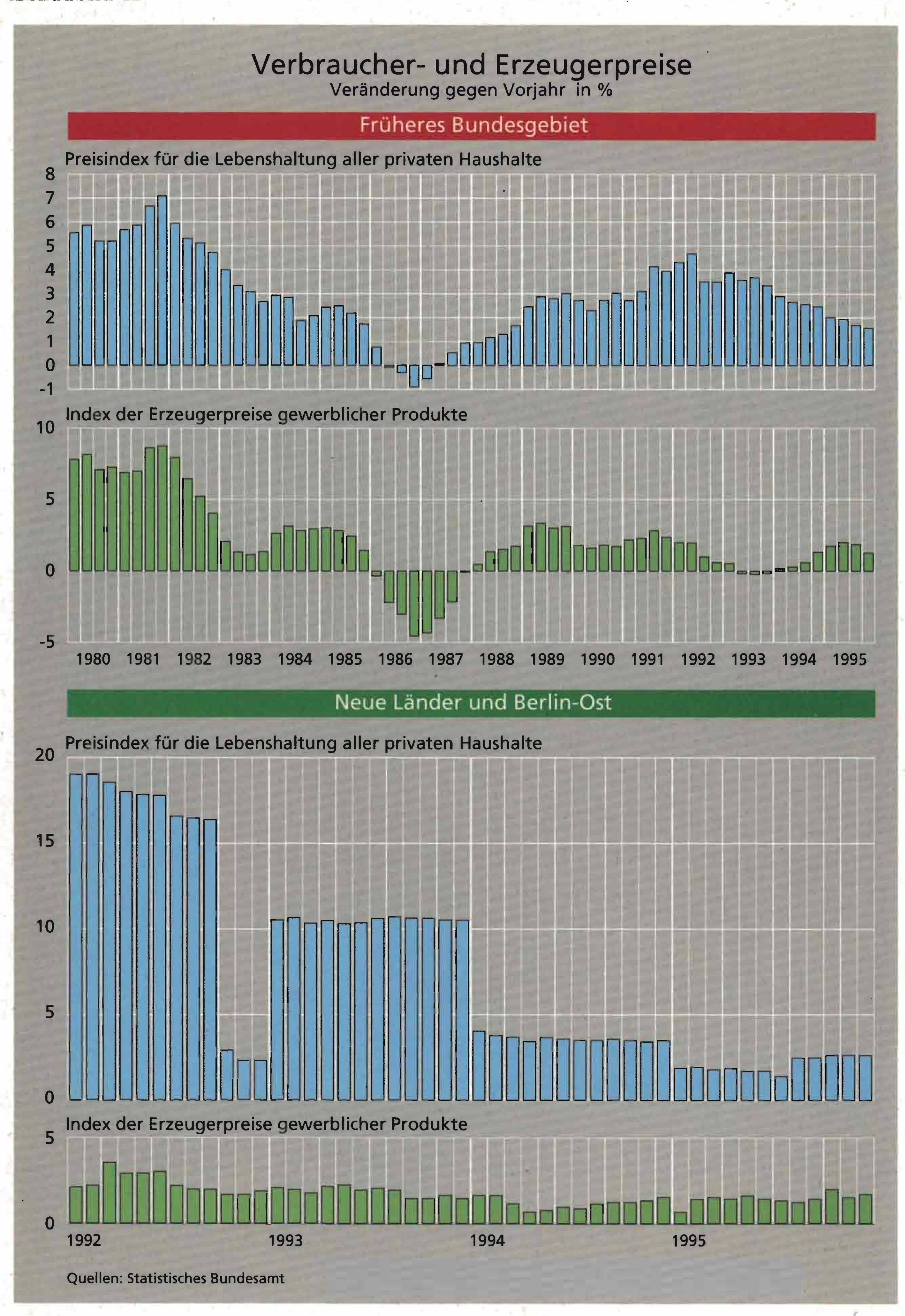

Wachstum und Erwerbstätigkeit im Zyklenvergleich
Früheres Bundesgebiet, saisonbereinigte Quartalsdaten
Entwicklung jeweils seit dem zyklischen Tiefpunkt des Bruttoinlandsproduktes (Tiefpunkt = 100)
Bruttoinlandsprodukt (Volumen)
Zahl der Erwerbstätigen
112
111
110
109
108
107
106
105
104
103
102
101
100
99,5
99,0
98,5
98,0
97,5
97,0
96,5
T 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
II/75 = 100
IV/82 = 100
II/93 = 100
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Schaubild 12



her als zwölf Monate zuvor. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Entlastungswirkungen des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums deutlich weniger ins Gewicht fielen als zur gleichen Vorjahreszeit. Zuletzt ist auch der Beschäftigungsaufbau nicht mehr vorangekommen.

**5.** Zu den positiven Elementen des gegenwärtigen Konjunkturbildes zählt zweifellos die Preisentwicklung. Im *früheren Bundesgebiet* erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung von 1994 auf 1995 lediglich um 1,7 %; dies war die niedrigste Steigerungsrate seit 1988. In den *neuen Ländern* entwickelten sich die Preise zumeist ähnlich moderat wie im Westen der Bundesrepublik. Einen deutlichen Anstieg verzeichneten hier in den letzten Monaten des vergangenen Jahres lediglich die Wohnungsmieten. Dies war aber nicht Ausdruck inflationärer Verspannungen, sondern ist mit der angestrebten Heranführung des ostdeutschen Mietenniveaus an die tatsächlichen Kosten- und Nachfragebedingungen zu erklären. Im Zusammenhang damit wurde in den neuen Ländern ab August 1995 der Übergang auf das im früheren Bundesgebiet gültige Vergleichsmietensystem eingeleitet. Im Jahresdurchschnitt kam es beim Verbraucherpreisniveau der neuen Länder daher mit +2,1 % zu einer etwas größeren Steigerung als im früheren Bundesgebiet. Für *Gesamtdeutschland* ergab sich 1995 eine Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung von 1,8 %. Ohne Berücksichtigung der Wohnungsmieten beläuft sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe in Deutschland seit einigen Monaten lediglich auf etwa 1 %.

**6.** Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland wies in den ersten zehn Monaten des abgelaufenen Jahres einen Fehlbetrag von 21,9 Mrd. DM auf. Damit war das Defizit um 6,1 Mrd. DM niedriger als zur gleichen Vorjahreszeit. Diese Entwicklung ging vor allem auf eine Ausweitung des Überschusses im grenzüberschreitenden Warenverkehr zurück, da die Einfuhren weniger stark als die Ausfuhren zunahmen. Mit +76 Mrd. DM war der Saldo im Zeitraum Januar bis Oktober 1995 um knapp 15 Mrd. DM höher als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig ergab sich bei den laufenden Übertragungen ein etwas geringeres Minus, obwohl der Nettobeitrag zum EG-Haushalt sehr hoch blieb. Trotz der Sonderbelastungen der Bundesrepublik Deutschland durch den Aufbau in den neuen Ländern haben sich die Nettoleistungen an den EG-Haushalt seit 1990 weit mehr als verdoppelt. Den vom Außenhandel und den laufenden Übertragungen ausgehenden dämpfenden Einflüssen auf das Leistungsbilanzdefizit stand eine weitere Passivierung der Dienstleistungsbilanz gegenüber. Außerdem haben die Kapitalertragszahlungen an das Ausland in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Dies hängt vor allem mit den seit der Wiedervereinigung zu beobachtenden Kapitalimporten zusammen, die Spiegelbild des Leistungsbilanzdefizits und zur Finanzierung des Aufbaus der Wirtschaft in den neuen Ländern durchaus erwünscht sind. Korrekturen bei den im Ausland erzielten Kapitalerträgen sind für 1995 – anders als es für das Jahr 1994 der Fall war – nur im Ausmaß sonst üblicher Revisionen zu erwarten.

## II. Standortverbesserung konsequent fortsetzen

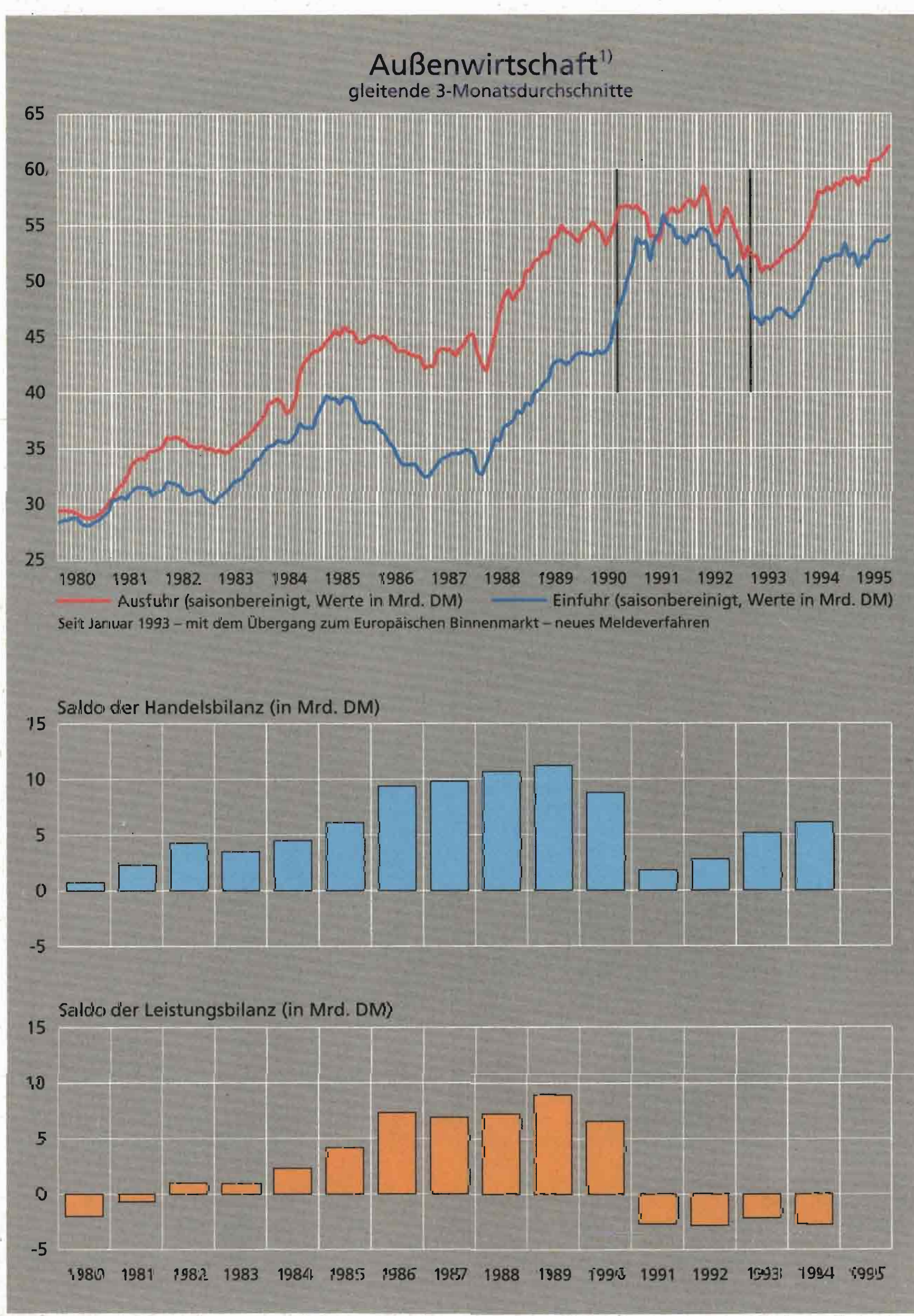
**7.** Das frühe Erlahmen der konjunkturellen Auftriebskräfte zeigt, daß die eigentlichen Herausforderungen in Deutschland weit über konjunkturelle Schwierigkeiten hinausgehen. Sie liegen in der dringenden Notwendigkeit, sowohl die Wirtschaft als auch die staatlichen Rahmenbedingungen möglichst schnell auf ein grundlegend gewandeltes weltwirtschaftliches Umfeld einzustellen.

Die internationale Arbeitsteilung verändert sich derzeit in erheblichem Ausmaß und Tempo. Die Mobilität von Kapital und technischem Wissen wächst. Neue Kommunikations- und Transporttechnologien, die Vertiefung der europäischen Integration, der Fall des Eisernen Vorhangs sowie die Fortschritte in der Handelsliberalisierung haben die Welt wirtschaftlich und politisch enger zusammenrücken lassen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland stehen aus Sicht der auf globale Märkte ausgerichteten Investoren immer stärker im unmittelbaren Wettbewerb mit den Verhältnissen an anderen Standorten in aller Welt. Die Bundesregierung teilt vor diesem Hintergrund die Auffassung des Sachverständigenrates, daß es grundlegender Änderungen eingefahrener Verhaltensweisen bei den Akteuren der Wirtschaftspolitik bedarf, wenn den Anforderungen des Standortwettbewerbs erfolgreich begegnet werden soll (Ziffer 255 JG).

**8.** Große Herausforderungen ergeben sich aus den langfristigen Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung vor allem für die Beschäftigung in Deutschland wie in anderen westlichen Industrieländern: Während noch bis vor kurzer Zeit mehr als die Hälfte des globalen Arbeitskräftepotentials durch Planwirtschaft und Protektionismus von den internationalen Märkten abgeschnitten war, werden im Jahre 2000 etwa 90 % aller Erwerbstätigen in Ländern arbeiten, die stark in die Weltwirtschaft eingebunden sind. In den nächsten 3 Jahrzehnten wird die Zahl der Arbeitskräfte von heute weltweit 2,5 Mrd. voraussichtlich um weitere 1,2 Mrd. zunehmen. Diese Zunahme wird sich fast ausschließlich in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen vollziehen. Zusammen mit den positiven politischen Veränderungen, die die derzeitige weltwirtschaftliche Entwicklung charakterisieren, nämlich der Durchsetzung marktorientierter Wirtschaftspolitik und der zunehmenden internationalen Zusammenarbeit, ergibt sich aus diesen langfristigen Trends ein weiter wachsender Wettbewerbsdruck auf die Hochlohnstandorte und ihre Arbeitskräfte.

Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen: „Daß in vielen Teilen der Welt, vor allem in Mittel- und Osteuropa sowie in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas ein neues Wirtschaftspotential heranwächst, ist eine an sich erfreuliche Entwicklung. Für die deutsche Wirtschaft liegt darin nicht nur eine Bedrohung bisheriger Marktpositionen, sondern auch die Chance, an rasch wachsenden neuen Märkten zu partizipieren. Der Bedrohung zu begegnen und die Chancen wahrzunehmen, das setzt die Fähigkeit zur Umstellung und Anpassung voraus" (Ziffer 254 JG).

Schaubild 13




1) Seit Juli 1990 einschl. der Neuen Länder und Berlin-Ost

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

**9.** Deutschland bietet in vielerlei Hinsicht hervorragende Bedingungen für Unternehmen. Hierzu zählen beispielsweise eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen, ein hohes Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen, wirtschaftlich und technisch kompetente Manager und Arbeitnehmer, eine differenzierte und breit angelegte Forschungslandschaft, eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, eine stabile Währung sowie wirtschaftliche Freiheit, Wohlstand und sozialer Friede. Angesichts der weltpolitischen Umwälzungen und der Globalisierung der Wirtschaft gibt es jedoch an der Schwelle zum 3. Jahrtausend keinerlei Anlaß, sich auf den Errungenschaften der letzten 50 Jahre auszuruhen. Vor allem das Auftreten neuer, leistungsfähiger Nationen auf dem Weltmarkt und der verschärfte internationale Wettbewerb haben Probleme auch für den Standort Deutschland offenkundig gemacht.

Besonders deutlich zeigen sich diese in der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Ein Warnsignal ist aber auch das Auseinanderklaffen zwischen den hohen deutschen Investitionen im Ausland auf der einen und den relativ geringen ausländischen Investitionen in Deutschland auf der anderen Seite. Zweifellos sind hohe Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen eine notwendige Voraussetzung für die Erschließung neuer Märkte und damit indirekt auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der deutschen Exportwirtschaft. Darüber hinaus mögen sie auch der Absicherung gegenüber Wechselkursrisiken dienen. Anlaß zur Sorge gibt aber die Tatsache, daß die Entwicklung der ausländischen Investitionen in Deutschland im Vergleich dazu so stark zurückbleibt. Ganz offensichtlich bevorzugen viele der zunehmend international operierenden Unternehmen heute kostengünstigere Konkurrenzstandorte in anderen Ländern, zumal nachdem dort frühere Defizite – etwa bei der Infrastrukturausstattung oder der Qualifikation der Arbeitskräfte – vielfach erfolgreich ausgeglichen wurden.

Demgegenüber zeigt sich bei den Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung in Deutschland eine Reihe von gewichtigen Schwachpunkten. Sie liegen aus Sicht der Bundesregierung insbesondere in folgendem:

- Es ist in den vergangenen Jahren zu einer Überforderung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gekommen, weil trotz der außergewöhnlichen Herausforderungen, die insbesondere mit der Wiedervereinigung verbunden sind, weiterhin Besitzstandsdenken und das Beharren auf Verteilungspositionen über die Einsicht in gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten dominierten.

- Auch die seit der Wiedervereinigung zwangsläufig gewachsenen Anforderungen an den Staat münden letztlich in eine zu starke Beanspruchung von Bürgern und Wirtschaft. So ist die Staatsquote, die von 1982 bis 1989 von über 50 % auf unter 46 % zurückgeführt worden war, seither wieder stark auf 50,7 % angestiegen. Eine Konsequenz ist, daß auch die Abgabenquote in den letzten Jahren einen deutlichen Aufwärtstrend zeigte; sie betrug 1995 43,7 %.

- Hohe Ansprüche an den Staat zeigen sich nicht zuletzt in der wachsenden Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie geht mit steigenden Anteilen der Zinsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben einher. Betrug dieser Anteil im öffentlichen Gesamthaushalt 1991 noch knapp 8 %, so machte er 1995 bereits 12 % aus. Beim Bund stieg die Zinsausgabenquote im gleichen Zeitraum von unter 10 % auf 19½ %. Dies schränkt nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates ein, sondern bedeutet auch eine weitere Belastung künftiger Einkommen.

- Eine besonders beschäftigungshemmende Wirkung ergibt sich aus dem hohen Anteil der auf dem Produktionsfaktor Arbeit lastenden Lohnzusatzkosten. Die Beiträge zur Sozialversicherung dürften in diesem Jahr bereits auf rund 41 % des abgabenpflichtigen Einkommens wachsen. Ihr Anstieg macht einen wesentlichen Teil der Zunahme der Gesamtabgabenbelastung aus.

- In der Tarifpolitik gab es im vergangenen Jahr eine deutliche Fehlentwicklung. Nachdem die Tarifvertragsparteien 1994 auf eine beschäftigungsorientierte Linie eingeschwenkt waren, hat das Verlassen dieses Kurses die ohnehin enttäuschende Beschäftigungsentwicklung im vergangenen Jahr zusätzlich beeinträchtigt.

- Ein Übermaß an Staatstätigkeit äußert sich auch in Überregulierung. Komplizierte Gesetze sowie unnötig bürokratische und langwierige Verwaltungsverfahren bringen hohe Belastungen für Bürger und Unternehmen mit sich. Sie stellen vor allem für den Mittelstand oft unüberwindliche Hindernisse dar und lähmen privatwirtschaftliche Leistungsbereitschaft sowie unternehmerische Kreativität.

- Neben kostenrelevanten Faktoren spielen qualitative Merkmale für die Standortentscheidungen der Unternehmen eine wichtige Rolle. Hier liegen Schwächen des Standortes Deutschland in einer in unserer Gesellschaft verbreiteten und z. T. von politischen Kräften mitgetragenen Übervorsicht oder Ablehnung gegenüber neuen Technologien, deren Chancen und Zukunftspotentiale häufig zu gering veranschlagt werden. Das Innovationsklima ist nicht nur für die Ansiedlung von Betrieben von zentraler Bedeutung; es beeinflußt auch die Dynamik der Produkt- und Prozeßinnovationen der gesamten Wirtschaft.

**10.** Deutschland wird sich im internationalen Standortwettbewerb mit seinen hohen Löhnen und sonstigen Kosten, mit seinem umfassenden sozialen Sicherungssystem auf Dauer nur dann erfolgreich behaupten, wenn den damit verbundenen Belastungen für die Wirtschaft entsprechende Vorteile gegenüberstehen. Hohe Einkommen und Wohlstand müssen sowohl durch Arbeitsethos, Qualifikation und Flexibilität der Erwerbstätigen als auch durch Umfang und Qualität der Investitionen sowie unternehmerisches Können, kurz: durch herausragende Leistungen begründet und gesichert werden. Ausschlaggebend ist die Fähigkeit, durch rasche Produktivitätsfortschritte sowie ständige Qualitätsverbesserungen und Neu-

entwicklungen von Produkten immer wieder Vorsprünge gegenüber der Konkurrenz zu erwirtschaften, sich neue Technologien frühzeitig zu eigen zu machen und Forschungsergebnisse schneller als die Wettbewerber in marktfähige Güter und effizientere Herstellungsverfahren umzusetzen. Langfristig sind es diese Faktoren, die über den Wohlstand einer Gesellschaft entscheiden. Die in Deutschland entwikkelten Produkte und Produktionstechniken müssen Spitzenqualität aufweisen, die Innovationsdynamik muß überdurchschnittlich sein, wenn der wirtschaftliche Erfolg, der gesellschaftliche Wohlstand und die soziale Sicherheit auch in Zukunft überdurchschnittlich bleiben sollen.

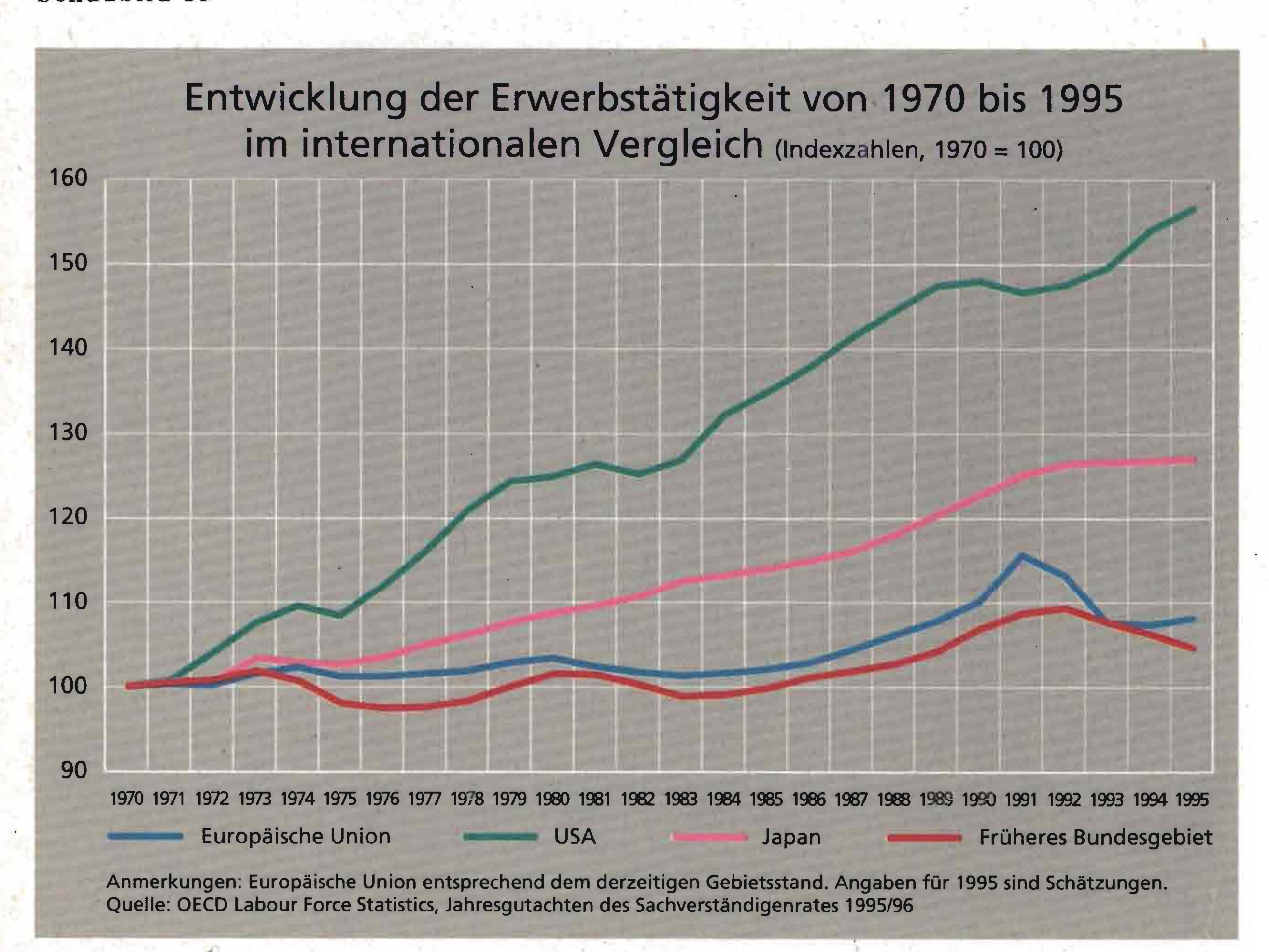
## III. Funktionsstörungen am Arbeitsmarkt

**11.** Besorgniserregend ist die anhaltend hohe Unterbeschäftigung in Deutschland. Es geht dabei nicht nur um ein ökonomisches Problem. Arbeitslosigkeit ist für die betroffenen Menschen und die gesamte Gesellschaft eine Bedrohung, die alle Bereiche des individuellen und sozialen Lebens betrifft. Erwerbstätigkeit erschließt vielfältige persönliche Entwicklungschancen, schafft soziale Sicherheit und ermöglicht eine umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Ein sicherer Arbeitsplatz ist die Grundlage für Wohlstand und Zufriedenheit, für Zuversicht und Zukunftsperspektiven der Menschen. Arbeitslosigkeit hingegen ist für den einzelnen nicht nur mit einer erheblichen Verschlechterung der finanziellen Situation verbunden, sie verletzt auch das Selbstwertgefühl der Betroffenen und untergräbt ihre Bereitschaft zum aktiven Einsatz für die Gemeinschaft.

Während die gravierenden Folgen der Arbeitslosigkeit mit Recht allseits beklagt werden, sind zugleich irreführende Vorstellungen über Ursachen und Möglichkeiten zur Überwindung der Beschäftigungsprobleme weit verbreitet. Derartige Fehldiagnosen führen dann zu falschen Schlußfolgerungen. Um so wichtiger ist eine offene Diskussion über diejenigen Einflußfaktoren, die die derzeitige Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland – insbesondere im Vergleich mit anderen Ländern – charakterisieren. Damit werden zugleich die Anforderungen an ein beschäftigungspolitisch adäquates Verhalten aller Beteiligten deutlich.

**12.** Für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind Einflußfaktoren sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes verantwortlich. So zeigen die Veränderungen der vergangenen Jahre auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt, daß zwar die Zahl der Erwerbs-

Schaubild 14

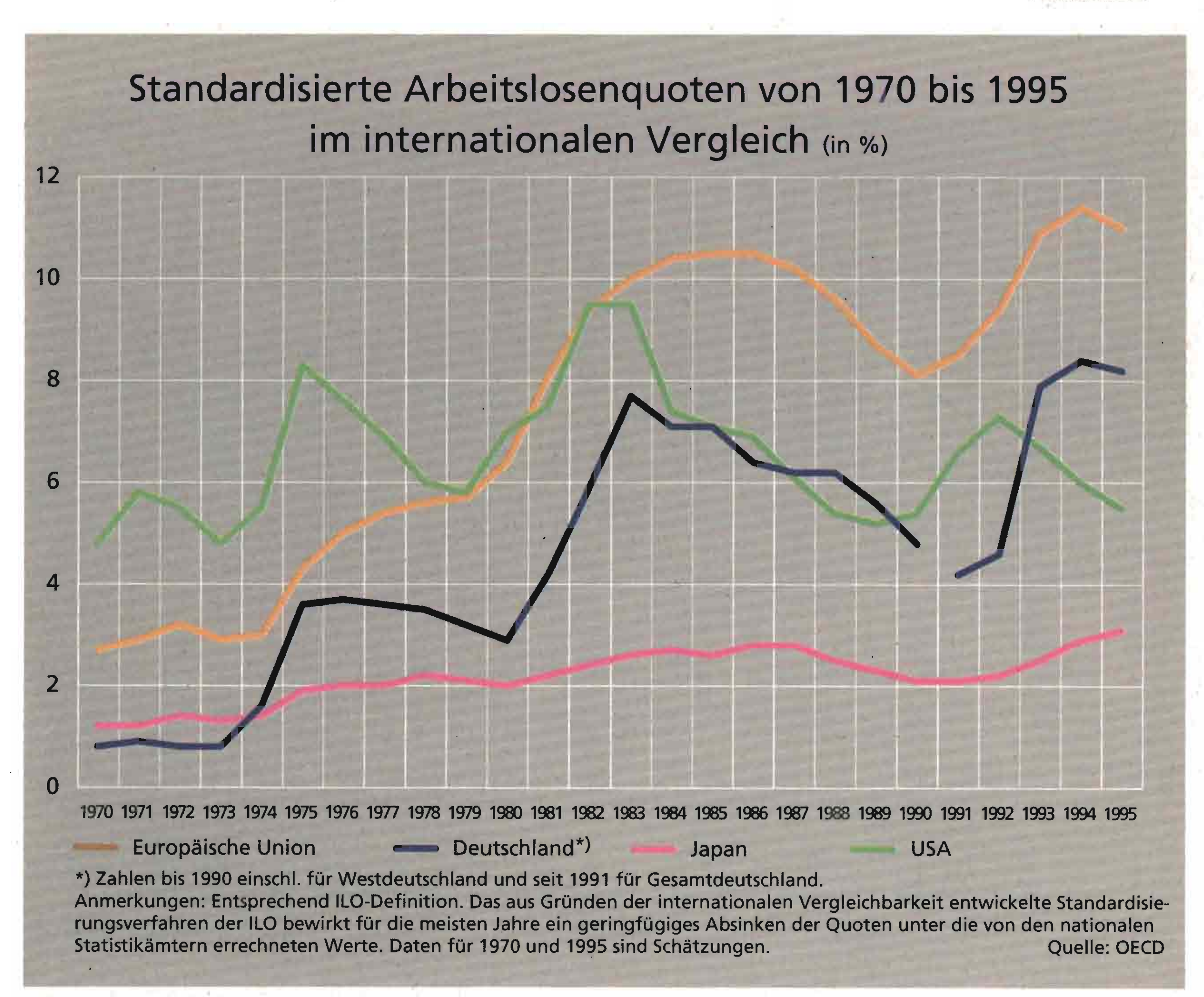


tätigen in der Wachstumsphase von 1983 bis 1992 ganz erheblich, nämlich um fast 3¼ Mio. gestiegen ist; gleichzeitig wurde dieser Anstieg aber durch die Zunahme des Erwerbspersonenangebotes weitgehend kompensiert. Die Arbeitslosigkeit ging im Ergebnis nur um rund ½ Mio. zurück. Ursächlich für die starke Ausweitung des Arbeitsangebotes waren in diesem Zeitraum insbesondere die erheblichen Zuwanderungen sowie der Anstieg der Frauenerwerbsquote.

Aus den beschriebenen Änderungen des Arbeitsangebotes darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, die Beschäftigungsprobleme in Deutschland seien die unabänderliche Folge eines erhöhten Erwerbspersonenpotentials. Von zentraler Bedeutung für eine reibungslose Eingliederung zusätzlicher Arbeitskräfte in den Erwerbsprozeß – und damit für die Entwicklung der Beschäftigung und des Wachstums – ist die Investitionsdynamik sowie die Verfassung der Arbeitsmärkte, d. h. die Geschwindigkeit und Flexibilität, mit der sie auf Veränderungen reagieren. Die Anforderungen an die Flexibilität des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft sind um so höher, je rascher das Arbeitsangebot wächst und je mehr seine Struktur von den Anforderungen der Arbeitsnachfrage abweicht. Bei flexiblen Löhnen, ausreichender Qualifikation und Mobilität der Arbeitskräfte – in sektoraler, regionaler und beruflicher Hinsicht – weitet ein steigendes Erwerbspersonenpotential die Produktionsmöglichkeiten aus. Der Europäische Rat hat jüngst in Madrid erneut mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine höhere Flexibilität der Arbeitsmärkte für Europa der richtige Weg zu mehr Beschäftigung ist (vgl. Schaubild 14: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich).

**13.** Die Dimension der Beschäftigungsprobleme in Deutschland spiegelt sich heute vor allem in der von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus angewachsenen Sockelarbeitslosigkeit wider. Die Arbeitslosenquote stieg im früheren Bundesgebiet seit 1970 von 0,7 % über 3,6 % in den Jahren 1979/80 auf 6,1 % im Jahre 1990. Während also hier die Wirtschaft jeweils mit einem gegenüber dem vorausgegangenen Zyklus erhöhten Ausgangsniveau an Unterbeschäftigung in die folgende Rezession ging, gelang in den USA immer wieder ein Abbau der Arbeitslosenquote auf etwa die ursprüngliche Marke (vgl. Schaubild 15: Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich).

Schaubild 15



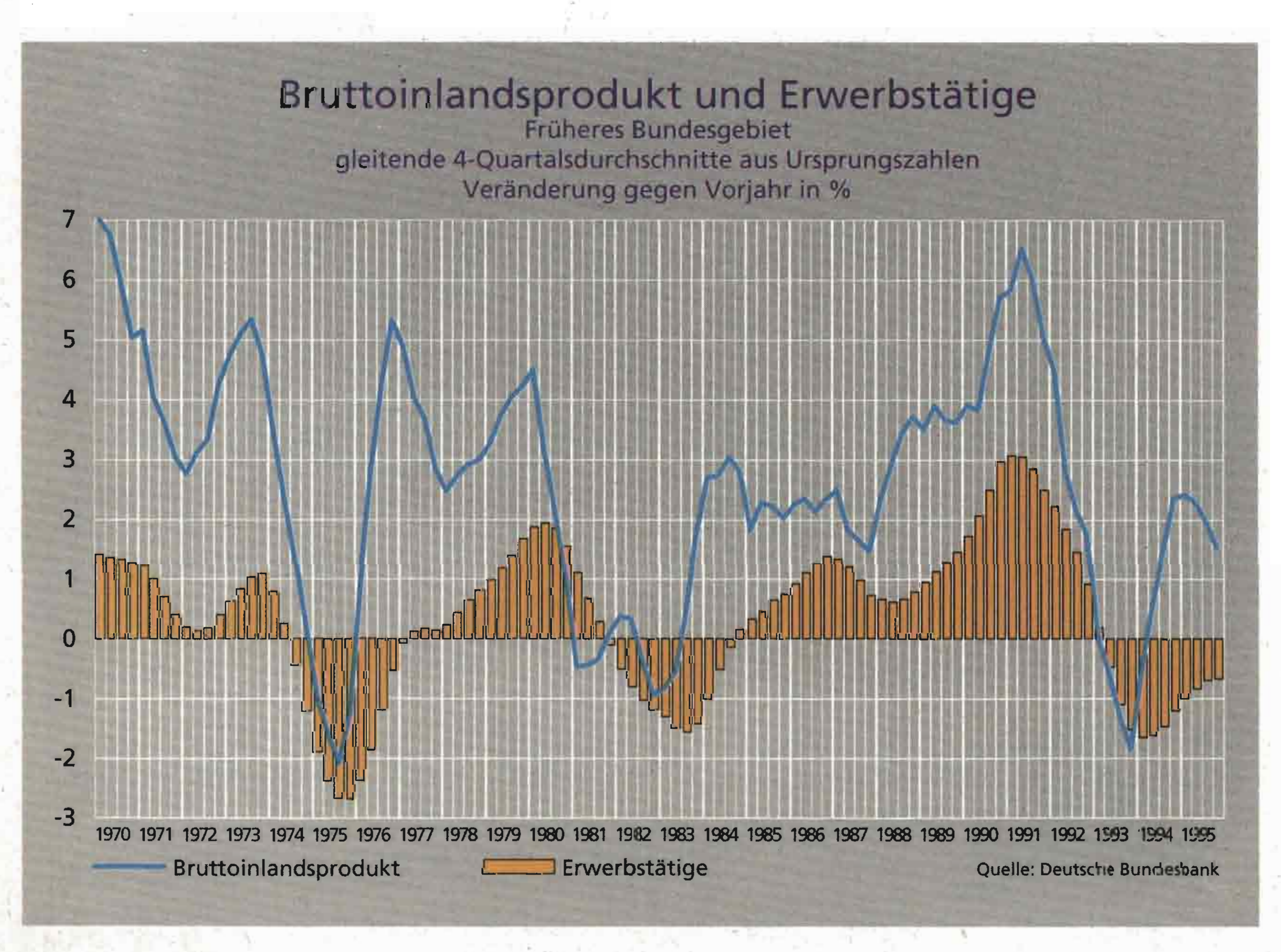
*) Zahlen bis 1990 einschl. für Westdeutschland und seit 1991 für Gesamtdeutschland.
Anmerkungen: Entsprechend ILO-Definition. Das aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit entwickelte Standardisierungsverfahren der ILO bewirkt für die meisten Jahre ein geringfügiges Absinken der Quoten unter die von den nationalen Statistikämtern errechneten Werte. Daten für 1970 und 1995 sind Schätzungen.
Quelle: OECD

Für die Europäische Union stellt der gemeinsame Beschäftigungsbericht von Rat und Kommission heraus, daß das – vornehmlich westeuropäische – Phänomen der Sockelarbeitslosigkeit eine weitere, äußerst problematische Dimension hat: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (also der länger als ein Jahr Arbeitslosen) liegt heute in Deutschland bei über einem Drittel, in anderen Ländern der Europäischen Union sogar noch höher. Das besondere Problem einer langen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit liegt darin, daß sie eine Tendenz zur Selbstverstärkung mit sich bringt, weil sich die individuellen Chancen der Wiederbeschäftigung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit verringern. Auch hier zeigt der Vergleich mit den USA, daß selbst eine anhaltende und beträchtliche Arbeitslosigkeit in der Gesamtwirtschaft keineswegs zwangsläufig zu hoher Langzeitarbeitslosigkeit führen muß. Dort liegt nämlich ihr Anteil mit rund 10 % an der gesamten Arbeitslosigkeit deutlich niedriger, d. h. trotz eines vergleichbaren Ausmaßes an Unterbeschäftigung erhalten wesentlich mehr Arbeitslose relativ bald wieder die Chance, zu arbeiten und für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Die Gefahr einer dauerhaften Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben bleibt damit erheblich geringer.

**14.** Besonders tiefe Einschnitte haben sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Zuge des unvermeidlichen Umbruches der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung gezeigt. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Planwirtschaft wurde mit der Öffnung der Grenzen unübersehbar, und der Zusammenbruch der traditionellen Handelsbeziehungen mit Osteuropa verstärkte die Probleme noch. Der Verlust jedes dritten Arbeitsplatzes und der drastische Anstieg der Erwerbslosigkeit – von der Frauen besonders betroffen sind – verdeutlichen die schwierigen Startbedingungen, unter denen die Beschäftigungspolitik im vereinten Deutschland stand und zum Teil noch steht. Allerdings ist es nicht zuletzt mit umfassenden Anschubhilfen gelungen, die ostdeutsche Wirtschaft auf dem Weg zu mehr Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ein gutes Stück voranzubringen und den Strukturumbruch durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen abzufedern. Die neuen Länder haben sich bisher auf einem deutlichen Wachstumskurs entwickelt, getragen von einer hohen Dynamik sowohl der privaten als auch der öffentlichen Investitionstätigkeit. Auch die Industrie, die am stärksten durch die vierzigjährige sozialistische Mißwirtschaft betroffen ist, expandiert seit 1994 kontinuierlich.

**15.** Erhebliche Arbeitsplatzzuwächse sind erreichbar, wenn eine dauerhafte und hinreichend starke wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gelingt. Diese Erfahrung spricht – bei allen Unterschieden zwischen verschiedenen Ländern – gegen die in der

Schaubild 16



öffentlichen Diskussion immer wieder vorgetragene These eines „beschäftigungslosen Wachstums". Zwar folgt die Beschäftigung dem Anstieg des Sozialprodukts oft erst mit erheblicher Verzögerung. Ebenso richtig ist – wie auch der Sachverständigenrat betont (Ziffer 252 JG) –, daß ein durchgreifender und nachhaltiger Abbau des hohen Sockels an Arbeitslosigkeit angesichts vielfältiger struktureller Ursachen sowie weltweit veränderter Wettbewerbsverhältnisse nicht von der konjunkturellen Erholung allein zu erwarten ist. Das ändert aber nichts an dem Grundtatbestand, daß ein anhaltend kräftiger Wachstumsprozeß stets auch mit einer Ausweitung der Beschäftigung einhergeht. So zeigt beispielsweise die Entwicklung in Westdeutschland seit 1970, daß ein über mehrere Jahre hinweg währendes reales Wachstum ab einer Größenordnung von etwa 2,5 % regelmäßig zu einem spürbaren Anstieg der Beschäftigung geführt hat. Im Durchschnitt der Fünfjahreszeiträume 1975 bis 1980 und 1985 bis 1990, als reale Wachstumsraten von 3,3 % bzw. 3,4 % erreicht wurden, stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % bzw. um 1,5 %. Demgegenüber kam es in den Zeiträumen 1970 bis 1975 und 1980 bis 1985, als das Sozialprodukt nur um durchschnittlich 2,2 % bzw. 1,1 % zunahm, zu einem Beschäftigungsabbau um jeweils 0,4 % (vgl. Schaubild 16: Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigkeit).

In diesem Zusammenhang ist wiederum das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild zu korrigieren, wonach sich das Produktivitätswachstum und damit die Beschäftigungsschwelle im Laufe der Zeit immer weiter erhöht. Das Gegenteil trifft zu: Das Wachstum der Arbeitsproduktivität schwächte sich von jahresdurchschnittlich 4,2 % in den 60er Jahren über die 70er und 80er Jahre hinweg kontinuierlich bis auf etwa 1,7 % im Durchschnitt der ersten Hälfte der 90er Jahre ab. Daß die Beschäftigungsschwelle des Wirtschaftswachstums dementsprechend im langfristigen Trend gesunken ist, sei hier lediglich zur Widerlegung der verbreiteten gegenteiligen These festgestellt, nicht etwa als Königsweg zur Schaffung von Arbeitsplätzen empfohlen. Ein kräftigerer Produktivitätsanstieg hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit zu mehr Eigendynamik des Wachstums und somit auch zu einem überproportionalen Beschäftigungsanstieg geführt.

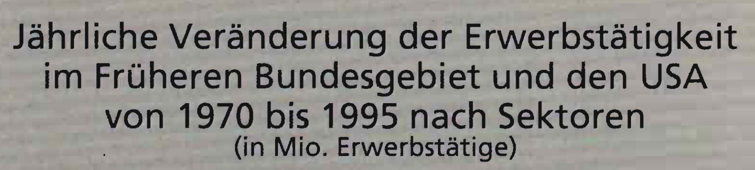
**16.** Beschäftigungspessimismus ist auch dann unangebracht, wenn er mit wachstumsskeptischen, ja wachstumsfeindlichen Einstellungen im Zusammenhang mit der Befürchtung umweltschädlicher Wirkungen des Wirtschaftswachstums begründet wird. Der Sorge um ökologisch negativ zu beurteilende Wachstumseffekte liegt ein irreführend verengter Wachstumsbegriff zugrunde: Wirtschaftliches Wachstum wird hier fälschlicherweise lediglich als Ausweitung der Produktion in den vorhandenen Produktionsstrukturen und damit als erhöhter Ressourcenverbrauch verstanden. Tatsächlich aber geht der Wachstumsprozeß heute regelmäßig mit einer Veränderung der Produktionspalette hin zu weniger ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen sowie mit einem Ersatz vorhandener und veralteter Produktionstechniken und -anlagen durch neue einher, die einen schonenderen Ressourcenverbrauch ermöglichen.

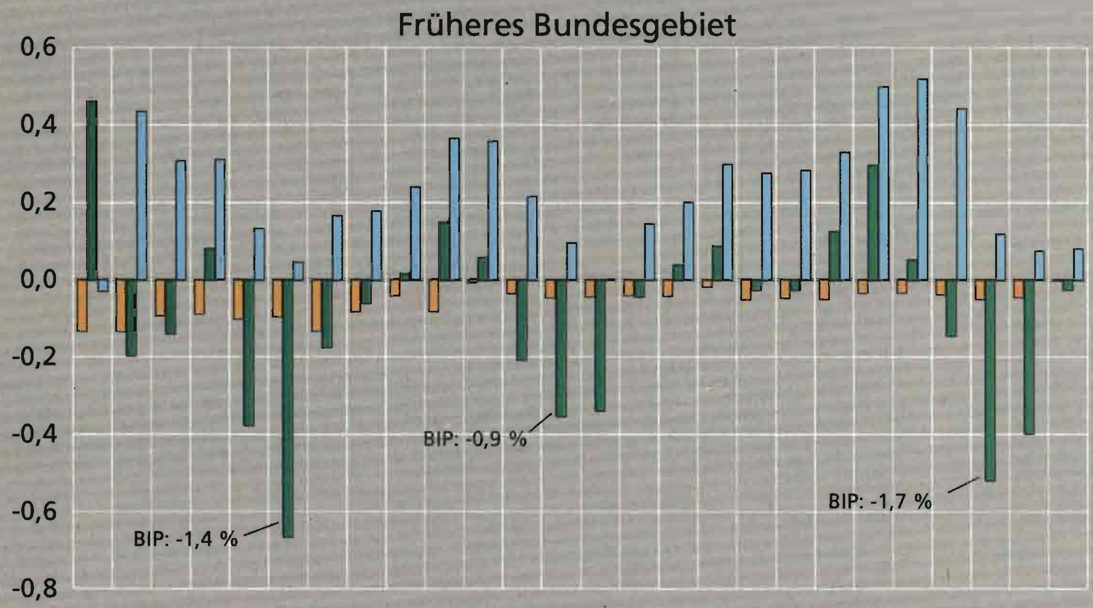
Wachstum schafft aber nicht nur die materiellen Bedingungen für eine Entlastung der Umwelt. Es spricht darüber hinaus auch vieles dafür, daß erst ein gewisses Maß an Wohlstand ein waches Umweltbewußtsein in der Gesellschaft ermöglicht. Dies entspricht nicht nur der Erfahrung mit den ökologischen Mißständen in der ehemaligen DDR und anderen Ländern des früheren Ostblocks, sondern auch dem Bild, das sich bei einem internationalen Vergleich von ökologischen Ansprüchen und Standards ergibt. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist somit nicht nur die beste Grundlage für mehr Beschäftigung, sondern auch für eine umweltgerechte Entwicklung weltweit.

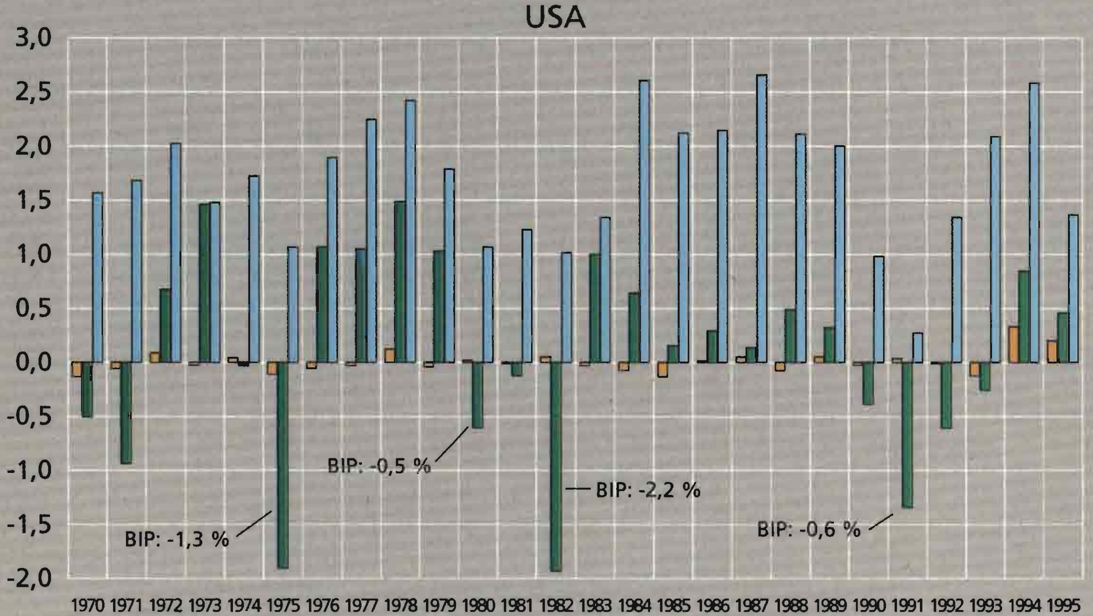
**17.** Große Anpassungsflexibilität ist gefordert, um den immer schnelleren Strukturwandel mit möglichst geringen Friktionen und mit möglichst hoher Beschäftigung zu bestehen. In Deutschland – wie in anderen Industrieländern – hat ein beachtlicher sektoraler Wandlungsprozeß stattgefunden. So ist seit den 70er Jahren der Anteil der Warenproduktion am Bruttoinlandsprodukt von knapp der Hälfte auf rund ein Drittel zurückgegangen, während der Dienstleistungssektor seinen Anteil von 43 % auf über 60 % erhöht hat. Bei der Beschäftigung ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Zwar wird bei internationalen Vergleichen, denen meist unternehmensorientierte Statistiken zugrunde liegen, für Deutschland vielfach ein relativ hoher Anteil der Warenproduktion und ein relativ niedriger Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit festgestellt. Jedoch zeigen Statistiken mit anderen Abgrenzungsmethoden – etwa nach Berufen und Tätigkeiten – daß die tatsächlichen Unterschiede nicht sehr groß sind. Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben eine starke Dynamik entfaltet, und die Auslagerung dieser Dienstleistungen aus den Industrieunternehmen nimmt zu. Infolgedessen wird sich auch die Beschäftigung weiter von der Warenproduktion in den Dienstleistungssektor verschieben. Dabei darf nicht übersehen werden, daß viele Arbeitsplätze mit Servicefunktion in engem Verhältnis zu industriellen Tätigkeiten stehen. Die Nutzung neuer Beschäftigungschancen im Dienstleistungssektor hängt daher auch von der Entwicklung des warenproduzierenden Bereiches ab. Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und tertiärem Sektor bedingen insofern einander.

Mehr Flexibilität in Wirtschaft und Staat würde die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Dienstleistungen erleichtern, insbesondere wenn es gelingt, Marktzugangsbeschränkungen aufzuheben und die allgemeine Regulierungsdichte zu senken. Bei flexibleren Löhnen und Arbeitszeiten ließen sich zusätzliche Beschäftigungspotentiale in den Dienstleistungsbereichen erschließen, etwa bei den unternehmensbezogenen, aber auch bei den sozialen Diensten (vgl. Schaubild 17: Veränderung der Erwerbstätigkeit nach Sektoren, Vergleich Westdeutschland/USA).

Schaubild 17




Anmerkung: Tertiärer Sektor einschließlich staatlicher Dienstleistungen. Angaben für 1995 sind Schätzungen.
Die eingefügten Angaben zum BIP beziehen sich auf die Rezessionsjahre, in denen der Personalabbau im sekundären Sektor besonders stark vorangetrieben wurde. Angegeben sind die Veränderungsraten des BIP gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: OECD Labour Force Statistics

**18.** Wie gerade die internationalen Vergleiche zeigen, reichen die Ursachen für die gravierenden Beschäftigungsprobleme in Deutschland über konjunkturelle Gründe und ein wachsendes Angebot an Arbeitskräften hinaus. Ziel der Beschäftigungspolitik muß also – neben der Gewährleistung der generellen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wachstum – die Korrektur der spezifischen Mechanismen und Strukturen sein, die für die Verhärtung der Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Je besser dies gelingt, desto beschäftigungsintensiver wird das künftige Wirtschaftswachstum ausfallen. Die Überwindung von strukturellen Schwächen muß sowohl bei der Produktivität als auch bei den Kosten der Arbeit ansetzen, denn die Relation zwischen Kosten und Produktivität ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeit am Standort Deutschland.

In diesem Sinne bleibt es das vordringliche Ziel der Politik der Bundesregierung, die traditionellen Stärken des Standortes Deutschland – insbesondere in der beruflichen Bildung, in der Forschung und Infrastrukturausstattung – durch Anpassung an die gestiegenen Anforderungen weiter auszubauen und seine durch den verschärften Wettbewerb offengelegten Schwächen – vor allem die zu hohe Abgaben- und Kostenbelastung sowie die beträchtliche staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft – zu korrigieren. Ähnlich wie in den 80er Jahren muß ein höheres Wachstum durch mutiges Handeln erreicht und abgesichert werden. Gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt geht es dabei nicht allein um die staatlich bestimmten Einflußfaktoren. Insbesondere auch Arbeitgebern und Gewerkschaften kommt mit ihrer Verantwortung für eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik eine zentrale Rolle bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu (vgl. Ziffer 33).

# B. Politik für mehr Arbeitsplätze

## I. Beschäftigungsorientiertes Handeln erforderlich

### 1. Wirtschaftspolitische Leitlinien

**19.** Die positive Entwicklung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeigt, daß gemeinsames Handeln in Wirtschaft und Politik, das darauf angelegt ist, die marktwirtschaftlichen Funktionsmechanismen zu stärken, zum Erfolg führt. Vor allem mit der konsequenten Senkung der Staats- und Abgabenquote hat die Bundesregierung in diesen Jahren die Beschäftigungsorientierung in der Tarifpolitik und damit die Sicherung von Beschäftigung und Einkommen erleichtert. An diese guten Erfahrungen gilt es heute anzuknüpfen.

Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben sich im Rahmen der Gespräche zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996 auf ein „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung" verständigt. Gemeinsames Ziel ist es, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende dieses Jahrzehnts zu halbieren. Dies ist nach übereinstimmender Auffassung erreichbar, wenn keine zusätzlichen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt auftreten und alle Verantwortlichen ihr Handeln am Beschäftigungsziel ausrichten. Die verabredeten Grundorientierungen bilden das gemeinsame Dach, unter dem sich die jeweiligen eigenverantwortlichen Maßnahmen und Aktivitäten aller Beteiligten zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für mehr Beschäftigung bündeln lassen. Die Bundesregierung hat dazu das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze beschlossen (vgl. Abschnitt B.I.2.). Das Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung zeigt die Bereitschaft aller gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland – über unterschiedliche Einzelinteressen hinweg – für das gemeinsame Ziel, den Abbau der Arbeitslosigkeit, zu arbeiten.

Zukunftssicherung und mehr Beschäftigung stehen auch im Mittelpunkt der Gespräche im Rat für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler sowie der Gespräche des Bundesministers für Wirtschaft mit Fachverbänden und Einzelgewerkschaften. Ziel ist es, das Bewußtsein über die jeweiligen Verantwortlichkeiten zu schärfen sowie beschäftigungsgerechtes Verhalten von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zu erleichtern, ohne dabei die Verantwortungsbereiche zu verwischen. Mit dem gleichen Ziel appelliert die Bundesregierung an Länder und Kommunen, konstruktiv an grundlegenden Korrekturen mitzuwirken, die für dauerhaft leistungsfähige und kalkulierbare Rahmenbedingungen essentiell sind.

Auch auf der Beschäftigungskonferenz der sieben führenden Industrieländer in Lille Anfang April dieses Jahres sollen die Strategien zur Überwindung der Beschäftigungsprobleme verdeutlicht werden. Ein Schwerpunkt der Konferenz wird es sein, sich mit den strukturellen Fehlentwicklungen, die es auch in anderen Ländern gibt, zu befassen.

**20.** Die Bundesregierung wird ihre Politik für mehr Beschäftigung konsequent an folgenden Leitlinien ausrichten:

- Die Sensibilität der weltweit eng verflochtenen Güter- und Finanzmärkte fordert heute in besonders hohem Maße eine glaubwürdige, solide und konsequent stabilitätsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik.
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie ihre Investitions-, Innovations- und Beschäftigungsdynamik müssen durch Entlastung von Steuern, Sozialabgaben und sonstigen Kosten sowie durch konsequente Deregulierung und Privatisierung gestärkt werden.
- Strikte öffentliche Ausgabendisziplin auf allen Ebenen und in allen Bereichen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die dringend gebotene Rückführung der Staats- und Abgabenquote.
- Mit dem Umbau der sozialen Sicherungssysteme muß deren langfristige Leistungsfähigkeit gewährleistet und damit zugleich die Grundlage für eine dauerhafte Bewahrung des sozialen Konsenses in unserer Gesellschaft gefestigt werden.
- Tarifpartner und Staat müssen strukturelle Hindernisse für mehr Beschäftigung mit einer moderaten Arbeitskostenentwicklung sowie mit einer flexibleren Anpassung an regionale, sektorale, qualifikatorische oder betriebliche Gegebenheiten überwinden.
- Mit Hilfe einer wettbewerbs- und innovationsfördernden Politik muß ein günstigeres Klima für unternehmerische Selbständigkeit entstehen, um insbesondere die Strukturanpassungsfähigkeit des Mittelstandes sowie das Leistungs- und Beschäftigungspotential von Existenzgründern und von kleinen und mittleren Unternehmen besser nutzen zu können.
- Um die großen Wachstums- und Beschäftigungschancen neuer Technologien und Dienstleistungen zu nutzen, bedarf es einer Politik, die Bildung und Forschung konsequent modernisiert, den Ausbau einer leistungsfähigen Basis an wissenschaftlich-technischem Wissen in Deutschland fördert und optimale Rahmenbedingungen für neue Wachstumsfelder, wie den Übergang zur Informationsgesellschaft, schafft.
- Eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur sowie eine zukunftsgerichtete Energie- und Umweltpolitik sind Grundlagen einer erfolgreichen und öko-

logisch verträglichen Modernisierung der Wirtschaft.

- Europäische Integration und freier Welthandel sind von zentraler Bedeutung nicht nur für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, sondern für ein starkes Europa in einer freien, friedlichen und ökonomisch stabilen Welt.

Entscheidend für den nachhaltigen Erfolg der Standortpolitik ist, so auch der Sachverständigenrat, daß „Fehlentwicklungen nicht durch punktuelles Kurieren am Symptom, sondern durch fundamentale Korrekturen" begegnet wird (Ziffer 268 JG).

Notwendig ist entschlossenes Handeln im Rahmen eines Gesamtkonzeptes, das vor allem dem Zusammenhang zwischen Lohn-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik Rechnung trägt. Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen hierfür in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen ihr Handeln an dem Ziel höherer Beschäftigung ausrichten. Die Bundesregierung hält das im Gesprächskreis beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996 vereinbarte Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung für einen geeigneten Ansatzpunkt. Sie ist entschlossen, ihren Beitrag zu leisten. Sie wird deswegen in folgenden Bereichen konkrete Schritte unternehmen:

## 2. Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze

### Offensive für unternehmerische Selbständigkeit und Innovationsfähigkeit

**21.** Neue Arbeitsplätze entstehen zumeist in neugegründeten Unternehmen und im Mittelstand. Vor allem hier kann die notwendige Flexibilität vorausgesetzt werden, um mit Innovation und Kreativität neue Beschäftigungsfelder zu nutzen. Jede Existenzgründung in Deutschland schafft im Durchschnitt vier Arbeitsplätze. Diejenigen, die mit Mut zum Risiko und Eigeninitiative Arbeit geben, brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen. Bis zum Jahr 2000 stehen knapp 300 000 mittelständische Unternehmen mit ca. 4 Mio. Arbeitnehmern vor einem Wechsel des Unternehmers. Sie sind daher in besonderem Maß auf günstige Entfaltungsmöglichkeiten angewiesen. Die Stärkung der Selbständigkeits- und Innovationskultur in Deutschland ist ein zentraler Ansatzpunkt für eine größere Beschäftigungsdynamik:

1. Die Bundesregierung wird die notwendigen Entscheidungen für eine nachhaltige steuerliche Entlastung von Existenzgründern im verarbeitenden Gewerbe und in technologieorientierten, produktionsnahen Dienstleistungsbereichen treffen. Derzeit wird geprüft, ob eine wirksamere Entlastung entweder durch eine auf drei Jahre begrenzte Befreiung von der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer oder durch eine Verbesserung der Möglichkeit von Steuerstundungen bei Investitionsrücklagen (§ 7g EStG) erzielt wird. Die Entscheidung der Bundesregierung hierüber erfolgt noch im 1. Quartal 1996.

2. Ein besserer Zugang von Existenzgründern und kleinen und mittleren Unternehmen zu Risikokapital ermöglicht mehr Investitions- und Innovationsdynamik und damit höhere Beschäftigung in der deutschen Wirtschaft. Daher müssen die Bedingungen auf dem deutschen Risikokapitalmarkt einerseits durch günstigere rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen und andererseits durch Anstrengungen an den deutschen Börsen und bei den Marktteilnehmern verbessert werden. Die Bundesregierung wird hierzu ihren Beitrag leisten durch:

   - Entlastungen der Eigenkapitalbasis von Unternehmen insbesondere im Rahmen der Unternehmensteuerreform und der Reform von Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie der Vermögensteuer (vgl. Ziffer 9)
   - rasche Umsetzung der EG-Richtlinie über Wertpapierdienstleistungen, um Marktzugangsbarrieren in diesem Bereich abzubauen und den Wettbewerb zu stärken
   - Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen für Investmentgesellschaften in Form von Aktiengesellschaften, bei denen die Anleger ihre Anteile nur an der Börse handeln, nicht aber zum Inventarwert zurückgeben können. Solche Fonds haben verstärkt die Möglichkeit zu antizyklischem Verhalten und damit höhere Renditeaussichten.
   - Modernisierung der Prospekthaftung
   - Reform der Förderung von Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf eine Stärkung des Engagements in risikoreicheren Anlagen
   - Stärkung der Attraktivität von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften z. B. durch Verkürzung der Fristen für eine steuerfreie Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen
   - Lockerung des § 32a GmbH-Gesetz für Beteiligungen unter 10 % des Gesellschaftskapitals

   Ein weiterer Impuls für ein größeres Angebot an Risikokapital soll von der Verbesserung der Förderung der Vermögensbildung in Produktivkapital, die Anreize für die Vereinbarung investiver Lohnkomponenten enthält, ausgehen (vgl. Ziffer 23).

3. Das ERP-Innovationsprogramm wird mit dem Ziel verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten für die marktnahe Forschung und der Entwicklung neuer Produkte im Rahmen von Umschichtungen aufgestockt. Im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms werden Möglichkeiten geschaffen, die Übernahme innovativer Unternehmen mit zinsverbilligten Mitteln zu fördern.

4. Zur Mobilisierung zusätzlichen Risikokapitals für innovative mittelständische Unternehmen wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau für Beteiligungen teilweise das Ausfallrisiko übernehmen. Dadurch wird mittelfristig zusätzliches Beteiligungskapital (venture capital) in Höhe von 1 Mrd. DM ermöglicht.

5. Aus Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Mittelstandsprogramm) werden vor-

übergehend Möglichkeiten in Höhe von 1 Mrd. DM zur zinsgünstigen Finanzierung des Umlaufvermögens wettbewerbsfähiger Unternehmen geschaffen, um Liquiditätsengpässe z. B. expandierender Betriebe zu vermeiden.

6. Die Umsetzung wissenschaftlicher Forschung in marktfähige Produkte wird verbessert durch:
   - die Intensivierung des Technologietransfers zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen
   - die Förderung der Anmeldung und Nutzung von Patenten
   - die verstärkte Zusammenarbeit staatlicher Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft bei der Entwicklung und Durchführung von Forschungsprojekten
   - die Förderung der Gründung/Ausgründung von technologieorientierten Unternehmen

7. Deutschland soll noch in diesem Jahrzehnt in der Biotechnologie eine Spitzenstellung einnehmen. Hierzu gilt es, die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern durch: Initiativen für mehr Akzeptanz durch sachgerechtere und umfassende Information über Chancen und Risiken; die Deregulierung der EU-Gentechnikrichtlinien; Wahrung von Forschungsinteressen im Tierschutzgesetz; verbesserten Schutz geistigen Eigentums; Senkung von Zulassungsgebühren; Anreize für Risikokapitalgeber durch Initiativen zu speziellen Venture-Capital-Fonds; Anreize zu enger Kooperation von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie die Förderung regionaler Forschungsnetzwerke (BioRegio-Wettbewerb).

**Mehr Beschäftigung durch eine zukunftsgerichtete Finanz- und Steuerpolitik**

8. Unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland ist eine Rückführung des staatlichen Einflusses. Die Staatsquote muß durch strikte Ausgabendisziplin bis zum Jahr 2000 wieder auf das vor der Wiedervereinigung erreichte Niveau von 46 % abgesenkt werden. Dies erfordert die Beibehaltung des Haushaltsmoratoriums und darüber hinausgehende Einsparungen. Weitere deutliche Einsparungen sind auch im Bereich von Ländern und Gemeinden im Rahmen eines Nationalen Stabilitätspaktes erforderlich. Der so gewonnene Spielraum wird im Konzept der symmetrischen Finanzpolitik gleichgewichtig zur Senkung der öffentlichen Defizite und zur Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung genutzt, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, die Stabilität der Staatsfinanzen zu sichern und die Maastricht-Kriterien einzuhalten.

9. Das Steuersystem muß weiterhin vereinfacht sowie wachstumsfreundlicher und arbeitsplatzfördernder ausgerichtet werden. Diesem Ziel dienen sowohl eine schrittweise Veränderung der Steuerstruktur in Richtung einer Entlastung bei den direkten Steuern und somit eines stärkeren Gewichts bei den indirekten Steuern als auch – mittelfristig – eine Senkung der Steuerlast insgesamt.

   1. Schritt:

   Die Bundesregierung will die Unternehmensteuerreform mit Wirkung ab 1. Januar 1997 aufkommensneutral verwirklichen: Die Gewerbekapitalsteuer wird für ganz Deutschland abgeschafft bei gleichzeitiger mittelstandsfreundlicher Absenkung der Gewerbeertragsteuer. Zur Kompensation der damit für sie verbundenen Einnahmeausfälle erhalten die Gemeinden einen Anteil am Umsatzsteueraufkommen, der sich an Zahl und Leistungskraft der Unternehmen in einer Kommune orientiert und damit Anreize für gewerbliche Neuansiedlungen erhält. Die Belastung mit Vermögensteuer wird zum 1. Januar 1997 beseitigt. Andernfalls müßten gerade bei der persönlichen Vermögensteuer – wegen der Vorgaben des Verfassungsgerichts – die Einheitswerte für ca. 3 Mio. Objekte neu festgestellt werden; das würde erhebliche personelle wie finanzielle Kapazitäten binden und auch der angestrebten Steuervereinfachung zuwiderlaufen. Außerdem werden so negative Auswirkungen auf den Wohnungsbau vermieden. Bei der anstehenden Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer werden insbesondere im Hinblick auf den Unternehmensübergang Erleichterungen für Betriebsvermögen vorgesehen.

   2. Schritt:

   Die Bundesregierung will mit dem Abbau des Solidaritätszuschlages von 7,5 % auf 5,5 % ab 1. Juli 1997 beginnen.

   Der Abbau des Solidaritätszuschlages darf weder zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme noch zu einer Beeinträchtigung des auch weiterhin notwendigen Finanztransfers in die neuen Bundesländer führen.

   Die Mehrwertsteueranteile, die den Bundesländern zur Verfügung gestellt wurden, werden – wie im Solidarpakt vereinbart – in dem Maße zurückgeführt, in dem sie zur Vorabauffüllung im Länderfinanzausgleich nicht mehr benötigt werden.

   3. Schritt:

   Nach 1998 will die Bundesregierung im Rahmen einer Tarifreform 2000 die notwendigen Entscheidungen für eine Reduzierung der Steuersätze und die Rückkehr zum linear-progressiven Tarif in der Einkommensbesteuerung treffen. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch steuervereinfachende Maßnahmen im Rahmen einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage über den Abbau von Steuervergünstigungen/Sonderregelungen und durch strikte Ausgabendisziplin.

10. Zur Sicherung gleicher Startchancen im Wettbewerb um die Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen wird die Bundesregierung die steuer-

liche Ungleichbehandlung privater und staatlicher Anbieter über die Einführung der Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht für öffentliche Betriebe beseitigen.

11. Die Bundesregierung ist bereit, die Bestrebungen zu unterstützen, die im Jahressteuergesetz vorgenommenen Einschränkungen bei der Privatnutzung von Dienst- und Geschäftswagen sowie bei den Pauschsätzen für Verpflegungsmehraufwand zu überprüfen und ggf. aufkommensneutral zu korrigieren; Voraussetzung ist eine entsprechende Bundesratsinitiative.

**Lohnzusatzkosten begrenzen – Sozialstaat umbauen**

Der Ausgabenanstieg in den sozialen Sicherungssystemen hat in den letzten Jahren nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu einer massiven Belastung des Faktors Arbeit mit Lohnzusatzkosten geführt. Vom Jahr 1995 auf 1996 steigt die Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung) weiter um fast 2-Prozentpunkte auf 41 %.

12. Die Bundesregierung ist entschlossen, einen weiteren Anstieg der staatlich bedingten Lohnzusatzkosten zu verhindern und die Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40 % zurückzuführen. Dazu werden alle Möglichkeiten für Einsparungen in den Sozialversicherungen genutzt.

Die Bundesregierung wird diese Möglichkeiten im Dialog mit den Sozialpartnern konkretisieren. Aus heutiger Sicht hält sie in jedem Fall folgende Schritte für notwendig:

13. Die Bundesregierung wird in Kürze einen Gesetzentwurf zur Korrektur von Fehlentwicklungen bei der Frühverrentung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand vorlegen. Vorgesehen sind u. a. die Ersetzung der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit durch die stufenweise Einführung der Möglichkeit für langjährig Versicherte, ab Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig eine Vollrente zu beziehen, sowie die Einführung einer Teilrente ab Vollendung des 58. Lebensjahres; dabei soll die Äquivalenz zwischen Beitrags- und Rentenleistungen aufrecht erhalten werden. Die sich aus dem vorzeitigen Rentenbeginn ergebende Minderung des monatlichen Rentenzahlbetrages soll durch zusätzliche Beitragszahlungen abgemildert oder gänzlich vermieden werden können. Für Teilzeitarbeit zwischen dem 55. und 58. Lebensjahr soll eine arbeitsmarktpolitische Flankierung erfolgen.

    Die Beratungen über die Korrektur von Fehlentwicklungen bei der Frühverrentung werden in dem Gespräch zur Zukunftssicherung und für mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften am 12. Februar 1996 fortgesetzt und entschieden.

    Maßnahmen zur Kompensation in diesem Zusammenhang entstehender Mehraufwendungen des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Altersteilzeitgesetz werden als Teil des vorgesehenen sozialen Konsolidierungspakets im einzelnen festgelegt.

14. Außerdem wird die Bundesregierung die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten reformieren. Überprüft werden insbesondere die arbeitsmarktbedingten Verrentungsgründe sowie die Möglichkeit einer verstärkten Ausrichtung dieser Renten an der verbliebenen Erwerbsfähigkeit.

15. Nachdem das Maßnahmenpaket zur Kostendämpfung im Krankenhausbereich bereits im Bundestag eingebracht worden ist, wird auch im ambulanten Bereich die dritte Stufe der Gesundheitsreform zügig umgesetzt. Die dritte Stufe der Gesundheitsreform wird die Vertragsbeziehungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern freiheitlicher gestalten. Mit den erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten hat es die Selbstverwaltung besser als bisher in der Hand, Wirtschaftlichkeitsreserven auszuschöpfen und ökonomische Versorgungsstrukturen zu schaffen.

    Die Vorgaben für die Stabilität der Beiträge erschweren Beitragssatzerhöhungen und verstärken die Verantwortung der Selbstverwaltung für eine sparsame Verwendung der Mittel.

    Kostenerstattung für alle Versicherten, die dies wünschen, Unterrichtung durch den Arzt oder die Krankenkasse über in Anspruch genommene Leistungen sowie eine automatische Anpassung der Zuzahlung an die Entwicklung der Löhne und Gehälter sollen zu mehr Transparenz beitragen, die Eigenverantwortung der Versicherten stärken und die Anreize für eine verantwortungsbewußte Inanspruchnahme der Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhen.

    Die 3. Stufe der Gesundheitsreform wird in Verbindung mit weiteren Maßnahmen den durchschnittlichen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Stand von Ende 1995 zurückführen und auf diesem Niveau stabilisieren. Weitere Schritte zur Beitragssatzstabilisierung werden eingeleitet. Die Bundesregierung wird die durch die Einführung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflegeleistungen) mögliche Umwidmung von bisher fehlbelegten Krankenhausbetten durchsetzen, damit die vom Gesetzgeber erwartete Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung um 3 Mrd. DM auch realisiert wird.

16. Die Bundesregierung wird den Aufwand für Kuren verringern. Eine Verkürzung der Regeldauer der Kuren auf 3 Wochen sowie eine Verlängerung der Intervalle bei Wiederholungskuren von 3 auf 4 Jahre werden geprüft. In diesem Zusammenhang erwartet die Bundesregierung, daß die Tarifpartner ihren Beitrag z. B. durch Anrechnung von Kuren auf den Urlaub leisten werden.

Die Bundesregierung wird in ihrem Bereich entsprechende Regelungen herbeiführen.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär" soll verstärkt in allen Bereichen der Rehabilitation gelten.

17. Die zweite Stufe der Pflegeversicherung tritt zum 1. Juli 1996 in Kraft. Die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgestellte Kompensationslücke von 2,5 Mrd. DM wird rechtzeitig vor Inkrafttreten geschlossen.

18. Pro Mitarbeiter und Jahr gehen etwa 15 Arbeitstage durch Arbeitsunfähigkeit verloren. Dies führt zu im internationalen Vergleich hohen zusätzlichen Kostenbelastungen der deutschen Unternehmen. Um dem entgegenzuwirken, hält es die Bundesregierung für notwendig, daß die Tarifpartner – entsprechend der Verabredung in dem Gespräch beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996 (Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung) – Möglichkeiten zur Verminderung von Fehlzeiten in den Betrieben konkretisieren.

19. Ein über ein Jahr hinausgehender Anspruch auf Arbeitslosengeld wird erst für Arbeitnehmer ab dem 45. Lebensjahr gewährt. Die Altersgrenze für die Höchstanspruchsdauer wird angepaßt.

Im Gespräch zur Zukunftssicherung und für mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996 hat die Bundesregierung zugesagt, sich im Gesetzgebungsverfahren dafür einzusetzen, daß

- bei der Arbeitslosenhilfe-Reform die pauschale Absenkung des für die Arbeitslosenhilfe maßgebenden Arbeitsentgeltes von 5 % jährlich auf 3 % jährlich verringert wird;
- bei der Novelle des Bundessozialhilfegesetzes die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Klage wiederhergestellt wird.

**Neue Beschäftigungschancen erschließen**

Für neue Beschäftigung ist die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen entscheidend. Deswegen hält die Bundesregierung folgende Maßnahmen für notwendig:

20. Ohne den Kündigungsschutz einzuschränken, sollen Regelungen präzisiert und klarer gefaßt werden. Dies gilt insbesondere für die Sozialauswahl und die dabei zu berücksichtigenden betrieblichen Notwendigkeiten bei betriebsbedingten Kündigungen.

Die Bundesregierung wird die zulässige Dauer von befristeten Arbeitsverhältnissen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz auf 24 Monate ausdehnen und in diesem Rahmen eine Mehrfachbefristung zulassen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, zur Förderung von Beschäftigung in kleineren Unternehmen und von Teilzeitarbeit den Schwellenwert im Kündigungsschutzgesetz zu erhöhen und Teilzeitarbeitnehmer im Arbeitsrecht anteilig zu berücksichtigen; sie wird darüber mit den Tarifpartnern Gespräche aufnehmen.

21. Die Bundesregierung wird noch im Frühsommer 1996 einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes vorlegen. Durch die Reform sollen insbesondere die Chancen benachteiligter Zielgruppen (Schwerbehinderte, Ungelernte, Berufsrückkehrerinnen usw.) am Arbeitsmarkt erhöht werden. Die Effektivität und die Effizienz der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollen durch eine ortsnahe Organisation der Arbeitsmarktpolitik verbessert werden. Durch eine Erhöhung der Effizienz der Arbeitsmarktpolitik, durch Verkürzung der Verweildauer mittels einer verbesserten Vermittlung und einer Verstärkung der Kontrolle des Leistungsmißbrauchs lassen sich erhebliche Einsparungen erzielen. Die Reform wird den Grundsätzen Rechnung tragen, daß

- die Zumutbarkeit wirksamer geregelt werden muß,
- Fehlentwicklungen wie z. B. sog. Maßnahmenketten, d. h. der Übergang von Qualifikations- in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und dann in erneute Arbeitslosigkeit, vermieden werden,
- durch zielgenauen Einsatz von Qualifizierungsmaßnahmen die Eingliederungschancen insbesondere von ungelernten Arbeitnehmern erhöht werden müssen. Dabei ist auf eine betriebsnahe Ausgestaltung zu achten.

22. In Privathaushalten besteht ein großer, künftig noch steigender Bedarf an familien- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Das Potential für neue, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse muß genutzt werden. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung Möglichkeiten zur Verbesserung der Bedingungen und zur Entlastung der Privathaushalte als Arbeitgeber von administrativen Pflichten (z. B. Vereinfachung der Abführung von Sozialbeiträgen) vorsehen. Zur Erhöhung der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten werden die Rahmenbedingungen auch steuerlich attraktiver gestaltet. Einzelheiten werden bis Mitte 1996 festgelegt.

23. Mit dem Ziel, die Anreize für die tarifliche Vereinbarung investiver Lohnkomponenten zu stärken, wird die staatliche Förderung der Vermögensbildung durch Anhebung des Höchstbetrages auf 1 200 DM und der Einkommensgrenzen auf 50 000 DM für Ledige und 100 000 für Verheiratete verbessert. In den neuen Bundesländern wird zusätzlich der Fördersatz auf 15 % erhöht und der steuer- und abgabenfreie Betrag für Mitarbeiterbeteiligungen auf 500 DM erhöht. Die Bundesregierung wird hierzu Finanzierungsvorschläge erarbeiten.

Die Bundesregierung erwartet von den Tarifpartnern, daß sie in ihren Vereinbarungen die Voraussetzungen für eine stärkere Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer schaffen.

**Durch Subventionsabbau und flankierende Maßnahmen den notwendigen Strukturwandel beschleunigen und zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffen**

Strukturerhaltende Subventionen lähmen die Anpassungsfähigkeit des Standortes Deutschland und die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Alle Subventionen gehören auf den Prüfstand.

24. Die Bundesregierung bekräftigt ihre im Rahmen des Artikelgesetzes bis zum Jahr 2000 gegebenen Zusagen für die deutsche Steinkohle. Wie in den Energiekonsensgesprächen verabredet, wird sie in Gesprächen mit Bergbau und Gewerkschaft prüfen, ob eine Degression der Verstromungshilfen bereits ab 1999 vereinbart werden kann. Darüber hinaus strebt die Bundesregierung an, die Kohlehilfen bis zum Jahr 2005 auf ein deutlich abgesenktes Niveau zurückzuführen. Der Bund erwartet dabei, daß die beiden Revierländer aufgrund ihrer regionalpolitischen Verantwortung und Interessen einen substantiellen Eigenbeitrag leisten.

    Die Bundesregierung wird die Möglichkeit eröffnen, nicht beanspruchte Mittel der vorgesehenen Steinkohlehilfen zur Flankierung der Umstrukturierung in der Region zu nutzen, wobei sie von einem entsprechenden Beitrag der Revierländer ausgeht.

25. Die Bundesregierung wird die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum unterstützen. Vorgesehen sind u. a. die Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung rechtlicher Anforderungen z. B. im Gewerbe-, Bau- und Heimrecht sowie bei der Nutzungsänderung landwirtschaftlicher Gebäude.

26. Im sozialen Wohnungsbau wird das Prinzip der Einkommensorientierung auf den Wohnungsbestand ausgedehnt. Mit der Neuregelung sollen bestehende Fehlsubventionierungen abgebaut und die Ungleichbehandlung durch unterschiedliche Mieten bei gleichen Wohnungen vermieden werden. Damit werden die Förderung effizienter und treffsicherer gestaltet und mittelfristig Einsparpotentiale eröffnet. Zudem beabsichtigt die Bundesregierung, die Flexibilität zwischen den verschiedenen Förderinstrumenten zu vergrößern und damit die kommunalen Entscheidungsspielräume zu verbreitern.

**Mehr Beschäftigung durch mehr Wettbewerb**

Unternehmerische Tätigkeit ist in Deutschland zu stark durch staatliche Bevormundung, Marktzutrittsschranken und wettbewerbsfeindliche Regulierungen reglementiert. Dies muß dringend geändert werden, damit Arbeitsplätze auch im internationalen Wettbewerb sicherer werden. Deswegen sind weitere Anstrengungen in folgenden Bereichen notwendig:

27. Mit dem voraussichtlichen Inkrafttreten des Telekommunikationsgesetzes zur Jahresmitte 1996 wird der Markt für Telekommunikationsleistungen einem funktionsfähigen Wettbewerb geöffnet. Dies wird neue Wachstumsdynamik bewirken. Neue Wettbewerber und kleine und mittlere Unternehmen erhalten die Chance, sich am Angebot einer nicht absehbaren Vielfalt und Vielzahl neuer Dienste zu beteiligen. Die Marktöffnung in diesem Sektor wird zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft verbessern.

28. Im Frühjahr 1996 wird der Entwurf eines neuen Postgesetzes vorgelegt, der den künftigen Regulierungsrahmen für Postdienstleistungen bestimmt. Dazu gehört insbesondere eine weitere Liberalisierung der Märkte sowie die Institutionalisierung einer wettbewerbsorientierten Regulierung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die den lizensierten Postunternehmen im öffentlichen Interesse zuzuweisenden Aufgaben ohne Belastung der öffentlichen Haushalte finanzierbar sein müssen.

29. Die Bundesregierung verfolgt mit Nachdruck das Ziel einer Öffnung der Märkte für Strom und Gas in Europa. Auf europäischer Ebene wird auch im 1. Halbjahr 1996 intensiv auf eine Kompromißlösung zwischen verschiedenen, zur Diskussion stehenden Modellen hingearbeitet, um eine ausreichende und gleichgewichtige Marktöffnung für Strom sicherzustellen. Die nationale Reform des Ordnungsrahmens für Strom und Gas wird auch unabhängig von der weiteren Entwicklung auf europäischer Ebene vorangetrieben. Die Bundesregierung wird einen entsprechenden Gesetzentwurf noch im Frühjahr 1996 vorlegen.

30. Die Bundesregierung wird die Freiräume für Wettbewerb und private Initiative auf dem Weg zur Informationsgesellschaft stärken. Hierfür sind Klärungen, insbesondere zur Abgrenzung neuer Informations- und Kommunikationsdienste zum Rundfunk erforderlich. Die Regelungen im Wettbewerbsrecht, im Datenschutz, im Arbeitsrecht, im Urheberrecht und in verwandten Schutzrechten werden in diesem Zusammenhang überprüft. Die Aufgeschlossenheit gegenüber der Informationsgesellschaft muß vergrößert werden. Hierzu wird die Bundesregierung mit einem stärkeren Einsatz moderner Informationstechniken im Bildungssystem und in anderen öffentlichen Bereichen wie Verwaltung, Gesundheitswesen, Verkehr und Umwelt beitragen. Die Bundesregierung wird in Kürze ihren Bericht „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ vorlegen. Darüber hinaus beabsichtigt sie, im Rahmen der Bundeskompetenzen ein Multimedia-Gesetz für den Einsatz und die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationsdienste vorzulegen.

31. Die Bundesregierung wird ihren Privatisierungskurs konsequent fortsetzen. Auf der Agenda stehen u. a. Deutsche Lufthansa AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG, Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH, Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH, DSL-Bank, DG Bank-Deutsche Genossenschaftsbank, Autobahn Tank & Rast AG sowie die Flughafenbetei-

ligungen des Bundes in Hamburg und Köln/Bonn.

Zudem wird die Bundesregierung die für eigene Zwecke nicht benötigten Liegenschaften in verstärktem Umfang veräußern.

Die BMBG, die Nachfolgegesellschaft der Treuhandanstalt für die in den neuen Bundesländern noch nicht privatisierten Unternehmen, strebt an, die Privatisierung der vor allem in den Management-Kommanditgesellschaften zusammengefaßten noch 34 Unternehmen bis Ende 1996 abzuschließen.

32. Das weitaus größte Privatisierungspotential liegt bei Ländern und Kommunen. Dort sind bisher keine ausreichenden Anstrengungen zur Mobilisierung privater Initiative erfolgt. Deshalb fordert die Bundesregierung die Länder auf, entsprechend der Regelung beim Bund in ihren Haushaltsordnungen die Pflicht zur Suche nach privatwirtschaftlichen Lösungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben über einen Wirtschaftlichkeitsvergleich zu verankern.

33. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Ladenschlußgesetzes vorgelegt. Danach werden die gesetzlichen Öffnungszeiten montags bis freitags auf 6.00–20.00 Uhr sowie samstags auf 6.00–16.00 Uhr erweitert. Die Länder erhalten die Möglichkeit, den Ladenschluß am Samstag um zwei Stunden vorzuziehen oder um zwei Stunden zu verlängern.

34. Mit dem Ziel, Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich zu vereinfachen und zu beschleunigen, hat die Bundesregierung Gesetzentwürfe zur Umsetzung der Vorschläge der Schlichter-Kommission beschlossen (vgl. Ziffer 45 des Jahreswirtschaftsberichts). Sie sehen Novellierungen des Verwaltungsverfahrensrechts, der Verwaltungsgerichtsordnung und des Bundesimmissionsschutzgesetzes vor. Außerdem hat die Bundesregierung Vorschläge zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vorgelegt.

35. Die Anlage A der Handwerksordnung wird reformiert. Die darin enthaltene Liste der als Handwerk zu betreibenden Gewerbe wird gestrafft, überflüssige Regulierungen werden abgebaut und Angebote aus einer Hand weiter erleichtert. Die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks wird dadurch gestärkt und handwerkliche Existenzgründungen werden attraktiver.

36. Die Bundesregierung prüft, ob und inwieweit bestehende Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen gegenüber ausländischen Wettbewerbern durch eine Anpassung der Prämien für Hermes-Ausfuhrgewährleistungen beseitigt werden können.

**Berufliche Qualifizierung stärken – Hochschulreform voranbringen**

Auch Ausbildung ist ein wesentlicher Teil des Standortwettbewerbs. Denn Bildung und Qualifikation der Arbeitnehmer sind das wichtigste Kapital eines jeden fortgeschrittenen Industrielandes. Investitionen in Ausbildung sind Investitionen in Arbeitsplätze der Zukunft. Deswegen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Ausbildungsangebot im Bereich der beruflichen Bildung zu verbessern und die bestehenden Defizite im Hochschulwesen abzubauen.

37. Die Bundesregierung wird mit Nachdruck im Rahmen gemeinsamer Anstrengungen insbesondere mit den Sozialpartnern das Ziel verfolgen, die Angebote beruflicher Ausbildung nachfrage- und beschäftigungsorientiert weiterzuentwickeln und die Attraktivität der beruflichen Bildung zu erhöhen. Sie wird in ihrem Zuständigkeitsbereich die Ausbildungsplätze in anerkannten Ausbildungsberufen 1996 um 5 % erhöhen. Die Bundesregierung erwartet, daß die Arbeitgeber ihre Anstrengungen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze verstärken und die gegebene Zusage zur Erhöhung der Lehrstellen um 10 % innerhalb der Jahre 1996/1997 einhalten. Die Tarifpartner sollten alle Möglichkeiten zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots im Rahmen ihrer Tarifvereinbarungen nutzen.

38. Die Schaffung neuer, auf zukunftsorientierte Tätigkeitsfelder orientierter Berufsbilder und die Anpassung der Ausbildung an den Strukturwandel wird in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern vorangetrieben. Die Bundesregierung wird rechtliche Hemmnisse, die einer Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes entgegenstehen können, überprüfen und ggf. korrigieren sowie darauf hinwirken, daß Berufsschulzeiten organisatorisch stärker den Bedürfnissen der Betriebe angepaßt werden. Darüber hinaus müssen die Kapazitäten für berufsqualifizierende Ausbildungsangebote in schulischer Form (z. B. Berufsfachschulen) effektiver genutzt sowie alternative, praxisnahe Ausbildungsangebote für Studienberechtigte angeboten werden. Hierzu werden Gespräche mit den Ländern geführt.

39. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den Betrieben und Investitionen in überbetriebliche Bildungsstätten können zukünftig mit ERP-Mitteln gefördert werden.

40. Zur Überwindung der bestehenden Defizite im Hochschulbereich will die Bundesregierung die Struktur der Ausbildungsförderung (BAföG) reformieren und die Leistungen verbessern, die Hochschulbauförderung konzentrieren und das Volumen erhöhen sowie zusammen mit den Ländern die Hochschulsonderprogramme weiterentwickeln. Die Bundesregierung drängt die Länder

- die durchschnittlichen Studienzeiten zu verkürzen
- die Qualität der Lehre zu verbessern
- die Eigenverantwortung der Hochschulen und den Wettbewerb untereinander zu stärken
- leistungsabhängige Finanzierungsformen im Hochschulbereich einzuführen
- Möglichkeiten für die Hochschulen zu schaffen, neue Wege der Effizienzsteigerung (z.B.

beim Personalaustausch mit der Wirtschaft oder bei einem zielgerichteteren Einsatz verfügbarer Mittel) zu erproben

- das Ausbildungsangebot in Fachhochschulen zu verbessern und zu erweitern.

**Bau- und Umweltinvestitionen stärken und Verkehrsinfrastrukturen weiterentwickeln**

Eine moderne, hohen internationalen Maßstäben gerecht werdende Verkehrsinfrastruktur ist für einen leistungs- und wettbewerbsfähigen Standort ebenso von essentieller Bedeutung wie ein funktionierender Wohnungsmarkt. Ansatzpunkte für Verbesserungen in diesem Bereich sieht die Bundesregierung in folgenden Bereichen:

41. Mit der Reduzierung von technischen Standards und der Deregulierung im Normenbereich, flexibleren Möglichkeiten für den Einsatz verbesserter Bautechniken, einer stärkeren Kooperation zwischen Planung und Bauausführung sowie festen Kostenobergrenzen in der direkten Wohnungsbauförderung werden im Rahmen der Kostensenkungsinitiative der Bundesregierung die Voraussetzungen für die Schaffung neuen, kostengünstigen Wohnraums verbessert.

    Das Planungsrecht wird vereinheitlicht und durch Übernahme von in den neuen Bundesländern bewährten Vereinfachungen generell gestrafft. Die Stärkung der kommunalen Planungshoheit im Baurecht soll Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen. Zur raschen Umsetzung wird der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Bereich Baugesetzbuch bis zum 31. August 1996 Gesetzentwürfe vorlegen.

    Durch Verbesserung der Markttransparenz, Vereinfachung und bessere vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten wird das Mietrecht zur Unterstützung besserer Investitionsbedingungen reformiert. Die Eckwerte hierzu werden im Jahresverlauf 1996 erarbeitet.

    Die Vertragsfreiheit im Mietrecht für Wohnungsneubauten wird z. B. durch eine zu vereinfachende und marktnähere Mietanpassung und eine Erleichterung von Zeitmietverträgen erweitert. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung, ob durch Anreize im Wohnungsmietrecht private Wohnungsbauinvestitionen gestärkt werden können.

42. Zur Stärkung der konjunkturellen Dynamik im Eigenheimbau wird die Bundesregierung Gespräche mit der Kreditwirtschaft aufnehmen. Ziel ist eine Gemeinschaftsinitiative der Kreditwirtschaft zur Bildung preisgünstigen Wohneigentums – insbesondere für junge Familien – durch besonders günstige Finanzierungskonditionen.

43. Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten nutzen, um mit dem Einsatz moderner Verkehrsleittechnik die Effizienz der Verkehrsinfrastrukturen zu erhöhen und damit Potentiale für Kostenentlastungen und mehr Beschäftigung zu nutzen. Besondere verkehrspolitische Bedeutung kommt der Förderung von Terminals Schiene/Straße und Terminals Straße/Wasserstraße im kombinierten Verkehr zu.

44. Aus Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden neue, günstige Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen der Kommunen z. B. im Bereich der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, der Abfallwirtschaft, der Energieeinsparung, des Nahverkehrs, der Stadt- und Dorferneuerung und sozialer Einrichtungen geschaffen. Diese gelten auch für Leasingfinanzierung. Das Volumen des KfW-Infrastrukturprogramms wird von 4 auf 6 Mrd. DM aufgestockt.

    Die Bundesregierung begrüßt die Absicht der Kreditanstalt für Wiederaufbau, aus eigenen Mitteln das Förderprogramm der Bundesregierung zur $CO_2$-Einsparung bei Wohngebäuden um 2 Mrd. DM aufzustocken.

**Öffentlichen Dienst und öffentliche Verwaltung modernisieren**

Ein Übermaß staatlicher Aktivität führt sowohl zu einer Einengung privatwirtschaftlicher Dynamik als auch zu unnötig hohen Kostenbelastungen von Bürgern und Unternehmen. Die Bundesregierung wird auf dem Weg zu einem schlankeren Staat entschlossen vorangehen. Hierzu leisten folgende Maßnahmen einen wichtigen Beitrag:

45. Die Reform des öffentlichen Dienstrechts wurde im Dezember 1995 im Bundeskabinett beschlossen. Damit werden die Voraussetzungen für eine stärkere Leistungsorientierung z. B. durch Leistungsstufen in der Besoldung, Leistungsprämien und Erprobungszeiten in Führungspositionen, für mehr Mobilität beim Personaleinsatz und mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen. Die Bundesregierung setzt sich für eine schnelle und wirksame Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Ländern ein. Die Bundesregierung strebt im übrigen an, den Zugang beruflich Qualifizierter zu den Laufbahnen des öffentlichen Dienstes durch die Gleichbehandlung allgemeiner und beruflicher Bildungsabschlüsse zu verbessern sowie besonders qualifizierten Fachhochschulabsolventen den Zugang zum Vorbereitungsdienst für den höheren Dienst zu ermöglichen.

46. Die organisatorischen Strukturen der Bundesverwaltung müssen durch Verschlankung und Modernisierung den Anforderungen der Zukunft angepaßt werden, damit die Verwaltung insgesamt effizienter und noch handlungsfähiger gestaltet werden kann. Dazu wird auf allen Ebenen der Bundesverwaltung verstärkt geprüft, welche Aufgaben von Privaten besser oder ebenso gut erledigt werden und welche bisherigen Aufgaben entfallen können. Die Bundesregierung wird in einem ersten Schritt in Kürze ein Maßnahmenpaket zur Verringerung und Straffung der Bundesverwaltung verabschieden, dessen Kernpunkte die Auflösung oder Zusammenlegung einer Vielzahl von Behörden, die Privatisierung von Aufgaben sowie Maßnahmen zur Verbesse-

rung der inneren Verwaltungsabläufe und Strukturen sind. Die Bundesministerien werden weitere Möglichkeiten wie z.B. die Abflachung von Hierarchien oder die Ausgliederung von nicht ministerialen Aufgaben auf nachgeordnete Behörden, in der Zeit bis zum Regierungsumzug nutzen, um effizientere Organisationsformen zu schaffen. Das Bundesministerium des Innern wird zum Jahresende 1996 zusammenfassend über die Umsetzung der Maßnahmen berichten.

47. Durch Konzentration der Staatstätigkeit auf ihre Kernaufgaben und durch Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung wird der Personalaufwand erheblich verringert. Der Personalbestand des Bundes, der nach der Wiedervereinigung von rd. 300 000 Bediensteten im Jahre 1989 auf 381 000 im Jahre 1992 angestiegen ist, ist bis Ende 1995 schon auf 325 000 Stellen reduziert worden. Die Bundesregierung wird das Personal des Bundes auf das Niveau vor der Wiedervereinigung zurückführen. Dazu wird der Stellenbestand der obersten Bundesbehörden und der nachgeordneten Bundesverwaltung jährlich um einen festen Prozentsatz verringert.

48. Die Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, daß künftig bei gesetzgeberischen Vorhaben der entstehende administrative Aufwand und bürokratische Belastungen für Bürger und Unternehmen in vollem Umfang berücksichtigt werden. Vorgesehen ist eine Gesetzesfolgenabschätzung, nach der bei jedem Gesetzentwurf im Zusammenhang mit der Prüfung, ob die Aufgabe nicht besser oder ebenso gut von Privaten wahrgenommen werden kann, der voraussichtliche Vollzugsaufwand detailliert dargestellt werden muß. Hierdurch entsteht eine qualifizierte Legitimierungs- und Begründungspflicht für den Gesetzgeber.

49. Mit dem Bundeshaushalt 1995 sind Modellvorhaben zur Anwendung flexibler Haushaltsinstrumente in der nachgeordneten Verwaltung eingerichtet worden. In dreijähriger Laufzeit wird erprobt, ob zusätzliche Flexibilität zu mehr Eigenverantwortung der Ressorts und sparsamerer Haushaltswirtschaft führt. Die Bundesregierung wird im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 1997 prüfen, ob nach ersten Ergebnissen von Modellversuchen flexiblere Vorschriften bereits umgesetzt werden können und ob ggf. weitere Flexibilisierungsmaßnahmen möglich sind, sofern die Bedingungen zusätzliche Effizienz und Einsparungen erwarten lassen.

50. Um eine optimale Nutzung staatlicher Einrichtungen und Dienste zu erreichen, werden innerhalb der Bundesverwaltung die Initiativen für eine verbesserte Kostendeckung in der Bundesverwaltung verstärkt. Auf diese Weise kann die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen auf den wirtschaftlich gebotenen Umfang begrenzt werden. Bei der Festsetzung der Gebühren ist daher auf die Kostendeckung zu achten. Dabei ist allerdings auch sicherzustellen, daß die Kosten durch die Verwaltung minimiert werden. Der Bund wird die erforderlichen Rechtsgrundlagen schaffen. Länder und Gemeinden sind aufgefordert, entsprechend zu verfahren.

### 3. Wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Ländern

**22.** Deutschland ist mehr als fünf Jahre nach der Vereinigung auf dem Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit ein entscheidendes Stück vorangekommen. Es darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, daß das Ziel einer sich selbst tragenden Wirtschaft in Ostdeutschland bei weitem noch nicht erreicht ist. Der Weg zur Normalität ist noch lang (Ziffer 84 JG). Das Gefälle in der Leistungskraft gegenüber den alten Ländern hat sich zwar 1995 weiter verringert, das Tempo des Angleichungsprozesses ist allerdings merklich langsamer geworden. Die Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland ist nach wie vor beträchtlich. Das zeigt sich beispielsweise an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die – gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – trotz mehrjähriger kräftiger Steigerungen 1995 erst 54,4 % des westdeutschen Niveaus erreichte. Dagegen stiegen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten gleichzeitig auf knapp 73 % des westdeutschen Standes. Die Lohnentwicklung ist der wirtschaftlichen Entwicklung weit vorausgeeilt. Auch der Sachverständigenrat sieht hierin einen schweren Fehler (Ziffer 295 JG). Als Folge des zu schnellen Lohnangleichungsprozesses lag die Lohn-Produktivitäts-Lücke zwischen Ost- und Westdeutschland 1995 bei 33,2 %. Besonders bedenklich ist, daß sich dieses Mißverhältnis im letzten Jahr wieder verschlechtert hat. Ausschlaggebend hierfür war, daß sich das Produktivitätswachstum merklich verringerte, ohne daß dies einen entsprechenden Niederschlag in der Lohnpolitik fand. Obwohl durch Sondervereinbarungen in vielen Unternehmen diesem Kostendruck entgegengewirkt wurde, gefährdet die Lohnentwicklung insgesamt auch weiterhin in erheblichem Ausmaß die Existenz der in den neuen Ländern vorhandenen Arbeitsplätze und behindert das Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten.

Besonders schwierig ist nach wie vor die Lage des verarbeitenden Gewerbes; vor allem die Unternehmen, die im überregionalen Wettbewerb stehen, haben häufig große Probleme. Gründe hierfür sind u. a. die ungünstige Lohnstückkostenrelation, Managementdefizite, Absatzschwierigkeiten und Eigenkapital- sowie Liquiditätsprobleme. Insgesamt ist die industrielle Basis in den neuen Ländern zu schmal. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der ostdeutschen Bruttowertschöpfung betrug 1995 in jeweiligen Preisen ca. 14–15 %, in Westdeutschland lag er bei etwa 26–27 %. Zwar hat sich das Gewicht des verarbeitenden Gewerbes im letzten Jahr erhöht; die schmale Basis behindert aber weiterhin das Wachstum vor allem der produktionsorientierten Dienstleistungen.

Die Bereitschaft zur Gründung neuer selbständiger Existenzen ist nach wie vor ausgeprägt. Der Überschuß der Gewerbeanmeldungen über die -abmeldungen hat sich aber erwartungsgemäß 1995 weiter zurückgebildet. Seit 1990 bis Ende 1995 sind

rund 470 000 mittelständische Existenzen entstanden. Insgesamt dürfte es danach nunmehr rund 500 000 Selbständige mit rund 3,4 Mio. Beschäftigten geben; dies ist mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze in den neuen Ländern. Allerdings sind eine Reihe von – insbesondere mittelständischen – Unternehmen trotz tragfähiger Unternehmenskonzepte noch nicht ausreichend stabil, um im Wettbewerb bestehen zu können.

**23.** Im Bericht „Aufbau Ost – die zweite Hälfte des Wegs: Stand und Perspektiven", den das Bundeskabinett am 27. September 1995 verabschiedet hat, hat die Bundesregierung eine kurze wirtschaftspolitische Bilanz der vergangenen fünf Jahre gezogen und die Handlungserfordernisse ausführlich beschrieben.

Ziel der Politik der Bundesregierung ist der weitere Aufbau einer leistungsfähigen ostdeutschen Wirtschaft, die aus eigener Kraft am Markt besteht und genügend Beschäftigungs- und Einkommenschancen bietet. Dazu ist vor allem eine dynamische Investitionsentwicklung erforderlich. Bereits in einer voll entwickelten Volkswirtschaft ist eine rege Investitionstätigkeit die Voraussetzung für eine kontinuierlich positive Wirtschaftsentwicklung. Für die neuen Länder bedeutet dies, daß nur eine auf längere Zeit weit überdurchschnittliche Investitionsdynamik Grundlage für den langfristigen Erfolg des Aufholprozesses sein kann. Die Bundesregierung wird mit den neuen Ländern verstärkt um ausländische Investoren in Ostdeutschland werben. Bei den noch auf absehbare Zeit erforderlichen Transfers kommt dem investiven Anteil besondere Bedeutung zu. Die wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik der Bundesregierung wird fortgesetzt und an die sich verändernde wirtschaftliche Lage angepaßt. Mit der im Jahressteuergesetz 1996 und im Rahmen der Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1996 erfolgten Umsetzung des im Jahreswirtschaftsbericht 1995 angekündigten „Mittelfristigen Förderkonzepts" ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Die steuerlichen Fördermaßnahmen werden bis Ende 1998 modifiziert verlängert und vor allem auf den Problembereich Industrie konzentriert. Dies bedeutet auch eine Rückführung der Förderung ab 1997. Die Bundesregierung wird den vom Sachverständigenrat (Ziffer 297 JG) angemahnten Weg zu mehr marktwirtschaftlicher Normalität in den neuen Ländern konsequent fortsetzen.

Der Sachverständigenrat fordert die Bundesregierung dazu auf, die im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 verlängerten steuerlichen Fördermaßnahmen Ende 1998 auslaufen zu lassen. Gleichzeitig betont der Rat aber, daß damit eine über 1998 hinausreichende Investitionsförderung in differenzierter und auf bestimmte Bereiche gezielter Form nicht ausgeschlossen sein soll (Ziffer 291 JG). Die Frage, in welchem Umfang und in welcher Differenzierung Investitionsfördermaßnahmen auch ab 1999 greifen sollen, hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab und wird im Verlauf des Jahres 1997 von der Bundesregierung entschieden.

Zur Eigenkapitalschwäche, zu Liquiditätsproblemen und Insolvenzen ostdeutscher Unternehmen vertritt der Sachverständigenrat die Auffassung, daß es keine generelle Finanzierungskrise ostdeutscher Unternehmen gebe. Insolvenzen dürften in den meisten Fällen die Folge des Wettbewerbs auf den Märkten sein. Eigenkapitalengpässe und Finanzierungsschwierigkeiten seien häufig anzutreffende Probleme für Existenzgründer nicht nur in den neuen Ländern, die nicht zwingend eine Subventionierung nach sich ziehen müßten (Ziffern 92 bis 94 JG). Insgesamt äußert sich der Sachverständigenrat nicht eindeutig zu der Frage, ob und in welcher Weise hier der Staat gefordert sein könnte. Die Bundesregierung sah und sieht hier weiter Handlungsbedarf.

Das mögliche Unternehmenswachstum wird durch fehlende Eigenmittel der Unternehmen behindert. Die Bundesregierung erwartet, daß der neue „Eigenkapitalfonds Ost" dazu beiträgt, bestehende Engpässe zu beseitigen. Geraten Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten, sind zunächst vor allem die Eigentümer und Kreditinstitute gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Soweit ein tragfähiges Unternehmenskonzept vorhanden ist, sind aber auch Bund und Länder bereit, diese Unternehmen mit den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Instrumenten – wie z. B. Bürgschaften – vorübergehend zu stützen. Die Koordinierung gemeinsamer Bemühungen ist primär Sache der Länder. Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Ländern und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Kürze über eine Aufstockung des Konsolidierungsfonds entscheiden.

Die BvS wird für privatisierte Firmen im Rahmen des Vertragsmanagements weiterhin ihren Beitrag leisten, mit dem Ziel, entsprechend dem fortgeltenden Treuhandgesetz die Herausbildung marktfähiger Unternehmen und den Aufbau einer effizienteren Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Aufgabe der BvS ist es jedoch nicht, fehlgeschlagene unternehmerische Erwartungen oder Managementfehler der Käufer auszugleichen. Beiträge der BvS sind nur bei angemessenen Leistungen aller Betroffenen – auch der Belegschaften – möglich. Eine Übernahme von Unternehmen in Schwierigkeiten in staatliche Verantwortung ist kein geeigneter Ansatz zur Lösung von Unternehmensproblemen. Mit der Privatisierung, die in der Regel durch entsprechende öffentliche Hilfen flankiert wurde, müssen sich die ehemaligen Treuhandunternehmen eigenständig am Markt behaupten.

**24.** Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit für die Arbeitsplätze ist das Verhalten der Tarifparteien. Auf die spezielle Situation Ostdeutschlands bezogen gilt: Die Tarifparteien haben in der Vergangenheit größere Flexibilität bewiesen als in den alten Ländern. Hinzu kommt, daß in vielen Unternehmen zwischen Unternehmensführung und Belegschaften unternehmensspezifische Vereinbarungen getroffen werden konnten. Dennoch bedeutet die Lohnstückkosten-Lücke gegenüber Westdeutschland eine gravierende Belastung für viele Unternehmen. Zur dringend notwendigen Lösung der Schwierigkeiten kommt den Vorschlägen des Sachverständigenrates eine große Bedeutung zu: Streckung des Angleichungsprozesses, betriebsnähere Lohndifferenzierung und Ausnutzung vorhan-

dener Flexibilitätspotentiale in den Tarifverträgen (Ziffer 361 JG).

## II. Beschäftigungsfördernde Politik in einzelnen Bereichen

### 1. Haushalts- und Steuerpolitik

**25.** Die Bundesregierung verfolgt konsequent ihren stabilitätsorientierten finanzpolitischen Kurs zur Sicherung des Standortes Deutschland. Ziel ist es, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weiter voranzutreiben und Spielräume für die Senkung von Steuern und Abgaben zu schaffen, um Leistungs- und Investitionsanreize zu stärken und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Diese grundlegende finanzpolitische Zielsetzung wird durch den Sachverständigenrat unterstützt (Ziffer 338 JG). Zu diesem Zweck soll – wie bereits im Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland herausgestellt – die Staatsquote durch eine Politik der strikten Ausgabendisziplin auf allen staatlichen Ebenen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau vor der Wiedervereinigung, also auf rund 46 %, zurückgeführt werden. Die Handlungsspielräume, die sich durch die Senkung der Staatsquote ergeben, sollen im Rahmen der symmetrischen Finanzpolitik gleichgewichtig für die Senkung von Defiziten sowie Steuern und Abgaben genutzt werden.

**26.** Die Bundesregierung kann auf eine positive Bilanz der Bewältigung der finanzpolitischen Herausforderung durch die deutsche Einheit verweisen. Sie hält aber – wie der Sachverständigenrat (Ziffer 299 JG) – eine Fortsetzung der Konsolidierung nach wie vor für dringlich. Der finanzpolitische Handlungsbedarf ergibt sich aus den enormen finanziellen Herausforderungen der vergangenen Jahre. Es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, daß es trotz dieser Anforderungen gelungen ist, die Solidität der Staatsfinanzen und die Stabilität der D-Mark zu erhalten. Vielmehr ist dies der Erfolg der deutschen Finanzpolitik, die international große Anerkennung findet. In Anbetracht der Hilfen für die neuen Länder, der Belastungen durch den Konjunktureinbruch 1992/93, der Hilfen für die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wie auch der Haushaltsbelastungen durch Zuwanderungen ließ sich ein Anstieg der Staats-, Steuer- und Abgabenquote sowie eine vorübergehende Erhöhung der öffentlichen Defizite zwar nicht vermeiden. Ohne entschiedenes finanzpolitisches Gegensteuern wäre ihr Anstieg jedoch erheblich stärker ausgefallen.

In den Jahren 1990 bis 1995 hat allein der Bund brutto mehr als 600 Mrd. DM für die neuen Länder aufgewendet. Jährlich sind zwischen 20 und 25 % des Ausgabevolumens des Bundeshaushalts nach Ostdeutschland geflossen. Hinzu kommen die Leistungen des Bundes im Bereich der steuerlichen Investitionsförderung sowie die Übernahme der Erblasten der ehemaligen DDR. Die mit der deutschen Einheit verbundenen Belastungen sind durch einen ausgewogenen Finanzierungsmix gedeckt. So konnte ein großer Teil der einigungsbedingten Kosten durch Einsparungen und Umschichtungen in den letzten Jahren aufgefangen und damit die Erhöhung der Nettoneuverschuldung in Grenzen gehalten werden. Zu einem geringeren Teil trugen auch Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierng der zusätzlichen Belastung bei.

Der Vorwurf des Sachverständigenrates, daß „die qualitative Konsolidierung ... erst noch begonnen werden" muß (Ziffer 299 JG) und daß bisherige Konsolidierungserfolge „überwiegend durch Steuererhöhungen möglich" gewesen seien (Ziffer 298 JG), ist angesichts dieses Finanzierungsmixes nicht zu akzeptieren. Das zeigt sich auch an den Berechnungen des Sachverständigenrates, wonach das strukturelle Defizit seit 1991 um rund zwei Drittel abgebaut werden konnte (Tabelle D 2 JG).

**27.** Mit dem Bundeshaushalt 1995 ist es der Bundesregierung gelungen, ein deutliches stabilitätspolitisches Signal zu setzen. Die Ausgaben des Bundes gingen im letzten Jahr erstmals seit 1953 zurück. Sie blieben mit einem Rückgang von 1,4 % unter dem Vorjahresergebnis, während das nominale Bruttoinlandsprodukt um 4,2 % anstieg. Trotz steuerlicher Mindereinnahmen von rund 16½ Mrd. DM wurde die geplante Nettokreditaufnahme des Bundes nur um 1,2 Mrd. DM überschritten.

**28.** 1996 setzt die Bundesregierung ihren stabilitätsorientierten finanzpolitischen Kurs konsequent fort. Der Bundeshaushalt 1996 dokumentiert den Einstieg in die symmetrische Finanzpolitik trotz Zusatzbelastungen und der Lösung wesentlicher Finanzierungsfragen: Konsequenter Sparkurs, strikte Einhaltung des Moratoriums sowie verstärkte Privatisierungsinitiativen ermöglichen eine Stabilisierung der Ausgabenentwicklung und die Einhaltung der Obergrenze von 60 Mrd. DM für die Nettokreditaufnahme. Der Ausgabenanstieg gegenüber dem vorläufigen Haushaltsabschluß 1995 ist auf rund 1½ % (bereinigt um die Systemumstellung beim Kindergeld) begrenzt. Im Gesamtbild kann eine nominale Stabilisierung der Bundesausgaben 1994 bis 1996 festgestellt werden.

Die Politik der Ausgabenbegrenzung und des Ausgabenmoratoriums eröffnet den Weg zu umfangreichen Abgabenentlastungen, die sich in diesem Jahr mit rund 20 Mrd. DM im Bundeshaushalt niederschlagen (rund 12 Mrd. DM als Bundesanteil an den steuerlichen Mindereinnahmen aus dem Jahressteuergesetz und rund 8 Mrd. DM durch den Verzicht auf eine spezielle Ersatzfinanzierung für den im letzten Jahr ausgelaufenen Kohlepfennig).

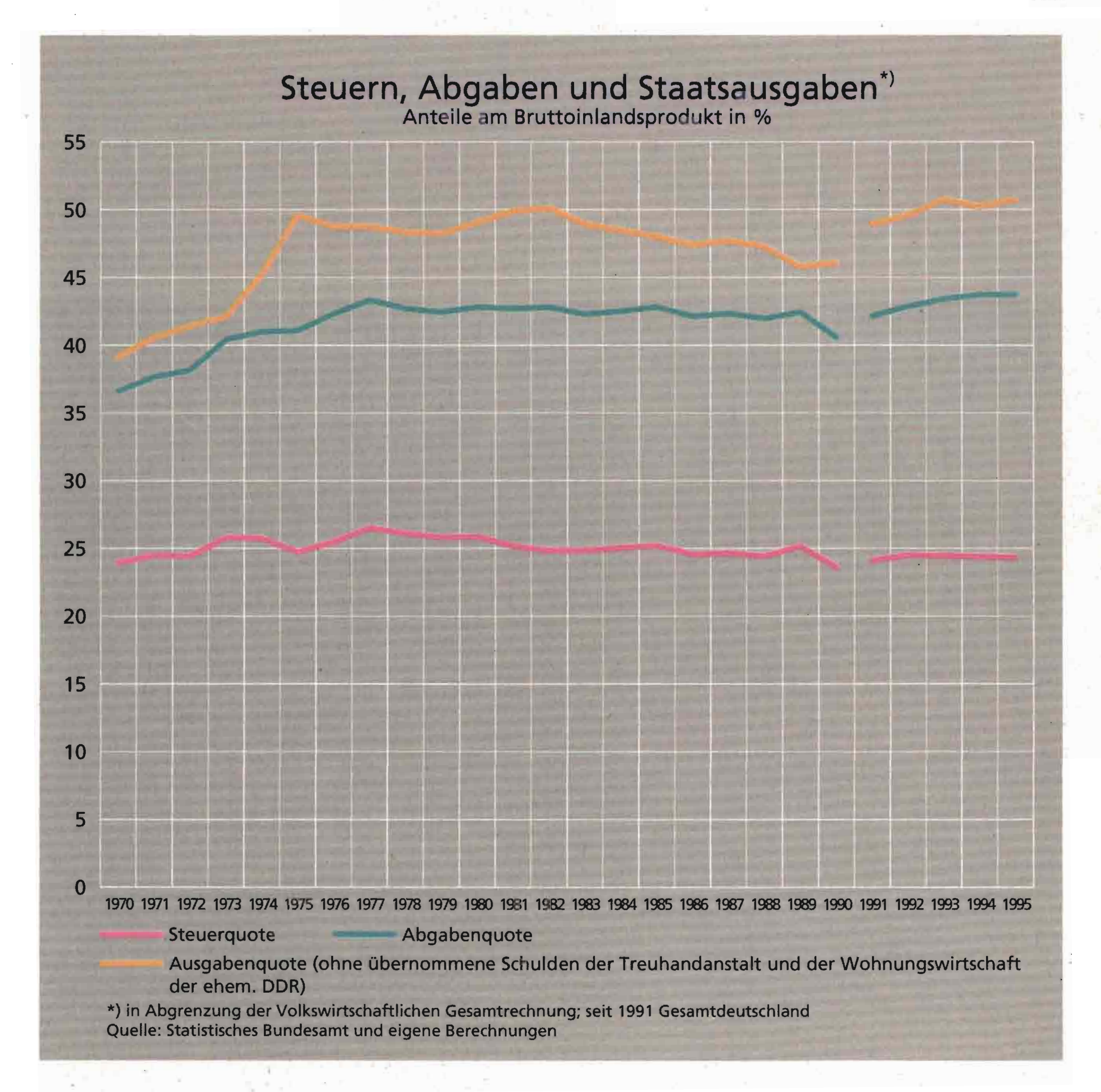
Der Bundeshaushalt 1996 trägt der im Zeitpunkt der parlamentarischen Abschlußberatungen erkennbaren veränderten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung. Zusatzbelastungen aus Steuerausfällen und gestiegenen Arbeitsmarktaufwendungen in Höhe von rund 20 Mrd. DM wurden ohne Defiziterhöhung ausgeglichen. Aufgrund der Wachstumsabschwächung sind 1996 weitere Haushaltsbelastungen nicht auszuschließen.

**29.** Auch mittelfristig wird die Bundesregierung am Kurs strikter Ausgabenbegrenzung festhalten und ihren Beitrag zur Rückführung der Staatsquote leisten. Die zuletzt ungünstigere Situation der öffentlichen Haushalte verstärkt die Notwendigkeit zusätzlicher Konsolidierungsanstrengungen. Dies erfordert die Beibehaltung des Moratoriums und darüber hinausgehende deutliche Einsparungen zur schrittweisen Rückführung der Nettokreditaufnahme.

Zu Recht hat der Sachverständigenrat über den Finanzplan hinausgehende Sparmaßnahmen gefordert, um weitere steuerliche Entlastungen einschließlich der schrittweisen Rückführung des Solidaritätszuschlages realisieren zu können (Ziffer 340 JG). Angesichts des vom Sachverständigenrat geforderten zusätzlichen Einsparvolumens in Höhe von 30 bis 40 Mrd. DM wäre es allerdings auch im Hinblick auf die Verbesserung der Durchsetzungschancen hilfreich gewesen, wenn er hierzu konkrete Ansatzpunkte aufgezeigt hätte.

**30.** Die Rückführung der öffentlichen Defizite ist notwendig, um das Vertrauen der Kapitalmärkte in die Solidität der Finanzpolitik zu stärken, den Rückgang der Zinsen zu unterstützen und wieder größere finanzpolitische Handlungsspielräume zu gewinnen. Gleichzeitig trägt dies dazu bei, die finanzpolitischen Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages auf Dauer wieder zu erfüllen. Die in der Projektion ausgewiesene Überschreitung des Defizitkriteriums beinhaltet den Auftrag an alle staatlichen Institutionen, durch noch weitergehende Anstrengungen die Vorausschätzung möglichst nicht eintreten zu lassen.

Schaubild 18



Deutschland hat sich für eine Ergänzung der vertraglichen Bestimmungen durch einen „Stabilitätspakt für Europa" eingesetzt, der eine Konkretisierung und Operationalisierung der Kriterien vorsieht. Um den Anforderungen des „Stabilitätspaktes für Europa" zu genügen, bedarf es auf nationaler Ebene gemeinsamer Konsolidierungsanstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Rahmen eines „Nationalen Stabilitätspaktes".

**31.** Im Grundsatz besteht Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Sachverständigenrates, der fordert, die Steuerlast zu senken, gleichzeitig aber ein effizientes, gerechtes, d. h. an der Leistungsfähigkeit orientiertes, und einfacheres Steuersystem zu schaffen (Ziffer 316 JG). Auch stimmt die Bundesregierung dem Sachverständigenrat zu, daß sich insbesondere hohe direkte Steuern wachstums- und beschäftigungsschädlich auswirken. Daher muß der mit dem Steueränderungsgesetz 1992 und dem Standortsicherungsgesetz eingeschlagene Weg einer Unternehmensteuerreform fortgesetzt werden. Der Solidaritätszuschlag wird nach Maßgabe der Koalitionsvereinbarung schrittweise abgebaut. Mittelfristig sollen darüber hinaus der Einkommensteuertarif linear abgesenkt und die ertragsteuerlichen Höchststeuersätze wieder auf möglichst niedrigem Niveau vereinheitlicht werden (vgl. Ziffer 21).

Im Unternehmensbereich bestehen mit der Gewerbekapital- und Vermögensteuer noch zwei Substanzsteuern, die zu Nachteilen im internationalen Standortwettbewerb führen und in Verlustphasen das Insolvenzrisiko von Unternehmen erhöhen. Sie gefährden damit Arbeitsplätze. Die Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer in den neuen Ländern wurde nochmals um ein Jahr, also bis zum 31. Dezember 1996, verlängert. Die Gewerbekapitalsteuer soll im Rahmen einer aufkommensneutralen weiteren Stufe der Unternehmensteuerreform mit Ablauf dieses Zeitpunktes abgeschafft werden. Gleichzeitig wird die Gewerbeertragsteuer mittelstandsfreundlich gesenkt. Für die entstehenden Mindereinnahmen erhalten die Gemeinden einen vollen Ausgleich bei der Umsatzsteuer. Es ist fraglich, ob die vom Sachverständigenrat geforderte kommunale Wertschöpfungsteuer (Ziffer 350 JG) als Kompensationsinstrument besser geeignet wäre. Damit würde eine neue Steuer eingeführt, die wiederum ertragsunabhängige Elemente enthält und durch Besteuerung der Lohnsumme auch beschäftigungspolitisch kontraproduktiv wirkt.

**32.** Bis zum 31. Dezember 1996 muß nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts auch eine Reform der Vermögensteuer erfolgt sein, anderenfalls kann die Vermögensteuer ab 1997 nicht mehr erhoben werden. Dabei spricht vieles für eine generelle Abschaffung der Vermögensteuer. Unverzichtbar ist die Entlastung betrieblichen Vermögens. In diesem Zusammenhang muß auch die Neuregelung der Erbschaftsteuer erfolgen. Dabei sind nicht nur die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen, wonach kleinere Vermögen im engeren Kreis der Familie steuerfrei bleiben und im übrigen den Erben der deutlich überwiegende Teil des ererbten Vermögens verbleiben muß. Berücksichtigt werden muß auch, daß gerade im Bereich des Mittelstandes der geeignete Nachfolger nicht immer unmittelbar aus dem engsten Familienkreis kommt und bei einer Unternehmensnachfolge die Fortführung des Betriebes oftmals nur bei Erhalt seiner Substanz möglich ist.

## 2. Arbeit und Soziales

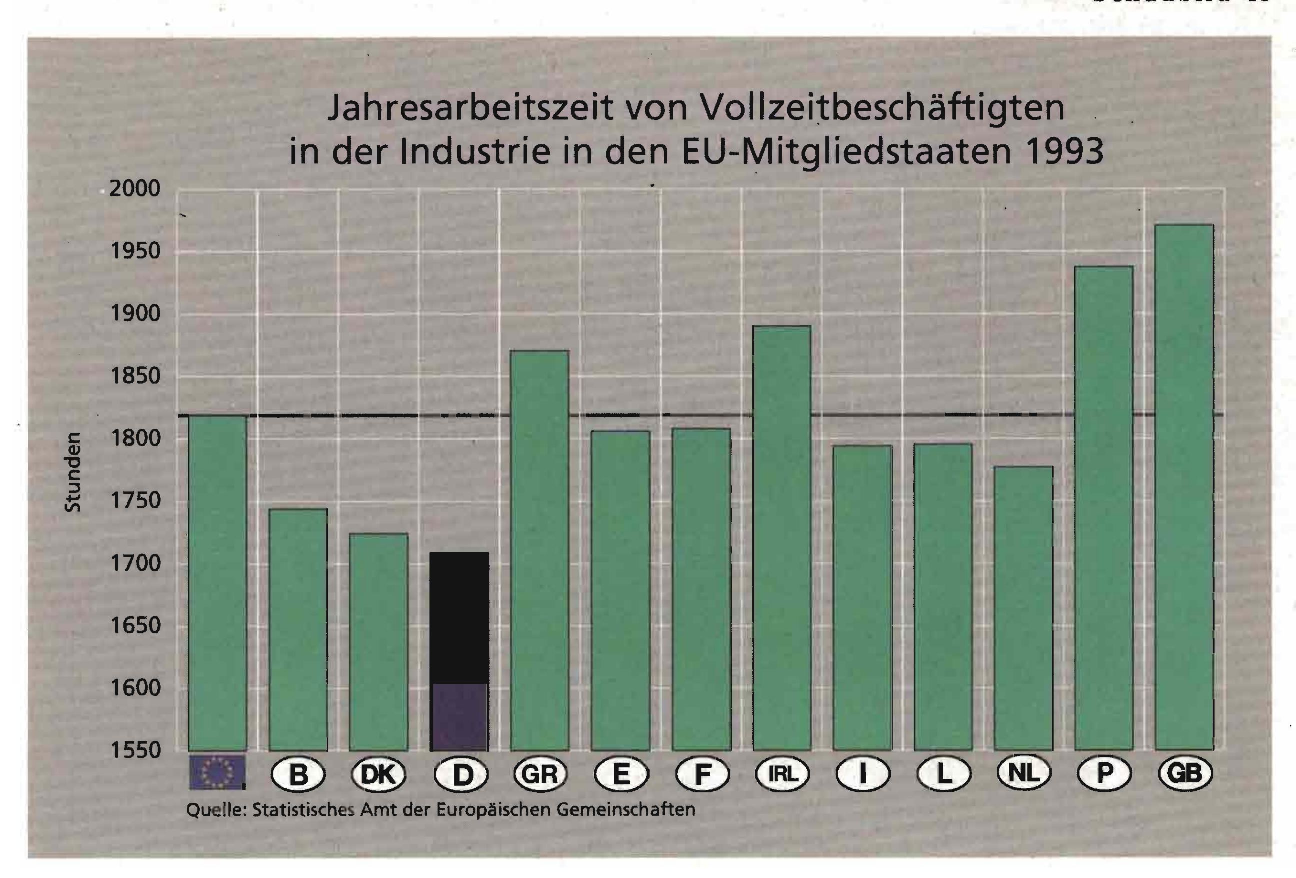
**33.** Da der Beschäftigungsstand in hohem Maße von den Arbeitskosten abhängt, weist die Tarifautonomie den Tarifpartnern eine entscheidende Verantwortung zu. Obwohl das Beschäftigungsziel in Deutschland verfehlt wird, haben die Tarifpartner in der Lohnrunde 1995 den tarifpolitisch angemessenen Kurs des Jahres 1994 verlassen. Schaden genommen hat dadurch nicht nur die Beschäftigungsentwicklung, sondern auch die Tarifpolitik selbst. Ihre Funktionstüchtigkeit wird in Zweifel gezogen (Ziffer 380 JG). Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit muß, wie der Sachverständigenrat betont, die Lohnpolitik einen Abschlag von den Lohnanhebungen zulassen, die in Zeiten einer normalen Beschäftigung vertretbar wären (Ziffer 370 JG).

Lohnzurückhaltung muß einhergehen mit einer marktgerechteren Differenzierung der Tarifentgelte nach Branchen, Regionen und Qualifikationen, Öffnungsklauseln auch für Lohnkomponenten u. a. in Verbindung mit Tarifverträgen zur Vermögensbildung und mit Einstiegstarifen zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Arbeitslosen. Besonders nachteilig wirkt sich eine unzureichende Lohndifferenzierung auf die Beschäftigungschancen von Arbeitskräften mit geringer Qualifikation oder anderen Einschränkungen wie fehlender Berufserfahrung, langer Arbeitslosigkeit oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus. Für die fast 50 % der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung finden sich bei der Höhe der Arbeitskosten in Deutschland nur schwerlich rentable Arbeitsplätze. Will die Tarifpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Sockelarbeitslosigkeit beitragen, dann muß sie auch Vereinbarungen zulassen, die Beschäftigung mit geringer Qualifikation ermöglichen.

Der Sachverständigenrat empfiehlt, den Flächentarifvertrag nicht völlig aufzugeben, ihn aber erheblich zu flexibilisieren (Ziffern 381 ff JG). Möglichkeiten dafür bestehen nicht nur bei der Arbeitszeit, sondern auch bei der Entlohnung. Dies bedeutet weder einen Weg zu weniger Arbeitszeitsouveränität und zum Lohnabbau, noch zu weiteren Mitbestimmungs- und Kontrollrechten. Vielmehr geht es darum, mit Offenheit für Innovationen auch in der Tarifpolitik neue Möglichkeiten auszuloten, um den Flexibilisierungserfordernissen von Betrieben und Arbeitnehmern zu entsprechen.

Signale seitens der Gewerkschaften zeigen eine zunehmende Bereitschaft zu mehr Beweglichkeit in der Tarifpolitik. So sehen z. B. die in der Chemieindustrie – neben Einstiegstarifen für Langzeitarbeitslose und flexiblen Arbeitszeitregelungen – beschlossenen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der tariflichen Jahresleistung vor, daß Arbeitgeber und Betriebsrat bei tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Schaubild 19




mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien auf Betriebs- oder Unternehmensebene Ausnahmelösungen über die Höhe oder den Auszahlungszeitpunkt der Jahresleistung für ein Kalenderjahr treffen können. Auch die IG Metall sowie die ÖTV und DAG haben ihre Bereitschaft bekundet, tarifpolitisch einen engeren Zusammenhang zwischen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung herzustellen. Die Bundesregierung unterstützt diese für die Beschäftigung wichtige Entwicklung.

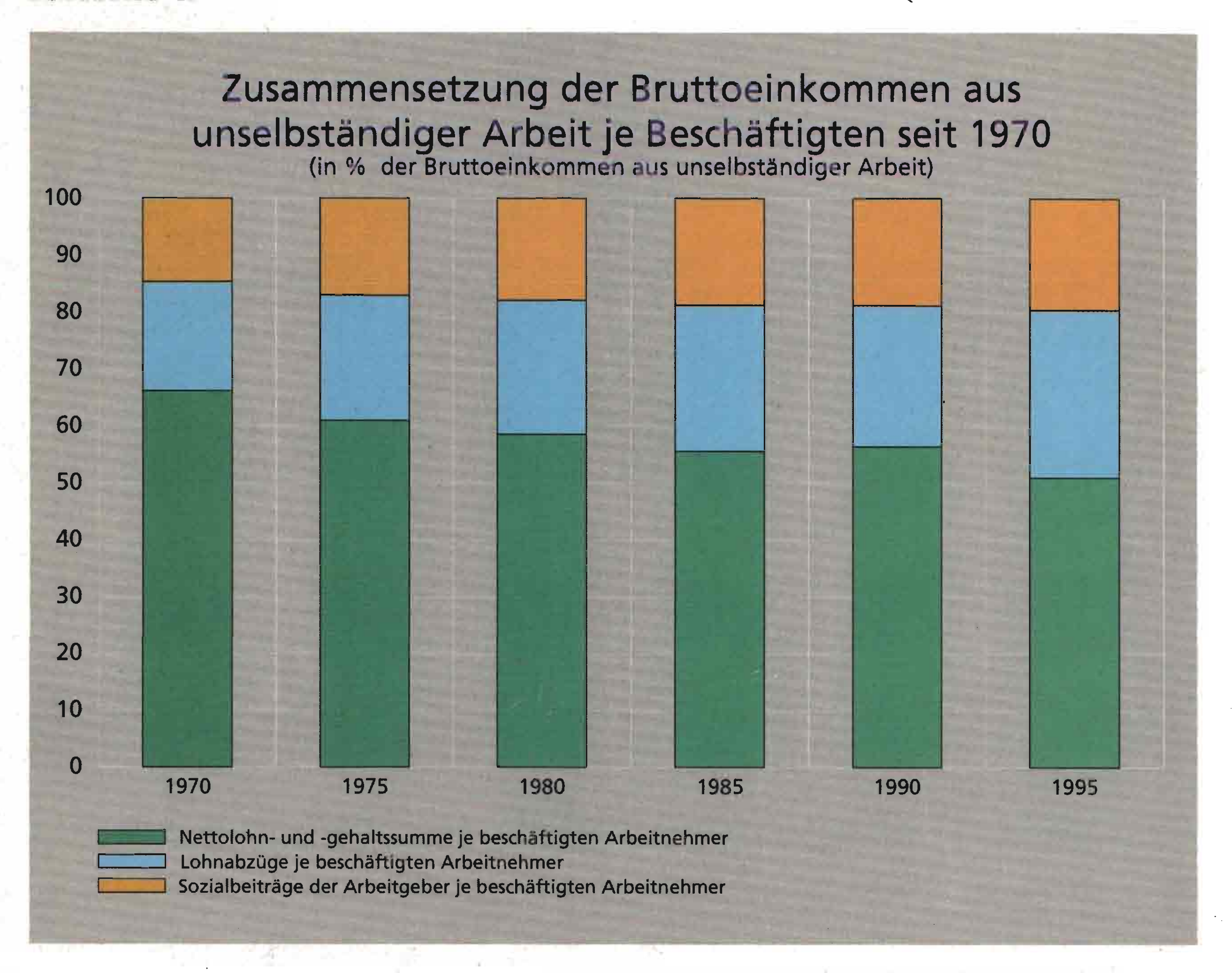
Die Möglichkeiten, die neue Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung zur Ausschöpfung von Produktivitätsreserven und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bieten, werden aus unterschiedlichen Gründen noch nicht ausgeschöpft. Deutschland hat im internationalen Vergleich nicht nur die kürzesten Arbeitszeiten, sondern liegt nach der neuesten Erhebung der Europäischen Kommission auch bei den Betriebszeiten – je nach Meßkonzept – EU-weit auf dem letzten oder einem der letzten Plätze. Dies ist eine große Belastung für eine Wirtschaft mit hoher Kapitalausstattung je Arbeitsplatz. Die Betriebe sollten deshalb den gesetzlichen und tarifvertraglich gegebenen Rahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung stärker nutzen. Die Tarifvertragsparteien bleiben aufgefordert, tarifliche Flexibilisierungsmöglichkeiten so weiter zu entwickeln, daß betriebsspezifische Lösungen möglich werden.

**34.** Auch dem Staat kommt bei den Arbeitskosten große Verantwortung zu. Mit Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß hohe Steuern und Sozialabgaben eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik erschweren, weil selbst Lohnsteigerungen, die bei den Beschäftigten nur zu relativ geringen Nettoeinkommensverbesserungen führen, in beträchtlich erhöhten Arbeitskosten für die Unternehmen zu Buche schlagen (Ziffer 356 JG).

Nachdem die Steuersenkungen zu Beginn des Jahres für eine beträchtliche Entlastung gesorgt haben, müssen jetzt die Voraussetzungen für eine dauerhafte Eindämmung der Sozialabgabenbelastung geschaffen werden (vgl. Schaubild 20: Zusammensetzung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten).

**35.** Die Sozialversicherungsbeiträge haben sich neben den Steuern zu einem immer größeren Hindernis für Wachstum und Beschäftigung entwickelt (vgl. Schaubild 21: Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge). Betrugen die Beitragssätze zur Sozialversicherung – vor allem bedingt durch die Wiedervereinigung – 1995 bereits 39,3 %, so steigen sie in diesem Jahre weiter an: Die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung erhöhen sich von 18,6 auf 19,2 %; bei der Pflegeversicherung ist im Juli 1996 mit der zweiten Stufe ein Anstieg von 1,0 auf 1,7 % vorgesehen, dessen Auswirkung auf die Arbeitskosten allerdings in vollem Umfang kompensiert wird; in der gesetzlichen Krankenversicherung werden 1996 trotz der vorgesehenen Maßnahmen zur Strukturverbesserung im Krankenhausbereich die Bei-

Schaubild 20




tragssätze von 13,2 auf 13,6% steigen. Insgesamt dürfte die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge zur Jahresmitte 1996 auf 41% steigen.

Damit ist eine Belastung erreicht, die es erforderlich macht, alle Möglichkeiten für Einsparungen zu nutzen. Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme muß auch mit einer Erhöhung der Effektivität, einer Verstärkung von Leistungsanreizen und mit mehr Eigenverantwortung des Einzelnen verbunden werden. Leitgedanke muß sein, die soziale Sicherung finanzierbar zu halten und damit zu sichern. Je entschlossener und schneller der Umbau des Sozialsystems vorangebracht wird, desto mehr Gestaltungsmöglichkeiten stehen hierfür offen.

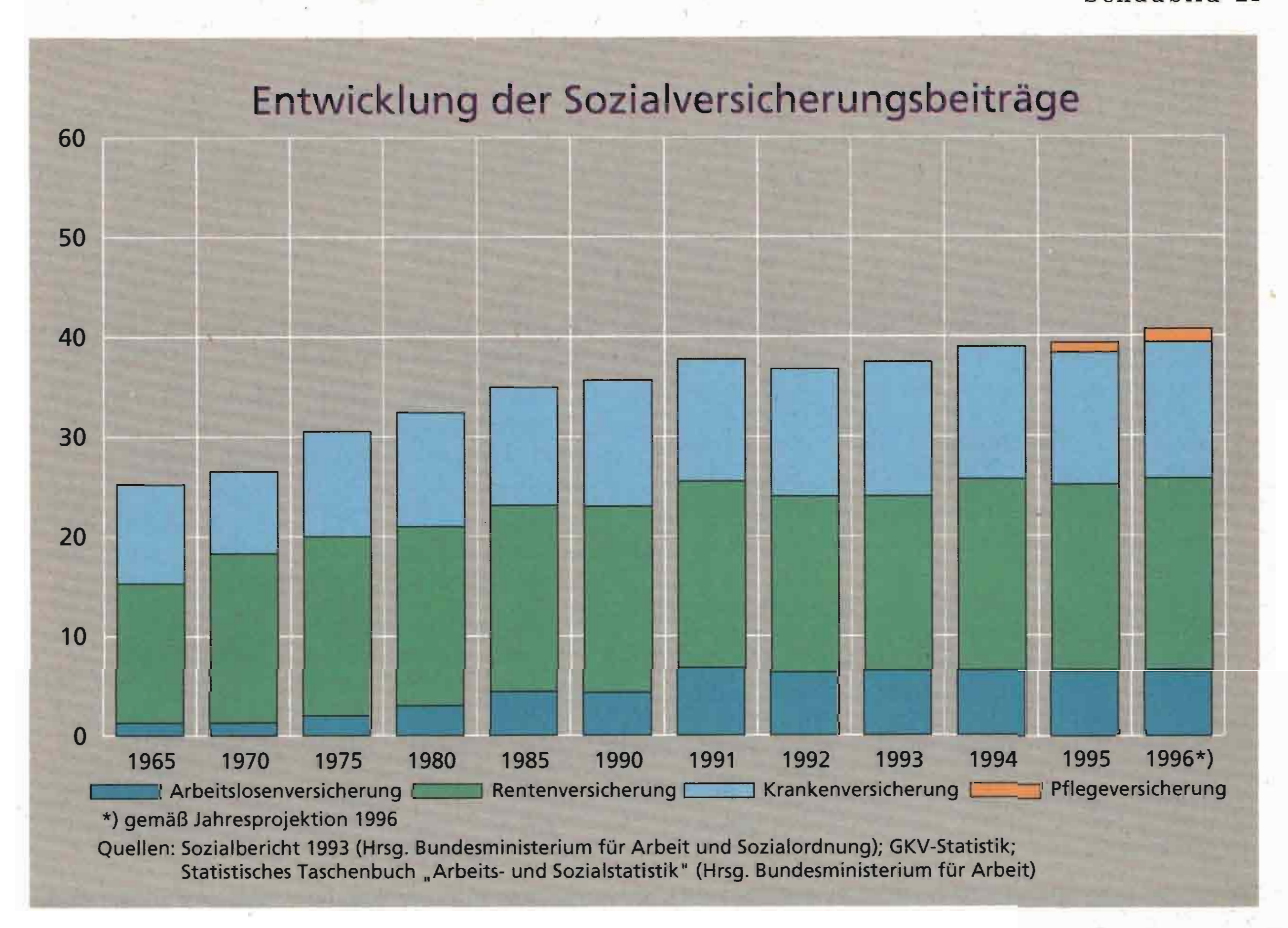
**36.** In der gesetzlichen Krankenversicherung muß die dritte Stufe der Gesundheitsreform mit ihren strukturellen Änderungen zügig verabschiedet werden. Ohne strukturelle Änderungen sind alle Versuche zum Scheitern verurteilt, die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung in Grenzen zu halten.

Für den Krankenhausbereich hat die Bundesregierung bereits Reformmaßnahmen auf den parlamentarischen Weg gebracht. Eckpunkte für die Zeit ab 1997 sind eine leistungsorientierte Vergütung innerhalb eines auf Landesebene gesteckten Rahmens, die Gestaltung der Krankenhauspreise durch die Selbstverwaltung, die bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung sowie mehr Mitwirkung der Krankenkassen bei der Krankenhausplanung. Die geplanten Budgetierungen im Krankenhausbereich für 1996 dienen der schnellen Begrenzung des Kostenanstiegs, bis die strukturellen Maßnahmen greifen. Mittelfristig müssen möglichst alle administrativen Regelungen, auch auf der Ebene der Selbstverwaltungsorgane, durch leistungsgerechte Vergütungsstrukturen abgelöst werden.

Auch im ambulanten Bereich muß die dritte Stufe der Gesundheitsreform zügig umgesetzt werden. Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung im Bereich des Vertrags- und Leistungsrechts erheblich erweitert, die Eigenverantwortung der Versicherten ausbaut und zugleich Mechanismen zur Sicherung der Beitragssatzstabilität vorsieht.

**37.** In der gesetzlichen Rentenversicherung muß der steigende Trend zur Frühverrentung eingedämmt werden. Arbeitslose Versicherte können derzeit bereits mit 60 Jahren eine Vollrente ohne Rentenminderung beziehen, mit der Folge hoher Bela-

Schaubild 21




stungen für die Versichertengemeinschaft und die Arbeitskosten. Die Bundesregierung beabsichtigt, stattdessen Regelungen zur Förderung der Teilzeitbeschäftigung für 55–58jährige, die Möglichkeit des vorzeitigen Bezugs von Teilrenten ab 58 Jahren sowie von Vollrenten ab 60 Jahren für langjährig Versicherte einzuführen; dabei werden die Renten wegen der längeren Bezugsdauer gemindert, soweit dafür kein Ausgleich durch zusätzliche Beitragszahlungen erfolgt. Auch die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten sollen reformiert werden.

Der Sachverständigenrat weist mit Recht darauf hin, daß es angesichts des wachsenden Anteils der Rentner an der Bevölkerung bei der Rentenversicherung besonders dringlich ist, langfristig tragfähige Lösungen zu finden und diese rechtzeitig umzusetzen (vgl. Ziffer 275 JG). Ansatzpunkte sind u. a. die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit, die Erhöhung der Erwerbsquote und eine auf die Wiedererlangung eines hohen Beschäftigungsstandes gerichtete Politik aller Beteiligten.

**38.** Im Bereich der Pflegeversicherung ist von Anfang an strikte Ausgabendisziplin nötig, um die gesetzlich gebotene Beitragssatzstabilität zu gewährleisten. Die bei Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung nach dem Gutachten des Sachverständigenrats zum Ausgleich der Beitragsbelastung der Arbeitgeber erforderliche weitere Kompensation in Höhe von rd. 2,5 Mrd. DM wird rechtzeitig vor Inkrafttreten der zweiten Stufe erbracht.

**39.** Die Arbeitsmarktpolitik wird angesichts der weiterhin erheblichen Arbeitslosigkeit 1996 auf unverändert hohem Niveau fortgeführt, zugleich aber in ihrer Effektivität und Effizienz verbessert. Durch eine Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) sollen die Erwerbschancen von Arbeitslosen erhöht und die Ausgaben vermindert werden.

Dabei geht es um folgende Grundsätze:

- Die Eigenanstrengungen der Versicherten zur Erlangung von Arbeitsplätzen müssen mehr gefordert und unterstützt werden. Leitgedanke der Arbeitsmarktpolitik muß sein, die Wiedereingliederung des Arbeitslosen in wettbewerbsfähige Beschäftigung subsidiär zu unterstützen.
- Die Qualifizierung Arbeitsloser bleibt zentraler Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Ungelernte Arbeitnehmer sind dabei eine besondere Zielgruppe. Durch zielgenauen Einsatz der Leistungen sind die Eingliederungschancen zu erhöhen. Dabei ist auf eine betriebsnahe Ausgestaltung zu achten.
- Die Zumutbarkeit muß wirksamer geregelt werden. Bei der Prüfung, ob Arbeitsplätze für Arbeitslose zumutbar sind, ist auf das erzielbare Einkommen und nicht auf formale Qualifikationskriterien

abzustellen. Entsprechende Regelungen sind im Gesetz selbst zu verankern.

- Fehlentwicklungen, wie z. B. sog. Maßnahmekarrieren, d. h. der Übergang von Qualifikations- in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und dann in erneute Arbeitslosigkeit, müssen vermieden werden.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind auf Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare auszurichten, die trotz Qualifizierungs- und Einarbeitungshilfen nicht unmittelbar auf im Wettbewerb stehende Arbeitsplätze vermittelt werden können. Eine Kombination der Qualifizierung ist möglich.
- Die Erfolgskontrolle und die Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß intensiviert werden – vor allem im Hinblick auf die erfolgreiche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.
- Die Vermittlung von Ausbildungsstellen sowie die Berufsberatung sollen auch für private Anbieter geöffnet werden.
- Die Arbeitsämter müssen einen größeren Gestaltungsspielraum erhalten, um flexibler auf die örtlichen und regionalen Probleme reagieren zu können. Dazu soll den Arbeitsämtern insbesondere mehr Freiheit beim Mitteleinsatz ermöglicht werden.

Die Bundesregierung wird ihren Entwurf für die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes im Frühjahr dieses Jahres vorlegen.

**40.** Durch die Reform des Sozialhilferechts sollen die Hilfen stärker auf die eigentlichen Zielgruppen konzentriert, die Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängern in den Beschäftigungsprozeß besser unterstützt und die Dynamik des Kostenanstiegs gedämpft werden. Vorgesehen sind: Lohnkostenzuschüsse, Qualifizierungsmaßnahmen, die Präzisierung des Lohnabstandsgebotes und zwingende Kürzungen der Sozialhilfe bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit. Bis 1999 sollen die Regelsätze in der Sozialhilfe nicht schneller steigen als die Nettoarbeitsentgelte und danach mit einer Regelsatzformel nach bestimmten Kriterien fortgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang muß sichergestellt sein, daß zwischen den Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen und der Hilfe zum Lebensunterhalt ein angemessener Abstand gewahrt bleibt. Für soziale Einrichtungen wird der Anstieg der Pflegesätze an die Entwicklung der Bruttolöhne gebunden, ab 1999 werden Vereinbarungen über Entgelte für Leistungskomplexe geschlossen, um einen wirtschaftlicheren Mitteleinsatz durch die Träger zu fördern.

### 3. Wettbewerb

**41.** Wettbewerb ist die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft. Er ist Motor wirtschaftlicher Effizienz, verhindert die Konzentration von Macht und sichert dadurch staatsbürgerliche Freiheiten. Dies gilt für den nationalen Bereich in gleichem Maße wie für die europäische und internationale Zusammenarbeit. Die Verbesserung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen ist daher eine ständige Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

**42.** Mit der 6. GWB-Novelle, die derzeit vorbereitet wird, will die Bundesregierung das Wettbewerbssystem insgesamt stärken. Ziel der Reform ist es, das nationale Recht möglichst weitgehend mit dem europäischen Recht zu harmonisieren. Gleichzeitig soll das GWB überarbeitet und gestrafft werden. Eine derartige Reform hätte in mehrfacher Hinsicht positive Effekte:

- Den Unternehmen würde der Umgang mit europäischem und deutschem Kartellrecht erleichtert.
- Von den Entscheidungen des Bundskartellamtes und der deutschen Gerichte würden stärker als bisher Einflüsse auf die europäische Rechtspraxis ausgehen.
- Die dezentrale Anwendung des EG-Rechts durch das Bundeskartellamt würde erleichtert und damit dem Subsidiaritätsprinzip neue Schubkraft verliehen.

Eine Harmonisierung mit dem europäischen Recht bedeutet nicht dessen generelle Übernahme. Was sich national bewährt hat, bleibt erhalten, aber für Abweichungen vom EG-Recht müssen triftige Gründe vorgebracht werden können. Dies ist z. B. der Fall im Hinblick auf die Regelungen über Vertikalvereinbarungen, die Buchpreisbindung oder das Diskriminierungs- und Behinderungsverbot.

Mit einem derartigen kombinierten Novellierungsansatz wird einerseits dem berechtigten Interesse der Unternehmen an weitgehend identischen Rechtsgrundlagen in einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum entsprochen, andererseits bleibt das deutsche Wettbewerbsrecht in seiner derzeitigen Form dort erhalten, wo es europäisches Recht konkretisiert oder wo sich das europäische Recht noch in der Entwicklung befindet. Die Bundesregierung strebt an, dem Parlament den Gesetzentwurf zur GWB-Novelle so rechtzeitig zuzuleiten, daß eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode möglich ist.

Auf europäischer Ebene wird die Bundesregierung ihre wettbewerbspolitischen Vorstellungen weiterhin mit Nachdruck einbringen. Dies gilt insbesondere für den von ihr angestrebten wirksameren Vollzug der EG-Wettbewerbsregeln unter Einschaltung der Kartellbehörden der Mitgliedstaaten sowie für das Projekt eines Europäischen Kartellamtes.

**43.** Die deutsche Wirtschaft und die Verbraucher ziehen großen Nutzen aus dem freien Warenverkehr im europäischen Wirtschaftsraum. Die Bundesregierung stimmt allerdings mit dem Sachverständigenrat darin überein, daß insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines wirklichen Binnenmarktes für Energie noch ein erhebliches Defizit besteht. In einem vereinten Europa können so wichtige Bereiche wie Strom und Gas vom Binnenmarkt auf Dauer nicht ausgeklammert bleiben. Ziel und Ergebnis eines neuen energierechtlichen Ordnungsrahmens in Europa und auch national muß mehr Wettbewerb

sein. Auch wenn historisch bedingte Unterschiede der Versorgungsstrukturen in der Europäischen Union nicht in einem Schritt vollständig eliminiert werden können, müssen gleiche Chancen des Marktzugangs in allen Mitgliedstaaten eröffnet und die Anforderungen des EG-Vertrages erfüllt werden. Dieser Zielsetzung ist die Europäische Union im Rahmen der Verhandlungen über die Binnenmarkt-Richtlinie Strom im vergangenen Jahr ein Stück näher gekommen. Zu einer gleichgewichtigen Marktöffnung gehört u. a. auch, daß die Verteilungsebene in den Wettbewerb einbezogen und sichergestellt wird, daß die Wettbewerbsinstrumente nicht unter Berufung auf öffentliche Dienstleistungspflichten unterlaufen werden können. Außerdem ist die Binnenmarkt-Richtlinie Gas zu realisieren.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung in der Europäischen Union soll darüber hinaus die nationale Reform des Energiewirtschaftsgesetzes und des Energiekartellrechts vorangebracht werden, wobei auch die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen sorgfältig zu prüfen sind. Ein Gesetzentwurf soll im Laufe des Frühjahrs vorgelegt werden.

**44.** Positiv ist aus Sicht der Bundesregierung die Entwicklung im Bereich der Telekommunikation zu beurteilen. Die Europäische Union hat hier mit der Initiative bei der Netzöffnung und der Liberalisierung des Telefondienstes einen auch für die Politik in Deutschland hilfreichen Anstoß gegeben. Am 30. Januar 1996 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes verabschiedet, der die Aufhebung der Monopolrechte der Deutschen Telekom AG in zwei Schritten bis Ende 1997 sowie die Verankerung einer wettbewerbsorientierten Regulierung vorsieht. Der Forderung des Sachverständigenrates, neuen Telekommunikationsunternehmen den Markt in Deutschland so schnell wie möglich zu öffnen, damit diese ab 1998 ihre Chance im Europäischen Binnenmarkt wahrnehmen können (Ziffer 284 JG), ist die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf im wesentlichen gefolgt. Sie hat einen solchen beschleunigten Marktzutritt durch das angestrebte Inkrafttreten des Telekommunikationsgesetzes im Sommer 1996 für alle Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen mit Ausnahme des Telefondienstes vorgesehen, so daß die vom Rat geforderte Lernphase vor allem für mittelständische Unternehmen gewährleistet wird. Das Telefondienstmonopol wird zum 1. Januar 1998 aufgehoben.

### Mehr Raum für private Initiative

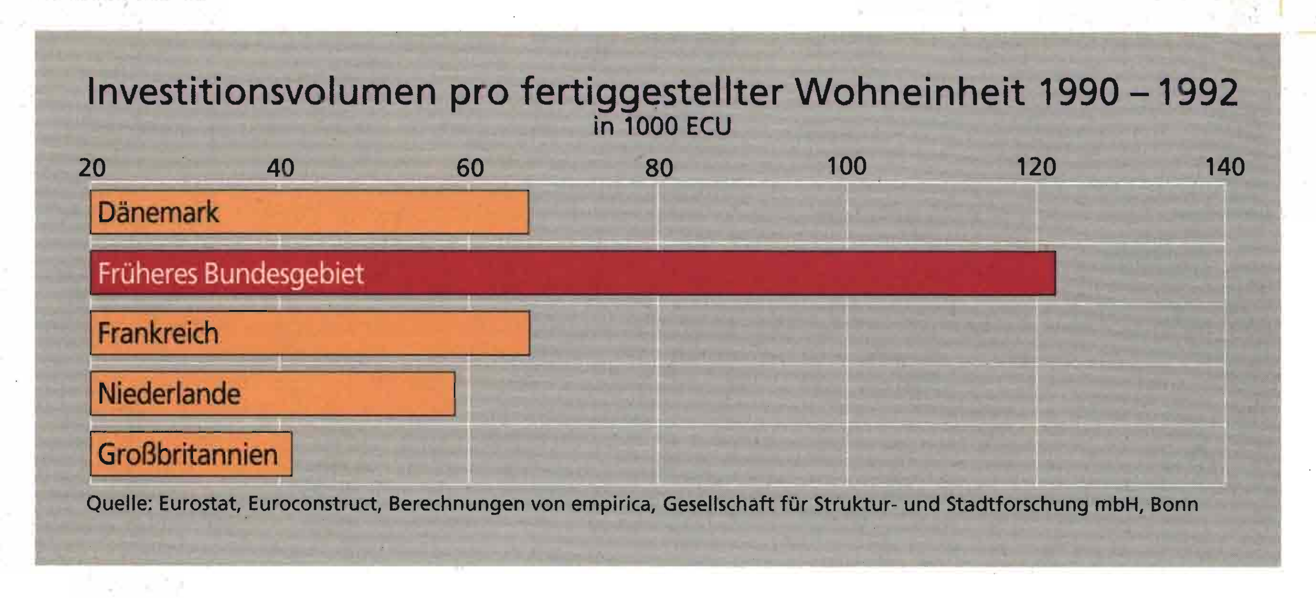
**45.** Mit Blick auf die notwendige Steigerung der Investitions- und Innovationsdynamik kommt der Vereinfachung und Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren besondere Bedeutung zu. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission (Schlichter-Kommission) hat eine Reihe konkreter und konstruktiver Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung vorgelegt. Die Bundesregierung hat am 11. Januar 1996 mit der Verabschiedung der Entwürfe zur gesetzlichen Umsetzung dieser Vorschläge die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Vereinfachungen bis Mitte 1996 wirksam werden können. Unter Einbeziehung gleichgerichteter Ländervorschläge werden diese Maßnahmen zu einer umfassenden Verbesserung des Instrumentariums bei Genehmigungsverfahren führen. Sie eröffnen den Behörden zusätzliche Möglichkeiten, als kooperative Dienstleistungspartner flexibler auf die zeitlichen Bedürfnisse und die Planungen der Investoren einzugehen. Eine Absenkung von Umweltschutzstandards oder Bürgerbeteiligungsrechten ist damit nicht verbunden. Für den Investor werden neuartige Wahlmöglichkeiten zwischen Verfahrensvarianten mit unterschiedlichem Zeitbedarf – bei entsprechend variierender Planungssicherheit – geschaffen (z. B. Rahmengenehmigung, Vorbehaltsgenehmigung, Anzeige statt Genehmigung). Ausdrücklich gesetzlich vorgeschriebene Beratungs- und Auskunftspflichten der Behörden werden auch kleinen und mittleren Unternehmen die Nutzung der neuen verfahrensbeschleunigenden Instrumente erleichtern. Die Bundesregierung appelliert mit dem Sachverständigenrat „Schlanker Staat" an die Länder, den Vorschlägen im Gesetzgebungsverfahren ohne Abstriche zuzustimmen. Auch über die Verfahrensbeschleunigung hinaus mißt sie der Senkung von Bürokratiekosten hohe Bedeutung bei. Dies kommt besonders dem Mittelstand zugute, für den diese Kosten eine gravierende Belastung darstellen.

**46.** Bauen ist in Deutschland nach wie vor teuer. Mit 1 % des Bruttoinlandsproduktes werden in Deutschland gerade 1,5 Wohnungen je 1 000 Einwohner gebaut. Einige europäische Länder erzielen mit dem gleichen Einsatz das Doppelte und mehr. Diverse Untersuchungen gehen davon aus, daß die Baukosten in Deutschland um bis zu 40 % gesenkt werden können (vgl. Schaubild 22: Investitionsvolumen in ECU pro fertiggestellter Wohneinheit 1990 bis 1992).

Die Bundesregierung hat vor kurzem eine Initiative zur Kostensenkung im Wohnungsbau beschlossen. Hierbei sollen alle Phasen im Bauprozeß von der Baulandplanung über die Erschließung und die Gebäudeplanung bis zur Bauausführung erfaßt werden. Handlungsansätze sind insbesondere eine Vergrößerung des Angebotes an Bauland, eine verbesserte Kooperation zwischen Planung und Bauausführung, die Überprüfung der technischen Vorschriften und der Normung sowie die Überarbeitung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure mit dem Ziel stärkerer Anreize für kostengünstiges Bauen. Neue Einsparanreize sollen auch durch feste Kostenobergrenzen bzw. Kostenpauschalen in der direkten Wohnungsbauförderung sowie durch eine verstärkte Vergabe der Fördermittel in Ausschreibungsverfahren erreicht werden.

Eine Bedingung für den Erfolg dieser Kostensenkungsinitiative ist, daß alle Beteiligten, Bund, Länder, Gemeinden, Bauwirtschaft und Baufinanzierer, auf Kostensenkung im Wohnungsbau hinwirken. Die institutionelle Voraussetzung hierfür ist mit dem beim Bundesbauminister eingerichteten Koordinierungsausschuß geschaffen worden. Von entscheidendem Einfluß werden jedoch die Baulandaktivitäten der Kommunen sein. Die erforderlichen städtebaulichen Instrumente, die eine zügige Planung bei gerin-

Schaubild 22




gen Kosten für die Kommunen ermöglichen, sind eingeführt und erprobt. Der Bund leistet seinen Anteil zur Vergrößerung des Baulandangebotes, indem er eigene Flächen stark verbilligt für Wohnungsbauzwecke abgibt.

**47.** Es bedarf einer effizienteren Wohnungsbauförderung. Durch den zum 01. Januar 1996 vollzogenen Systemwechsel von der bisher progressionsabhängigen Förderung zu einer progressionsunabhängigen „Eigenheim-Zulage" wird die Förderung für Familien mit Kindern deutlich erhöht; sie wird dadurch einfacher und sozial gerechter. Insbesondere die Haushalte in den neuen Ländern werden von der Eigenheim-Zulage und der flankierenden Ausweitung der Bürgschaftsregelung profitieren. Hierdurch eröffnet sich die Chance für die Bauwirtschaft, neue Märkte zu erschließen. Zudem wird die Bundesregierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch bei den bestehenden Sozialwohnungen effizienter und sozial treffsicherer gestalten. Bestehende Fehlbelegungen, Fehlsubventionierungen sowie Mietverzerrungen sollen durch eine Änderung des II. Wohnungsbaugesetzes abgebaut werden. Sozialmieter sollen sich künftig entsprechend ihrer individuellen Einkommenssituation stärker als bisher an den tatsächlichen Kosten der Wohnung beteiligen.

**48.** Das Mietrecht wird vereinfacht. Dabei wird geprüft, inwieweit die mietvertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten verbessert werden können. Auf der Grundlage von Vorschlägen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Mietrechtsvereinfachung", die sich am 25. Januar 1996 konstituiert hat, wird die beabsichtigte Vereinfachung vorbereitet. Ziel ist es, bis Ende 1996 einen Ergebnisbericht vorzulegen.

**49.** Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz werden novelliert. Ziel ist ein einheitliches, schlankes, das Bauen vereinfachendes Bauplanungsrecht. Sondervorschriften für die neuen Länder, die sich in der Praxis bewährt haben, werden als Regelung für ganz Deutschland übernommen. Strukturelle Vereinfachungen, ein einheitliches Bauplanungsrecht und eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit sollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen sowie die Durchführung von Bauvorhaben erleichtern. Angesichts zunehmender räumlicher Verflechtungen soll im Raumordnungsgesetz die regionale Planungsebene effizienter ausgestaltet werden. Die Änderungen im Bauplanungs- und Raumordnungsrecht sind für die Bundesregierung darüber hinaus von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die angestrebte Revitalisierung der Innenstädte.

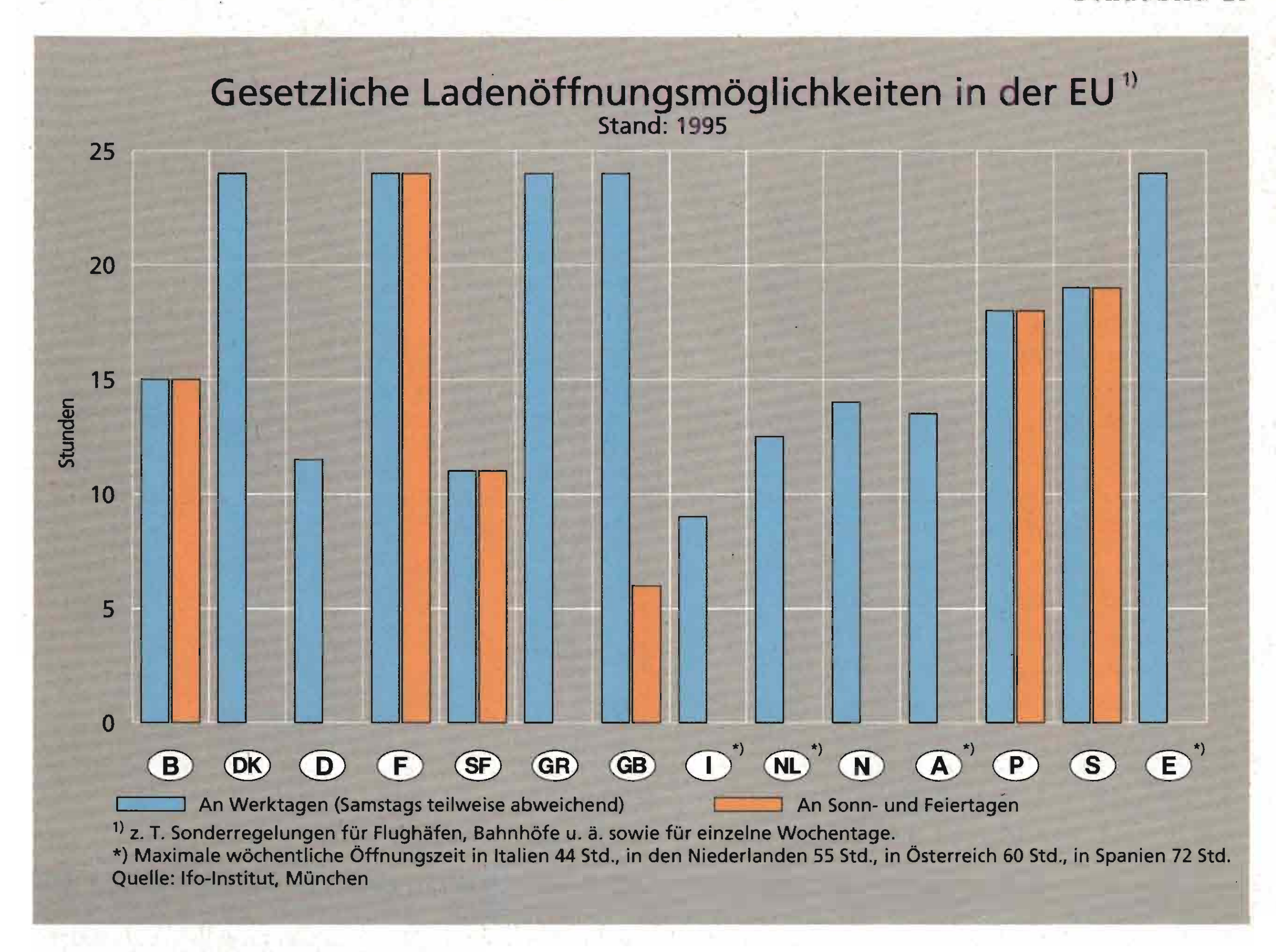
Im Bauordnungsrecht haben die Länder durch die Novellierung ihrer Landesbauordnungen bereits wichtige Schritte zur Beschleunigung und Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren unternommen. Dennoch erweist sich die Uneinheitlichkeit, z. B. im Bereich der Brandschutzvorschriften, als Hemmnis für eine länderübergreifende Planungs- und Bautätigkeit. In Abstimmung mit den Ländern ist deshalb auf ein einfaches und übersichtliches Bauordnungsrecht und Städtebaurecht hinzuwirken.

**50.** Der Sachverständigenrat sieht in den geltenden Ladenschlußvorschriften im Einzelhandel das „Paradebeispiel einer Regulierung, die verbraucherfeindlich ist und Beschäftigungschancen im Wege steht" (Ziffer 281 JG). Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Sie hat deshalb einen Gesetzentwurf beschlossen, der folgende Eckwerte enthält:

– Die Ladenöffnungsmöglichkeiten werden erweitert:
  - Montags bis freitags 6.00 bis 20.00 Uhr, samstags 6.00 bis 16.00 Uhr.
  - Die Länder erhalten die Möglichkeit, die Ladenschlußzeiten am Samstag zwischen 14.00 und 18.00 Uhr zu verändern.
  - Die Ladenschlußzeiten an den vier Samstagen vor Weihnachten bleiben unverändert.

  (Vgl. Schaubild 23: Gesetzliche Ladenöffnungsmöglichkeiten in der EU.)

Schaubild 23




- In der Ladenschluß-Novelle wird klargestellt, daß kartellrechtliche Absprachen zum Ladenschluß im Rahmen des GWB zulässig sind.
- Das Bäckerarbeitszeitgesetz wird aufgehoben. Die Herstellung und der Verkauf von Bäckerwaren an Sonn- und Feiertagen wird für jeweils drei Stunden zugelassen.

**51.** Weiterer Deregulierungsschritte bedarf es auch zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland. Durch das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz, das noch in diesem Jahr den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden soll, werden das Börsenrecht modernisiert und die Bedingungen für die Tätigkeit der Investmentfonds verbessert.

Durch die Umsetzung der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie erfolgt ein weiterer Schritt zur Harmonisierung der Bedingungen für die Tätigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen in einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt. Die Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen, erhalten damit den sogenannten „europäischen Paß", d. h. sie können in allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ohne weitere Zulassung durch das Gastland Zweigstellen errichten oder im Wege des freien Dienstleistungsverkehrs ihre Produkte anbieten. Damit werden die Geschäftsmöglichkeiten auch deutscher Banken erweitert, und gleichzeitig wird sich der Wettbewerb auf den europäischen Finanzmärkten intensivieren. Durch die Umsetzung der Kapitaladäquanzrichtlinie werden Eigenkapitalanforderungen festgelegt, die gleiche Wettbewerbsbedingungen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen schaffen.

**52.** Die Bundesregierung legt mit der Europäischen Kommission und anderen Mitgliedstaaten großen Wert darauf, daß die Deregulierung auch in der Europäischen Union zu einem vordringlichen Ziel der gemeinsamen Politik wird. Eine Vielzahl konkreter Vorschläge zur Beseitigung von Überregulierung hat die von der Europäischen Union eingesetzte Expertengruppe für Deregulierung (Molitor-Gruppe) vorgelegt. Sie reichen von der Forderung nach mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozeß oder einer Deregulierungsprüfliste bis hin zu Vorschlägen für die Änderung einzelner Richtlinien. Zu Recht verlangt sie eine stärkere Beachtung der Umsetzungsfreundlichkeit von Richtlinien in innerstaatliches Recht. Zudem spricht sie sich für eine stärkere Überwachung der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts durch die Europäische Kommission aus. Die Bundesregierung unterstützt auch die Forderung, bestehende wie neue Vorschriften darauf zu prüfen, ob eine Regelung auf Gemeinschaftsebene notwendig und welche Regelungsintensität angemessen ist.

**53.** Die Bundesregierung schöpft ihr Potential für Privatisierung voll aus (vgl. nachstehende Übersicht).

| Privatisierungsvorhaben des Bundes: |
|---|
| Eine Privatisierung bzw. Verringerung bestehender Beteiligungen ist u. a. bei folgenden Unternehmen beabsichtigt: |
| Autobahn Tank & Rast AG |
| Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH |
| Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft |
| Deutsche Lufthansa AG |
| Deutsche Post AG |
| Deutsche Postbank AG |
| Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank |
| Deutsche Telekom AG |
| DG Bank – Deutsche Genossenschaftsbank |
| Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH |
| Gästehaus Petersberg GmbH |
| GBB-Genossenschafts-Holding Berlin |
| Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH |
| Lübecker Hafen – Gesellschaft mbH |
| Mon Repos Erholungsheim Davos AG |
| Münchener Tunnel-Gesellschaft mbH |
| Neckar AG |
| Osthannoversche Eisenbahnen AG |

In der Prüfungsphase befinden sich weitere Privatisierungsmaßnahmen in anderen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur. Für die Flughäfen Hamburg und Köln/Bonn ist die Privatisierung beabsichtigt. Bei den anderen Flughafenbeteiligungen des Bundes wird sie zu gegebener Zeit einzelfallbezogen erneut geprüft.

Entsprechend dem Gesamtkonzept 1990 für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes wird bei der Verringerung von Bundesbeteiligungen soweit wie möglich das Ziel einer breiten Streuung verfolgt. Insbesondere werden Bestrebungen der betroffenen Unternehmen unterstützt, Belegschaftsmitgliedern Aktien anzubieten.

**54.** Durch die Bahnreform und die strikte Trennung der unternehmerischen von den hoheitlichen Aufgaben sind die Weichen für die Entwicklung eines flexiblen, den Anforderungen des Marktes entsprechenden Schienenverkehrssystems gestellt. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen erhalten einen diskriminierungsfreien Zugang zum öffentlichen Schienennetz. Der im Deutsche Bahn AG-Gründungsgesetz vorgesehene Zeitraum für die rechtliche Ausgliederung der Bereiche Fahrweg, Personennahverkehr, Personenfernverkehr und Güterverkehr aus der Deutsche Bahn AG, nämlich drei bis fünf Jahre nach der Gründung, muß unbedingt eingehalten werden. Eine möglichst rasche Verselbständigung des Fahrwegs fördert seine effiziente Nutzung im Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Betriebsgesellschaften der Deutsche Bahn AG und Dritten.

**55.** Nachdem auf Bundesebene erhebliche Privatisierungsfortschritte erreicht sind, liegt nunmehr der weitaus größere Teil der Privatisierungsmöglichkeiten bei den Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung appelliert erneut an sie, ihren umfangreichen Beteiligungsbesitz ebenfalls zu privatisieren. Die Länder sollten in diesem Sinne der Absicht zu einer Ergänzung des Haushaltsgrundsätzegesetzes, entsprechend der neuen Regelung in der Bundeshaushaltsordnung, zustimmen. Die Bundesregierung hält auch an ihrer Auffassung fest, daß die steuerliche Gleichstellung privater und öffentlicher Betreiber kommunaler Infrastruktur eine wichtige Hilfe für eine bessere Nutzung der erheblichen Privatisierungspotentiale in diesem Bereich und damit für mehr Wettbewerb sowie eine leistungsfähige, preiswerte Infrastruktur wäre.

## 4. Mittelstand

**56.** Moderne Mittelstandspolitik zielt auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, indem sie die Leistungs- und Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel, Industrie, Freien Berufen und sonstiger Dienstleistungswirtschaft stärkt. Mehr als 99 % aller Unternehmen in Deutschland sind mittelständisch. Neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren fast ausschließlich im Mittelstand entstanden, zwischen 1987 und 1994 rund 2 Mio. Jede Existenzgründung in Deutschland schafft im Schnitt vier Arbeitsplätze. Die beste Mittelstandspolitik – so stellt der Sachverständigenrat zu Recht fest – ist eine Wirtschaftspolitik, die allen Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen möglichst freie Entfaltungsmöglichkeiten gibt, unabhängig von ihrer Größe (Ziffer 280 JG). Wichtige Elemente einer Politik für bessere Entfaltungsmöglichkeiten und für mehr Selbständigkeit werden in den folgenden Ziffern angesprochen.

**57.** Von entscheidender Bedeutung für mehr Beschäftigung und neue Arbeitsplätze ist, daß der persönlichen Risikobereitschaft und Eigeninitiative ein höherer gesellschaftlicher Stellenwert zugemessen wird. Dazu hat die Bundesregierung eine Offensive für mehr Selbständigkeit ergriffen. Insbesondere ist daran gedacht, an Hochschulen und anderen Einrichtungen die Attraktivität spezifischer Angebote zur Vermittlung von Kenntnissen, die Absolventen auf eine selbständige Tätigkeit vorbereiten, zu erhöhen. Die Kultur der Selbständigkeit und die Leistung des selbständigen Unternehmens müssen bereits Themen in Schule und Ausbildung sein. Nach Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung stehen knapp 300 000 mittelständische Unternehmen mit ca. 4 Mio. Arbeitnehmern bis zum Jahr 2000 vor einem Wechsel des Unternehmers. Dabei wird bei 43 % der Fälle mit einem Nachfolger aus der Familie gerech-

net, bei 30 % mit Übernahmen durch Externe und bei 27 % mit Stillegungen.

Die Übernahme bestehender Unternehmen ist oft mit einem erheblichen Bedarf an Kapital verbunden. Hierbei können vor allem bei großen mittelständischen Unternehmen Finanzierungen über Kapitalbeteiligungsgesellschaften notwendig werden. Daneben soll die staatliche Existenzgründungsförderung weiterhin dem Finanzierungsbedarf und den spezifischen Risiken der Übernahmen Rechnung tragen.

**58.** Derzeit prüft die Bundesregierung Handlungsvorschläge zur Verbesserung des Zugangs von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen zum Risikokapitalmarkt, die von einer Ressortarbeitsgruppe vorgelegt worden sind. Zu den Handlungsvorschlägen gehören insbesondere:

- die Einführung neuer Marktsegmente an den deutschen Börsen im Rahmen bestehender gesetzlicher Vorschriften,
- die Belebung des Emissionsmarktes durch Schaffung abgestufter Mindesteigenmittelanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen,
- börsennotierte Investmentgesellschaften, die nicht zur Rücknahme der ausgegebenen Anteilscheine verpflichtet sind und sich deshalb für Anlagen in kleinen Unternehmen besser eignen,
- die Belebung des Beteiligungsmarktes für Gründungsfinanzierungen und für nichtbörsennotierte Unternehmen durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften,
- steuerliche Maßnahmen, die zur Neutralität der Besteuerung beim Gang an die Börse und zur Gleichstellung der Fremdfinanzierung im Vergleich zur Eigenfinanzierung beitragen,
- die vorgesehene vermögenspolitische Initiative.

**59.** Die Position der deutschen Wirtschaft im technologischen Wettbewerb wird durch die Innovationsbereitschaft des Mittelstandes wesentlich geprägt. Es gilt deshalb, die strukturellen Stärken kleiner und mittlerer Unternehmen (wie Flexibilität und das Entdecken von Marktnischen) besser zu nutzen und größenbedingten Nachteilen (Information, Managementkompetenz, internationale Vernetzung, Ankopplung an die Wissenschaft, Eigenkapitalausstattung) durch entsprechende Rahmenbedingungen und technologische Infrastruktureinrichtungen (Verbundforschung, industrielle Gemeinschaftsforschung, Technologietransfer) entgegenzuwirken.

Mit dem 1995 gestarteten Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen" wird die Bundesregierung bis zum Jahr 2000 rund 900 Mio. DM Beteiligungskapital mobilisieren. Das trägt auch mit dazu bei, die besonderen Anfangsrisiken technologieorientierter Unternehmen besser abzufangen.

Die Bundesregierung hat ferner ein neues mittelstandsorientiertes ERP-Innovationsprogramm beschlossen. Die Mittel des Programms sind bestimmt für die Finanzierung marktnaher Forschung und Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen sowie deren Markteinführung.

**60.** Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Einheitsbewertung betont, daß eine geringere Besteuerung der Vererbung von Betriebsvermögen insbesondere zugunsten von mittelständischen Unternehmen nicht nur zulässig, sondern sogar verfassungsrechtlich geboten ist. Im Rahmen der erforderlichen Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer wird die Bundesregierung die Belange des Mittelstandes umfassend berücksichtigen.

**61.** Zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehören die vorgesehene Liberalisierung der Ladenöffnungsmöglichkeiten und die Novellierung der Anlage A der Handwerksordnung. Hinzu kommen die angestrebte Marktöffnung und Deregulierung im Telekommunikations- und Postbereich, um ausreichend Übertragungskapazitäten für die Nutzung der neuen Medien insbesondere durch die kleinen und mittleren Unternehmen im Handel zu schaffen. Gerade für den Distributionsbereich werden durch die neuen Medien (Multimedia, interaktives Fernsehen) erhebliche Möglichkeiten für neue Vertriebsformen und Absatzpotentiale eröffnet (homeservices, teleshopping, neue Logistiksysteme).

**62.** Besondere Anstrengungen hält die Bundesregierung im Bereich der Aus- und Fortbildung für erforderlich. Um Fachkräften den Aufstieg im Betrieb und den Start in die Selbständigkeit zu erleichtern, hat die Bundesregierung ein Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung vorgelegt, das den Teilnehmern an Voll- und Teilzeitbildungsmaßnahmen einen Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen gibt. Gewährte Darlehen sollen nach diesem Gesetz teilweise erlassen werden, wenn sich die Begünstigten selbständig machen.

**63.** Um die Attraktivität des dualen Systems der Berufsbildung zu erhalten und Ausbildungsplatzreserven auszuschöpfen, ist eine ständige inhaltliche und strukturelle Fortentwicklung des Angebots an Ausbildungsberufen erforderlich. Die Bundesregierung will daher gemeinsam mit den Sozialpartnern neue Berufsbilder schaffen, um den sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden. Mehrere Institutionen haben bisher über 30 Vorschläge für neue Berufe vorgelegt, die bis Ende März 1996 von den Sozialpartnern auf ihre Arbeitsmarktverwertbarkeit und Realisierbarkeit geprüft werden. Bei positivem Ergebnis wird die Ausbildung in diesen neuen Berufen spätestens 1997 beginnen können. Ferner sollen die Möglichkeiten für leistungsschwächere Jugendliche ohne beruflichen Abschluß, eine betriebsnahe Qualifikation zu erlangen, verbessert werden.

Das Verfahren für die Neuordnung von Ausbildungsberufen wird gestrafft. Es soll bei einer grundlegenden Neuordnung nicht länger als 2 Jahre und bei einer Aktualisierung nicht länger als ein Jahr dauern. Zur Beschleunigung der Konsensfindung zwischen den Sozialpartnern soll ein regelmäßiger Erfahrungs-

austausch der Praktiker zu den einzelnen Berufsgruppen stattfinden. Dies haben Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften Mitte 1995 vereinbart.

### 5. Forschung, Innovation und Informationsgesellschaft

**64.** Mit ihrer Innovationspolitik zielt die Bundesregierung vor allem auf eine Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen, des Innovationsklimas, der innovativen Forschungsinfrastruktur und eine rasche Umsetzung neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen. Eine hohe Innovationsdynamik in der Wirtschaft erfordert eine leistungsfähige Grundlagenforschung und Zugang zu Forschungsarbeiten und -ergebnissen. Die Grundlagenforschung und die mit ihr verbundenen hohen Qualifikationen des akademischen Nachwuchses müssen als Standortvorteile erhalten und ausgebaut werden. Die Mittel für die Spitzenorganisationen der Wissenschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, sollen nach dem Finanzplan in den nächsten Jahren um 5 % pro Jahr gesteigert werden. Durch den Ausbau des Deutschen Forschungsnetzes zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz wird die informationstechnische Infrastruktur für die Wissenschaft erheblich verbessert.

**65.** Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muß nachhaltig verstärkt werden. Mit dem Programm Forschungskooperation, das die Bundesregierung beträchtlich verstärkt, der industriellen Gemeinschaftsforschung und der Verbundforschung sollen die Kooperationsfähigkeit und -möglichkeiten – insbesondere der mittelständischen Wirtschaft – in Forschung und Entwicklung weiter erhöht werden. Des weiteren werden die Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers und der Fachinformations- sowie Patentinformationszentren intensiviert, die Flexibilität staatlicher Forschungseinrichtungen erhöht und Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen erleichtert.

**66.** Der „Rat für Forschung, Technologie und Innovation" beim Bundeskanzler hat die Aufgabe, sich ein umfassendes Bild über Anwendungen neuer Technologien, Probleme und mögliche Handlungsfelder zu verschaffen und daraus Empfehlungen abzuleiten, ohne die Verantwortungsbereiche zu verwischen und ohne eine Vorauswahl der Technologien zu treffen. Nach Abschluß des Themas „Informationsgesellschaft" wird sich der Technologierat mit dem Thema „Biowissenschaften und Biotechnologie" befassen.

**67.** Der Wandel zur Informationsgesellschaft wird auch den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland verändern. Neue Beschäftigungsstrukturen und Arbeitsformen in Industrie und Dienstleistungsbereichen – wie z. B. die Telearbeit – werden sowohl auf Anbieter- als auch auf Anwenderseite entstehen. Die Zahl der Arbeitsplätze im derzeit noch bestehenden Monopolbereich der Telekommunikation kann sich verringern. Auf der anderen Seite entstehen mit dem Einsetzen und der Intensivierung des Wettbewerbs zusätzliche Arbeitsplätze. So stieg die Zahl der Beschäftigten im Mobilfunksektor nach der Liberalisierung von 1 600 (1990) auf heute über 30 000. Durch Investitionen im Bereich der TV-Kabelnetze sind seit 1991 rund 120 000 Arbeitsplätze im Elektrohandwerk, bei Programmanbietern, bei Dienstleistungsunternehmen, der Deutschen Telekom AG, bei privaten Kabelnetzbetreibern und in der Zulieferindustrie geschaffen worden.

**68.** Treibende Kraft auf dem Weg zur Informationsgesellschaft müssen und können nur die Unternehmen sein. Der Aufbau moderner Informationsstrukturen, die Entwicklung neuer Dienste und Anwendungen sowie die Aufbringung der dazu notwendigen Finanzmittel müssen von der Privatwirtschaft geleistet werden. Dieser Grundsatz schließt eine Betätigung im staatlichen Infrastrukturbereich (z. B. Wissenschafts-, Hochschulnetze) ebensowenig aus, wie eine Förderung von Anwendungsfeldern, in denen der Staat ein hohes Maß an Verantwortung trägt (z. B. Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen). Die Bundesregierung sieht ihre wichtigste Aufgabe jedoch darin, durch eine Fortentwicklung der ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen den Freiraum für unternehmerische Innovationen und Investitionen zu vergrößern. Unter wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten steht hier die Liberalisierung im Bereich der Telekommunikation bis Ende 1997 im Vordergrund (vgl. Ziffer 44). Die in Reaktion auf den entsprechenden Beschluß der EU bekannt gewordenen mittelfristigen Investitionspläne von alternativen Netzbetreibern in Höhe von 15–20 Mrd. DM zeigen, was durch die Verbesserung von Dispositionssicherheit erreicht werden kann. Auch auf anderen Handlungsfeldern ist eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die rasche technische Entwicklung notwendig, damit die wirtschaftlichen Potentiale ausgeschöpft werden können. So werden für viele Anwendungen und neue Dienste wichtige Regelungen des Datenschutzes, des Arbeitsrechts, des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte sowie ggf. weiterer Rechtsgebiete im Hinblick auf die neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft überprüft und, wo notwendig, überarbeitet.

Die Bundesregierung wird sich für national einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen einsetzen, die die begriffliche Klarstellung und Einordnung neuer Dienste ermöglichen, international die Konkurrenzfähigkeit dieser Dienste fördern und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Anbieter vermeiden helfen. Im Rahmen der Bundeskompetenzen bereitet sie – soweit notwendig – rechtliche Regelungen für das Angebot und die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationsdienste vor, die u. a. in ein Multimedia-Gesetz eingehen können. Es gilt, berechtigte Belange der Nutzer und öffentliche Interessen auszugleichen.

Die Bundesregierung wird ihr konkretes Maßnahmenpaket zur Informationsgesellschaft im Bericht „Info 2000: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" im Februar 1996 vorlegen.

**69.** Um die Voraussetzungen für eine breitere Nutzung der Biotechnologie in Deutschland zu schaffen, setzt sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein. Sie fördert das Programm „Biotechnologie 2000" mit den neuen Schwerpunkten „Humangenomforschung" und „BioRegio". Mit dem „BioRegio-Wettbewerb" sollen Regionen angeregt werden, die Voraussetzungen für die Umsetzung biotechnologischen Wissens in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu verbessern.

Die Einführung und Nutzung der Verkehrstelematik stellt einen wichtigen Baustein für ein integriertes Gesamtverkehrssystem dar. Die Bundesregierung fördert deshalb im Rahmen der Investitionen in die Verkehrswege den Einsatz von Telematik. Er kann wesentlich dazu beitragen, die Kapazität der vorhandenen Verkehrswege zu steigern und erhält und schafft zugleich Arbeitsplätze im High Tech-Bereich.

**70.** Die ostdeutsche Industrieforschung hat sich dank verschiedener Fördermaßnahmen von Bund und Ländern stabilisiert; gleichwohl ist der Umfang von Forschung und Entwicklung im Unternehmenssektor nach wie vor gering (vgl. Ziffer 89 JG). Die hohen Produktivitätsrückstände, die im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen geringen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie die niedrigen Exportquoten signalisieren immer noch einen großen Bedarf an innovativer Umgestaltung von Produktion und Organisation in den Unternehmen. Die Bundesregierung wird daher den Aufbau der Forschungslandschaft in den neuen Ländern weiterhin unterstützen, wobei der Finanzierungsanteil der neuen Länder an der Gesamtförderung mehr und mehr an Gewicht gewinnen wird. Sie erwartet, daß die öffentlichen Fördermaßnahmen durch Anstrengungen der Wirtschaft flankiert werden. Dazu gehört die Vergabe von Forschungsaufträgen an eigenständige ostdeutsche FuE-Einrichtungen sowie die Verlagerung eigener Forschungskapazitäten durch die Industrie.

### 6. Beschäftigung in strukturschwächeren Regionen

**71.** Bund und Länder haben 1995 eine grundlegende Reform des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) beschlossen. Das Fördersystem wurde erheblich vereinfacht, entbürokratisiert sowie an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt.

Im Rahmen der 1996 anstehenden Neuabgrenzung des GA-Fördergebiets in den alten und neuen Ländern wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die GA-Förderung in den neuen Ländern ab 1997 stärker auf die Gebiete mit den größten Anpassungsproblemen konzentriert wird. Die Bundesregierung will neben einer zielgenaueren Förderung damit auch den Abbau der zwischen Regionen in Ost und West inzwischen aufgrund der unterschiedlichen Fördermöglichkeiten entstandenen Spannungen unterstützen.

**72.** Es wird darauf ankommen, den unvermeidlichen Strukturwandel in der Landwirtschaft, der sich auch in Zukunft fortsetzen wird, sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene, z. B. durch die Erleichterung und Ausweitung ergänzender Einkommensmöglichkeiten außerhalb des Betriebes, zu flankieren. Es gilt, zur Stärkung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes die Kombination landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Einkommen u. a. durch die Aufnahme alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten nahe und außerhalb der Landwirtschaft zu erleichtern, um dadurch neue Einkommens- und Beschäftigungspotentiale zu erschließen (vgl. Schaubild 24: Landwirtschaftliche Betriebe nach Einkommensquellen im früheren Bundesgebiet).

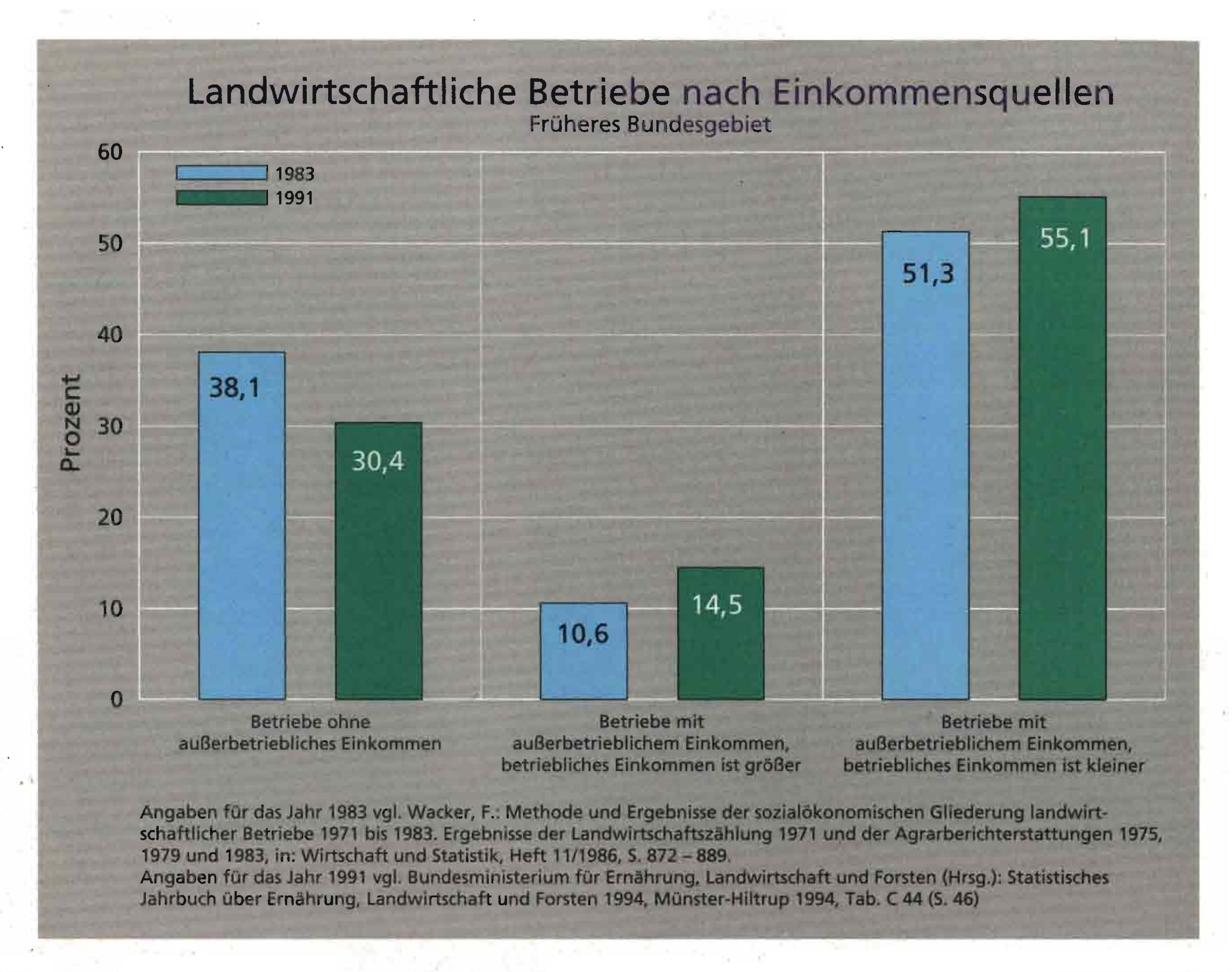
Durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und die derzeit darin enthaltenen Fördermöglichkeiten z. B. für Investitionen in den landwirtschaftlichen oder gewerblichen Nebenbetrieben „Urlaub auf dem Bauernhof", Direktvermarktung, Pensionstierhaltung sowie für land- und hauswirtschaftliche Dienstleistungen wird bereits ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Einkommenskombination geleistet. Im Rahmen ihrer Bemühungen, die Einkommenskombinationen in landwirtschaftlichen Unternehmen zu unterstützen, prüft die Bundesregierung unter anderem, die Voraussetzungen zur Umnutzung landwirtschaftlich oder ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz zu verbessern. Dadurch sollen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten den Landwirten zusätzliche Möglichkeiten gegeben werden, vorhandene, aber oft nicht mehr land- und forstwirtschaftlich genutzte Bausubstanz und Vermögen produktiv einzusetzen.

Eine Vielzahl von rechtlichen Bestimmungen, denen sich Landwirte gegenüber sehen, erschwert häufig den Einstieg in neue Tätigkeitsfelder und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Hemmnisse, die z. B. in den Bereichen Gewerberecht, Sozialversicherung, Bauordnung aber auch in zahlreichen weiteren Rechtsgebieten liegen, gilt es abzubauen. Vorgesehen sind z. B.:

- die Vereinfachung und deutliche Straffung der gewerblichen Anforderungen an den Betrieb und Betreiber von handwerklichen Tätigkeiten auf der Grundlage landwirtschaftlicher Betriebe,
- die Öffnung des Baugesetzbuches für Umbauten und Erweiterungen von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden im Außenbereich, z. B. für eine außerlandwirtschaftliche Nutzung,
- und im Betreuungs- und Pflegebereich die Klärung der rechtlichen Voraussetzungen (z. B. ländereinheitliche Auslegung des Heimgesetzes) als Anstoß für den Einstieg in diese Dienstleistung, um das zu geringe Angebot an Betreuungs- und Pflegeplätzen zu erhöhen.

Im Bereich des Steuerrechts konnte im Oktober mit den Ländern bereits eine Neuregelung der Abgrenzung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe vereinbart werden.

Schaubild 24




Notwendig ist auch eine Neuorientierung der landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung sowie Beratung. Die Vermittlung von unternehmerischen Qualifikationen sowie von Kenntnissen über Möglichkeiten und Voraussetzungen von Erwerbskombinationen sollen künftig in der Aus- und Fortbildung stärker als bisher berücksichtigt werden.

**73.** Mit der Reform der europäischen Agrarpolitik im Jahre 1992, die eine Reduzierung der Preisstützung in einigen Produktbereichen und die Einführung direkter Kompensationszahlungen vorsah, ist die richtige Reformrichtung eingeschlagen worden. Die EU-Kommission hat dem Europäischen Rat in Madrid auch im Hinblick auf den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten ein „Strategiepapier Landwirtschaft" vorgelegt. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß es notwendig ist, die gemeinsame Agrarpolitik zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft weiter zu entwickeln.

## 7. Umwelt

**74.** Umweltschutz gewinnt im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels und für die Qualität des Standortes Deutschland seit vielen Jahren immer mehr an Bedeutung. Im Export von Umweltschutzgütern ist Deutschland weltweit führend. Das in vielen Ländern steigende Umweltbewußtsein dürfte in erheblichem Maße zu den künftigen Absatzchancen für deutsche Umweltgüter und Umweltdienstleistungen beitragen.

Umweltschutz bedeutet aber in der Regel auch Kostenbelastung für produzierende Unternehmen. Nationale umweltpolitische Alleingänge können deshalb die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitsplätzen beeinträchtigen. Insbesondere bei globalen Umweltproblemen muß daher auf eine Harmonisierung der Umweltschutzanforderungen auf hohem Niveau hingewirkt werden.

Das umweltpolitische Instrumentarium muß in Richtung auf mehr Eigenverantwortung der Wirtschaft und auf einen verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente weiterentwickelt werden. Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise die Selbstverpflichtungsaktion der Wirtschaft vom März 1995 zur Reduzierung ihrer spezifischen $CO_2$-Emissionen bis zum Jahr 2005 und die Prüfung der Einsatzmöglichkeiten von Lizenzen im Umweltbereich.

**75.** Die Bundesregierung wird das $CO_2$-Minderungsprogramm mit Blick auf ihr Ziel der Reduzie-

rung der $CO_2$-Emissionen um 25 % bis zum Jahr 2005 mit Nachdruck weiterführen. Am Ziel einer EU-weiten aufkommensneutralen $CO_2$-/Energiesteuer wird festgehalten. Die Umsetzung der Abfallwirtschaftskonzeption der Bundesregierung, u. a. bestehend aus der Novelle der Verpackungsverordnung sowie Lösungen der Elektronikschrott-, Altauto- und Altbatterieverwertung, ist ein zentrales Element der Umweltpolitik der Bundesregierung in diesem Jahr. Dabei sind Lösungen zu finden, die mit der Wettbewerbsordnung in Einklang stehen.

Weitere wichtige Umweltvorhaben 1996 sind:

- Zur Förderung einer umweltgerechten Mobilität wird die Bundesregierung entsprechend dem Verursacherprinzip bei Neufahrzeugen auf eine Fortschreibung des Standes der Technik zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes hinwirken.
- Mit der Verabschiedung des Bundes-Bodenschutzgesetzes sollen die Voraussetzungen für die effektivere Sanierung von Altlasten geschaffen und die Rechtssicherheit für Investitionen verbessert werden, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen.
- Mit der Novellierung des Wasserhaushaltgesetzes soll im Abwasserbereich bei der Nachrüstung bestehender Kläranlagen stärker als bisher der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verankert werden.
- Die Braunkohlesanierung wird entsprechend der bestehenden rechtlichen und finanziellen Regelungen von Bund und Ländern zügig vorangetrieben, ebenso wie andere Großprojekte der ökologischen Altlastensanierung.
- Das EU-Öko-Audit und die damit verbundene Imagewerbung stellt einen wirksamen Anreiz dar, Umweltmanagement-Systeme breit zur Anwendung zu bringen. Mit Umweltberatern und Umweltgutachtern werden zukunftsweisende Berufsfelder erschlossen.

## 8. Offene Märkte weltweit

**76.** Handelsliberalisierung und internationaler Wettbewerb sind entscheidend für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und technischen Fortschritt. Die Globalisierung eröffnet große Chancen gerade für die stark in die internationale Arbeitsteilung eingebundene deutsche Wirtschaft: Erschließung neuer Märkte, Effizienzsteigerung durch die Optimierung von Produktion und Ressourcenallokation sowie Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Auch im Verhältnis zu den Schwellen- und Transformationsländern, die aufgrund besonders niedriger Kosten zu einer starken Konkurrenz für den Standort Deutschland geworden sind, bietet eine enge Kooperation der deutschen Wirtschaft Möglichkeiten, z. B. über den Einsatz preisgünstiger Vorprodukte ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Bundesregierung wird die multilaterale Liberalisierung vorantreiben. Es geht vor allem um folgendes:

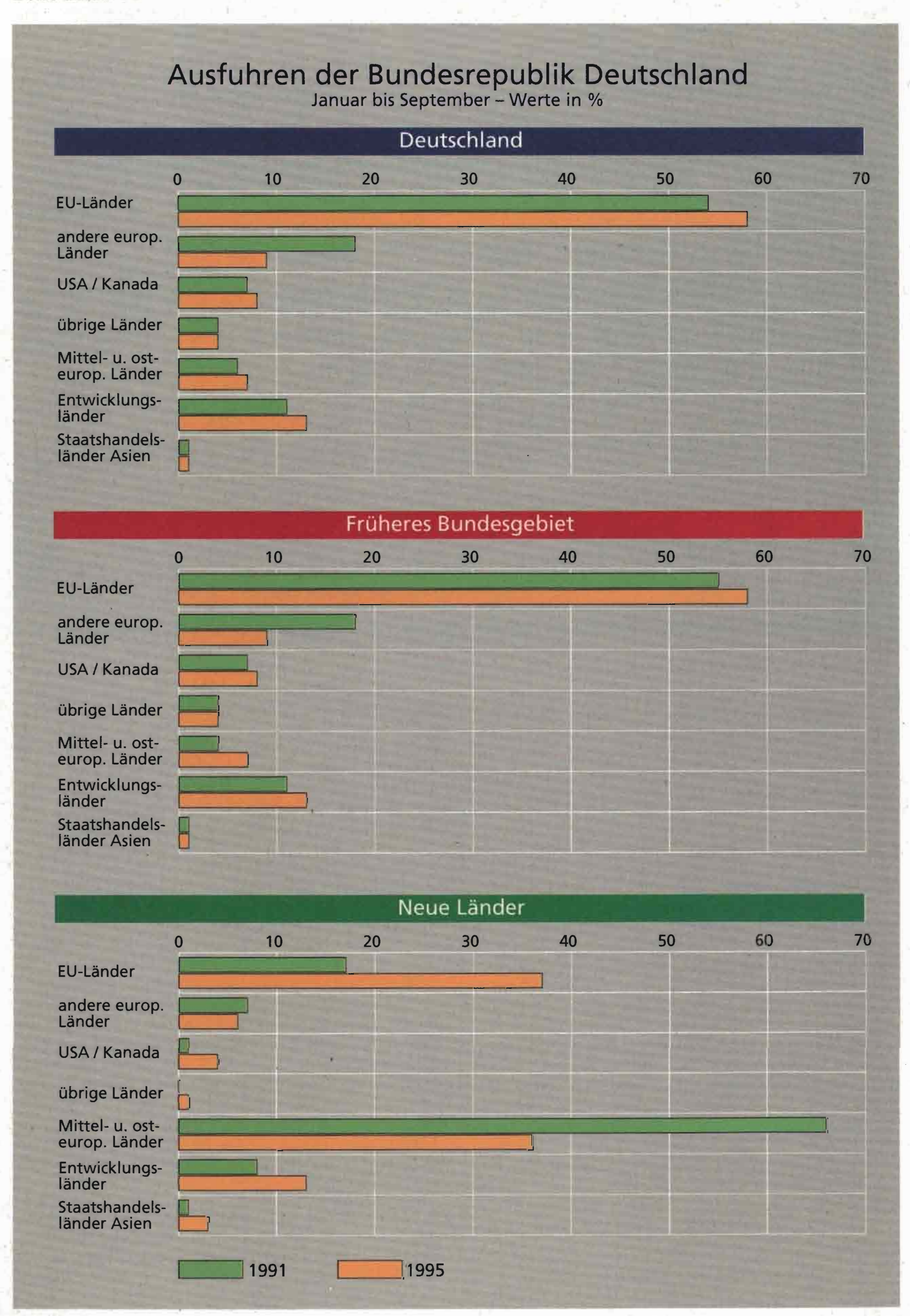
- Die Vereinbarungen der Uruguay-Runde müssen vollständig und zügig umgesetzt werden. Insbesondere geht es darum, dem vereinbarten Streitschlichtungsverfahren zu einer konsequenten Anwendung in der Praxis zu verhelfen.
- Im Dienstleistungsbereich sollen vor allem die laufenden Verhandlungen in der WTO zur Liberalisierung der Basistelekommunikations- und der Seeverkehrsdienstleistungen 1996 abgeschlossen werden. Parallel dazu werden multilaterale Verhandlungen über evtl. Ergänzungen des Rahmenübereinkommens zum Handel mit Dienstleistungen hinsichtlich der Schutzklauseln, öffentlicher Dienstleistungsaufträge und Subventionen geführt.
- Für die erste WTO-Ministerkonferenz Ende des Jahres in Singapur muß eine substantielle Agenda ausgearbeitet, insbesondere müssen weitere Liberalisierungsschritte – bspw. bei Zöllen, Regierungskäufen und Ursprungsregeln – vorbereitet werden.
- Die Beziehungen zu den Schwellen- und Transformationsländern werden intensiviert.
- Durch Ratifizierung des Energiecharta-Vertrages muß dazu beigetragen werden, daß dieses Abkommen noch 1996 in Kraft treten kann. Das Vertragswerk wird eine Liberalisierung des Handels mit Energie und Energieprodukten vor allem mit den Transformationsländern ermöglichen und einen verbesserten Investitionsschutz im Energiesektor gewährleisten.

**77.** Die Öffnung der Märkte nach Osten bietet den westeuropäischen Volkswirtschaften vielfältige Chancen und Möglichkeiten, stellt aber zugleich eine große Herausforderung dar. Dies gilt insbesondere für Deutschland, das sich für die meisten mittel- und osteuropäischen Länder zu einem Haupthandelspartner entwickelt hat. Das Handelsvolumen mit Mittel- und Osteuropa einschließlich der GUS-Länder hat 1994 zum ersten Mal die Grenze von 100 Mrd. DM überschritten. Es überstieg damit bereits den Umfang des Handels mit den USA (Schaubild 25: Entwicklung der Ausfuhren Deutschlands).

Die Europaabkommen, die die Europäische Union mit zehn mittel- und südosteuropäischen Ländern abgeschlossen bzw. paraphiert hat, sind Grundlage für die weitere Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen Ländern und eröffnen ihnen eine Beitrittsperspektive. Ein wichtiges Anliegen ist dabei, diese Länder bei ihrem marktwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß zu unterstützen und ihre Integration in die internationale Arbeitsteilung zu erleichtern. Die Abkommen sehen im gewerblichen Bereich eine völlige Marktöffnung seitens der Europäischen Union für Erzeugnisse aus den assoziierten Ländern vor. Die gegenüber einigen Ländern noch bestehenden Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen im Textilbereich laufen bis zum Jahresende 1996 bzw. 1997 aus.

**78.** Multilaterale Liberalisierungspolitik muß heute über die klassischen Themen der Handelspolitik hinausgehen, um die Vorteile der Globalisierung in vollem Umfang nutzen zu können. Die Bundesregierung arbeitet deshalb aktiv an den Verhandlungen

Schaubild 25



über ein multilaterales Investitionsabkommen der OECD mit. Im Rahmen der Europäischen Union setzt sie sich für die Erörterung des Themas Handel und Investitionen mit dem längerfristigen Ziel eines „GATT für Investitionen" ein. Im Bereich Handel und Wettbewerb wird die Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit sowie mit Blick auf die WTO längerfristig die Schaffung einer multilateralen Wettbewerbsordnung angestrebt. Die Bundesregierung wirkt in der Europäischen Union daran mit, daß auf der WTO-Ministertagung Ende 1996 in Singapur beim Thema Handel und Umwelt konkrete Ergebnisse erzielt werden können.

Sie warnt mit Nachdruck vor dem Fehlschluß, daß Arbeits- oder Sozialstandards der industrialisierten Länder als Maßstab auf andere Staaten angewendet werden können. Soziale Ansprüche der Bevölkerung in den Industrieländern oder zwischen den Tarifpartnern hochentwickelter Volkswirtschaften vereinbarte Rechte dürfen nicht mit der Wahrung menschlicher Grundfreiheiten in Entwicklungsländern verwechselt werden. Der Einsatz handelspolitischer Maßnahmen mit der Absicht, Arbeits- und Sozialstandards global zu harmonisieren, ist in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft kein gangbarer Weg. Voraussetzung ist vielmehr zunächst und vor allem, daß die ökonomischen Grundlagen für die Entwicklung und Erfüllung höherer Ansprüche an soziale Schutzrechte in den betroffenen Ländern geschaffen werden können. Freihandel ist und bleibt dafür eine unerläßliche Bedingung. Die Bundesregierung tritt deshalb weiter für einen verbesserten Marktzugang der Entwicklungsländer zum Europäischen Binnenmarkt ein. Sensible Bereiche sind angemessen zu berücksichtigen.

**79.** Auch für die Außenwirtschaftsförderung gilt, daß die in Deutschland geltenden Standortbedingungen an internationalen Maßstäben gemessen werden müssen, wenn Arbeitsplätze in Deutschland erhalten und geschaffen werden sollen. Das Förderinstrumentarium der Außenwirtschaftspolitik wird daher im Dialog mit der Wirtschaft und den Ländern laufend überprüft, und die konzeptionelle Abstimmung und Koordinierung der Fördermaßnahmen wird weiter verbessert. Zu diesem Zweck wurde Ende 1995 ein Interministerieller Ausschuß unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft gebildet, der eng mit den Bundesländern und der deutschen Wirtschaft zusammenarbeiten soll.

Die Bundesregierung wird Verbesserungen der außenwirtschaftlichen Förderinstrumente mit den Zielen einer sachlichen und regionalen Konzentration sowie einer Straffung des Instrumentariums einleiten. Folgende Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund:

– Geschäftsrelevante außenwirtschaftliche Informations- und Beratungsdienstleistungen durch die Botschaften und Generalkonsulate, die Auslandshandelskammern sowie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation sollen insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zugängig gemacht werden. Das weltweite Netz der deutschen Auslandsvertretungen ist verstärkt auf die Unterstützung der deutschen Unternehmen im Ausland ausgerichtet. „Deutsche Industrie- und Handelszentren", die Unternehmen neben Information und Beratung auch Büroinfrastruktur zur Verfügung stellen, sollen zusammen mit den Ländern und den Investoren auch in weiteren Ländern gegründet werden. Bei den Außenhandelskammern soll die Qualität des Dienstleistungsangebots z. B. durch den Einsatz von Außenwirtschaftsexperten für Umwelttechnik und neue Technologien verbessert werden.

– In Abstimmung mit der Wirtschaft wird im Bereich der Messeförderung die Schwerpunktverlagerung in die Wachstumsregionen der Welt fortgesetzt.

– Zur Erleichterung grenzüberschreitender Investitionen der deutschen Wirtschaft wird die Bundesregierung das bestehende Netz der bilateralen Investitionsförderungs- und -schutzverträge mit Entwicklungsländern und den Reformländern Mittel- und Osteuropas im Jahr 1996 weiter ausbauen.

– Hermes-Ausfuhrgewährleistungen sollen in Zukunft, insbesondere bei der Unterstützung von Exporten in Wachstumsmärkte und in besonders schwierige und hart umkämpfte Märkte (z. B. Anlagen- und Kraftwerksbau, Flugzeuge oder Telekommunikation), flexibler eingesetzt werden. Dies umfaßt auch notwendige Anpassungen des Hermes-Instruments an veränderte Marktverhältnisse, beispielsweise im Zusammenhang mit privat finanzierten Infrastrukturvorhaben.

## III. Europa auf dem Weg zu einer stabilen gemeinsamen Währung

### 1. Fortsetzung der Europäischen Einigung

**80.** Die Politik der europäischen Einigung hat für die Bundesrepublik Deutschland herausragende Bedeutung. Fünfzig Jahre Frieden und Stabilität in Westeuropa, der Wiederaufstieg der europäischen Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg, die friedliche Einbeziehung Deutschlands in die europäische Völkergemeinschaft sowie die Wiederherstellung der deutschen Einheit im Einklang mit unseren Partnern wären so ohne die europäische Integration nicht möglich gewesen. Auch in Zukunft hat das europäische Einigungwerk für die Sicherung von Frieden und Stabilität sowie für die Wahrung der Stellung Europas in der Welt herausragende Bedeutung.

**81.** In den kommenden Jahren steht die europäische Politik vor einer Reihe entscheidender Weichenstellungen. Die im März 1996 beginnende Regierungskonferenz ist eine wichtige Etappe des europäischen Integrationsprozesses. Sie soll vor allem in vier zentralen Bereichen Fortschritte bringen:

– Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zur Gewährung von Frieden und äußerer Sicherheit.

– Weitere Verbesserung der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, insbesondere um bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus sowie im Asyl- und Einwanderungsbereich gemeinsame Wege beschreiten zu können.

- Steigerung von Effizienz und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union durch Überprüfung der Entscheidungsprozesse. Eine Erweiterung des Anwendungsbereiches von Mehrheitsentscheidungen erhöht die Kompromißbereitschaft und erleichtert die gewünschte Konsensfindung.
- Verbesserung der demokratischen Verankerung der Europäischen Union. Das heißt vor allem, daß das Europäische Parlament wie auch die nationalen Parlamente enger in den europäischen Einigungsprozeß einbezogen werden. Dies erfordert darüber hinaus eine entschlossene Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips.

**82.** Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine historische Chance für Europa. Über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wird nach dem Ende und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Regierungskonferenz auf der Grundlage der Stellungnahmen der Europäischen Kommission entschieden. Die Bundesregierung tritt dafür ein, daß die Ergebnisse und Fortschritte der Reformen in den beitrittswilligen Ländern maßgebend sein müssen für die Entscheidung über den jeweiligen Zeitpunkt der Verhandlungsaufnahme. Sie begrüßt, daß der Europäische Rat von Madrid die Aufnahme erster Beitrittsverhandlungen mit mittel- und osteuropäischen Ländern in einen zeitlichen Zusammenhang mit dem Beginn der Verhandlungen mit Malta und Zypern gestellt hat.

In diesem Zusammenhang unterstreicht die Bundesregierung die auf dem Europäischen Rat in Madrid getroffenen Beschlüsse, die Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinschaftspolitiken, insbesondere auf die Agrarpolitik und die Strukturpolitiken vertieft zu untersuchen sowie das Finanzierungssystem der Europäischen Union zu überprüfen. Nach dem Abschluß der Regierungskonferenz und vor dem Auslaufen der Regelung von Edinburgh Ende 1999 werden neue Vereinbarungen erforderlich, die einer gerechten Lastenteilung stärker als bisher entsprechen.

### 2. Europäischer Rat Madrid: Weichenstellung für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion

**83.** Der Maastricht-Vertrag und der für 1999 geplante Eintritt in die 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind wegweisende Schritte im europäischen Einigungsprozeß. Erst mit der einheitlichen Währung wird der Binnenmarkt seine vielfältigen Vorteile für Haushalte und Unternehmen vollständig entfalten können. Indem die Vorteile der gemeinsamen Währung zum Tragen kommen (vgl. Übersicht „Vorteile der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion"), leistet die WWU einen wesentlichen Beitrag zum Entstehen eines wirtschaftlich und politisch funktionsfähigen „europäischen Hauses" und zur Standortsicherung für Europa gegenüber den anderen dynamischen Weltregionen.

Auf dem Europäischen Rat in Madrid im Dezember 1995 wurde mit der Verabschiedung des Übergangsszenarios und der Festlegung auf den Namen „Euro" der zeitliche, rechtliche und technische Rahmen für die Einführung der europäischen Währung bis Mitte 2002 abgesteckt. Dies bedeutet für Unternehmen und Bürger mehr Klarheit über den weiteren „Fahrplan" der WWU (vgl. Übersicht „Der Fahrplan der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Vier wichtige Termine"). Die Einigung auf den Namen „Euro" war ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, das sich der Europäische Rat in Madrid einstimmig zu eigen gemacht hat.

**Vorteile der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion**

- Die Einführung der einheitlichen Währung trägt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bei. Sein wirtschaftliches Potential kann sich – bei Wahrung der Preisstabilität – voll entfalten, mit positiven Wirkungen für Beschäftigung und Wachstum.
- Die Europäische Zentralbank ist unabhängig und strikt auf Preisniveaustabilität verpflichtet. Daraus folgt ein heilsamer Druck in Richtung Stabilität, Wettbewerb und Strukturanpassung bei allen WWU-Teilnehmern.
- Mit Einführung der einheitlichen Währung erhöht sich die Transparenz von Preisen und Kosten. Dies verstärkt den Wettbewerb zugunsten der Verbraucher.
- Die Planungs- und Kalkulationssicherheit der Unternehmen durch Wegfall der Wechselkursrisiken nimmt zu. Die Investitionsentscheidungen der Unternehmen können innerhalb der Währungsunion nicht mehr durch bruchartige und in der Regel unvorhersehbare Währungsturbulenzen zunichte gemacht werden. Hieraus resultieren positive Effekte für die langfristigen Investitionsentscheidungen und damit für die wirtschaftliche Entwicklung. Dies ist besonders für Deutschland wegen seiner hohen Außenhandelsverflechtung wichtig.
- Währungsbedingte Transaktions- und Kurssicherungskosten entfallen. Dies ist vorteilhaft gerade für kleine und mittlere Unternehmen, denen starke Wechselkursschwankungen besonders zu schaffen machen können.
- Europas wirtschaftliches Gewicht in der Weltwirtschaft wird einen deutlicheren Niederschlag finden.
- Ein stabiler europäischer Währungsraum wird ein starker Pfeiler des internationalen Währungssystems. Er schafft attraktive Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten. Dies bedeutet die Chance sinkender Kapitalmarktzinsen. Gleichzeitig eröffnet der gestärkte Finanzplatz Europa neue Beschäftigungsmöglichkeiten für den Dienstleistungsbereich.
- Eine erfolgreiche WWU ist zugleich Motor der weiteren politischen Einigung Europas.

**Der Fahrplan der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Vier wichtige Termine**

- So früh wie möglich im Jahr 1998: Entscheidung über die Teilnehmer auf Basis von Ist-Daten des Jahres 1997, anschließend Errichtung der EZB.
- Beginn der 3. Stufe der WWU vertragsgemäß am 1. Januar 1999. Dabei
  - Fixierung der Umrechnungskurse zwischen Teilnehmerwährungen und zum Euro
  - Durchführung der gemeinsamen Geldpolitik in Euro
  - Nationale Währungen bleiben bis zur Einführung von Euro-Banknoten und Münzen gesetzliches Zahlungsmittel; Euro kann, muß aber nicht verwendet werden.
- Spätestens am 1. Januar 2002
  - Ausgabe von Noten und Münzen in Euro
  - Umtausch nationaler Noten und Münzen in Euro.
- Spätestens am 1. Juli 2002 : Euro-Banknoten und Münzen werden alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel.

Die wichtigsten inhaltlichen Festlegungen des vom Europäischen Rat gebilligten Szenarios sind:

- Nach dem Eintritt in die 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 werden Geld- und Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank in der neuen, gemeinsamen Währung, dem Euro, durchgeführt.
  Die nationalen Zentralbanken können in ihrem Verkehr mit den Geschäftsbanken kostenlos Umrechnungsdienste („Konvertoren") bereitstellen, die es kleineren Kreditinstituten ermöglichen, zunächst weiter in nationaler Währung zu arbeiten.
- Für die Verwendung der gemeinsamen Währung gilt bis zur Einführung der neuen Banknoten und Münzen der Grundsatz: Keine Behinderung, aber auch kein Zwang.
- Der öffentliche Sektor wird seine Operationen erst dann auf die gemeinsame Währung umstellen, wenn die neuen Banknoten und Münzen in Umlauf kommen.
- Die öffentliche Kreditaufnahme in handelbaren Papieren erfolgt von Anfang an in der gemeinsamen Währung.

**84.** Das Vorhaben der WWU hat in der Bevölkerung Besorgnis ausgelöst. Dabei steht die Frage nach der Stabilität der neuen Währung im Vordergrund. Die Bundesregierung nimmt diese Sorgen der Bevölkerung sehr ernst. Sie wird alles unternehmen, die Stabilität des Euro zu gewährleisten. Insbesondere wird sie auf einer strikten Einhaltung der Konvergenzkriterien bestehen. Zusätzlich wird sie im Frühjahr 1996 eine umfangreiche Informationskampagne mit dem Ziel starten, die Bevölkerung über den Zeitplan, die Modalitäten des Übergangs sowie die wirtschaftlichen Vorteile der WWU und Bestimmungen des Vertrages zur Sicherung der Geldwertstabilität eingehend aufzuklären. Darüber hinaus wird die Bundesregierung insbesondere auch den seit mehreren Monaten mit den Kreditinstituten und den Verbänden der deutschen Wirtschaft geführten Meinungsaustausch über Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion weiter intensivieren.

Manche Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung gegenüber der WWU beruhen allerdings auf Mißverständnissen oder Fehleinschätzungen. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird nicht zu einer Inflationsgemeinschaft werden; dafür sind hinreichende Vorkehrungen getroffen. Auch ist die Behauptung falsch, die Umstellung der D-Mark auf die gemeinsame Währung sei eine Währungsreform. Anders als etwa bei der Währungsrefom 1948 werden Geldvermögen, Geldschulden, Löhne, Renten usw. wertgleich umgerechnet. Kaufkraftveränderungen bzw. Vermögensveränderungenen infolge der Umrechnung ergeben sich nicht. Ferner ist die Behauptung nicht haltbar, stabilitätsorientierte Geldpolitik und nationale Haushaltsdisziplin verursachten Arbeitslosigkeit in Europa. Wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gezeigt haben, lassen sich dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nicht durch eine stabilitätswidrige Geld- oder Haushaltspolitik schaffen. Vielmehr ist der umgekehrte Zusammenhang richtig: Eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik ist eine notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit die Erhaltung und das Entstehen von Arbeitsplätzen.

### 3. Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft realisieren

**85.** Die politischen und ökonomischen Vorteile der WWU werden nur bei einer stabilen Währung wirksam. Die institutionelle Basis der Stabilität der gemeinsamen Währung wurde duch den Vertrag von Maastricht gelegt, der die gemeinschaftliche Geldpolitik auf die unabhängige Europäische Zentralbank überträgt und diese – wie heute die Deutsche Bundesbank – strikt auf Preisniveaustabilität verpflichtet (vgl. Übersicht „Die Europäische Zentralbank"). Die ökonomische Basis für eine gemeinschaftliche Geldpolitik ist die stabilitätsgerechte Angleichung der wirtschaftlichen Grunddaten (Konvergenz) in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU (vgl. Schaubilder 26, 27, 28). Dies hat der Europäische Rat in Madrid erneut und ohne Vorbehalte bekräftigt.

Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der künftigen europäischen Währung erfordern bei der Entscheidung des Europäischen Rates über die Teilnehmer an der WWU eine strikte Interpretation der Konvergenzkriterien. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Maastricht-Vertrag die Notwendigkeit einer stabilitätsgerechten Anwendung dieser Kriterien eindeutig zum Ausdruck gebracht. In dieselbe Richtung wirkt die von der Bundesregierung zugesagte Befassung des Deutschen Bundestags und Bundesrats vor der Entscheidung des Europäischen Rates. Die Bundesregierung wird mit Nachdruck darauf beharren, daß nur solche Länder an der WWU teilnehmen, die die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien klar erfüllen.

**Die Europäische Zentralbank**

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist als Garant der Geldwertstabilität konzipiert.

- Die EZB ist vorrangig auf das Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet (Art. 105 EU-Vertrag).
- Die EZB ist weisungsunabhängig. Die Gemeinschaft und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen diesen Grundsatz beachten (Art. 107 EU-Vertrag).
- Die EZB darf keine Kredite zur Finanzierung öffentlicher Defizite gewähren (Art. 104 EU-Vertrag).
- Der EU-Vertrag schreibt die außenwirtschaftliche Absicherung des Stabilitätsauftrags der EZB fest (Art. 109).
- Das EZB-Statut ist ein völkerrechtsverbindlicher Vertrag, der nur einstimmig geändert werden kann.

**86.** Die Bundesregierung wird in Kürze dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat ihren Bericht über den Stand der Konvergenz in der EU im Jahr 1995 übermitteln. Der Bericht wird zeigen, daß im Konvergenzprozeß bisher in den meisten Mitgliedstaaten beachtliche Fortschritte bei Inflationsraten und Zinsen und zum Teil bei der Wechselkursstabilisierung erreicht wurden. Allerdings sind heute die öffentlichen Defizite und Schuldenstände in vielen Mitgliedstaaten immer noch zu hoch. Daher ist eine zusätzliche Intensivierung der finanzpolitischen Konsolidierungsanstrengungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erforderlich.

Die in vielen Mitgliedsstaaten über mehrere Jahre aufgestauten Konsolidierungszwänge existieren dabei unabhängig von der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion. Auch ohne die Wirtschafts- und Währungsunion wären Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich geworden.

**87.** Die finanzpolitischen Konvergenzkriterien müssen nicht nur bei Eintritt in die WWU, sondern dauerhaft erfüllt sein. Damit die Europäische Zentralbank ihrem Stabilitätsauftrag voll gerecht werden kann, muß ihre Politik von einer dauerhaft soliden Haushaltspolitik aller Teilnehmerstaaten flankiert werden.

Der Vertrag von Maastricht enthält bereits die strikte Verpflichtung, übermäßige öffentliche Haushaltsdefizite auf Dauer zu vermeiden. Eine Präzisierung der entsprechenden Vertragsbestimmungen soll ihre

Schaubild 26

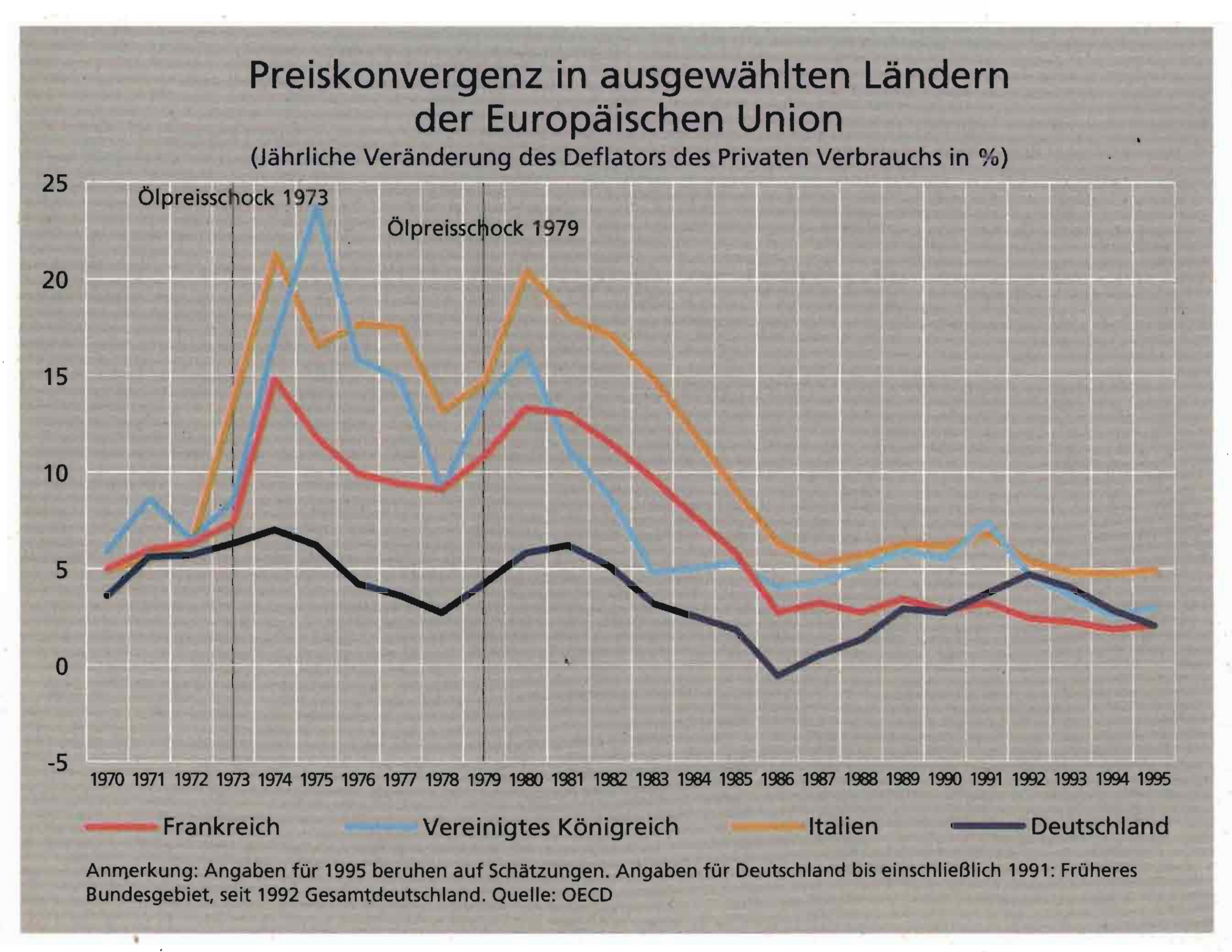


Schaubild 27

## Zinssätze langfristiger Staatsanleihen
in ausgewählten Ländern der Europäischen Union



Schaubild 28

## Wechselkursentwicklung[1)]
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %



1) Außenwert der DM gegenüber jeweiliger Partnerwährung

strikte Anwendung sicherstellen. Deswegen hat der Bundesminister der Finanzen die Initiative für einen Stabilitätspakt für Europa ergriffen. Dieser sieht eine Präzisierung und Operationalisierung der fiskalpolitischen Konvergenzkriterien des Vertrages sowie des Sanktionsverfahrens vor, um die Haushaltsdisziplin auf Dauer zu sichern. Die Teilnehmer an der WWU verpflichten sich, bei ihrem Staatsdefizit auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden die 3 %-Grenze nicht mehr zu überschreiten. Mittelfristig wird im Stabilitätspakt ein Defizitziel von 1 % in wirtschaftlicher Normallage angestrebt. Bei Überschreitung der Defizitobergrenze treten finanzielle Sanktionen in Kraft.

Alle Teilnehmer des Europäischen Rates in Madrid haben den deutschen Vorschlag eines europäischen Stabilitätspaktes positiv aufgenommen und bekräftigt, daß auch nach dem Übergang zur dritten Stufe der WWU die Haushaltsdisziplin in den Teilnehmerstaaten dauerhaft gewährleistet sein muß. Die Bundesregierung begrüßt dies als einen Beleg der gewachsenen Stabilitätskultur in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

**88.** Auch der Sachverständigenrat hat sich in seinem Jahresgutachten 1995/1996 (Ziffer 433 ff.) für eine strikte Anwendung aller Konvergenzkriterien ausgesprochen. Er folgert, daß es 1999 entweder zunächst zu einer kleinen Teilwährungsunion kommt oder daß der WWU-Starttermin deutlich über 1999 hinaus verschoben werden muß. Im Gutachten werden allerdings die Nachteile einer kleinen Teilwährungsunion einseitig betont, während auf die mit einer Verschiebung der WWU verbundenen Risiken weit weniger deutlich hingewiesen wird.

Die Bundesregierung spricht sich weiterhin nachdrücklich gegen eine Verschiebung des Starttermins der 3. Stufe aus. Dies wäre mit der erheblichen Gefahr verbunden, daß die Anstrengungen insbesondere zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in vielen Mitgliedsländern nachlassen. Die Erfüllung der Konvergenzkriterien zu einem späteren Zeitpunkt würde damit nicht wahrscheinlicher.

Die Bundesregierung hält es für wünschenswert, daß eine möglichst große Zahl von Mitgliedsländern die Konvergenzkriterien erfüllt und damit an der 3. Stufe bereits ab 1999 teilnehmen wird. Anders als der Sachverständigenrat hält sie es allerdings für verfrüht, heute schon Aussagen zu machen, ob ein großer oder kleiner Kreis von Teilnehmerländern realistisch ist. Unabhängig hiervon kommt es ganz wesentlich darauf an, daß die Währungsunion offen bleibt für weitere Mitglieder, wenn diese später die Konvergenzanforderungen erfüllen. Auch die Verfasser des Vertrags von Maastricht gingen davon aus, daß möglicherweise nicht alle Mitgliedstaaten von Anfang an die Konvergenzkriterien erfüllen werden.

Zur Stärkung des Konvergenzprozesses und zur Sicherung des Zusammenhalts der Gemeinschaft sowie des Binnenmarkts befürwortet die Bundesregierung die Einrichtung eines Systems der engen wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern und den zunächst noch nicht an der Endstufe teilnehmenden Mitgliedstaaten an der WWU. Die Erfahrung mit der europäischen Integration zeigt überdies, daß die Vorreiterrolle einiger Mitgliedstaaten eine Sogwirkung auf die Nichtteilnehmer ausübt.

### 4. Wirtschaftspolitische Konsequenzen für die Europäische Union

**89.** Mit Eintritt in die dritte Stufe der WWU wird eine Reihe aktueller Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten schärfere Konturen gewinnen. Dies gilt – wie im vorigen Abschnitt im Detail ausgeführt – für die Haushaltspolitik, welche die Konsolidierung im nationalstaatlichen Interesse und zur Vermeidung von Konflikten mit der gemeinsamen Geldpolitik verfolgen muß. Dies gilt aber auch für andere Bereiche der Wirtschaftspolitik. Insbesondere sind Deregulierung und Flexibilisierung in Anbetracht der viel zu hohen Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten bereits an sich eine vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe.

Hinzu kommt, daß mit Beginn der 3. Stufe der WWU die Wechselkursanpassung als ausgleichendes Instrument der Wirtschaftspolitik entfällt, die Geldpolitik vergemeinschaftet ist und die Fiskalpolitik strikt auf Haushaltskonsolidierung ausgerichtet ist. Der Anpassungsbedarf wird sich folglich noch mehr als bisher in Richtung der Lohn- und Arbeitsmarktpolitik ergeben; Lohnabschlüsse werden stärker als bisher unterschiedliche Produktivitätsbedingungen und die jeweiligen Arbeitsmarkterfordernisse berücksichtigen müssen. Weitere Anpassungen können mit der Verwirklichung der WWU auch für die Steuerpolitik notwendig werden. Angesichts einer weitgehenden Harmonisierungsverpflichtung der indirekten Steuern betrifft dies vor allem die direkten Steuern. Ihre Bedeutung als Faktor im Wettbewerb um Industriestandorte und Arbeitsplätze wird sicherlich zunehmen. Die Steuerpolitik verbleibt aber auch im Rahmen der WWU in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

**90.** Zur Erhöhung der Flexibilität der Wirtschaft bedarf es auf EU-Ebene keiner neuen Instrumente der Wirtschaftspolitik oder einer Vergemeinschaftung nationaler Wirtschaftspolitiken. Die nationalen Wirtschaftspolitiken verbleiben auch in der Endstufe der WWU im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Die im EG-Vertrag vorgesehene wirksame Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken (vgl. Art. 103 EG-Vertrag) wird damit dringlicher. Inhalt der Koordinierung müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Marktteilnehmer sein, nicht die Abstimmung von Einzelmaßnahmen. Allerdings: Die nationale Wirtschaftspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten muß dafür Sorge tragen, daß die Ergebnisse der gemeinschaftlichen Koordinierungsverfahren auch in die Tat umgesetzt werden, um für Europa insgesamt Wachstum und Beschäftigung zu stärken.

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für den im Maastricht-Vertrag verankerten Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb in der Gemeinschaft ein. Sie wird sich deswegen gegen alle Forderungen wenden, den Anpassungsnot-

wendigkeiten durch mehr Interventionismus und Protektion auszuweichen. Durch derartige Ausweichstrategien würden die nationalen Stabilisierungsanstrengungen geschwächt, und die Strukturprobleme blieben ungelöst. Das Wachstumspotential der Mitgliedstaaten würde letztlich verringert. Statt dessen muß die Wirtschaftspolitik in allen Mitgliedstaaten verstärkt auf eine Deregulierung und Entbürokratisierung der Güter- und Arbeitsmärkte hinarbeiten. Damit sind politische Forderungen nach zusätzlichen staatlichen Transferleistungen unbegründet. Im Maastricht-Vertrag ist zudem durch den Haftungsausschluß für die Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten verankert, daß einzelne Mitgliedstaaten auch in Zukunft für ihr wirtschaftspolitisches Fehlverhalten die alleinige Verantwortung tragen. Die Bundesregierung wird weiterhin dafür sorgen, daß Gelder aus den Strukturfonds sowie dem Kohäsionsfonds der EU nach strengen Kriterien vergeben werden.

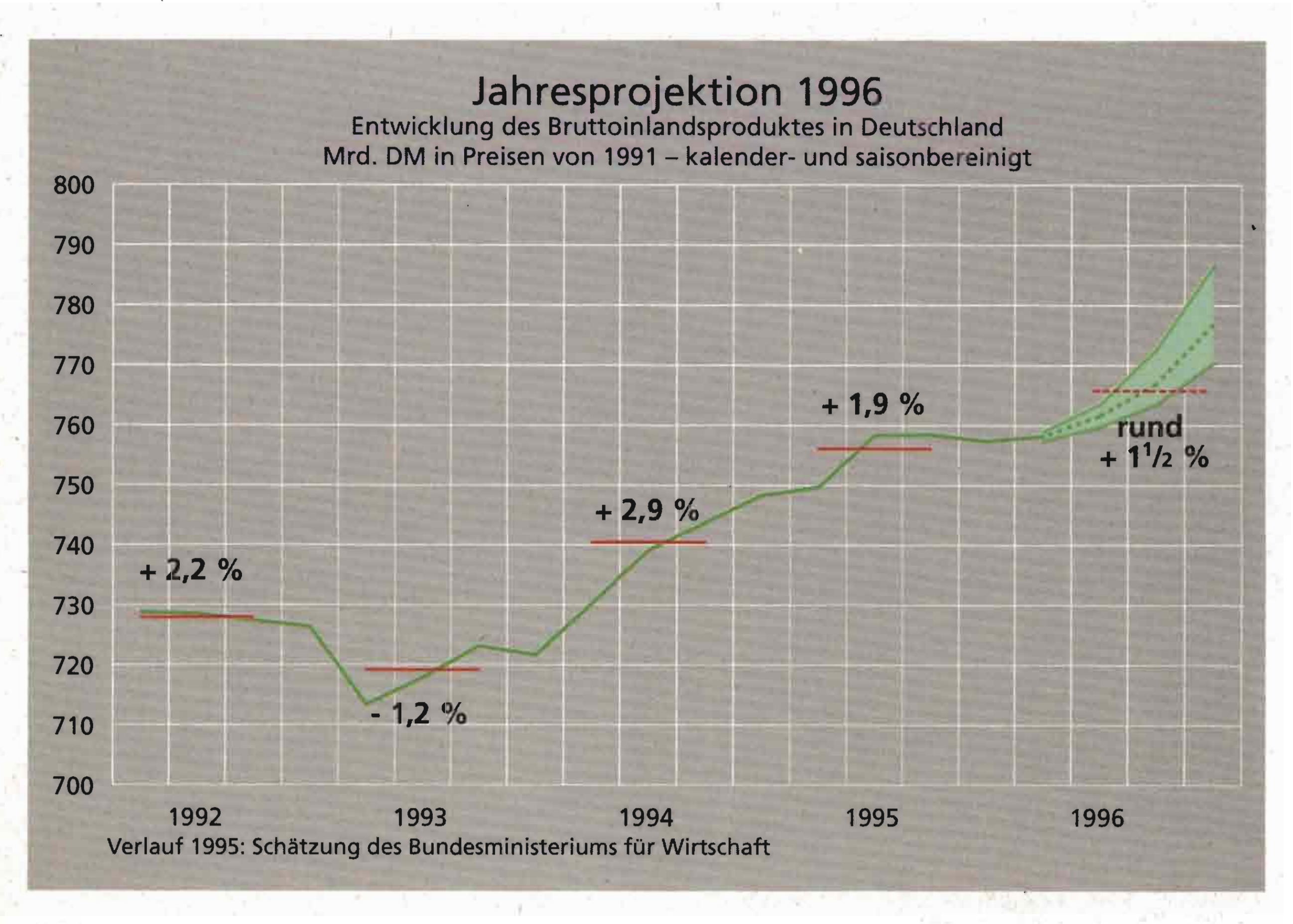
## C. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1996

**91.** Nachdem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im vergangenen Jahr deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb und das Konjunkturklima zunehmend kühler wurde, stellen sich die Perspektiven inzwischen wieder günstiger dar. Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für 1996 im Vergleich zum Vorjahr gebessert: Die Überbewertung der D-Mark hat sich zum Teil zurückgebildet. Die Wechselkursrelationen haben sich stabilisiert, insbesondere gegenüber den europäischen Währungen. Geld- und Fiskalpolitik wirken konjunkturstützend. Die Zinsen sind wieder merklich gesunken. Die Signale für mehr Lohnzurückhaltung und -flexibilität sind unübersehbar. Die Preise sind stabil. Die Ertragslage der Unternehmen ist gut. Die Expansion des Welthandels hält an.

Daher geht die Bundesregierung davon aus, daß die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im vergangenen Jahr nicht Vorbote einer Rezession, sondern nur eine vorübergehende Wachstumspause war, wie sie auch in früheren Konjunkturzyklen beobachtet werden konnte. Diese Einschätzung teilen auch der Sachverständigenrat, die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und die meisten anderen Beobachter im nationalen und internationalen Bereich. Für das Jahr 1996 rechnet die Bundesregierung mit folgender gesamtwirtschaftlicher Entwicklung:

- Die Wachstumsschwäche dürfte überwunden werden. Die wirtschaftlichen Aktivitäten werden sich voraussichtlich im Verlauf beleben. Dies bedeutet im Jahresdurchschnitt wegen des niedrigen Ausgangsniveaus allerdings nur eine moderate Steigerungsrate des *Bruttoinlandsprodukts* (BIP) von real rund 1½ %. Während die Entwicklung in den neuen Ländern mit einem Zuwachs zwischen 4 und 6 % weiter überdurchschnittlich verläuft, wird sich das reale BIP-Wachstum in den alten Ländern voraussichtlich nur moderat – in einer Größenordnung von rund 1 % – bewegen.
- Die Abnahme der *Beschäftigung* in Deutschland insgesamt hat sich mit der Wachstumsschwäche gegen Jahresende 1995 wieder beschleunigt. 1996 wird mit einem Rückgang bis zu einem halben

Schaubild 29



Prozent im Jahresdurchschnitt gerechnet. Im Verlauf dieses Jahres könnte allerdings eine Wende zum Besseren beginnen und die Zahl der besetzten Arbeitsplätze – unterstützt durch das Aktionsprogramm der Bundesregierung – wieder ansteigen. Auch in diesem Jahr wird sich die Beschäftigung in den neuen voraussichtlich besser als in den alten Ländern entwickeln. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte dazu spiegelbildlich im Jahresdurchschnitt auf rund 10 % aller Erwerbspersonen in Gesamtdeutschland ansteigen. Dabei würde sich sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Arbeitslosenquote erhöhen. Sowohl bei der Arbeitslosigkeit als auch bei der Beschäftigung könnte allerdings im saisonbereinigten Jahresverlauf eine Besserung eintreten.

- Das *Verbraucherpreisniveau* wird sich mit rund 2 % im Jahresdurchschnitt ähnlich moderat wie im Vorjahr erhöhen; hinsichtlich des inneren Geldwerts besteht also weiterhin kein Anlaß zur Beunruhigung. In den alten Ländern dürfte die Preissteigerungsrate knapp 2 % betragen; in den neuen Ländern wird sie sich dagegen, aufgrund des Mitte vergangenen Jahres eingeführten Vergleichmietensystems, auf etwa 2½ % belaufen. Ohne Berücksichtigung der Mieten ist die Preisentwicklung mit rund 1 % in beiden Gebieten fast gleich niedrig. In den alten Ländern wirkt die Abschaffung des „Kohlepfennigs" entlastend.

- Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland bleibt weitgehend unverändert. Das Defizit der *Leistungsbilanz*, das im Zusammenhang mit dem hohen Kapitalbedarf zum Aufbau der neuen Länder entstand, wird mit 25 bis 30 Mrd. DM erneut geringer als im Vorjahr ausfallen. Der nominale Außenbeitrag nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird sich voraussichtlich weiter auf 40 bis 45 Mrd. DM erhöhen.

### 1. Überwindung der Schwächephase, Wiederbelebung der Wachstumsdynamik

**92.** Das Jahresergebnis hängt stark davon ab, wann sich die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder beschleunigen; dieser Zeitpunkt läßt sich jedoch nicht exakt vorhersehen. In einer solchen Situation ist die Unsicherheit besonders groß. Das in diesem Jahr für möglich gehaltene Wirtschaftswachstum weist somit eine relativ breite Unsicherheitsspanne auf. Insgesamt liegt die Jahresprojektion der Bundesregierung unter Berücksichtigung der etwas ungünstigeren Ausgangslage auf der Linie des Sachverständigenrates. Dieser geht in seinem Jahresgutachten davon aus, daß es 1996 „weiter aufwärts geht, wenngleich im ganzen nur schleppend statt zügig", und daß das Wachstum wohl nicht ausreicht, um die Beschäfti-

Schaubild 30

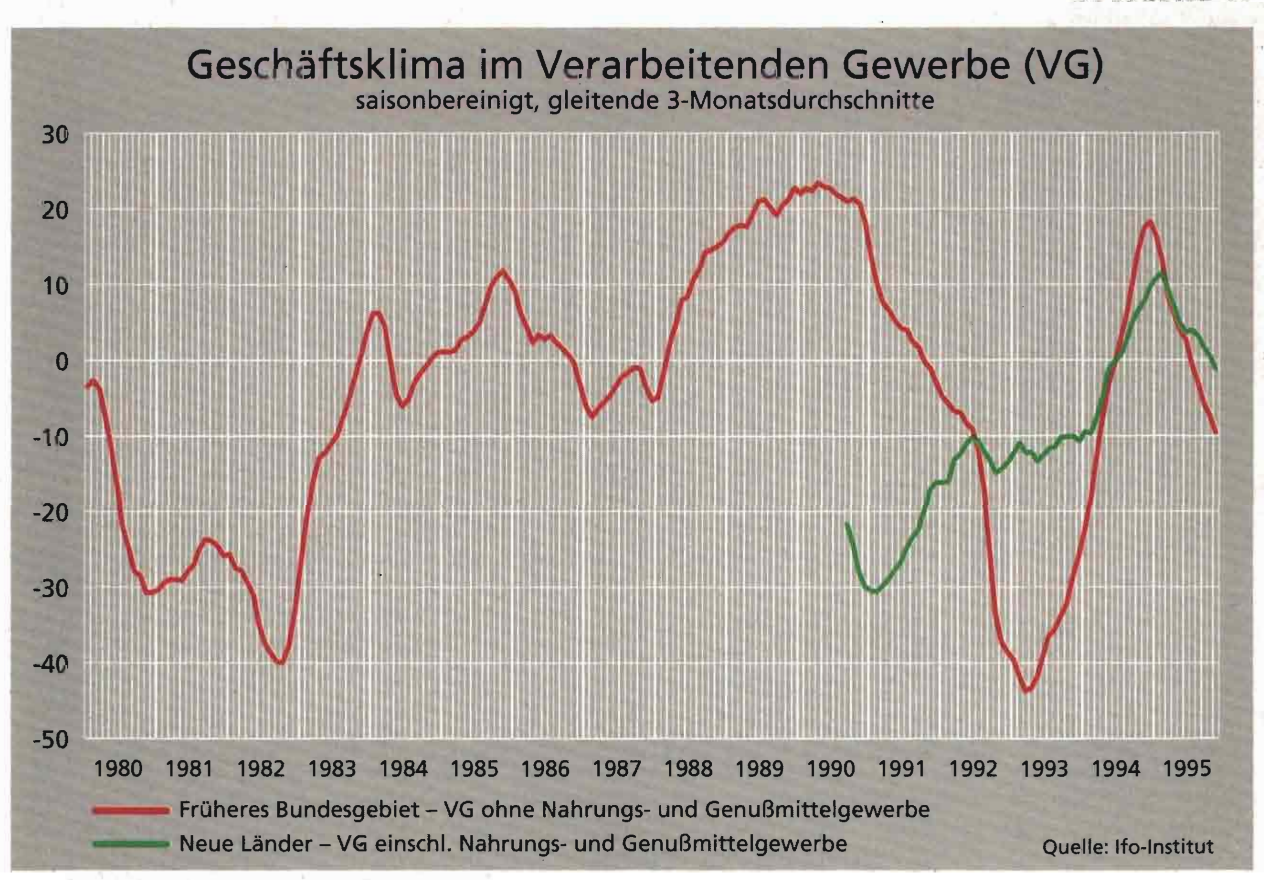
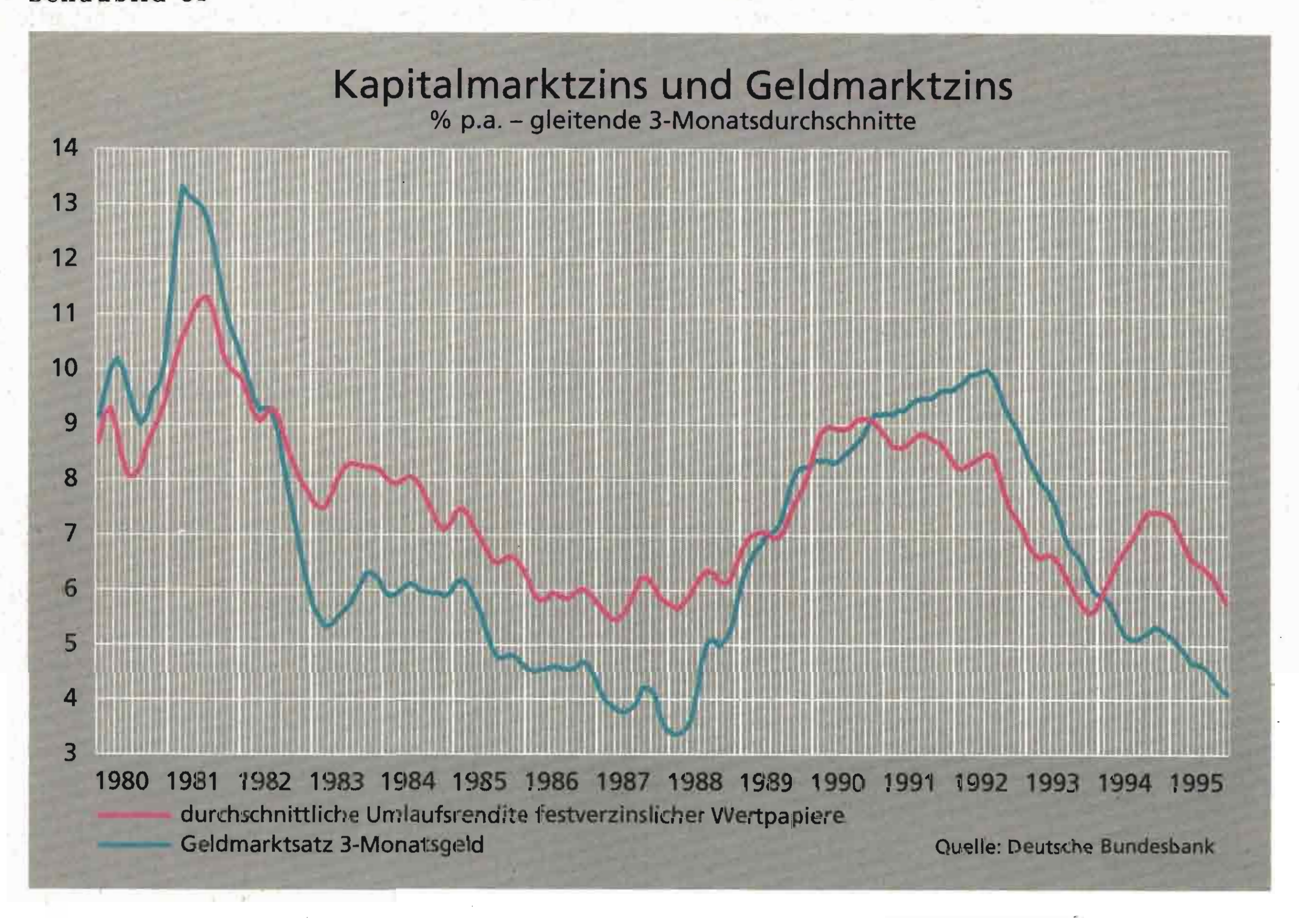


Schaubild 31




gung zu steigern und die Arbeitslosigkeit zurückzuführen (Ziffer 221 JG). Das Spektrum der zum Jahreswechsel 1995/96 veröffentlichten Prognosen anderer Beobachter reicht von 1 bis knapp 2½%. Die Rücknahme der als erreichbar angesehenen Wachstumsrate in der Jahresprojektion 1996 gegenüber der Einschätzung der Bundesregierung und der Forschungsinstitute noch im letzten Herbst ist allein schon wegen der im 2. Halbjahr 1995 eingetretenen Stagnationsphase notwendig, die so nicht erwartet worden war.

Die Wachstumspause zum Ende des letzten Jahres schafft für 1996 eine ungünstige Ausgangsbasis: Bei einem so flachen Einstieg in das neue Jahr ist der Weg für das Wachstum weiter und steiler, um die Schwäche wieder wett zu machen. D. h., hinter der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Steigerungsrate für das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt steht im Verlauf ein erheblich stärkeres Wachstumstempo als 1995.

**93.** Deutliche Wachstumsimpulse dürften 1996 von der Exportentwicklung ausgehen. Das weltwirtschaftliche Umfeld stützt diese Erwartung: Denn obwohl sich das Wachstum in den Vereinigten Staaten und vor allem auch im westlichen Europa verlangsamt, besteht doch weiterhin eine durchaus beachtliche Dynamik beim Welthandel. Hier werden von den internationalen Organisationen Steigerungsraten von 6% und mehr für möglich gehalten. Sie werden nicht zuletzt getragen vom ungebrochenen Wachstumsprozeß in den aufstrebenden Staaten Südostasiens, Lateinamerikas und zunehmend auch Mittel- und Osteuropas, die eine beachtliche Nachfrage entfalten. Auch wenn das Marktpotential der deutschen Exportunternehmen, wie der Sachverständigenrat bemerkt, schwächer als der Welthandel wachsen dürfte (Ziffer 224 JG), wäre dies ausreichend, die Exporte im Verlauf des Jahres wieder zu beleben. Zu voreiliger Euphorie besteht zwar kein Anlaß, denn die Nachfrage in Westeuropa als wichtigstem Absatzgebiet bleibt wohl auch in diesem Jahr gedämpft. Dennoch ist die hohe Spezialisierung auf Investitionsgüter, die den größten Teil der deutschen Exporte ausmachen, eine gute Basis für die Verstärkung der Handelsaktivitäten nicht nur mit den genannten Regionen dynamischen Wachstums, sondern auch mit unseren traditionellen westeuropäischen Handelspartnern. Dafür spricht auch, daß die Exporterwartungen der Industrie im vergangenen Jahr sich weit weniger ungünstig entwickelt haben als die übrigen Konjunkturindikatoren; im Bereich der Investitionsgüterindustrie waren sie am günstigsten.

Im vorangegangenen Jahr wurden die *Ausfuhren* im wesentlichen noch von den hohen Auslandsaufträgen aus dem Jahr 1994 getragen. Die Wechselkursturbulenzen des letzten Jahres schlagen sich erst mit Verzögerung in einer geringer werdenden Exportdynamik nieder. Diese Schwäche wird sich voraussichtlich noch Anfang dieses Jahres fortsetzen, wie die

rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland vermuten lassen. Obwohl sich die unvorhergesehene, schockartige Aufwertung der D-Mark im Frühjahr 1995 nur allmählich und in relativ geringem Umfang wieder zurückgebildet hat, dürften sich die Ausfuhren im späteren Jahresverlauf wieder erholen und neu an Fahrt gewinnen. Denn bis dahin kann sich die deutsche Exportwirtschaft weitgehend den veränderten Wechselkursrelationen angepaßt haben. Dies entspräche zumindest den Erfahrungen in ähnlichen Situationen der Vergangenheit. Die Unternehmen dürften bald die Einbußen aus dem vergangenen Jahr verkraftet haben und dann auf niedrigerem Niveau wieder an der Expansion der Importnachfrage ihrer Handelspartner voll teilhaben. Darüber hinaus könnte sich auch die Überbewertung der D-Mark gegenüber einigen europäischen Währungen weiter leicht und gegenüber dem Dollar stärker wieder zurückbilden und sich so das Wechselkursgefüge zunehmend normalisieren. Dann bestehen gute Aussichten, daß sich die Ausfuhren im Verlauf des Jahres 1996 erholen und zum gesamtwirtschaftlichen Aufwärtstrend wieder verstärkt beitragen.

Im Jahresdurchschnitt 1996 wird ein realer Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen um 3½ bis 4½ % erwartet. Wie in den vergangenen Jahren dürften die Warenexporte überproportional zunehmen; die Marktanteilsverluste würden sich demnach im Vergleich zum Vorjahr verringern.

**94.** Die *Ausrüstungsinvestitionen* dürften im laufenden Jahr eher wieder etwas stärker zunehmen. Allerdings wird der neue Schwung vermutlich zunächst noch begrenzt sein. Denn in den konsumnahen Bereichen, die die Wiederbelebung der Inlandsnachfrage in Gang bringen, bestehen vielfach noch freie Kapazitäten. Insgesamt aber werden die Bedingungen für ein Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen im Inland wieder günstiger: Die Nachfrageaussichten haben sich verbessert, die Wechselkursrelationen stabilisieren sich und es spricht viel dafür, daß sich ein moderater Kurs der Lohnpolitik durchsetzt. Darüber hinaus haben sich die Erträge nochmals deutlich verbessert und die Zinsen sind weiter gesunken. Die wieder günstige Ertragslage – nach ihrem in der Rezession tief abgesunkenen Niveau – steht im deutlichen Kontrast zu den offensichtlich eingetrübten Ertragsaussichten. Die Sachkapitalrendite liegt ohnehin seit einiger Zeit schon höher als die Verzinsung von Geldanlagen. Auch können notwendige Ersatz- und auch Modernisierungsinvestitionen nicht unbegrenzt verschoben werden. Die Kapazitätsauslastung, die mit der Wachstumsschwäche im Verlauf des letzten Jahres wieder gesunken war, dürfte allmählich wieder ansteigen, so daß zunehmend Erweiterungsinvestitionen notwendig werden. Bei der erwarteten moderaten Lohnentwicklung verringert sich überdies der Druck zu Rationalisierungsinvestitionen, die in den letzten Jahren im Vordergrund gestanden haben; in vielen Sektoren dürften zumindest kurzfristig die Grenzen von Rationalisierungsmaßnahmen erreicht oder das vorhandene Rationalisierungspotential ausgeschöpft sein. Damit könnte das Pendel allmählich wieder zu Erweiterungsinvestitionen hin ausschlagen. Die abwartende Haltung der Investoren aufgrund der großen Verunsicherung im vergangenen Jahr dürfte nach und nach überwunden werden. Auch nach Ansicht des Sachverständigenrates spricht mehr dafür „daß die Investitionstätigkeit ... weiter ansteigt, als dafür, daß sie abflaut" (Ziffer 227 JG). In der Projektion wird davon ausgegangen, daß im Jahresdurchschnitt die Ausrüstungsinvestitionen real um 2 bis 3 % zunehmen, was im Verlauf des Jahres eine erheblich schnellere Gangart bedeutet.

Noch mehr als unter dem kurzfristigen Konjunkturaspekt kommt der Wiederbelebung der Unternehmensinvestitionen auf mittlere Sicht entscheidende Bedeutung zu. Angesichts der in den letzten Jahren stark rückläufigen Nettoinvestitionen im Inland hat sich das Wachstum des Kapitalstocks und damit auch des Produktionspotentials deutlich verlangsamt. Ein wieder stärkeres Wirtschaftswachstum, das zur Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten unabdingbar ist, setzt auf Dauer aber eine nachhaltige Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsaufbaus durch steigende Unternehmensinvestitionen voraus.

Die *Bauinvestitionen* sind die größte Schwachstelle der konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr. Das Auslaufen einiger Fördermaßnahmen Ende 1994 hat schon im Jahr 1995, insbesondere beim Bauhauptgewerbe, stark negative Wirkungen gezeigt, die nur von den noch hohen Auftragsbeständen und von den zeitlich nachlaufenden Ausbauinvestitionen abgemildert wurden. Diese Abwärtstendenz dürfte sich in diesem Jahr weiter fortsetzen, zumal die Schwäche verstärkt auch das Ausbaugewerbe – vor allem in den alten Ländern – erfaßt. Die Perspektiven für den wichtigsten Bereich des Bausektors, den Wohnungsbau, sind insbesondere in Westdeutschland ungünstig. Zwar ist die Akzeptanz der neugestalteten Förderung des Eigenheimbaus noch nicht bekannt, doch kann vom nominal unveränderten Gesamtvolumen her allenfalls ein geringer positiver Wachstumsimpuls ausgehen. Die neue Förderung könnte jedoch – ebenso wie das niedrige Zinsniveau – einen noch stärkeren Rückgang im Wohnungsbau verhindern, da für eine größere Zahl von Haushalten der Erwerb von eigengenutztem Wohnungseigentum erschwinglich wird. Sehr wahrscheinlich ist dagegen, daß die Reduzierung und Streckung der Abschreibungssätze im Mietwohnungsbau dämpfend auf die Investitionsbereitschaft kommerzieller Wohnungsanbieter und privater Kapitalanleger wirkt. Darüber hinaus verringern sich bei schwächer steigenden Mieten in Westdeutschland die Renditeaussichten. Nach dem kräftigen Bauboom der letzten Jahre signalisieren sie vorübergehend eine gewisse Marktsättigung.

In den neuen Ländern ist der Nachholbedarf, insbesondere für Renovierung und Sanierung von Bauten, noch sehr groß, aber die Wachstumsraten werden angesichts des gestiegenen Niveaus merklich geringer. Im gewerblichen Bau erscheint in den alten Ländern bei gleichzeitig ansteigenden Ausrüstungsinvestitionen allenfalls eine leichte Erhöhung möglich. In den neuen Ländern dürfte im Bereich der gewerblichen Bauten in Teilbereichen ohnehin schon eine Tendenz zu Überkapazitäten bestehen, so daß von daher eine

deutliche Abschwächung des Nachfragezuwachses zu erwarten ist. Der öffentliche Bau wird im Zuge der Einsparbemühungen bei den Gebietskörperschaften eher weiter zurückgeschraubt.

Angesichts dieser Konstellation werden die Bauinvestitionen insgesamt voraussichtlich niedriger ausfallen als 1995 und die gesamten Anlageinvestitionen angesichts des hohen Gewichts der Bauten stagnieren. Einem leichten Zuwachs bei den Investitionen der Wirtschaft dürften rückläufige Wohnungsbau- und öffentliche Investitionen gegenüberstehen. Abermals wird die Investitionsentwicklung in den neuen Ländern kräftiger als in Westdeutschland sein.

Die insgesamt rückläufige Bautätigkeit birgt erhebliche Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auch für den Arbeitsmarkt. Schon ohne vor- und nachgelagerte Bereiche sind hiervon mehr als 1/10 aller gewerblichen Arbeitsplätze in einer Branche betroffen, die von 180 000 selbständigen Betrieben geprägt ist. Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs wird auch daran sichtbar, daß rund zwei Drittel aller Anlageinvestitionen auf Bauten entfallen. Eine starke Traditionsprägung, ein Lohnkostenanteil von ca. 40 % im Hochbau und eine ungenügende Eigenkapitalausstattung begründen und verschärfen die Anfälligkeit dieses Schlüsselsektors gegenüber konjunkturellen Schwankungen. Unter wachsendem internationalen Wettbewerbsdruck sind daher zur Verbesserung der Produktivität verstärkte Anstrengungen für Entwicklung und Anwendung neuer Bautechnologien notwendig.

**95.** Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Jahren wird der *Private Verbrauch* wohl erstmals wieder überdurchschnittlich zunehmen. Auslöser für die wieder steigende Dynamik werden die fiskalischen Entlastungen sein: Die steuerliche Freistellung des Existenzminimums, die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs und die Abschaffung des Kohlepfennigs stellen ein Entlastungsvolumen von ca. 27 Mrd. DM dar. Diesen Erleichterungen müssen allerdings höhere Beitragssätze für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung gegengerechnet werden; sie belaufen sich auf der Arbeitnehmerseite auf 9 bis 10 Mrd. DM. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften damit per Saldo um etwa einen 3/4 Prozentpunkt höher ausfallen als ohne diese Maßnahmen. Hinzu kommt, daß die Freistellung des Existenzminimums und die Verbesserung der Familienförderung in erster Linie Haushalten mit unterdurchschnittlichen Einkommen zugute kommt, die eine hohe Konsumneigung aufweisen. Aus diesem Grunde dürften die Entlastungen weitgehend in den Privaten Verbrauch fließen.

Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte damit – auch angesichts des gesunkenen Zinsniveaus – wie im Vorjahr niedrig bleiben. Von daher bestehen gute Aussichten, daß bei sich langsam stabilisierender Beschäftigung der Private Verbrauch mit real rund +2 % deutlich an Fahrt gewinnt und zu einer wichtigen Stütze der konjunkturellen Wiederbelebung wird. Dies gilt besonders, da der Private Verbrauch weit mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Die Impulse müssen freilich dauerhaft aus einer Ausweitung rentabler Produktionsmöglichkeiten kommen, deren Einkommenseffekt möglichst wenig durch staatliche Abgaben geschmälert bei den Einkommensempfängern werden darf.

Beim *Staatsverbrauch* zeichnet sich wie schon im vergangenen Jahr eine gespaltene Entwicklung ab: Während die Gebietskörperschaften ihre Konsolidierungsbemühungen fortsetzen und damit die Personal- und Sachausgaben kaum steigern werden, dürften die Sachleistungen im Bereich der Sozialversicherungen eher wieder beschleunigt zunehmen. Dazu tragen steigende Kosten im Gesundheitswesen bei; insbesondere dürfte die zweite Stufe der Pflegeversicherung, die im Juli dieses Jahres um Leistungen für stationäre Pflege erweitert wird, zu höherem Personal- und Sachleistungsbedarf und damit zu einer Steigerung des Staatsverbrauchs führen. Insgesamt wird der staatliche Konsum mit real 1½ bis 2½ % daher voraussichtlich überproportional im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zunehmen.

Insgesamt ergibt sich aus dieser Entwicklung der Nachfragekomponenten ein realer Zuwachs des *Bruttoinlandsprodukts* im Jahresdurchschnitt 1996 von rund 1½ %. Je nach Zeitpunkt und Intensität der Wiederbelebung der Auftriebskräfte könnte das Wachstum auch etwas höher oder niedriger ausfallen. Wichtiger als die Durchschnittszahl ist es, daß sich die Auftriebskräfte im Jahresverlauf wieder durchsetzen und festigen.

Die Risiken einer ungünstigeren Entwicklung allerdings sind nicht gering. Eine weitere Eintrübung der Stimmung könnte insbesondere die Investitionsneigung nachteilig beeinflussen und zu einer abwartenden Haltung führen, in der Investitionsentscheidungen hinausgezögert werden. Unsicher ist auch die Wirkung der steuerlichen Entlastungen, deren konsumanregende Wirkungen durch vorsichtige Dispositionen bei den Verbrauchern beeinträchtigt werden können, nicht zuletzt wegen der gleichzeitig steigenden Sozialbeiträge und Gebühren. Wenn sich das Wachstum in der Europäischen Union und in der übrigen Welt stärker abschwächt als unterstellt, könnten die Ausfuhren schwächer ausfallen; dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der nach wie vor hoch bewerteten D-Mark.

Aber auch eine positivere Entwicklung ist nicht auszuschließen. Ganz entscheidend kommt es auf das Verhalten der Tarifpartner an. Zeichnet sich erst einmal eine Wende zum Besseren ab, können sich dann schnell positive Kumulierungseffekte ergeben. In Phasen längeren Abwartens werden häufig Entscheidungen vorbereitet, die dann rasch umsetzbar sind.

### 2. Weiterhin kritische Lage am Arbeitsmarkt

**96.** Das Wachstum wird 1996 nicht ausreichen, um eine durchgreifende Trendwende am Arbeitsmarkt zu bewirken. Ein weiterer Rückgang der Erwerbstätigenzahl im Westen und eine Verlangsamung ihres Zuwachses im Osten erscheint damit zunächst unvermeidbar. Besonders ungünstig dürfte die Entwicklung im Bausektor verlaufen, bei dem sich im Westen

– wie schon im letzten Jahr – der Rückgang der Bauaktivitäten direkt in einer Verringerung der Beschäftigungszahlen niederschlagen wird. Aber auch eine Normalisierung der Bauaktivitäten in den neuen Ländern ist mit abnehmenden Zuwächsen an Beschäftigung verbunden.

Es gibt aber auch Gründe, die für eine Besserung am Arbeitsmarkt sprechen: Zunächst könnte mit schwindender Verunsicherung, stärkerer Lohnzurückhaltung und besseren Wachstumsaussichten die Bereitschaft zu Neueinstellungen in den Unternehmen steigen. Mit wieder zunehmenden Ausrüstungsinvestitionen dürften zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Nach den starken Rationalisierungsschüben in den Jahren 1994 und 1995 verringern sich in diesem Jahr tendenziell die Möglichkeiten zu weiteren Produktivitätssteigerungen. Das hebt auch der Sachverständigenrat hervor (Ziffer 239 JG). Ein Indikator für diese These ist, daß die Zahl der Kurzarbeiter, die in konjunkturellen Schwächephasen in der Vergangenheit immer merklich angestiegen war, bisher nur vergleichsweise wenig reagiert hat.

Insgesamt erwartet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 1996 nochmals einen leichten Rückgang der Erwerbstätigenzahlen. Für die alten Länder könnte es zu einer weiteren Abnahme der Beschäftigung um 140 bis 180 Tsd. oder rund ½ % kommen, die sich allerdings im Jahresverlauf zunächst merklich verringert und dann in eine leichte Zunahme übergeht. Die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Ländern, deren Zuwachs sich im Verlauf des vergangenen Jahres nicht zuletzt wegen der langsameren Gangart im Bausektor merklich abgeflacht hatte, könnte während dieses Jahres wieder etwas kräftiger zunehmen. Dafür spricht, daß der Beschäftigungsabbau der Industrie bei fortgesetzter Produktionsausweitung auslaufen dürfte. Aus diesen beiden zunächst gegenläufigen Grundrichtungen könnte sich im späteren Jahresverlauf für Deutschland insgesamt eine Wende zum Besseren anbahnen.

Eine schnellere Entspannung der Beschäftigungslage kann erreicht werden, wenn größere Flexibilität am Arbeitsmarkt und überhaupt mehr Markt gewagt wird. Der Sachverständigenrat kritisiert in diesem Zusammenhang zu Recht sowohl das Festhalten an eingefahrenen Verhaltensweisen und das ausgeprägte Streben nach Arbeitsplatzsicherheit auf Seiten der Arbeitnehmer, als auch die ungenügende Investitionskraft und Risikobereitschaft auf Seiten der Unternehmer. Er mahnt bei der Wirtschaftspolitik und bei der Tarifpolitik an, größere Flexibilität zu ermöglichen und Regulierungen abzubauen (Ziffer 263 JG).

**97.** Spiegelbildlich zur Beschäftigung dürfte sich die *Arbeitslosigkeit* entwickeln. Im Jahresdurchschnitt wird ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 250 bis 300 Tsd. auf knapp 3,9 Mio. erwartet. Bei dieser auf den ersten Blick enttäuschenden Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß schon Ende des Jahres 1995 die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt um rund 180 Tsd. höher lag als im Jahresdurchschnitt; damit stellt die Zunahme im Verlauf des vergangenen Jahres eine starke Vorbelastung für 1996 dar. Die Annahmen der Jahresprojektion zur weiteren Entwicklung sind also relativ optimistisch, auch wenn dies nicht in den Jahresdurchschnitten zum Ausdruck kommt. In saisonbereinigter Betrachtung dürfte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland zwar zunächst noch fortsetzen, im Verlauf dieses Jahres könnte bei wieder höherer konjunktureller Schlagzahl aber eine Trendwende einsetzen. Diese Annahmen sind allerdings nur gerechtfertigt, wenn sich das Wirtschaftswachstum wieder beschleunigt, die Tarifpartner zu beschäftigungsfreundlichen Abschlüssen kommen und mehr Flexibilität vereinbaren.

### 3. Ruhige Preisentwicklung erleichtert Wachstumsbelebung

**98.** Die ruhige Verbraucherpreisentwicklung des Vorjahres dürfte sich 1996 mit einer Rate von rund 2 % weiter fortsetzen. Auch der Sachverständigenrat ist der Auffassung, daß man sich zur Zeit keine Sorgen um die Preisentwicklung machen muß (Ziffer 248 JG). Zwar könnten mit steigendem Privaten Verbrauch auch die Preiserhöhungsspielräume wieder etwas größer werden, sie dürften sich jedoch weiterhin in Grenzen halten; die Nachfrage ist keineswegs überschäumend, und der Wettbewerb ist in den vergangenen Jahren eher stärker geworden. Auch wechselkursbedingt vermutlich nicht mehr so günstige Einfuhrpreise stehen der Bewahrung eines hohen Grades an Preisstabilität in diesem Jahr nicht entgegen. Damit bestehen gute Voraussetzungen, daß sich die nominalen Einkommens- und Nachfragesteigerungen auch weitgehend in realen Zuwächsen niederschlagen können.

Während in den neuen Ländern durch die Einführung des Vergleichsmietensystems die Mieten deutlich ansteigen werden – wenn auch von einem vergleichsweise niedrigen Niveau –, verringert in den alten Ländern das stark gestiegene Wohnungsangebot der letzten Jahre die Möglichkeiten für Mieterhöhungen. Die staatlichen Gebühren, vor allem der Gemeinden, könnten wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte überdurchschnittlich ansteigen. Entlastend wirkt in den alten Ländern der Wegfall des „Kohlepfennigs". Im übrigen dürften sich die Preisveränderungen in West- und Ostdeutschland weiter angleichen, auch wenn in den Niveaus noch Unterschiede bestehen.

**99.** Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, der den hausgemachten Preisauftrieb mißt, dürfte in etwa in gleichem Ausmaß wie die Verbraucherpreise steigen. Mit rund 2 % könnte er sogar etwas weniger als vor einem Jahr zunehmen. Bei einer Erhöhung der Lohnstückkosten um rund 1½ % ist damit eine weitere leichte Ausweitung der Gewinnspannen verbunden, nachdem sich diese seit ihrem rezessionsbedingten Tiefstand bereits in den beiden vergangenen Jahren wieder deutlich erhöhen konnten. Diese Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen sollte auch positiv auf ihre Ertragserwar-

tungen ausstrahlen. Damit wäre eine gute Ausgangslage für eine wieder stärkere Investitionstätigkeit gegeben.

#### 4. Problemlose Finanzierung der Leistungsbilanz

**100.** Die außenwirtschaftliche Lage bleibt 1996 im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert. Nach wie vor sind zur Deckung des Finanzierungsbedarfs des Staates und des Unternehmenssektors Kapitalimporte notwendig und für den Aufbau in den neuen Ländern auch erwünscht (Ziffer 265 JG). Denn auch in diesem Jahr werden die Ersparnisse der privaten Haushalte dafür nicht ausreichen. Daher wird in der Jahresprojektion für 1996 erneut ein Leistungsbilanzdefizit erwartet, dessen Größenordnung gegenüber 1995 allerdings leicht abnehmen dürfte. Der Sachverständigenrat hebt hervor, daß diese außenwirtschaftliche Konstellation bisher ohne Anspannungen auf den Märkten bewältigt werden konnte (Ziffer 265 JG).

Für den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, wie er im Außenbeitrag im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum Ausdruck kommt, wird in der Jahresprojektion ein leicht positiver Wachstumsbeitrag angenommen. Angesichts eher wieder etwas lebhafter steigender Exporte ist bei der Handelsbilanz in diesem Jahr nochmals mit einem geringfügig höheren Überschuß als im Vorjahr zu rechnen. Dies gilt auch unter Berücksichtigung einer deutlich stärkeren Ausweitung der Importe als 1995 wegen der erwarteten Verbrauchs- und Investitionsbelebung sowie voraussichtlich höherer Einfuhrpreise. Bei der strukturell defizitären Dienstleistungsbilanz zeichnen sich keine grundlegend anderen Tendenzen als bisher ab.

Tabelle 1

**Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland [1])**

| | 1993 | 1994 | 1995 | Jahres-projektion 1996 |
|---|---|---|---|---|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** | | | | |
| **BIP in Preisen von 1991** | **–1,2** | **2,9** | **1,9** | **rd. 1½** |
| **davon: Alte Länder** | **–1,8** | **2,4** | **1,5** | **rd.1** |
| **Neue Länder** | **7,2** | **8,5** | **6,3** | **4 bis 6** |
| Erwerbstätige | –1,8 | –0,7 | –0,2 | rd. –½ |
| BIP je Erwerbstätigen | 0,6 | 3,6 | 2,2 | 1½ bis 2 |
| *Arbeitslosenquote in % [2])* | *8,9* | *9,6* | *9,4* | *rd. 10* |
| **Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen** | | | | |
| Privater Verbrauch | 4,6 | 3,7 | 3,3 | rd. 4 |
| Staatsverbrauch | 2,3 | 3,0 | 4,3 | 4 bis 4½ |
| Bruttoanlageinvestitionen | –2,8 | 5,9 | 3,3 | 1 bis 2 |
| *Vorratsveränderung (Mrd. DM)* | *–12,7* | *20,4* | *28,5* | *20 bis 24* |
| Inlandsnachfrage | 2,1 | 5,1 | 3,7 | rd. 3½ |
| *Außenbeitrag (Mrd. DM)* | *12,3* | *17,5* | *33,1* | *40 bis 45* |
| *(in % des BIP)* | *0,4* | *0,5* | *1,0* | *rd. 1* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (nominal) | **2,6** | **5,2** | **4,2** | **rd. 3½** |
| **davon: Alte Länder** | **1,2** | **4,5** | **3,6** | **rd. 3** |
| **Neue Länder** | **17,5** | **12,4** | **9,0** | **6 bis 8** |
| **Verwendung des BIP in Preisen von 1991** | | | | |
| Privater Verbrauch | 0,5 | 0,9 | 1,3 | rd. 2 |
| Staatsverbrauch | –0,5 | 1,2 | 2,0 | 1½ bis 2½ |
| Bruttoanlageinvestitionen | –5,6 | 4,3 | 1,8 | –1 bis +1 |
| – Unternehmen | –10,0 | 0,7 | 1,3 | 2 bis 3 |
| – Wohnungsbau | 3,8 | 13,1 | 3,7 | –3½ bis –4½ |
| – Staat | –5,3 | –0,6 | –1,5 | 0 bis –2 |
| Ausrüstungen | –14,1 | –1,2 | 1,5 | 2 bis 3 |
| Bauten | 0,9 | 7,8 | 1,9 | –1½ bis –2 |
| *Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag) [3])* | *–0,2* | *1,1* | *0,3* | *rd. –0* |
| Inlandsnachfrage | –1,3 | 2,8 | 1,8 | rd. 1½ |
| Ausfuhren | –4,7 | 7,5 | 3,7 | 3½ bis 4½ |
| Einfuhren | –5,2 | 7,1 | 3,1 | 3 bis 4 |
| *Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) [3])* | *0,1* | *0,1* | *0,1* | *rd. 0* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (real) | **–1,2** | **2,9** | **1,9** | **rd. 1½** |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | | | |
| Privater Verbrauch | 4,0 | 2,8 | 2,0 | rd. 2 |
| Inlandsnachfrage | 3,4 | 2,3 | 1,9 | rd. 2 |
| Bruttoinlandsprodukt | 3,8 | 2,3 | 2,2 | rd. 2 |
| **Verteilung des Bruttosozialprodukts** | | | | |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 2,0 | 2,2 | 3,2 | rd. 3 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertägigkeit und Vermögen | –1,5 | 11,1 | 8,9 | 5 bis 7 |
| Volkseinkommen | 1,1 | 4,5 | 4,7 | 3½ bis 4½ |
| Bruttosozialprodukt | 2,2 | 4,8 | 4,1 | 3 bis 4 |
| *nachrichtlich (Inländerkonzept):* | | | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | –2,1 | –1,0 | –0,5 | rd. –½ |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | 2,2 | 1,4 | 3,1 | rd. 2½ |
| je Beschäftigten | 4,5 | 2,4 | 3,6 | rd. 3 [5]) |
| Nettolohn- und -gehaltsumme [4]) insgesamt | 2,4 | –0,7 | 0,4 | rd. 4 |
| je Beschäftigten | 4,6 | 0,3 | 0,8 | 4½ bis 5 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | 3,9 | 3,0 | 3,3 | rd. 4 |
| *Sparquote in %* | *12,2* | *11,6* | *11,6* | *rd. 11½* |

[1]) bis 1995 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) absolute Veränderung (Vorräte Außenbeitrag) in Prozent des BIP des Vorjahres
[4]) Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung" des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
[5]) In dieser unterstellten Zunahme der Durchschnittslöhne und -gehälter sind Vorbelastungen aus früheren Tariflohnvereinbarungen (z. B. in der Metallindustrie) enthalten, die in diesem Jahr wirksam werden.

Tabelle 2

**Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern [1])**

| | 1993 | 1994 | 1995 | Jahresprojektion 1996 |
|---|---|---|---|---|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts** | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1991 | | | | |
| – alte Länder | – 1,8 | 2,4 | 1,5 | rd. 1 |
| – neue Länder | 7,2 | 8,5 | 6,3 | 4 bis 6 |
| Erwerbstätige | | | | |
| – alte Länder | – 1,5 | – 1,2 | – 0,7 | rd. –½ |
| – neue Länder | – 2,8 | 1,5 | 1,8 | rd. ½ |
| BIP je Erwerbstätigen | | | | |
| – alte Länder | – 0,3 | 3,6 | 2,2 | rd. 1½ |
| – neue Länder | 10,3 | 6,8 | 4,4 | 4 bis 5 |
| Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen | | | | |
| – alte Länder | 1,2 | 4,5 | 3,6 | rd. 3 |
| – neue Länder | 17,5 | 12,4 | 9,0 | 6 bis 8 |
| *nachrichtlich: Arbeitslosenquote in % [2])* | | | | |
| *– alte Länder* | *7,3* | *8,2* | *8,3* | *8½ bis 9* |
| *– neue Länder* | *15,6* | *15,3* | *14,0* | *rd. 15½* |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | | | |
| – alte Länder | 3,1 | 2,1 | 2,1 | rd. 2 |
| – neue Länder | 9,6 | 3,6 | 2,5 | rd. 2½ |
| **Beschäftigung und Einkommen** | | | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | | | | |
| – alte Länder | – 1,7 | – 1,4 | – 0,8 | rd. –½ |
| – neue Länder | – 3,7 | 1,0 | 1,3 | rd. 0 |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | | | | |
| – alte Länder | 1,1 | 0,5 | 2,4 | rd. 2 |
| – neue Länder | 10,7 | 7,2 | 7,9 | rd. 5½ |
| je Beschäftigten | | | | |
| – alte Länder | 2,9 | 2,0 | 3,2 | rd. 2½ [4]) |
| – neue Länder | 15,0 | 6,1 | 6,5 | rd. 5½ [4]) |
| Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt [3]) | | | | |
| – alte Länder | 1,2 | – 1,5 | – 0,6 | rd. 3½ |
| – neue Länder | 10,4 | 4,6 | 6,4 | 7 bis 8 |
| je Beschäftigten | | | | |
| – alte Länder | 3,0 | – 0,1 | 0,2 | rd. 4½ |
| – neue Länder | 14,7 | 3,6 | 5,1 | 7 bis 8 |

[1]) bis 1995 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung" des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
[4]) In dieser unterstellten Zunahme der Durchschnittslöhne und -gehälter sind Vorbelastungen aus früheren Tariflohnvereinbarungen (z. B. in der Metallindustrie) enthalten, die in diesem Jahr wirksam werden.

**Anlage**

## A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1995[1]) sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

Im Jahr 1995 war die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Umstellung wichtiger laufender Erhebungen auf ein europaeinheitliches Güter- und Branchensystem erheblich erschwert. Es kam zu Verzögerungen und statistischen Brüchen, insbesondere bei den Produktions- und Auftragseingangsdaten im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch bei den Angaben für den Handel und das Gastgewerbe. Daher lagen erste vorläufige Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht früher als im Herbst vor. Erst ab diesem Zeitpunkt war eine umfassende und konsistente Einschätzung des Verlaufs der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr möglich. Hier zeigt sich, wie schnell größere Unsicherheiten in der Beurteilung der Konjunkturentwicklung auftreten und wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Politik fehlen, wenn keine ausreichenden statistischen Grundinformationen für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zur Verfügung stehen.

**1.** Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland fiel 1995 insgesamt deutlich ungünstiger aus, als es vor einem Jahr in der Jahresprojektion erwartet worden war. Dies ging vor allem auf das schwächere Expansionstempo in den alten Ländern zurück. Aber auch in den neuen Ländern verringerte sich die Wachstumsdynamik merklich und blieb noch stärker als in Westdeutschland hinter den Vorstellungen vor Jahresfrist zurück. Am meisten wurden die Erwartungen bezüglich der Ausrüstungsinvestitionen und der Exporte enttäuscht. Ursächlich dafür war neben der leichten Abschwächung der Weltkonjunktur vor allem die starke Aufwertung der D-Mark in Kombination mit unerwartet hohen Lohnsteigerungen. Dämpfend wirkte nach dem vorangegangenen Bauboom aber auch der deutlich hinter den Projektionsvorstellungen zurückgebliebene Anstieg der Bauinvestitionen. Vor allem schwächte sich der Wohnungsbau stark ab. Hier war es mit Auslaufen des Schuldzinsenabzugs bei Eigennutzung Ende 1994 offenbar zu stärkeren Vorzieheffekten gekommen als seinerzeit vermutet. Demgegenüber fiel der Private Verbrauch etwas lebhafter als vorausgeschätzt aus, trotz des Kaufkraftentzugs durch die Einführung des Solidaritätszuschlags und der Pflegeversicherung sowie der entgegen den Erwartungen nochmals rückläufigen Beschäftigung. Dies war auf die gegenüber den Annahmen der Jahresprojektion geringfügig höheren Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei erwartungsgemäß unveränderter Sparquote zurückzuführen. Zwar fiel die Zunahme der Nettolohn- und -gehaltsumme als Folge des niedrigeren Beschäftigungsniveaus geringer aus als erwartet. Dem stand jedoch, nicht zuletzt arbeitsmarktbedingt, ein markanter Anstieg der staatlichen Sozialleistungen gegenüber. Deutlich stärker als unterstellt haben die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen der Bevölkerung expandiert. Erheblich kräftiger als projiziert nahm schließlich der Staatsverbrauch zu; ausschlaggebend dafür waren stark gestiegene Sachausgaben im Gesundheitsbereich.

**2.** Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich in Deutschland nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 1995 real um 1,9%: Dies ist deutlich weniger, als in der Jahresprojektion mit „rund 3%" angenommen worden war. Das Bruttosozialprodukt nahm real ebenfalls um 1,9% zu und blieb damit im gleichen Ausmaß hinter den Erwartungen (Jahresprojektion: rund 3%) zurück. Im Jahresverlauf war eine stetige Verminderung des Vorjahresabstands beim Bruttoinlandsprodukt festzustellen; saisonbereinigt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den beiden letzten Quartalen gegenüber dem Stand zur Jahresmitte praktisch nicht mehr gestiegen sein. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den alten Ländern blieb mit real 1,5% erheblich unter dem prognostizierten Ansatz (rund 2½%) und dominierte folglich die Gesamtentwicklung. Für die neuen Länder ergaben die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 6,3%; er blieb damit spürbar unterhalb des Ansatzes der Jahresprojektion von 8 bis 10%. Insbesondere im Baugewerbe verringerte sich die weit überdurchschnittliche Wachstumsdynamik der vergangenen Jahr nunmehr erheblich.

Die gesamtdeutsche Inlandsnachfrage, deren reale Zunahme wie für das Bruttoinlandsprodukt auf „rund 3%" geschätzt worden war, weitete sich nur um 1,8% aus. Hier wirkte sich der beachtlich geringere reale Anstieg der Anlageinvestitionen aus, der nur 1,8% statt der erwarteten 6 bis 7% betrug. Ausschlaggebend dafür war die enttäuschend schwache Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um real 1,5% (Jahresprojektion: rund 9%). Aber auch der mit 1,9% geringe reale Zuwachs der Bauinvestitionen fiel gegenüber den Schätzansätzen von 5 bis 5½% deutlich ins Gewicht. Dabei spielte einmal die erheblich nachlassende Dynamik im Wohnungsbau eine Rolle, aber auch stagnierende gewerbliche Bauten und vor allem rückläufige öffentliche Investitionen trugen zur Abschwächung der Baukonjunktur bei. Während in den alten Ländern die Bauinvestitionen zurückgingen, haben sich die bisher zweistelligen Zuwachsraten in Ostdeutschland mehr als halbiert. Ebenso fiel die Aufstockung der Vorräte niedriger aus als vor Jahresfrist prognostiziert. Der Private Verbrauch erhöhte sich – nicht zuletzt wegen des Kaufkraftentzugs durch Solidaritätszuschlag und Pflegeversicherungsbeiträge – mit real 1,3% unterdurchschnittlich zum Bruttoinlandsprodukt. Er stieg dennoch etwas lebhafter als vor Jahresfrist unterstellt (Jahresprojektion: rund 1%). Der Staatsverbrauch legte real mit 2,0% bedeutend stärker als in der Vorausschätzung angenommen zu (rund 1%). Dies ist im wesentlichen – wie erwähnt – auf die unerwartet stark gestiegenen Ausgaben im Sozialversicherungsbereich für Gesundheitsleistungen zurückzuführen.

[1]) Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung (Drucksache 13/370)

Tabelle 3

**Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten**

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Wirtschaftswachstum[1] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | Preisentwicklung[2] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | |
| Bundesrepublik Deutschland[5]) | 5,0 | 2,2 | –1,2 | 2,9 | 2,1 | 3,7 | 4,7 | 4,0 | 2,8 | 2,0 |
| USA | –0,6 | 2,3 | 3,1 | 4,1 | 3,3 | 4,2 | 3,2 | 2,5 | 2,1 | 2,2 |
| Japan | 4,3 | 1,1 | –0,2 | 0,5 | 0,3 | 2,5 | 2,1 | 1,3 | 0,3 | –0,6 |
| Frankreich | 0,8 | 1,3 | –1,5 | 2,9 | 2,7 | 3,2 | 2,4 | 2,2 | 1,8 | 2,0 |
| Großbritannien | –2,0 | –0,5 | 2,3 | 3,8 | 2,7 | 7,4 | 4,7 | 3,5 | 2,5 | 2,9 |
| Italien | 1,2 | 0,7 | –1,2 | 2,2 | 3,1 | 6,8 | 5,4 | 4,8 | 4,7 | 4,9 |
| Kanada | –1,8 | 0,8 | 2,2 | 4,6 | 2,4 | 4,8 | 1,3 | 1,7 | 0,7 | 1,8 |
| Spanien | 2,2 | 0,7 | –1,1 | 2,0 | 3,2 | 6,4 | 6,4 | 5,6 | 5,1 | 4,8 |
| Niederlande | 2,3 | 2,0 | 0,2 | 2,7 | 3,0 | 3,2 | 3,1 | 2,3 | 2,4 | 1,5 |
| Schweden | –1,1 | –1,4 | –2,6 | 2,2 | 3,5 | 10,3 | 2,2 | 5,8 | 3,0 | 2,8 |
| Schweiz | 0,0 | –0,3 | –0,8 | 1,2 | 1,2 | 5,7 | 4,2 | 3,1 | 1,0 | 1,8 |
| Belgien | 2,2 | 1,8 | –1,6 | 2,2 | 2,1 | 2,5 | 2,0 | 3,1 | 3,0 | 1,5 |
| Österreich | 2,9 | 1,8 | –0,1 | 2,7 | 2,3 | 3,4 | 3,9 | 3,5 | 3,3 | 2,3 |
| Dänemark | 1,3 | 0,8 | 1,4 | 4,5 | 3,3 | 2,4 | 1,9 | 0,4 | 1,7 | 2,0 |
| Finnland | –7,1 | –3,6 | –1,2 | 4,0 | 4,8 | 5,6 | 4,1 | 4,2 | 1,3 | 1,2 |
| Norwegen | 2,9 | 3,4 | 2,1 | 5,7 | 4,5 | 3,9 | 2,7 | 2,2 | 1,3 | 2,5 |
| OECD-Länder insgesamt | 1,0 | 1,6 | 1,2 | 2,9 | 2,4 | 5,8 | 4,8 | 4,1 | 4,1 | 4,5 |
| | Arbeitslose[3] in % aller Erwerbspersonen | | | | | Leistungsbilanz[4] in % des BIP bzw. BSP | | | | |
| Bundesrepublik Deutschland[5]) | 6,7 | 7,7 | 8,9 | 9,6 | 9,3 | –1,1 | –1,1 | –0,8 | –1,0 | –0,8 |
| USA | 6,7 | 7,4 | 6,8 | 6,1 | 5,6 | –0,1 | –1,0 | –1,6 | –2,2 | –2,4 |
| Japan | 2,1 | 2,2 | 2,5 | 2,9 | 3,1 | 2,2 | 3,2 | 3,1 | 2,8 | 2,3 |
| Frankreich | 9,4 | 10,3 | 11,7 | 12,2 | 11,5 | –0,5 | 0,3 | 0,7 | 0,6 | 1,3 |
| Großbritannien | 8,2 | 9,9 | 10,2 | 9,2 | 8,4 | –1,4 | –1,6 | –1,9 | 0,0 | –1,1 |
| Italien | 11,0 | 10,7 | 10,3 | 11,3 | 11,9 | –2,1 | –2,3 | 1,2 | 1,5 | 1,9 |
| Kanada | 10,4 | 11,3 | 11,2 | 10,4 | 9,6 | –4,0 | –3,7 | –4,0 | –3,0 | –2,5 |
| Spanien | 16,3 | 18,4 | 22,7 | 24,2 | 22,7 | –3,2 | –3,2 | –0,5 | –0,8 | 0,0 |
| Niederlande | 5,5 | 5,4 | 6,5 | 7,6 | 7,2 | 2,6 | 2,1 | 3,1 | 3,0 | 3,4 |
| Schweden | 2,9 | 5,3 | 8,2 | 8,0 | 7,6 | –2,0 | –3,5 | –2,2 | 0,3 | 2,4 |
| Schweiz | 1,1 | 2,5 | 4,5 | 4,7 | 4,2 | 4,6 | 6,2 | 7,9 | 7,0 | 6,3 |
| Belgien | 9,3 | 10,3 | 12,0 | 12,9 | 12,9 | 2,5 | 3,0 | 5,4 | 5,5 | 5,8 |
| Österreich | 3,5 | 3,6 | 4,2 | 4,4 | 4,5 | 0,1 | –0,1 | –0,4 | –1,0 | –1,7 |
| Dänemark | 10,5 | 11,2 | 12,2 | 12,1 | 10,1 | 1,7 | 3,4 | 4,1 | 1,8 | 1,8 |
| Finnland | 7,6 | 13,1 | 17,9 | 18,4 | 17,2 | –5,5 | –4,6 | –1,1 | 1,4 | 2,9 |
| Norwegen | 5,5 | 5,9 | 6,0 | 5,4 | 5,0 | 3,7 | 3,7 | 3,1 | 2,4 | 2,5 |
| OECD-Länder insgesamt | 6,9 | 7,6 | 8,0 | 8,0 | 7,8 | –0,3 | –0,3 | 0,0 | –0,2 | –0,1 |

[1]) Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen
[2]) Deflator des Privaten Verbrauchs
[3]) Nationale Definition der Arbeitslosen
[4]) Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen
[5]) Bis 1991: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab 1992 Deutschland insgesamt

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

Statt einer dynamischen realen Ausweitung der Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (Jahresprojektion: 7 bis 8% bzw. 5½ bis 6½%) kam es nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 3,7% und 3,1% zu einer erheblich schwächeren Entwicklung. Vom Außenbeitrag ging damit ein merklich geringerer expansiver Effekt auf das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aus, als in der Jahresprojektion erwartet worden war. Insgesamt hat die deutsche Exportwirtschaft beachtliche Marktanteile verloren. Die Zunahme der Importe war trotz wechselkursbedingt niedriger Einfuhrpreise vergleichsweise schwach. Hierin spiegelt sich die mit 2,2% deutlich hinter den Erwartungen zurückgebliebene Ausweitung der Gesamtnachfrage aus Exporten und inländischer Verwendung wider (Jahresprojektion: „rund 3½%").

**3.** Mit der Wachstumsverlangsamung ging ein weiterer Beschäftigungsrückgang einher. Danach lag der Produktivitätsanstieg – hier ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – mit 2,2% in der vorausgeschätzten Spanne (Jahresprojektion: 2 bis 2½%), d. h. die im Vergleich zur Projektion ungünstigere Beschäftigungsentwicklung entsprach rechnerisch praktisch der Abschwächung beim Wirtschaftswachstum. Diese Konstellation gilt auch in den alten Ländern; hier wurde mit einem Produktivitätsanstieg von 2,2% der Schätzansatz (rund 2%) bestätigt. Demgegenüber lag in den neuen Ländern der Zuwachs der Produktivität bei abgeschwächter Wachstumsdynamik mit 4,4% deutlich unterhalb der prognostizierten Spanne (6 bis 7%).

Während in der Jahresprojektion ein Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt um bis zu 300 Tsd. oder ½ bis 1% unterstellt worden war, ging sie im Jahresdurchschnitt um 80 Tsd. oder 0,2% zurück (nach dem Arbeitsortkonzept). Dabei wichen die Entwicklungen in den alten und neuen Ländern sehr stark voneinander ab. So führte das nachlassende Expansionstempo der Gesamtwirtschaft in den alten Ländern nochmals zu einem – wenn auch verlangsamten – Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um 193 Tsd. oder 0,7%. In der Jahresprojektion war hingegen von einem Anstieg um ca. 150 Tsd. oder ½% ausgegangen worden. In den neuen Ländern kam es im Jahresdurchschnitt zu einer Zunahme um 113 Tsd. oder 1,8%; auch hier waren die Erwartungen mit +2½% oder ca. +150 Tsd. optimistischer gewesen.

Spiegelbildlich zur Beschäftigungsentwicklung erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 3,61 Mio., davon 2,56 Mio. in den alten und 1,05 Mio. in den neuen Ländern. Damit wurden die projizierten Ansätze erheblich überschritten. Nach einem vorübergehenden Rückgang stieg die Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr vergangenen Jahres wieder an, seit dem Herbst sogar beschleunigt, und zwar zunächst nur im früheren Bundesgebiet, später auch in Ostdeutschland. Der jahresdurchschnittliche Rückgang um 86 Tsd. war vor allem durch die ungünstige Entwicklung in den alten Ländern bedingt, hier nahm die Zahl der Arbeitslosen nochmals – wenn auch geringfügig – zu. In den neuen Ländern ging sie trotz der insgesamt nachlassenden arbeitsmarktpolitischen Entlastungen um 95 Tsd. zurück. In der Jahresprojektion war freilich in Ostdeutschland mit einem jahresdurchschnittlichen Abbau der Arbeitslosigkeit um 150 Tsd. gerechnet worden.

**4.** Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprach mit 2,0% exakt dem seinerzeit als ehrgeizig charakterisierten Ansatz der Jahresprojektion (rund 2%). Erstmalig hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer Neuberechnung der monatlichen Preisindizes für die Lebenshaltung (Umstellung auf das Basisjahr 1991 = 100 und methodische Änderungen) auch einen vergleichbaren Index für Deutschland insgesamt vorgelegt. Dabei wurde die Berechnungsmethodik an das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen. Danach wich die Entwicklung des umfassenderen Verbraucherpreisniveaus nur wenig von dem mit einem festen Wägungsschema berechneten Anstieg der Lebenshaltungskosten in Deutschland von 1,8% ab; in den alten Ländern nahm der Preisindex für die Lebenshaltung um 1,7% und in den neuen Ländern um 2,1% zu. Der stärkere ostdeutsche Preisanstieg resultierte fast ausschließlich aus der Erhöhung der Wohnungsmieten, für die im August vergangenen Jahres der Übergang auf das Vergleichsmietensystem eingeleitet wurde. Ohne Wohnungsmieten gerechnet, war die Preisentwicklung mit rund 1% ähnlich niedrig wie in Westdeutschland. Auch der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, der den durch inländische Faktoren verursachten Preisauftrieb mißt, entsprach mit +2,2% praktisch dem prognostizierten Ansatz (rund 2%). Dies gilt ebenso für die alten Länder. In den neuen Ländern ging der hausgemachte Preisauftrieb mit 2,5% dagegen etwas über die Erwartungen hinaus (Jahresprojektion: rund 2%). Dabei nahmen die Lohnstückkosten insgesamt mit 1,5% infolge der unerwartet hohen Lohnsteigerungen stärker als projiziert zu, blieben aber hinter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktsdeflators zurück. Somit konnten sich die Ertragsmargen nochmals ausdehnen, allerdings deutlich schwächer als im Jahr zuvor.

**5.** Die Zunahme des gesamtdeutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts blieb mit 4,2% merklich unterhalb des prognostizierten Ansatzes (Jahresprojektion: rund 5%). Bei einer gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung entsprechend den Erwartungen war der geringere nominale Zuwachs somit ausschließlich durch das schwächere reale Wirtschaftswachstum bedingt. In Westdeutschland ergab sich ein Anstieg von 3,6% (Jahresprojektion: rund 4½%), in den neuen Ländern von 9,0% (10 bis 12%). Auch die Inlandsnachfrage in Gesamtdeutschland nahm nominal mit 3,7% schwächer zu als vorausgeschätzt (rund 5%); zu Buche schlug hier vor allem die gedämpfte Investitionstätigkeit.

Der nominale Außenbeitrag fiel mit 33,1 Mrd. DM dagegen aufgrund einer erheblich stärker als erwarteten terms-of-trade-Verbesserung höher als prognostiziert aus (Jahresprojektion: 24 bis 28 Mrd. DM). Von ihm ging wie erwartet ein expansiver Impuls auf das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts aus.

**6.** Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten in Deutschland nahmen mit 3,6 % deutlich stärker als vorausgeschätzt zu (Jahresprojektion: rund 3 %). Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern überstiegen sie mit 3,2 % bzw. 6,5 % die Schätzansätze (rund 2½ % bzw. rund 5½ %). Eine wesentliche Annahme der Jahresprojektion 1995 – die Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik – hat sich damit nicht bewahrheitet. Trotz des höheren Effektivlohnanstiegs lag der Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt mit 3,1 % unter dem prognostizierten Ansatz; dämpfend wirkte hier der Beschäftigungsrückgang in den alten Ländern, der vermutlich durch die hohen Lohnsteigerungen mitverursacht wurde. Daher fiel hier die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme mit 2,4 % schwächer als projiziert aus (rund 3 %), in den neuen Ländern lag sie wegen des deutlich höheren Effektivlohnanstiegs mit 7,9 % etwas über dem Schätzansatz von rund 7½ %.

Der nominale Zuwachs des Bruttosozialprodukts, der umfassendsten volkswirtschaftlichen Einkommensgröße, wich entsprechend der schwächeren Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts mit 4,1 % deutlich vom projizierten Ansatz (rund 5 %) ab.

Für das aus dem Bruttosozialprodukt abgeleitete Volkseinkommen wie auch für die Verwendungsrechnung hat das Statistische Bundesamt ab dem Berichtsjahr 1995 nur noch Daten für Deutschland insgesamt veröffentlicht, da die für eine getrennte Berechnung notwendigen statistischen Ausgangsdaten nicht mehr vorliegen. Trotz des gegenüber der Jahresprojektion deutlich schwächeren Wachstums des Bruttosozialprodukts blieb das Volkseinkommen mit +4,7 % nur vergleichsweise wenig hinter den Erwartungen (rund 5 %) zurück, da aufgrund der niedrigeren Inlandsnachfrage sich die indirekten Steuern und die Abschreibungen deutlich weniger als angenommen erhöht haben. Dabei lag der Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aufgrund der rückläufigen Beschäftigung mit 3,2 % unterhalb der Untergrenze der Jahresprojektion (3½ bis 4 %) und die Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 8,9 % an der Obergrenze der vorausgeschätzten Marge (Jahresprojektion: 7 bis 9 %). Damit konnte sich die Ertragslage der Unternehmen trotz unbefriedigender gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wie erwartet weiter verbessern. Regional getrennte Angaben zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit – nach dem Arbeitsortkonzept – sind weiterhin möglich. Sie nahmen in Westdeutschland um 2,5 % (Jahresprojektion: 3 bis 3½ %) zu; in Ostdeutschland entsprachen sie mit +7,8 % den Erwartungen (7½ bis 8 %), wobei sich eine höhere pro-Kopf-Zunahme und ein geringerer Beschäftigungsanstieg als projiziert etwa die Waage hielten.

**7.** Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in Deutschland sind – ohne Berücksichtigung der als einmalige Vermögensübertragung anzusehenden Schuldenübernahme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Treuhandanstalt von 234,6 Mrd. DM – in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1995 um 5,2 % gestiegen und entsprachen damit dem Ansatz der Jahresprojektion (+rund 5 %). Dabei lagen die Einkommens- und Vermögensübertragungen – insbesondere infolge geringerer Zinszahlungen – mit 6,4 % im unteren Bereich der geschätzten Marge (Jahresprojektion: +6 bis +8 %). Der Staatsverbrauch expandierte mit 4,3 % kräftiger als vor Jahresfrist unterstellt (Jahresprojektion: +3 bis +4 %), vor allem infolge höherer Ausgaben für Gesundheitsleistungen. Die Entwicklung der öffentlichen Investitionsausgaben war mit –0,2 % trotz der verstärkten Sparzwänge der öffentlichen Haushalte etwas weniger rückläufig als angenommen (Jahresprojektion: –½ bis –1½ %).

Der Anstieg der öffentlichen Einnahmen – ohne Berücksichtigung der Übernahme des Kapitals der Deutschen Kreditbank AG in Höhe von 5,6 Mrd. DM – blieb mit 3,2 % deutlich unter den Erwartungen der Jahresprojektion (+5 bis +6 %). Dies ist ausschließlich dadurch zu erklären, daß die Zunahme des Steueraufkommens trotz der Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags und der Erhöhung der Versicherungs- und privaten Vermögensteuer mit 4,0 % erheblich hinter den Projektionsansätzen (+8 bis +9 %) zurückgeblieb. Neben der konjunkturbedingt geringeren Ausweitung der volkswirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen haben sich hier vor allem starke Strukturverschiebungen bei den Veranlagungssteuern bemerkbar gemacht. Die seit 1994 wieder verbesserte Ertragslage hat sich dagegen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer noch nicht niedergeschlagen. Das Mehraufkommen an Sozialbeiträgen entsprach mit 4,6 % genau den Erwartungen (+4 bis +5 %). Der Rückgang der weniger ins Gewicht fallenden sonstigen Einnahmen – ohne Kapital der Deutschen Kreditbank AG – bewegte sich mit 8,6 % im Rahmen der vorausgeschätzen Marge (–8½ bis –9½ %).

Bei dieser – gemessen an den Erwartungen – stark divergierenden Ausgaben- und Einnahmenentwicklung nahm das Finanzierungsdefizit des Staates in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gegenüber 1994 um 36,8 Mrd. DM auf 123,6 Mrd. DM oder 3,6 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts zu. Mit den Projektionsansätzen von –80 bis –90 Mrd. DM oder rund 2½ % des Bruttoinlandsprodukts war vor Jahresfrist demgegenüber ein weiterer Rückgang unterstellt worden. Dabei kam es bei den Gebietskörperschaften insbesondere wegen der Steuerausfälle zu einem unerwarteten Anstieg des Defizits und im Bereich der Sozialversicherung zu einem Fehlbetrag statt zu dem projizierten geringen Überschuß.

**8.** Der Ausweitung der Finanzierungslücke des Staates stand eine gestiegene Geldvermögensbildung sowohl der privaten Haushalte als auch insbesondere der Unternehmen gegenüber. Dabei hat sich der Fremdmittelbedarf des Unternehmenssektors angesichts nur verhalten gestiegener Investitionen bei deutlich verbesserten Selbstfinanzierungsbedingungen erheblich verringert. Darüber hinaus trugen die zwar weiterhin hohen, aber gegenüber 1994 im Einklang mit dem geringeren Leistungsbilanzdefizit

Schaubild 32a

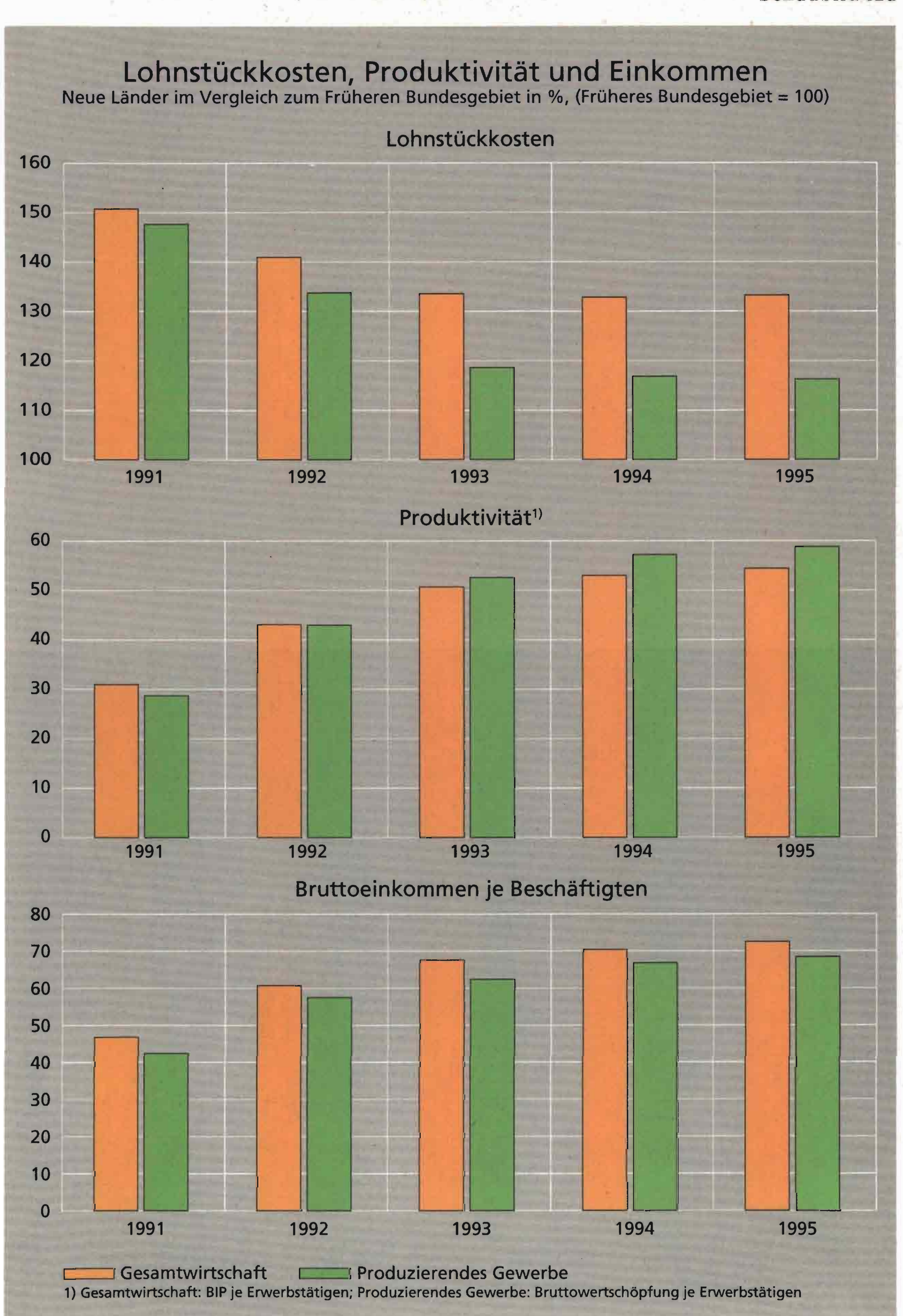


Schaubild 32b

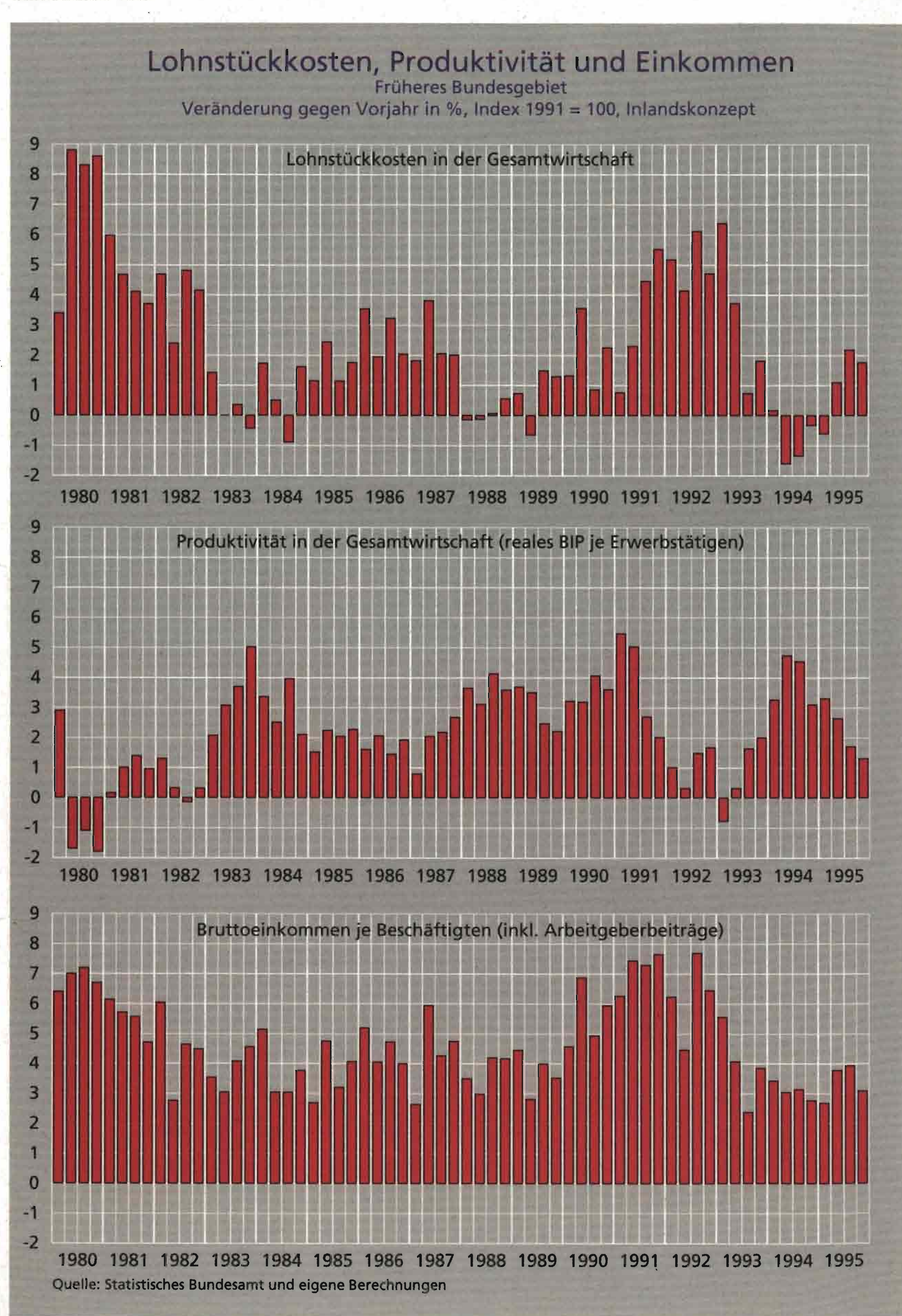
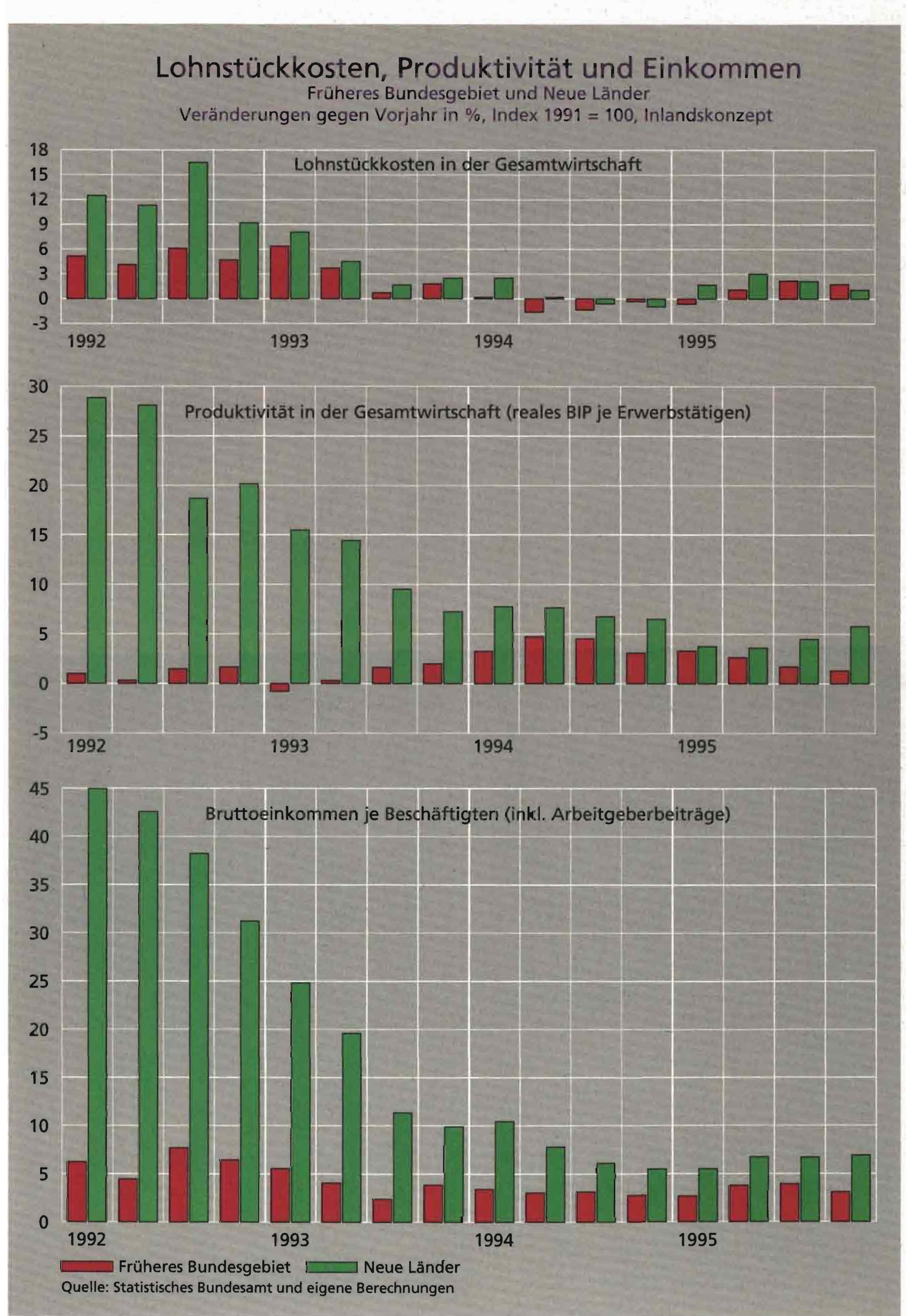


Schaubild 32c



reduzierten Kapitalimporte zum gesamten Aufkommen an Finanzierungsmitteln bei.

**9.** Mit dem Berichtsjahr 1995 hat das Statistische Bundesamt den Übergang zur gesamtdeutschen Darstellung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vollzogen. Nach wie vor werden jedoch wichtige gesamtwirtschaftliche Eckgrößen nach alten und neuen Ländern getrennt zur Verfügung stehen. Insbesondere wird das Bruttoinlandsprodukt weiterhin, von der Entstehungsseite her berechnet, regional getrennt ausgewiesen. Darüber hinaus werden die Beiträge der wichtigsten Sektoren zur Wertschöpfung sowie die Entwicklung der Beschäftigung, der Löhne und der Einkommen aus unselbständiger Arbeit auch in Zukunft für die beiden Teilgebiete veröffentlicht. Nicht mehr möglich dagegen ist eine regionale Aufteilung der Verwendungsseite, da insbesondere die innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsströme weder ausreichend erfaßt, noch in vielen Fällen überhaupt sinnvoll den Regionen zugeordnet werden können. Aus gleichem Grunde wurden die nach West- und Ostdeutschland getrennten Statistiken des Einzel- und Großhandels eingestellt. Damit fehlen unverzichtbare Basisdaten zur gesonderten Berechnung der Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen, der Ausrüstungsinvestitionen und des Privaten Verbrauchs in den alten und neuen Ländern. Von den Einschränkungen beim Ausweis regional aufgegliederter Aggregate gibt es auch nach Ansicht des Sachverständigenrates „angesichts der Schwierigkeiten, insbesondere bei der Erfassung des innerdeutschen Waren- und Zahlungsverkehrs, ... kein Zurück mehr" (Ziffer 3* JG).

Die Fortschritte beim wirtschaftlichen Anpassungs- und Aufholprozeß der neuen Länder können aber weiterhin anhand der Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Ost-West-Relationen auf der Basis von Eckwerten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt werden. Die turnusmäßige Revision dieser Daten im Herbst letzten Jahres erbrachte ein höheres Bruttoinlandsprodukt für Ostdeutschland. Aufgrund dieses gestiegenen Ausgangsniveaus stellen sich die Relationen für die neuen Länder insgesamt etwas günstiger dar. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, daß die Vergleiche wirtschaftlicher Größen zwischen den beiden Teilgebieten sinnvollerweise nur in jeweiligen Preisen erfolgen können, da die Unterschiede sowohl der Preisniveaus als auch der Preisstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland in der Vergangenheit noch sehr groß waren.

Die neuen Länder haben 1995 bei einem Bevölkerungsanteil von rund 19 % zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt von 3 459,0 Mrd. DM mit 10,9 % beigetragen. Die Anteilsverbesserung um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 1994 war fast ausschließlich auf das stärkere reale Wachstum im Vergleich zu Westdeutschland zurückzuführen, während in den Vorjahren die infolge des Subventionsabbaus höhere gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung eine größere Rolle spielte. So wurde 1995 der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern von der hohen Wachstumsdynamik des Inlandsprodukts, insbesondere im industriellen Bereich bei einem fortgesetzten Beschäftigungsaufbau, bestimmt. Danach hat sich das ostdeutsche Produktivitätsniveau im vergangenen Jahr, hier gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, im Vergleich zu Westdeutschland auf 54,4 % erhöht (1994: 53,0 %). Dagegen hatte es 1991 erst 31 % betragen. Gleichzeitig stiegen die Durchschnittslöhne der in den neuen Ländern beschäftigten Arbeitnehmer brutto von 72,9 % auf 75,3 % des westdeutschen Niveaus; netto erhöhte sich diese Relation von 77,8 % auf 81,6 %. Die Lohn-Produktivitäts-Lücke auf der Basis der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten im Inland belief sich damit im Vergleich zu den alten Ländern auf 33,2 %, nach 32,8 % im Vorjahr; dies führt dazu, daß sich die positive Entwicklung der Vorjahre 1995 umgekehrt hat.

Tabelle 4

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1995 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

| | Jahresprojektion | tatsächliche Entwicklung [1]) |
|---|---|---|
| | – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % – | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** | | |
| **Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991** | rd. 3 | 1,9 |
| davon: | | |
| Alte Länder | rd. 2½ | 1,5 |
| Neue Länder | 8 bis 10 | 6,3 |
| Erwerbstätige (Tsd.) | ½ bis 1 | -0,2 |
| BIP je Erwerbstätigen | 2 bis 2½ | 2,2 |
| *nachrichtlich:* | | |
| Arbeitslosenquote in % [2]) | *(knapp 9)* | *9,4* |
| **Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen** | | |
| Privater Verbrauch | rd. 3 | 3,3 |
| Staatsverbrauch | 3 bis 4 | 4,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 8 bis 9 | 3,3 |
| Vorratsveränderung (Mrd. DM) [3]) | (35 bis 41) | 28,5 |
| Inlandsnachfrage | rd. 5 | 3,7 |
| Außenbeitrag (Mrd. DM) | (24 bis 28) | 33,1 |
| *(in % des BIP)* | *(rd. ½)* | *1,0* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (nominal) | rd. 5 | 4,2 |
| **Verwendung des BIP in Preisen von 1991** | | |
| Privater Verbrauch | rd. 1 | 1,3 |
| Staatsverbrauch | rd. 1 | 2,0 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 6 bis 7 | 1,8 |
| Ausrüstungen | rd. 9 | 1,5 |
| Bauten | 5 bis 5½ | 1,9 |
| Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag) [3]) [4]) | rd. ½ | 0,3 |
| Inlandsnachfrage | rd. 3 | 1,8 |
| Ausfuhren | 7 bis 8 | 3,7 |
| Einfuhren | 5½ bis 6½ | 3,1 |
| Außenbeitrag *(in % des BIP)* | *rd. –½* | *–0,3* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (real) | rd. 3 | 1,9 |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | |
| Privater Verbrauch | rd. 2 | 2,0 |
| Inlandsnachfrage | rd. 2 | 1,9 |
| Bruttoinlandsprodukt | rd. 2 | 2,2 |
| **Verteilung des Bruttosozialprodukts** | | |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 3½ bis 4 | 3,2 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | 7 bis 9 | 8,9 |
| Volkseinkommen | rd. 5 | 4,7 |
| Bruttosozialprodukt | rd. 5 | 4,1 |
| *nachrichtlich* (Inländerkonzept): | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | rd. 1 | -0,5 |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | rd. 3½ | 3,1 |
| je Beschäftigten | rd. 3 | 3,6 |
| Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt | rd. 1 | 0,4 |
| je Beschäftigten | rd. 0 | 0,8 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [5]) | rd. 3 | 3,3 |
| Sparquote in % [3]) | *(rd. 11½)* | *11,6* |

[1]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1994

Tabelle 5

**Gegenüberstellung der tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1995 in den alten und neuen Ländern mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

| | Jahresprojektion | tatsächliche Entwicklung [1]) |
|---|---|---|
| | – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % – | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts** | | |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1991 | | |
| – alte Länder ......... | rd. 2½ | 1,5 |
| – neue Länder ........ | 8 bis 10 | 6,3 |
| Erwerbstätige (Tsd.) | | |
| – alte Länder ......... | rd. 1½ | –0,7 |
| – neue Länder ........ | rd. 2½ | 1,8 |
| BIP je Erwerbstätigen | | |
| – alte Länder ......... | rd. 2 | 2,2 |
| – neue Länder ........ | 6 bis 7 | 4,4 |
| Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen | | |
| – alte Länder ......... | rd. 4½ | 3,6 |
| – neue Länder ........ | 10 bis 12 | 9 |
| *nachrichtlich:* | | |
| *Arbeitslosenquote in % [2])* | | |
| *– alte Länder .........* | *(7½ bis 8)* | *8,3* |
| *– neue Länder ........* | *(12 bis 13)* | *14* |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | |
| – alte Länder ......... | rd. 2 | 2,1 |
| – neue Länder ........ | rd. 2 | 2,5 |
| **Beschäftigung und Einkommen** | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer (in Tsd.) | | |
| – alte Länder ......... | rd. 1½ | –0,8 |
| – neue Länder ........ | rd. 2 | 1,3 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | | |
| – alte Länder ......... | 3 bis 3½ | 2,5 |
| – neue Länder ........ | 7½ bis 8 | 7,8 |
| je Beschäftigten | | |
| – alte Länder ......... | rd. 2½ | 3,4 |
| – neue Länder ........ | rd. 6 | 6,4 |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | | |
| – alte Länder ......... | rd. 3 | 2,4 |
| – neue Länder ........ | rd. 8 | 7,9 |
| je Beschäftigten | | |
| – alte Länder ......... | rd. 2½ | 3,2 |
| – neue Länder ........ | rd. 5½ | 6,5 |
| Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt | | |
| – alte Länder ......... | rd. ½ | –0,6 |
| – neue Länder ........ | rd. 5 | 6,4 |
| je Beschäftigten | | |
| – alte Länder ......... | rd. –½ | 0,2 |
| – neue Länder ........ | rd. 3 | 5,1 |

[1]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996

[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen

Tabelle 6

**Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1995**
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)
Bundesrepublik Deutschland – insgesamt –

| | Jahresprojektion | Tatsächliche Entwicklung [1]) |
|---|---|---|
| | – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % – | |
| **Einnahmen** | | |
| Steuern | + 8 bis + 9 | + 4,0 |
| Sozialbeiträge [2]) | + 4 bis + 5 | + 4,6 |
| Sonstige Einnahmen [3]) | − $8^1/_2$ bis − $9^1/_2$ | − 8,6 |
| Einnahmen insgesamt | + 5 bis + 6 | + 3,2 |
| **Ausgaben** | | |
| Staatsverbrauch | + 3 bis + 4 | + 4,3 |
| Einkommens- und Vermögensübertragungen [4]) | + 6 bis + 8 | + 6,4 |
| Investitionen | − $^1/_2$ bis − $1^1/_2$ | − 0,2 |
| Ausgaben insgesamt | + rd. 5 | + 5,2 |
| Finanzierungssaldo Mrd. DM | −80 bis −90 | −123,6 |
| *(in % des BIP)* | *(− rd. $2^1/_2$)* | *− 3,6* |

[1]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[3]) Ohne Berücksichtigung der Kapitalübernahme der Deutschen Kreditbank AG durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995
[4]) Einschließlich Zinsen; ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahmen der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Bund als einmalige Vermögensübertragungen im Jahr 1995

## B. Jahresprojektion 1996

**10.** Die deutsche Wirtschaft wird 1996, wie auch vom Sachverständigenrat erwartet (Ziffer 221 JG), auf einem aufwärts gerichteten Pfad bleiben. Allerdings dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktionsbelebung zunächst eher schleppend statt zügig verlaufen, denn die Belastungen der deutschen Wirtschaft durch die sprunghafte Aufwertung der D-Mark und die unerwartet hohen Tariflohnabschlüsse des vergangenen Jahres sowie die weiter gestiegene Abgabenbelastung sind wohl doch größer als ursprünglich befürchtet worden war und wirken zunächst fort. Insgesamt stellt sich die Ausgangssituation damit ungünstiger dar als vor Jahresfrist.

Der Sachverständigenrat stellt – trotz der schwierigen Ausgangslage – aber zu Recht fest, daß nicht die Richtung der Entwicklung zur Diskussion steht, sondern das Tempo (Ziffer 228 JG). Die Schwächephase dürfte nur vorübergehend sein, denn die Rahmenbedingungen für eine Stabilisierung und Wiederbeschleunigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sind insgesamt günstig. Die Nominalzinsen sind wieder auf ein vergleichsweise niedriges Niveau gesunken, die Preisentwicklung verläuft in ruhigen Bahnen, die Ertragslage der Unternehmen hat sich weiter verbessert und die Nachfrageperspektiven im Aus- und zunehmend auch im Inland sind günstig. Für den weiteren Konjunkturverlauf ist allerdings entscheidend, wie schnell sich Unsicherheit und Attentismus bei Unternehmen und Verbrauchern wieder auflösen. Die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in dieser Situation besonders schwierig, gilt es doch, den Zeitpunkt der Wiederbelebung der Wachstumskräfte nach einer Phase der Stagnation oder sogar eines leichten Rückgangs vorherzusagen.

Das Wirtschaftswachstum dürfte 1996 von der Binnennachfrage im Jahresverlauf mehr und mehr Impulse erhalten. Der Private Verbrauch und die Unternehmensinvestitionen werden für die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend wichtiger, während im Vergleich dazu die nach wie vor vorhandenen außenwirtschaftlichen Impulse aufgrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik etwas geringer

werden dürften. Trotzdem wird die Arbeitsmarktsituation schwierig bleiben. Die mit der Nachfrageentwicklung einhergehende Produktionsausweitung wird aller Voraussicht nach nicht ausreichen, um die Beschäftigung genügend anzuregen und die Arbeitslosigkeit im größeren Umfange zurückzuführen (Ziffer 221 JG). Deshalb hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze beschlossen (vgl. Abschnitt B.I.2.).

In den neuen Ländern kommt der wirtschaftliche Wiederaufbau weiter voran. So ist auch für dieses Jahr mit einem weiterhin überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum zu rechnen, dessen Tempo aber nochmal etwas nachlassen dürfte. Allerdings könnte die wirtschaftliche Umstrukturierung schneller vorankommen, wenn das immer noch beträchtliche Mißverhältnis zwischen der Lohnentwicklung einerseits und den Produktivitätsfortschritten andererseits rascher verringert würde. Aufgrund des wieder beschleunigten Lohnanstiegs und der abgeschwächten Produktionszunahme ist der Abbau der Lohn-Produktivitätslücke den statistischen Ergebnissen zufolge im vergangenen Jahr ins Stocken geraten und hat bei vielen Unternehmen die ohnehin beträchtlichen Probleme hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit noch verschärft.

**11.** Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1996 werden auf den ersten Blick relativ stark divergierende Erwartungen geäußert. Die Bandbreite der seit Herbst letzten Jahres vorgelegten Vorausschätzungen für den realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland reicht derzeit von 1 bis knapp 2½ %. Die Abweichungen dürften allerdings vor allem auf die Zeitpunkte der Prognoseerstellung und den dadurch bedingten unterschiedlichen Informationsstand zurückzuführen sein. Jüngere Vorausschätzungen sind eher im unteren Bereich des Erwartungsspektrums angesiedelt. Die Jahresprojektion der Bundesregierung geht von einem realen Wirtschaftswachstum von rund 1½ % aus. Darin ist das vorläufige Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes eingeflossen, das eine im Verlauf stark abgeschwächte Inlandsproduktsentwicklung für das Jahr 1995 nachweist. Außerdem wurden in die Jahresprojektion die jüngsten Informationen über die Wirtschaftsentwicklung am aktuellen Rand berücksichtigt. Diese neue statistische Basis lag bei den Prognosen der meisten anderen Institutionen mit höheren Wachstumsannahmen noch nicht vor.

Bei allen Unterschieden im einzelnen wird vom Sachverständigenrat (Ziffer 221 JG) und von der überwiegenden Mehrzahl der nationalen und internationalen Beobachter davon ausgegangen, daß sich der Aufwärtstrend der Wirtschaft in Deutschland fortsetzt. Unsicher erscheinen allerdings Zeitpunkt und Intensität der Wiederbelebung (s. Schaubild). Der Tempoverlust im vergangenen Jahr wird allgemein als vorübergehendes Phänomen gesehen. Im Vergleich zu den meisten Prognostikern ist der Wachstumsansatz der Bundesregierung für den Jahresdurchschnitt geringer. Angesichts der offenbar niedrigeren Ausgangsbasis entspricht dies gleichwohl einer dynamischen Konjunkturentwicklung im Verlaufe dieses Jahres. Hinter den Wachstumserwartungen der Bundesregierung für Deutschland insgesamt steht für die alten Länder ein realer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund 1 % und für die neuen Länder ein solcher von 4 bis 6 %.

Die Jahresprojektion 1996 geht von folgenden Annahmen aus:

- Die weltwirtschaftliche Dynamik schwächt sich insgesamt ab. Gleichwohl ist nirgendwo ein Abgleiten in eine Rezession in Sicht. Einer gedämpften Entwicklung in den Industrieländern steht ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum in den industriellen Schwellenländern und in denjenigen Ländern Osteuropas gegenüber, die im Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen fortgeschritten sind. Der Anstieg des Welthandels könnte mit real 5 bis 7 % deutlich weniger stark ausfallen als in den beiden letzten Jahren.

- Das Wachstum der deutschen Exportmärkte dürfte wegen der sich abschwächenden wirtschaftlichen Aktivitäten in den wichtigsten Partnerländern unter dem gesamten Welthandelsanstieg liegen.

- Von der Finanzpolitik dürften aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte in den meisten Industrieländern in diesem Jahr keine expansiven Wirkungen ausgehen. Dagegen dürfte die deutsche Finanzpolitik wegen der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen und Leistungsverbesserungen – trotz höherer Sozialbeiträge, rückläufiger öffentlicher Investitionen und Einsparungen bei den Personalausgaben – insgesamt expansiv wirken.

- Die Geldpolitik dürfte angesichts eingedämmter Inflationserwartungen weltweit stützend auf die Konjunkturentwicklung wirken. In Deutschland wird der monetäre Stabilisierungskurs durch die sich abzeichnende weiterhin moderate Geldmengen- und Preisentwicklung erleichtert, so daß die Zinsen auf niedrigem Niveau bleiben können.

- Die Wechselkurse im EWS bleiben – annahmegemäß – auf dem derzeitigen Niveau weitgehend unverändert. Der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar wird künftig wahrscheinlich besser im Einklang mit den wirtschaftlichen Fundamentaldaten stehen. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der sprunghaft höheren Bewertung der D-Mark seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres, die aufgrund der üblichen Verzögerungseffekte noch in dieses Jahr hineinreichen, dürften allmählich auslaufen.

- Die Lohnpolitik wird auf einen moderaten Pfad zurückfinden und so den wachstums- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten wieder Rechnung tragen. Für diese Annahme sprechen die weiterhin schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die sich verbessernde Realeinkommenssituation der Arbeitnehmer aufgrund der günstigen Preisentwicklung sowie der steuerlichen und familienpolitischen Entlastungen. Der Effektivlohnanstieg dürfte deshalb deutlich unter demjenigen des vergangenen Jahres bleiben.

**12.** Die Weltwirtschaft dürfte – bei regional unterschiedlichen Entwicklungstendenzen – insgesamt auf einem moderaten Wachstumspfad bleiben. In den Industrieländern läßt die wirtschaftliche Dynamik insgesamt etwas nach, während für die Wirtschaften in den aufstrebenden Ländern Ost- und Südostasiens sowie in den im wirtschaftlichen Aufholprozeß schon weiter fortgeschrittenen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas von einer sehr dynamischen ökonomischen Entwicklung auszugehen ist.

In der Europäischen Union hat sich die wirtschaftliche Entwicklung bereits seit Ende 1994 leicht verlangsamt. Die Spätfolgen der sich im Verlauf von 1994 herausgebildeten hohen realen Zinsen sind immer noch spürbar. Für die meisten westeuropäischen Länder werden inzwischen geringere Wachstumsergebnisse erwartet als noch vor einem Jahr. Insbesondere bei der Investitionstätigkeit in der Gemeinschaft sind Schwächetendenzen sichtbar, wovon die deutsche Exportwirtschaft aufgrund ihres zu einem hohen Anteil auf Investitionsgüter ausgerichteten Warensortiments besonders stark getroffen wird. Die Vereinigten Staaten befinden sich in einer Spätphase des Aufschwungs. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung ist dort bereits seit Anfang vergangenen Jahres langsamer geworden; das „soft landing" mit einem Expansionskurs der Wirtschaft am Potentialpfad ist wohl gelungen. Dazu haben vor allem der Kurs der Geldpolitik und die dämpfenden Auswirkungen der Mexikokrise beigetragen. In Japan hat die wirtschaftliche Erholung trotz der massiven fiskalpolitischen Impulse und geldpolitischer Lockerungen bisher kaum Fortschritte gemacht. Die Erwartungen für die künftige Entwicklung sind allerdings, auch wegen der Rückführung der hohen Überbewertung des Yen, inzwischen wieder positiv gestimmt. Trotz der insgesamt festzustellenden Wachstumsverlangsamung in den Industrieländern bleibt die Grundtendenz der wirtschaftlichen Aktivitäten aufwärtsgerichtet. Dafür sprechen günstige Rahmenbedingungen, wie die moderate Lohn- und Preisentwicklung, das niedrige Zinsniveau, die im ganzen verbesserte Ertragslage der Unternehmen sowie die Strukturreformen in einigen Industrieländern.

Die deutschen Ausfuhren werden 1996 wohl wieder stärker an der Entwicklung des internationalen Güteraustauschs partizipieren können als im vergangenen Jahr, in dem infolge der sprunghaften Höherbewertung der D-Mark und der damit einhergehenden Einbußen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit Marktanteile zu Gunsten der Abwertungsländer verlorengegangen waren. Diese Sicht wird auch dadurch gestützt, daß von der Kostenseite her keine weiteren Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten sind.

Unter den zugrundegelegten Hypothesen bezüglich Welthandelswachstum und Marktanteilsentwicklung wird in der Jahresprojektion unterstellt, daß sich bei im ganzen weiterhin moderat steigenden Exportpreisen

*der nominale Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen auf 5 bis 6 %*

belaufen könnte, was etwa der Größenordnung des Vorjahres (+5,6 %) entspräche. Das bedeutet für das reale Exportwachstum mit rund 3½ bis 4½ % eine leichte Beschleunigung gegenüber 1995 (3,7 %). Die Warenausfuhren dürften – bei unterdurchschnittlicher Entwicklung der Dienstleistungseinnahmen – überproportional steigen.

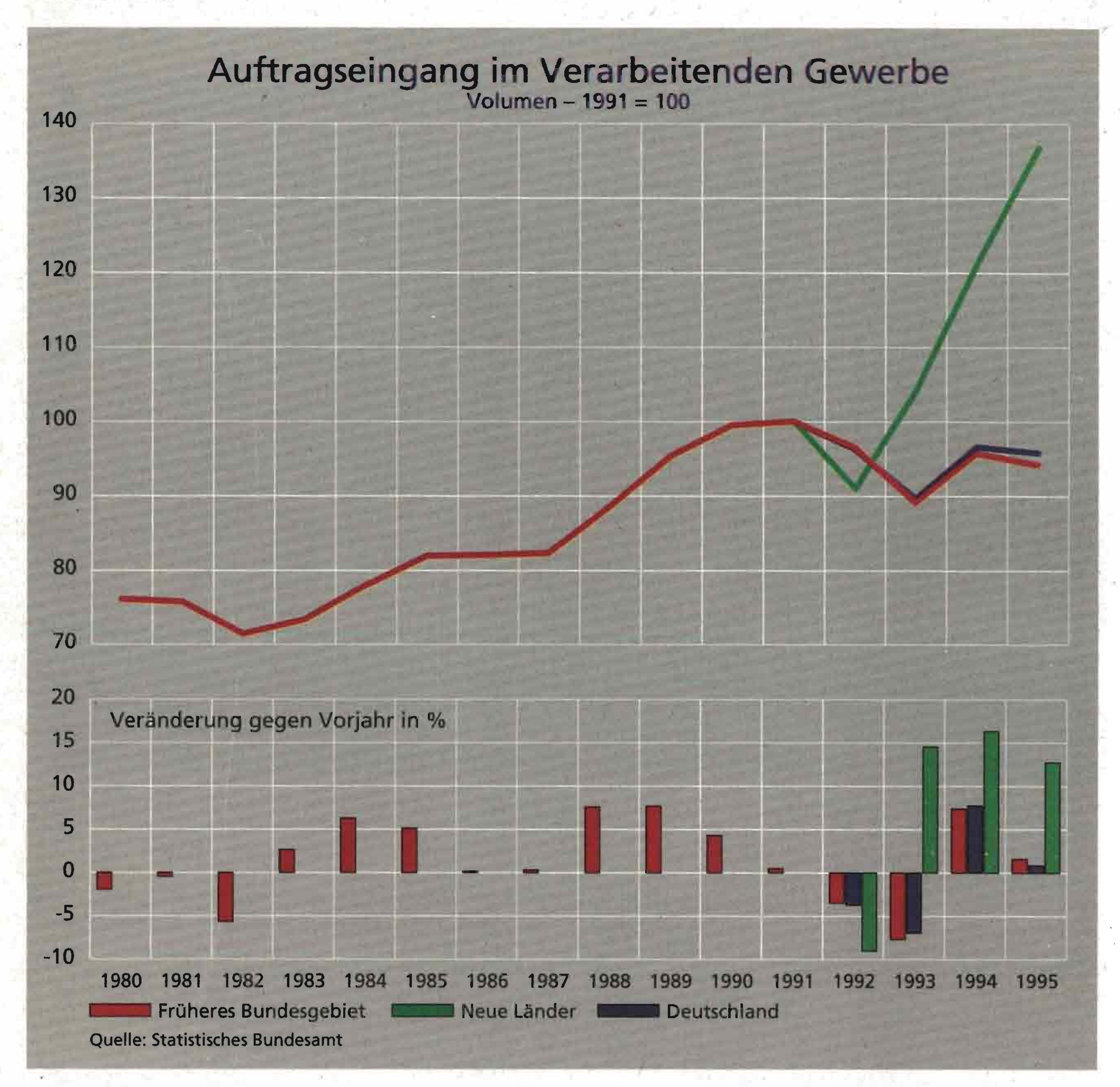
**13.** Die Auslandsnachfrage wird das Wirtschaftswachstum entsprechend der in der Jahresprojektion unterstellten Ausfuhrentwicklung zwar weiterhin mittragen, allerdings dürfte im Jahresverlauf die Bedeutung der inländischen Endnachfrage für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung größer werden.

Eine wichtige Rolle fällt dabei auf die Unternehmensinvestitionen, und zwar insbesondere auf die Ausrüstungen. In der Jahresprojektion wird angenommen, daß sich die Investitionstätigkeit der Wirtschaft im Verlauf dieses Jahres wieder beschleunigt, nachdem sie 1995 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Im Jahresdurchschnitt dürfte ein realer Anstieg der gewerblichen Investitionen im Vergleich zum Vorjahr von 2 bis 3 % durchaus erreichbar sein, nach 1,3 % im Vorjahr. Diese für den Jahresdurchschnitt gering erscheinende, im Jahresverlauf aber deutliche Wiederbeschleunigung, wird zwar derzeit durch jüngere Befragungsergebnisse, namentlich für das Verarbeitende Gewerbe, nicht gestützt. Sie dürften aber stark durch den sich im Verlauf des Vorjahres ausgebreiteten Pessimismus aufgrund der Belastungen durch D-Mark-Höherbewertung, überzogene Tariflohnsteigerungen und gestiegene Abgabenbelastung beeinflußt worden sein. Die Abschwächung der Investitionstätigkeit der Unternehmen im Verlaufe des vergangenen Jahres ist daher wahrscheinlich nur vorübergehender Natur, denn die Rahmenbedingungen für eine wieder kräftigere Investitionsentwicklung sind eigentlich günstig: Die Nachfrageperspektiven im Inland verbessern sich, die Ertragslage der Unternehmen ist im Ganzen gut und sollte auch mehr und mehr die Gewinnaussichten aufhellen, die Zinsen sind wieder auf ein niedriges Niveau gesunken und die Kapazitätsauslastung ist trotz der jüngsten Absenkung immer noch vergleichweise hoch.

Diese günstigen Fundamentaldaten werden allerdings noch durch Unsicherheiten und Attentismus überlagert. Wichtig ist deshalb, daß das Vertrauen der Unternehmen wieder stabilisiert wird. Voraussetzung dafür ist eine verantwortungsvolle Lohnpolitik, eine am Stabilitätsziel orientierte Geldpolitik und eine auf Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik mit der Perspektive einer künftig geringeren Abgabenbelastung.

Die Bauwirtschaft steht vor einem schwierigen Jahr (Ziffer 232 JG). Die im Vergleich zum Vorjahr wohl etwas günstigere Entwicklung im Bereich des gewerblichen Baus wird durch die wahrscheinlich rückläufige Investitionstätigkeit im Wohnungsbau überkompensiert. In der Abschwächung der Wohnungsbauinvestitionen nach dem vorangegangenen Boom wirkt sich vor allem die Änderung der öffentlichen Förderung im Wohnungsbau aus, deren Anreizwirkungen gegenüber dem früheren Fördersystem per

Schaubild 33

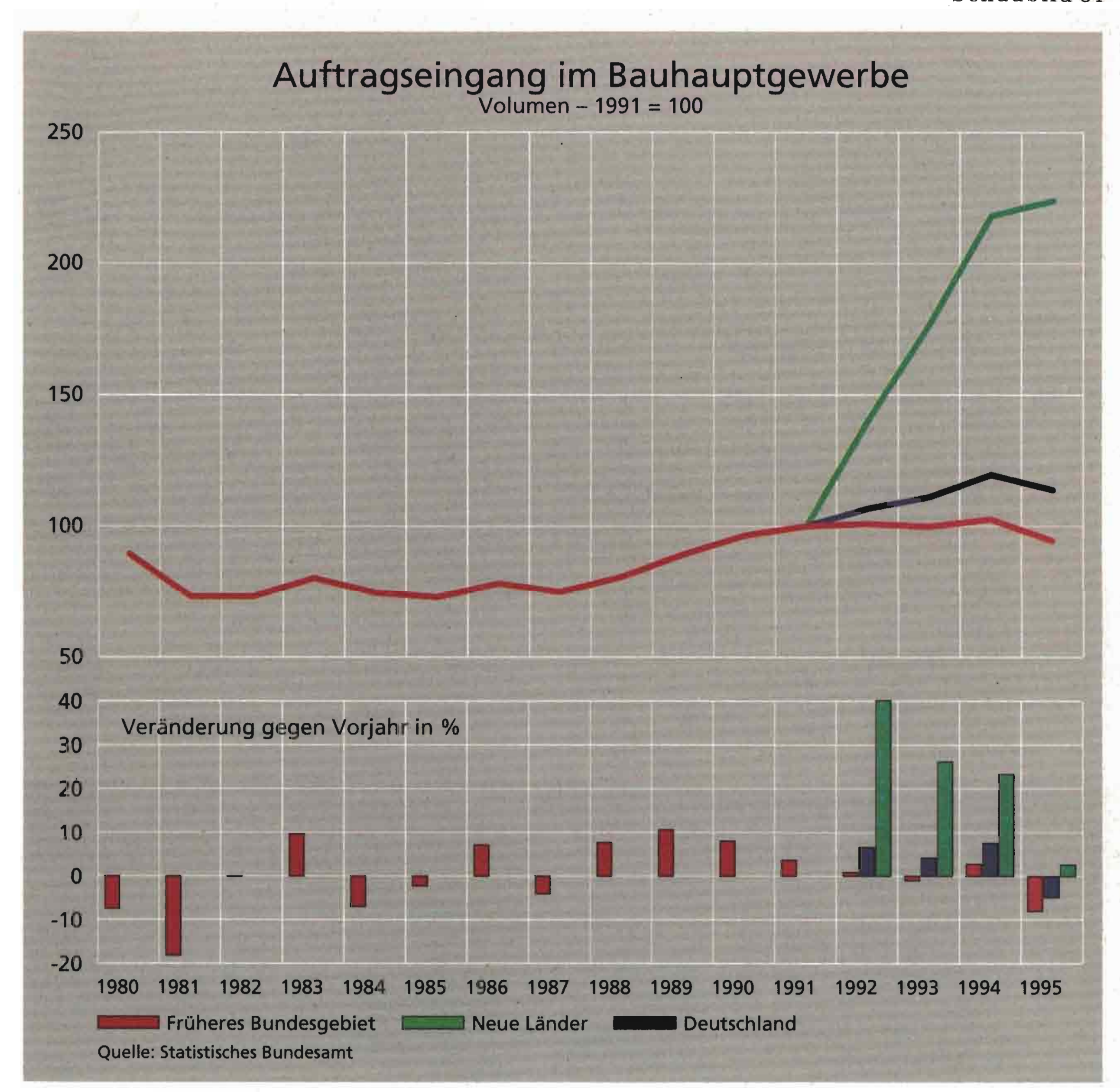



Saldo eher schwächer sein dürften. Zwar werden mehr potentielle Bauherren durch die neue Eigenheimzulage in die Lage versetzt, Wohneigentum zu bilden. Die reduzierten Anreize privater Investoren für den Mietwohnungsbau lassen in diesem Marktsektor jedoch eine spürbar geringere Ausweitung des Wohnungsangebots erwarten. Hinzu kommt, daß wahrscheinlich die Planung vieler Bauvorhaben zeitlich vorgezogen wurde, um noch die Vergünstigungen der ausgelaufenen Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen zu können. Die Fertigstellung dieser Baumaßnahmen in diesem Jahr stützt zwar die gesamte Wohnungsbautätigkeit ab, andererseits hat das Volumen der Baugenehmigungen und der Auftragseingänge so stark abgenommen, daß mit einer erheblichen Reduzierung der Bautätigkeit in diesem Bereich gerechnet werden muß. In der Jahresprojektion wird ein Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um real rund 4 % (nach +3,7 % im Vorjahr) unterstellt. In Westdeutschland dürfte er noch erheblich spürbarer ausfallen, während in den neuen Ländern mit einer abermaligen, allerdings abgeschwächten Ausweitung gerechnet werden kann.

Die öffentlichen Investitionen dürften aufgrund der schwierigen Finanzsituation der Gebietskörperschaften und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Ausgabenrückführung ebenfalls zur Reduzierung der gesamten Bauaktivitäten beitragen. In realer Rechnung ist ein Rückgang von rund 1 % unterstellt, nachdem sie bereits im Vorjahr um durchschnittlich real 1,5 % eingeschränkt worden waren. Angesichts des in den letzen Jahren erreichten hohen Niveaus der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland ist in diesem Jahr auch hier eine Einschränkung öffentlicher Bauvorhaben vorgezeichnet.

Insgesamt ergibt sich nach den Annahmen der Jahresprojektion unter Berücksichtigung eines gegen-

Schaubild 34




über 1995 für die Ausrüstungsgüter etwas höheren, für Bauten eher geringeren Preisanstiegs eine

*nominale Zunahme der Anlageinvestitionen um 1 bis 2 %,*

nach 3,3 % im Vorjahr. Dies entspricht real einer Stagnation, nach einem Investitionswachstum von 1,8 % im Vorjahr. Während die Ausrüstungen real um 2 bis 3 % zunehmen könnten, wird für die gesamten Bauinvestitionen mit einem realen Rückgang um 1½ bis 2 % gerechnet. Nach wie vor zeichnet sich dabei in den neuen Ländern eine deutlich überdurchschnittliche Investitionstätigkeit ab.

Bei sich im Jahresverlauf wieder belebender Endnachfrage und vielfach derzeit als zu hoch empfundenen Lagerbeständen kann für 1996 eher von einer geringeren Aufstockung der *Vorratsinvestitionen* als im Vorjahr, also von einem leicht kontraktiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, ausgegangen werden.

**14.** Der Private Verbrauch wird 1996 voraussichtlich deutlich an Fahrt gewinnen. Er faßt nun also Tritt und wird die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung mit einer überproportionalen Zunahme insgesamt stützen können. Der Sachverständigenrat schränkt aber zu Recht ein, daß immer noch eine wichtige Voraussetzung fehle, damit der Private Verbrauch in die Rolle des konjunkturellen Schrittmachers hinüberwechseln kann, nämlich eine kräftige Zunahme der Beschäftigung (Ziffer 238 JG). Der gegenüber dem Vorjahr deutlich stärkere Anstieg der verfügbaren Einkommen ist im wesentlichen auf die Entlastungen im Rahmen der steuerlichen Freistellung des

Existenzminimums sowie auf die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs zurückzuführen, die sich netto und real, d. h. nach Berücksichtigung der Abschaffung des „Kohlepfennigs" einerseits sowie höherer Sozialabgaben andererseits, auf rund ¾ % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte belaufen.

Mit einer kräftigen, eigendynamischen Entwicklung des Privaten Verbrauchs wird in diesem Jahr allerdings kaum zu rechnen sein, dafür entwickelt sich die wichtigste Bestimmungsgröße für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die Bruttolohn- und -gehaltsumme, aufgrund der nach wie vor unbefriedigenden Beschäftigungssituation und der zu erwartenden moderaten Tarifabschlüsse nicht stark genug. Sie steigt nach den Annahmen der Jahresprojektion lediglich mit einer Rate von rund 2½ nach 3,1 % im Vorjahr. Dahinter steht ein gegenüber 1995 geringerer Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten von rund 3 %[1]) und eine Beschäftigungsentwicklung im Jahresdurchschnitt von rund –½ %.

In den alten Ländern liegt die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme mit voraussichtlich rund 2 % um etwa ½ Prozentpunkt unter der gesamtdeutschen Steigerungsrate (Vorjahr: 2,4 %). Dahinter steht eine leicht verlangsamte Abnahme der Beschäftigung um rund ½ % und ein Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten von etwa 2½ %[1]). In den neuen Ländern wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme voraussichtlich mit etwa 5½ % weniger stark steigen als im vergangenen Jahr (1995: 7,9 %). Die erwartete Lohnsummenzunahme setzt sich aus einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Beschäftigung (s. Ziffer 18) und einer Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten von etwa 5½ %[1])zusammen. Der im Vergleich zu Westdeutschland deutlich höhere Effektivlohnanstieg ist durch die tarifvertraglich geregelten Angleichungsschritte an das westdeutsche Tariflohn- und -gehaltsniveau bedingt.

Der Zuwachs der Nettolohn- und -gehaltsumme dürfte aufgrund der erwähnten steuerlichen Entlastungen des Existenzminimums sowie des verbesserten Familienleistungsausgleichs den Anstieg der Bruttogröße in diesem Jahr deutlich übertreffen und sich auf rund 4 % belaufen. In Westdeutschland wird der Anstieg voraussichtlich 3½ %, in den neuen Ländern 7 bis 8 % betragen. Je Beschäftigten gerechnet dürften sich die Nettolöhne und -gehälter in Deutschland 1996 um 4½ bis 5 % erhöhen. Ein Gutteil des im Vergleich zur Bruttogröße überproportionalen Anstiegs, nämlich rund 1 Prozentpunkt, ist auf die buchungstechnische Behandlung der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen. Seit Beginn dieses Jahres wird das Kindergeld für abhängig Beschäftigte beim Lohnsteueraufkommen gegengebucht. Dies führt dazu, daß die Kindergeldzahlungen an Arbeitnehmer vollständig das kassenmäßige Lohnsteueraufkommen mindern. Nach den Buchungsregeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Nettolohn- und -gehaltsumme im gleichen Umfange höher ausgewiesen. Auf der anderen Seite gehört dieser Teil der Kinderförderung folglich nicht mehr zu den Transfereinkommen der privaten Haushalte und wird deshalb im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht mehr als soziale Leistung gebucht. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte insgesamt bleibt daher von diesem Teil der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs unberührt, mit Ausnahme der echten Leistungsverbesserung, die sich mit 7 Mrd. DM auf etwa ¼ % des verfügbaren Einkommens beläuft.

Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als soziale Leistungen des Staates ausgewiesenen Einkommen der privaten Haushalte bleiben in diesem Jahr im wesentlichen aufgrund dieser Umbuchungsvorgänge deutlich hinter der Vorjahressteigerung zurück. Außerdem fällt die Erhöhung der Bestandsrenten aufgrund der im vergangenen Jahr verhaltenen Nettoeinkommensentwicklung der Arbeitnehmer 1996 vergleichsweise gering aus. Unter Einrechnung der Zins- und sonstigen Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen sowie der von den Selbständigenhaushalten für private Zwecke entnommenen Gewinne könnte sich dann der Zuwachs der verfügbaren Einkommen nominal auf insgesamt rund 4 % (nach 3,3 % im Vorjahr) belaufen.

Die Sparneigung der privaten Haushalte dürfte nach den Annahmen der Jahresprojektion praktisch unverändert bei etwa 11½ % bleiben. Der im Vergleich zu den letzten Jahren verbesserten Sparfähigkeit aufgrund der günstigeren Nettoeinkommensentwicklung stehen die niedrigen Zinsen entgegen, die die Spartätigkeit tendenziell dämpfen. Außerdem kommen die steuerlichen Entlastungen in erster Linie Haushalten im unteren Bereich der Einkommensskala mit überdurchschnittlicher Konsumneigung zugute. Unter diesen Annahmen könnte 1996 der

*nominale Private Verbrauch um rund 4 % zunehmen,*

nach 3,3 % im Vorjahr. Bei weiterhin moderater Entwicklung der Verbraucherpreise entspräche dies einem realen Zuwachs von rund 2 %, nach 1,3 % im Vorjahr.

**15.** Nach den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften und den absehbaren Ausgabetendenzen bei den Sozialversicherungsträgern ist für 1996 mit einer Verminderung des Anstiegs der Personal- und Sachausgaben der öffentlichen Haushalte zu rechnen. Bei den Gebietskörperschaften werden die Anstrengungen fortgesetzt, den Ausgabenanstieg bei den Sachausgaben und durch Personaleinsparungen zu begrenzen. Ferner wird von moderaten Anhebungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und Anpassungen bei der Beamtenbesoldung ausgegangen, die der schwierigen Finanzlage in den öffentlichen Haushalten Rechnung tragen.

Dagegen dürfte sich im Bereich der Sozialversicherungen der Ausgabenanstieg insgesamt eher etwas

[1]) In dieser unterstellten Zunahme der Durchschnittslöhne und -gehälter sind Vorbelastungen aus früheren Tariflohnvereinbarungen (z. B. in der Metallindustrie) enthalten, die in diesem Jahr wirksam werden.

beschleunigen. Hier wirken sich zum einen die wieder stärker steigenden Kosten im Gesundheitswesen trotz der eingeleiteten Einsparmaßnahmen aus, zum anderen schlägt vor allem die Einführung der Pflegeversicherung ab dem 1. April 1995 zu Buche, die ab Mitte dieses Jahres um die Versicherungsleistungen für die stationäre Pflege erweitert wird und von daher zusätzlichen Personalbedarf und höhere Sachleistungen erfordert.

In der Jahresprojektion wird unter diesen Bedingungen von einem

*nominalen Anstieg des Staatsverbrauchs um 3½ bis 4½ %*

ausgegangen, nach 4,3 % im Vorjahr. In realer Rechnung bedeutet dies einen Anstieg von 1½ bis 2½ %, nach 2,0 % im Vorjahr.

**16.** Aus den Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren ergibt sich für die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage ein nominaler Anstieg von rund 3½ %, nach 4,1 % im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der erwarteten Preissteigerungen verbleibt eine reale Zunahme der Gesamtnachfrage um rund 2 % (Vorjahr: 2,2 %). Der Nachfragezuwachs wird voraussichtlich leicht überproportional durch ausländische Produktion bedient, denn die noch in dieses Jahr hineinwirkende, sich erst allmählich zurückbildende Höherbewertung der D-Mark hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausländischer im Verhältnis zu heimischen Anbietern verbessert. Außerdem ist der Importanteil der in diesem Jahr überproportional steigenden Endnachfragekomponenten Privater Verbrauch, Ausrüstungsinvestitionen und Warenausfuhren überdurchschnittlich hoch. Ihre Belebung dürfte daher auch mit einer verstärkten Zunahme der Importe einhergehen. Unter diesen Annahmen dürfte sich die reale Steigerung der Einfuhren auf 3 bis 4 % belaufen (Vorjahr: 3,1 %). Die Importpreise werden voraussichtlich weiterhin deutlich schwächer als die Preise der inländischen Verwendung und der Exporte steigen (s. Ziffer 17), die terms of trade verbessern sich also nochmals. Dann würde der nominale Zuwachs der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen 4 bis 5 % betragen.

Die Annahmen über die Aus- und Einfuhrentwicklung ergeben einen

*nominalen Außenbeitrag von 40 bis 45 Mrd. DM.*

Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt gemessen fiele der Außenbeitrag mit gut 1 % leicht höher aus als im Vorjahr, als er sich auf 1,0 % bzw. rund 33 Mrd. DM belief. Insgesamt errechnet sich aus den Projektionsannahmen über die Inlandsnachfrage und den Außenbeitrag für 1996 ein

*Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts um rund 3½ %*

nach 4,2 % im Vorjahr.

**17.** Die Preisentwicklung verläuft auch 1996 in ruhigen Bahnen. Weder von der Nachfrage- noch der Kostenseite sind Einflüsse zu sehen, die den Preisauftrieb verstärken könnten. Aufgrund der voraussichtlich moderaten Nachfragebelebung wird der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bei verlangsamtem Anstieg des Sachkapitalbestandes kaum zunehmen. Die Preiserhöhungsspielräume könnten sich zwar im Jahresverlauf etwas vergrößern, aber aufgrund der im ganzen voraussichtlich verhaltenen Nachfrageentwicklung weitgehend begrenzt bleiben. Durch den Wegfall des „Kohlepfennigs" in Westdeutschland wird die Teuerungsrate zusätzlich gedämpft.

Auch die Bestimmungsgründe für die Kostenentwicklung sprechen für moderate Preissteigerungen. Hinsichtlich der binnenwirtschaftlichen Kostenkomponenten wird unterstellt, daß die Lohnpolitik wieder auf einen eher moderaten Pfad zurückfinden wird. Dafür spricht vor allem, daß angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage das Bewußtsein für den Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung geschärft ist. Dies wird bei der Lohnfindung gewiß eine Rolle spielen. Hinzu kommen die durch die steuerlichen Entlastungen begünstigte Steigerung der Nettoeinkommen sowie der gedämpfte Verlauf der Teuerungsrate. Hieraus und aus der Annahme der Jahresprojektion zur zyklisch bedingen Verlangsamung der Produktivitätsentwicklung ergibt sich mit 1½ % keine Beschleunigung des Anstiegs der Lohnkosten je Produkteinheit (nach 1,5 % im Vorjahr). Bei den außenwirtschaftlichen Kostenkomponenten schlägt zu Buche, daß die Einfuhrpreise auch 1996 wahrscheinlich nur wenig steigen werden. Dafür spricht zum einen, daß die Höherbewertung der D-Mark noch in dieses Jahr hineinreicht und zum anderen, daß die Entwicklung der Rohstoffpreise angesichts der etwas nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik eher einen günstigen Verlauf nehmen dürfte.

Unter diesen Annahmen könnte 1996 der

*Anstieg der Verbraucherpreise auf rund 2 %*

begrenzt werden, nach 2,0 % im Vorjahr.

Während im früheren Bundesgebiet das Preisniveau sich voraussichtlich abermals unterproportional erhöht, dürfte die Teuerungsrate in den neuen Ländern auch 1996 etwas darüber hinausgehen und wieder etwas höher ausfallen als 1995. Ursächlich dafür ist vor allem die Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland zur Mitte des vergangenen Jahres, die zu Mietsteigerungen geführt hat, die auch dieses Jahr im Preisindex für die Lebenshaltung sichtbar sein werden. Bei dem im Vergleich zu den alten Ländern stärkeren ostdeutschen Preisauftrieb wirkt sich aber auch aus, daß der Lohnstückkostenanstieg in Ostdeutschland wie schon in den vergangenen Jahren über demjenigen Westdeutschlands liegen dürfte. Die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Lohnentwicklung einerseits und Produktivitätsanstieg anderseits, d. h. die notwendige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen, ist also ins Stocken geraten. Die zu schnelle Lohnangleichung gibt Anlaß zur Sorge, da damit die wirtschaftliche Umstrukturierung in den neuen Ländern verzögert und sich der Aufholprozeß weiter in die Länge zieht.

Unter den Projektionsannahmen dürfte der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Verteuerung der gesamten inländischen Wertschöpfung mißt, in ganz Deutschland um etwa 2% steigen. Dies würde bei dem erwarteten leicht unterproportionalen Anstieg der Lohnstückkosten einer neuerlichen, wenn auch im Vergleich zu 1994 und 1995 deutlich verlangsamten Ausdehnung der Gewinnspannen der Unternehmen entsprechen.

**18.** Aus diesen Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Preiskomponenten ergibt sich für Gesamtdeutschland im Jahresdurchschnitt ein

*reales Wirtschaftswachstum von etwa 1½ %.*

Für Westdeutschland würde dies nach einer Wachstumspause im 2. Halbjahr 1995 ein sich wieder verstärkendes Expansionstempo im Verlauf von 1996 bedeuten und zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real rund 1% in diesem Jahr führen. In den neuen Ländern setzt sich die Normalisierung der bis dahin dynamischen Zuwachsraten im Baugewerbe auf hohem Niveau fort. Wegen des außerordentlich hohen Gewichts der Bauwirtschaft dürfte dies im Jahresdurchschnitt zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 4 bis 6% führen.

Nach dem allmählichen Abklingen der retardierenden Einflüsse der Wechselkurs- und Lohnentwicklung des vergangenen Jahres könnten die Wachstumsimpulse neben einer etwas zügigeren Auslandsnachfrage insbesondere vom Privaten Verbrauch infolge der fiskalischen Entlastungen der privaten Haushalte ausgehen. Dies dürfte auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Inland positiv beeinflussen. Die sich weiter verbessernden Rahmenbedingungen, wie die steigende private Nachfrage, die sich wieder aufhellenden Ertragsaussichten und die günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Unternehmen mehr und mehr veranlassen, ihre abwartende Haltung aufzugeben. Dämpfend wird dagegen die vermutlich deutliche Abschwächung der Baukonjunktur auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken. In Westdeutschland ist mit einem Rückgang der Bauaktivitäten und in Ostdeutschland mit einer nochmaligen deutlichen Verringerung des Wachstumstempos im Baugewerbe zu rechnen. Im Verarbeitenden Gewerbe, in dem es in West- wie in Ostdeutschland in der 2. Jahreshälfte 1995 zu einer merklichen Abschwächung gekommen war, dürfte es dagegen zu einer deutlichen Wiederbelebung im Verlaufe dieses Jahres kommen.

Für die Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, wird in der Jahresprojektion für Gesamtdeutschland von einem Anstieg um 1½ bis 2% (nach 2,2% im Vorjahr) ausgegangen. Eine solche Reduzierung der Produktivitätsrate entspricht bei geringer werdenden Produktivitätsreserven den bisher feststellbaren zyklischen Ablaufmustern. Sie dürfte vor allem in Westdeutschland eintreten. In Ostdeutschland könnte sich der Produktivitätszuwachs mit 4 bis 5% bei nochmals leicht abnehmender gesamtwirtschaftlicher Wachstumsdynamik in einer ähnlichen Größenordnung wie 1995 (4,4%) bewegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland dürfte somit im Jahresdurchschnitt – je nach Zeitpunkt der Wiederbelebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion – nochmals bis zu ½% zurückgehen; sollte das Wirtschaftswachstum günstiger verlaufen und etwas über die projizierte Größenordnung hinausgehen, könnte sich die Beschäftigungslage rascher entspannen und im Jahresdurchschnitt bei einer stärkeren Zunahme im Verlauf zu einem mehr oder weniger unveränderten Beschäftigungsstand führen.

Für Ostdeutschland wird dabei von einem weiteren, aber im Jahresdurchschnitt abgeschwächten Anstieg der Erwerbstätigkeit – nach dem Arbeitsortkonzept um rund ½% oder um 20 bis 40 Tsd. – ausgegangen. Nachdem die Beschäftigung zum Ende vergangenen Jahres offenbar nicht mehr weiter zugenommen hat, setzt dies für den Verlauf dieses Jahres wieder eine beschleunigte Gangart voraus. Zum Beschäftigungsaufbau werden nach wie vor insbesondere die mittelständisch geprägten Bereiche, das Handwerk, der private Dienstleistungsbereich und – wenn auch nur noch geringfügig – das Baugewerbe beitragen. Hinzu kommt, daß sich die Beschäftigungslage im Verarbeitenden Gewerbe infolge der fortgesetzt hohen Investitionsintensität im Jahresverlauf zunehmend stabilisieren könnte. Demgegenüber dürfte sich die Beschäftigung in den öffentlichen Verwaltungen angesichts des noch bestehenden hohen Personalüberhangs weiter verringern. Die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger wird weiterhin deutlich überproportional im Vergleich zu der Zahl abhängig Beschäftigter zunehmen.

Nachdem sich die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr nach kurzzeitigen Besserungstendenzen aufgrund der eingetretenen Wachstumsverlangsamung im Jahresverlauf wieder verschlechterte, dürften sich die Beschäftigungsperspektiven 1996 trotz der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktionsbelebung nur wenig aufhellen. Die wieder etwas regere Investitionstätigkeit im Unternehmensbereich dürfte jedoch zunehmend stabilisierend auf die Beschäftigung wirken. Aufgrund der unterstellten eher moderaten Lohnentwicklung dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum zudem wieder beschäftigungsintensiver werden.

Bei wieder anziehender Produktionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe dürfte dann mit zeitlicher Verzögerung im späteren Jahresverlauf der Beschäftigungsabbau auslaufen und es könnten per Saldo wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies würde auch die Arbeitskräftenachfrage in den komplementären Wirtschaftsbereichen, insbesondere in den produktionsnahen Dienstleistungen, zunehmend stimulieren. Der gesamte Dienstleistungsbereich dürfte auch weiterhin stabilisierend auf die Beschäftigungslage wirken. Dagegen wird im öffentlichen Bereich infolge der fortgesetzten Konsolidierungsanstrengungen Personal eingespart. Im Baugewerbe setzt sich der Arbeitsplatzabbau angesichts der stark abkühlenden Baukonjunktur vermutlich verstärkt fort.

Zusammengenommen könnte die Zahl der in Westdeutschland tätigen Personen im Jahresdurchschnitt nochmals, und zwar um rund ½ % oder 140 bis 180 Tsd. zurückgehen. Dahinter stünde allerdings im Jahresverlauf eine Tendenzwende zum Positiven. Bei unterstellter vergleichbarer Entwicklung wie im Vorjahr würde die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger geringfügig ansteigen.

Zwar dürfte der weiter nachlassende Wanderungsdruck über die Außengrenzen sowie die Abnahme der inländischen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter dämpfend auf die Entwicklung des Arbeitsangebots wirken. Die für den weiteren Jahresverlauf erwartete leichte Zunahme der Arbeitskräftenachfrage wird aber vermutlich die im letzten Jahr – nicht zuletzt wegen der verstärkten Tendenz zu Frühverrentungen – gesunkene Erwerbsbeteiligung wieder etwas erhöhen und daher allenfalls zu einem begrenzten Rückgang der Zahl registrierter Arbeitsloser in der zweiten Jahreshälfte führen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit wird aber im Jahresdurchschnitt infolge ihrer beschleunigten Ausweitung seit dem Frühjahr vergangenen Jahres spürbar höher als 1995 ausfallen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenzahl bei Ausschaltung der normalen Saisonbewegungen Ende letzten Jahres den Jahresdurchschnittsstand bereits um rund 180 Tsd. übertraf. Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland dürfte somit im Jahresdurchschnitt um 140 bis 160 Tsd. auf rund 2,7 Mio. ansteigen. Bezogen auf alle Erwerbspersonen entspräche dies einer Arbeitslosenquote von rund 8½ bis 9 %. In den neuen Ländern ist die registrierte Arbeitslosigkeit seit Mitte des letzten Jahres ebenfalls beschleunigt angestiegen. 1996 dürften der sich deutlich verlangsamende Beschäftigungsaufbau und die insgesamt geringer werdenden Entlastungseffekte des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums zu einer Ausweitung der Arbeitslosenzahl um 100 bis 150 Tsd. führen. Demnach würde das jahresdurchschnittliche Niveau der Arbeitslosenzahl 1,15 bis 1,2 Mio. und die Arbeitslosenquote rund 15½ % aller Erwerbspersonen betragen.

Entsprechend den geschilderten Annahmen zu den Angebots- und Nachfragebedingungen auf dem Arbeitsmarkt ergibt dies für Deutschland insgesamt einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 250 bis 300 Tsd. und somit ein unvertretbar hohes Niveau von knapp 3,9 Mio. im Jahresdurchschnitt. Dies entspräche einer

*Arbeitslosenquote von rund 10 % aller Erwerbspersonen*

nach 9,4 % im Vorjahr. In der Saisonspitze des Winters wird ein vorübergehender Anstieg auf über 4 Mio. eintreten. Somit wird für West- wie für Ostdeutschland – von den normalen saisonalen Schwankungen insbesondere im Winter und Frühjahr einmal abgesehen – von einem nur allmählich einsetzenden Abbau der Zahl Arbeitsloser im Verlauf dieses Jahres auszugehen sein.

**19.** Die gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße Bruttosozialprodukt dürfte wie im Vorjahr ähnlich stark wie die gesamtwirtschaftliche Produktionsgröße Bruttoinlandsprodukt, also um nominal 3 bis 4 % zunehmen. Dahinter steht die Überlegung, daß sich die Einnahmen- und Ausgabenströme der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber der übrigen Welt in etwa parallel entwickeln. Das Volkseinkommen dürfte sich nach den Annahmen der Jahresprojektion 1996 um 3½ bis 4½ % erhöhen, nach 4,7 % im vergangenen Jahr, weil sowohl die indirekten Steuern als auch die Abschreibungen voraussichtlich in der gleichen Größenordnung steigen werden. Geht man davon aus, daß die Tarifvertragsparteien wieder zu Abschlüssen zurückfinden, die den Erfordernissen für Wachstum und Beschäftigung wieder besser als im letzten Jahr Rechnung tragen, dann könnte der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer auf rund 3 % begrenzt werden (s. Ziffer 14). Wird ferner berücksichtigt, daß sich die Beschäftigung im Jahresverlauf wahrscheinlich mäßig ausweiten, im Jahresdurchschnitt nochmals leicht rückläufig sein dürfte, ergibt sich eine Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme in Deutschland von rund 2½ %. Ein Teil des neu hinzugekommenen Verteilungsspielraums dieses Jahres wird durch steigende Sozialbeiträge in einer gesamtwirtschaftlichen Größenordnung von rund ½ Prozentpunkt aufgezehrt. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber werden also wegen der Anhebungen bei den Beitragssätzen zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie zur Pflegeversicherung deutlich überproportional zur Lohnsumme ansteigen. Insgesamt dürften die

*Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um rund 3 %*

zunehmen, nach 3,2 % im Vorjahr. Daraus ergibt sich als Differenz zum Volkseinkommen für die

*Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein Anstieg von 5 bis 7 %,*

nach 8,9 % im Vorjahr. Damit würde der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen weiter leicht zurückgehen. Neben der im Konjunkturablauf normalen Schwankung kommt darin längerfristig auch die Tendenz zur Tertiarisierung der Wirtschaft zum Ausdruck. Denn viele Dienstleistungsbereiche sind durch eine Zunahme der Zahl Selbständiger und Freiberufler mit überdurchschnittlichem Einkommen gekennzeichnet, wobei die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer niedriger als im Durchschnitt der Wirtschaft liegt; zudem ist die Teilzeitbeschäftigung im tertiären Sektor überdurchschnittlich ausgeprägt. Insofern eignet sich die Lohnquote am Volkseinkommen immer weniger als Verteilungsmaßstab der im Produktionsprozeß entstandenen Primäreinkommen. Ein Verteilungsproblem stellt vielmehr der immer größer werdende Keil zwischen „Produzentenlohn" und „Konsumentenlohn" dar (Ziffer 365 JG). Die Nettolohn- und -gehaltsumme ist mittlerweile nur noch etwa halb so hoch wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, d. h. sie beläuft sich nur noch auf die Hälfte der auf die Arbeitnehmer entfallenden Wertschöpfung. In den sechziger Jahren betrug der Anteil der Steuer- und Sozialabgaben erst gut ein Viertel.

Die überproportionale Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürfte

mit einer abermaligen Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen einhergehen. Denn die Vermögenseinkommen werden aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus wohl nur wenig steigen. Dies ist neben den verbesserten Absatzperspektiven und den günstigen Fremdfinanzierungsbedingungen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich die Investitionstätigkeit der Wirtschaft weiter verstärkt und damit vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

**20.** Die Zunahme der gesamten Staatsausgaben dürfte sich 1996 – auch wegen der Umstellung des Kindergelds von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite – auf 1½ bis 2½ % verringern, nach 5,2 % im Vorjahr. Sie läge damit unterhalb des Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Staatsausgabenquote – definiert als Staatsausgaben in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen – würde deshalb erstmals wieder nach 1992 sinken, und zwar auf ca. 50 %.

Die Entwicklung der Staatsausgaben verläuft nach Arten sehr differenziert. Für die staatliche Endnachfrage dürfte mit einem Anstieg von 3 bis 4 % zu rechnen sein. Zwar wird die Investitionstätigkeit der Gebietskörperschaften aufgrund der notwendigen Konsolidierungsanstrengungen voraussichtlich kaum ansteigen und der Staatsverbrauch in etwa gleichem Maße zunehmen wie im Vorjahr. Hierzu tragen die Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit der Einführung der Pflegeversicherung im vergangenen Jahr und der Ausweitung ihres Leistungsumfangs um die stationäre Pflege zur Mitte dieses Jahres sowie die Kostenexpansion im Gesundheitswesen bei. Die daraus resultierende beschleunigte Zunahme der staatlichen Sachaufwendungen im Sozialversicherungsbereich fällt voraussichtlich deutlich stärker ins Gewicht als die ausgabendämpfende Wirkung der Personaleinsparungen der öffentlichen Haushalte.

Die Ausgaben für staatliche Umverteilungsvorgänge, die den größten Teil der Finanzmittel aller staatlichen Ebenen binden, werden im Verhältnis zu den gesamten Staatsausgaben wahrscheinlich unterproportional ansteigen. Bei den sozialen Leistungen dürfte der Ausgabenanstieg neben dem buchungstechnischen Effekt der Behandlung der Kindergeldzahlungen (s. Ziffer 14) dadurch gedämpft werden, daß sich die Arbeitsmarktlage im Verlaufe dieses Jahres allmählich bessern könnte. In die entgegengesetzte Richtung wirken allerdings die Geldleistungen im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung sowie die finanziellen Belastungen der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der starken Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen.

Die Einnahmen des Staates dürften 1996 insgesamt um 1½ bis 2½ % steigen. Aufgrund der Entlastungen im Rahmen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums sowie der Neuregelung der Kinderförderung im Steuerrecht, die zu einer Minderung des kassenmäßigen Lohnsteueraufkommens führen wird, werden die Steuereinnahmen um etwa 0 bis 1 % zurückgehen. Das Aufkommen an Sozialbeiträgen wird mit 5½ bis 6½ % wegen Beitragssatzanhebungen zur Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie zur Pflegeversicherung deutlich über den voraussichtlichen Zuwachs der Bemessungsgrundlagen hinausgehen.

Bei der angenommenen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung wird 1996 das Staatsdefizit 125 bis 135 Mrd. DM betragen. Dies entspricht mit rund 3½ % des Bruttoinlandsprodukts dem Vorjahresergebnis. Dabei dürfte das Defizit der Sozialversicherungen – auch aufgrund der Beitragssatzanhebungen – zurückgehen und das Defizit der Gebietskörperschaften – nicht zuletzt wegen der Steuerentlastungen im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 – ansteigen.

**21.** Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte wird nach den Annahmen der Jahresprojektion nicht ausreichen, um den zwar rückläufigen, aber nach wie vor hohen Finanzierungsbedarf des Staates und des Unternehmensbereichs (einschl. Wohnungswirtschaft) decken zu können. Wegen der abnehmenden Wohnungsbautätigkeit wird allerdings der gesamte Fremdfinanzierungsbedarf des Unternehmenssektors deutlich gedämpft. Insgesamt wird auch weiterhin Kapital importiert werden müssen. Das heißt, die Leistungsbilanz bleibt defizitär, auch wenn ihr Negativsaldo abermals geringer ausfallen dürfte. Die Nettovermögensposition Deutschlands gegenüber dem Ausland wird also weiter abgebaut.

Tabelle 7

**Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland[1])**

| | 1993 | 1994 | 1995 | Jahres-projektion 1996 |
|---|---|---|---|---|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** | | | | |
| **BIP in Preisen von 1991** | **–1,2** | **2,9** | **1,9** | **rd. 1½** |
| **davon: Alte Länder** | **–1,8** | **2,4** | **1,5** | **rd.1** |
| **Neue Länder** | **7,2** | **8,5** | **6,3** | **4 bis 6** |
| Erwerbstätige | –1,8 | –0,7 | –0,2 | rd. –½ |
| BIP je Erwerbstätigen | 0,6 | 3,6 | 2,2 | 1½ bis 2 |
| *Arbeitslosenquote in %[2])* | *8,9* | *9,6* | *9,4* | *rd. 10* |
| **Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen** | | | | |
| Privater Verbrauch | 4,6 | 3,7 | 3,3 | rd. 4 |
| Staatsverbrauch | 2,3 | 3,0 | 4,3 | 4 bis 4½ |
| Bruttoanlageinvestitionen | –2,8 | 5,9 | 3,3 | 1 bis 2 |
| *Vorratsveränderung (Mrd. DM)* | *–12,7* | *20,4* | *28,5* | *20 bis 24* |
| Inlandsnachfrage | 2,1 | 5,1 | 3,7 | rd. 3½ |
| *Außenbeitrag (Mrd. DM)* | *12,3* | *17,5* | *33,1* | *40 bis 45* |
| *(in % des BIP)* | *0,4* | *0,5* | *1,0* | *rd. 1* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (nominal) | **2,6** | **5,2** | **4,2** | **rd. 3½** |
| **davon: Alte Länder** | **1,2** | **4,5** | **3,6** | **rd. 3** |
| **Neue Länder** | **17,5** | **12,4** | **9,0** | **6 bis 8** |
| **Verwendung des BIP in Preisen von 1991** | | | | |
| Privater Verbrauch | 0,5 | 0,9 | 1,3 | rd. 2 |
| Staatsverbrauch | –0,5 | 1,2 | 2,0 | 1½ bis 2½ |
| Bruttoanlageinvestitionen | –5,6 | 4,3 | 1,8 | –1 bis +1 |
| – Unternehmen | –10,0 | 0,7 | 1,3 | 2 bis 3 |
| – Wohnungsbau | 3,8 | 13,1 | 3,7 | –3½ bis –4½ |
| – Staat | –5,3 | –0,6 | –1,5 | 0 bis –2 |
| Ausrüstungen | –14,1 | –1,2 | 1,5 | 2 bis 3 |
| Bauten | 0,9 | 7,8 | 1,9 | –1½ bis –2 |
| *Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag)[3])* | *–0,2* | *1,1* | *0,3* | *rd. –0* |
| Inlandsnachfrage | –1,3 | 2,8 | 1,8 | rd. 1½ |
| Ausfuhren | –4,7 | 7,5 | 3,7 | 3½ bis 4½ |
| Einfuhren | –5,2 | 7,1 | 3,1 | 3 bis 4 |
| *Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag)[3])* | *0,1* | *0,1* | *0,1* | *rd. 0* |
| **Bruttoinlandsprodukt** (real) | **–1,2** | **2,9** | **1,9** | **rd. 1½** |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | | | |
| Privater Verbrauch | 4,0 | 2,8 | 2,0 | rd. 2 |
| Inlandsnachfrage | 3,4 | 2,3 | 1,9 | rd. 2 |
| Bruttoinlandsprodukt | 3,8 | 2,3 | 2,2 | rd. 2 |
| **Verteilung des Bruttosozialprodukts** | | | | |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 2,0 | 2,2 | 3,2 | rd. 3 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertägigkeit und Vermögen | –1,5 | 11,1 | 8,9 | 5 bis 7 |
| Volkseinkommen | 1,1 | 4,5 | 4,7 | 3½ bis 4½ |
| Bruttosozialprodukt | 2,2 | 4,8 | 4,1 | 3 bis 4 |
| *nachrichtlich (Inländerkonzept):* | | | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | –2,1 | –1,0 | –0,5 | rd. –½ |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | 2,2 | 1,4 | 3,1 | rd. 2½ |
| je Beschäftigten | 4,5 | 2,4 | 3,6 | rd. 3[5]) |
| Nettolohn- und -gehaltsumme[4]) insgesamt | 2,4 | –0,7 | 0,4 | rd. 4 |
| je Beschäftigten | 4,6 | 0,3 | 0,8 | 4½ bis 5 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | 3,9 | 3,0 | 3,3 | rd. 4 |
| *Sparquote in %* | *12,2* | *11,6* | *11,6* | *rd. 11½* |

[1]) bis 1995 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) absolute Veränderung (Vorräte Außenbeitrag) in Prozent des BIP des Vorjahres
[4]) Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung" des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
[5]) In dieser unterstellten Zunahme der Durchschnittslöhne und -gehälter sind Vorbelastungen aus früheren Tariflohnvereinbarungen (z. B. in der Metallindustrie) enthalten, die in diesem Jahr wirksam werden.

Tabelle 8

**Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern [1])**

| | 1993 | 1994 | 1995 | Jahres-projektion 1996 |
|---|---|---|---|---|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| **Entstehung des Bruttoinlandsprodukts** | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1991 | | | | |
| – alte Länder | – 1,8 | 2,4 | 1,5 | rd. 1 |
| – neue Länder | 7,2 | 8,5 | 6,3 | 4 bis 6 |
| Erwerbstätige | | | | |
| – alte Länder | – 1,5 | – 1,2 | – 0,7 | rd. –½ |
| – neue Länder | – 2,8 | 1,5 | 1,8 | rd. ½ |
| BIP je Erwerbstätigen | | | | |
| – alte Länder | – 0,3 | 3,6 | 2,2 | rd. 1½ |
| – neue Länder | 10,3 | 6,8 | 4,4 | 4 bis 5 |
| Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen | | | | |
| – alte Länder | 1,2 | 4,5 | 3,6 | rd. 3 |
| – neue Länder | 17,5 | 12,4 | 9,0 | 6 bis 8 |
| *nachrichtlich: Arbeitslosenquote in % [2])* | | | | |
| *– alte Länder* | *7,3* | *8,2* | *8,3* | *8½ bis 9* |
| *– neue Länder* | *15,6* | *15,3* | *14,0* | *rd. 15½* |
| **Preisentwicklung (1991 = 100)** | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | | | |
| – alte Länder | 3,1 | 2,1 | 2,1 | rd. 2 |
| – neue Länder | 9,6 | 3,6 | 2,5 | rd. 2½ |
| **Beschäftigung und Einkommen** | | | | |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | | | | |
| – alte Länder | – 1,7 | – 1,4 | – 0,8 | rd. –½ |
| – neue Länder | – 3,7 | 1,0 | 1,3 | rd. 0 |
| Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt | | | | |
| – alte Länder | 1,1 | 0,5 | 2,4 | rd. 2 |
| – neue Länder | 10,7 | 7,2 | 7,9 | rd. 5½ |
| je Beschäftigten | | | | |
| – alte Länder | 2,9 | 2,0 | 3,2 | rd. 2½ [4]) |
| – neue Länder | 15,0 | 6,1 | 6,5 | rd. 5½ [4]) |
| Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt [3]) | | | | |
| – alte Länder | 1,2 | – 1,5 | – 0,6 | rd. 3½ |
| – neue Länder | 10,4 | 4,6 | 6,4 | 7 bis 8 |
| je Beschäftigten | | | | |
| – alte Länder | 3,0 | – 0,1 | 0,2 | rd. 4½ |
| – neue Länder | 14,7 | 3,6 | 5,1 | 7 bis 8 |

[1]) bis 1995 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996
[2]) bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung; die neue „Verbuchung" des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
[4]) In dieser unterstellten Zunahme der Durchschnittslöhne und -gehälter sind Vorbelastungen aus früheren Tariflohnvereinbarungen (z. B. in der Metallindustrie) enthalten, die in diesem Jahr wirksam werden.

Tabelle 9

**Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors**

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

Bundesrepublik Deutschland – insgesamt –

| | 1993[1]) | 1994[1]) | 1995[2]) | Jahresprojektion 1996[3]) |
|---|---|---|---|---|
| | – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % – | | | |
| **Einnahmen** | | | | |
| Steuern | + 2,4 | + 5,0 | + 4,0 | 0 bis –1 |
| Sozialbeiträge[3]) | + 6,0 | + 7,2 | + 4,6 | 5½ bis 6½ |
| Sonstige Einnahmen[4]) | + 0,2 | + 8,1 | – 8,6 | 0 bis –1 |
| Einnahmen insgesamt | + 3,6 | + 6,1 | + 3,2 | 1½ bis 2½ |
| **Ausgaben** | | | | |
| Staatsverbrauch | + 2,3 | + 3,0 | + 4,3 | 4 bis 4½ |
| Einkommens- und Vermögensübertragungen[5]) | + 7,8 | + 5,3 | + 6,4 | ½ bis 1½ |
| Investitionen | – 2,1 | + 1,0 | – 0,2 | ½ bis 1½ |
| Ausgaben insgesamt | + 5,0 | + 4,2 | + 5,2 | 1½ bis 2½ |
| Finanzierungssaldo | | | | |
| Mrd. DM | –111,6 | –86,8 | –123,6 | –125 bis –135 |
| *(in % des BIP)* | *– 3,5* | *– 2,6* | *– 3,6* | *rd. –3½* |

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1996

[3]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

[4]) Ohne Berücksichtigung der Kapitalübernahme der Deutschen Kreditbank AG durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995

[5]) Einschließlich Zinsen; ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahmen der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Bund als einmalige Vermögensübertragungen im Jahr 1995

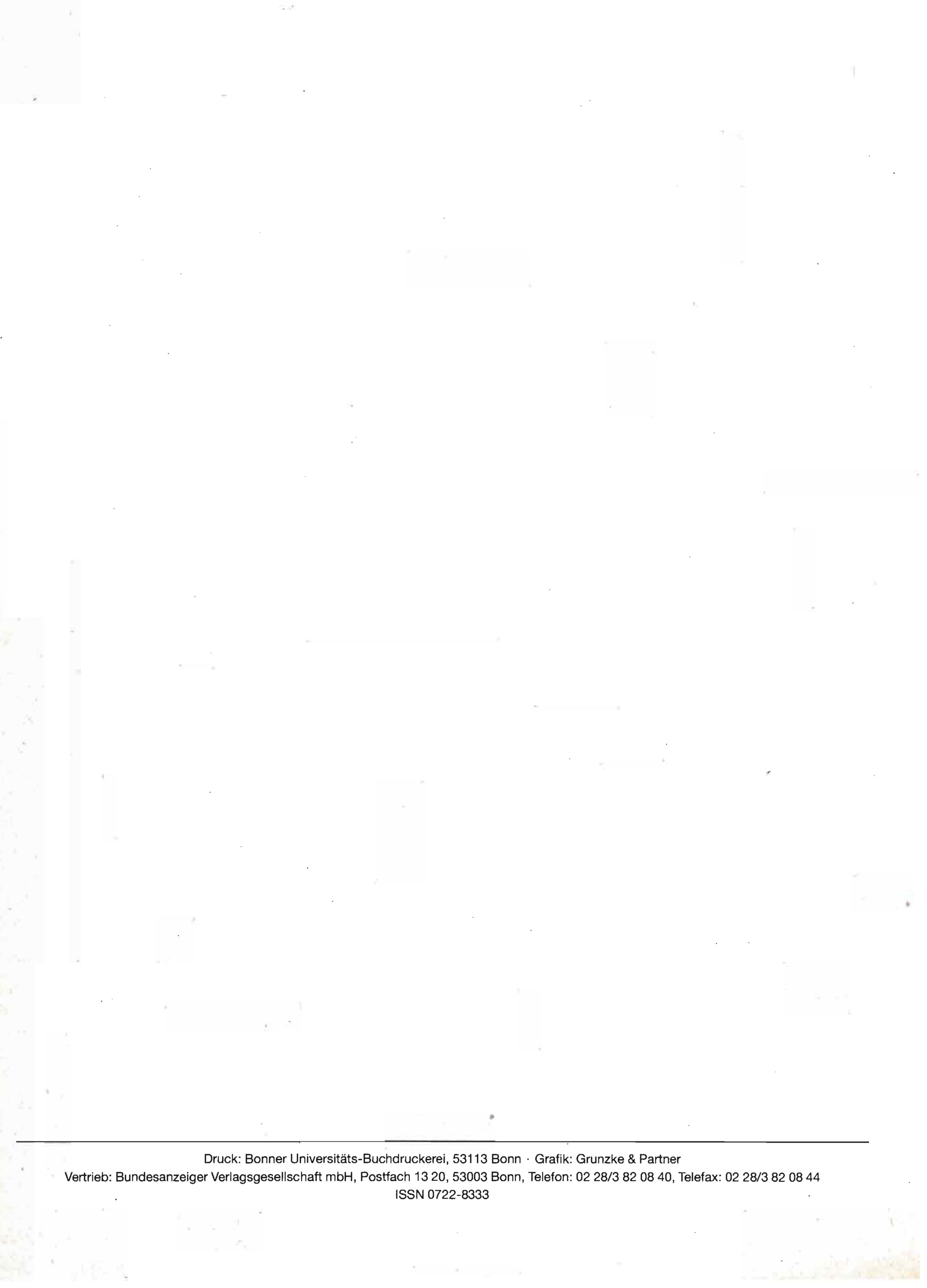
Tabelle 10

**Entwicklung des Arbeitsmarktes**

| | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | Jahresprojektion 1996 |
|---|---|---|---|---|---|
| | **Niveau in Tausend** | | | | |
| Erwerbspersonen (Inländer) | 38 836 | 38 632 | 38 651 | 38 461 | 38 550 bis 38 650 |
| Erwerbstätige (Inländer) | 35 858 | 35 213 | 34 953 | 34 849 | 34 650 bis 34 750 |
| registrierte Arbeitslose | 2 978 | 3 419 | 3 698 | 3 612 | knapp 3 900 |
| *alte Länder* | *1 808* | *2 270* | *2 556* | *2 565* | *rund 2 700* |
| *neue Länder* | *1 170* | *1 149* | *1 142* | *1 047* | *1 150 bis 1 200* |
| Pendlersaldo | –16 | 0 | 4 | 28 | rund 40 |
| Erwerbstätige im Inland | 35 842 | 35 213 | 34 957 | 34 877 | 34 700 bis 34 800 |
| *alte Länder* | *29 455* | *29 005* | *28 654* | *28 461* | *28 250 bis 28 350* |
| *neue Länder* | *6 387* | *6 208* | *6 303* | *6 416* | *6 400 bis 6 500* |
| beschäftigte Arbeitnehmer | 32 357 | 31 680 | 31 369 | 31 239 | 31 000 bis 31 100 |
| *alte Länder* | *26 388* | *25 934* | *25 568* | *25 361* | *25 150 bis 25 250* |
| *neue Länder* | *5 969* | *5 746* | *5 801* | *5 878* | *rund 5 900* |
| Selbständige [1] | 3 485 | 3 533 | 3 588 | 3 638 | 3 600 bis 3 700 |
| *alte Länder* | *3 067* | *3 071* | *3 086* | *3 100* | *rund 3 100* |
| *neue Länder* | *418* | *462* | *502* | *538* | *rund 570* |
| | **Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend** | | | | |
| Erwerbspersonen (Inländer) | –329 | –204 | 19 | –190 | 120 bis 160 |
| Erwerbstätige (Inländer) | –705 | –645 | –260 | –104 | –120 bis –160 |
| registrierte Arbeitslose | 376 | 441 | 279 | – 86 | 250 bis 300 |
| *alte Länder* | *119* | *462* | *286* | *9* | *140 bis 160* |
| *neue Länder* | *257* | *– 21* | *– 7* | *– 95* | *100 bis 150* |
| Pendlersaldo | 37 | 16 | 4 | 24 | rund 10 |
| Erwerbstätige im Inland | –668 | –629 | –256 | – 80 | –110 bis –150 |
| *alte Länder* | *266* | *–450* | *–351* | *–193* | *–140 bis –180* |
| *neue Länder* | *–934* | *–179* | *95* | *113* | *20 bis 40* |
| beschäftigte Arbeitnehmer | –729 | –677 | –311 | –130 | –150 bis –190 |
| *alte Länder* | *252* | *–454* | *–366* | *–207* | *–150 bis –190* |
| *neue Länder* | *–981* | *–223* | *55* | *77* | *rund 0* |
| Selbständige [1] | 61 | 48 | 55 | 50 | 30 bis 60 |
| *alte Länder* | *14* | *4* | *15* | *14* | *10 bis 20* |
| *neue Länder* | *47* | *44* | *40* | *36* | *20 bis 40* |
| | **Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent** | | | | |
| Erwerbspersonen (Inländer) | *– 0,8* | *– 0,5* | *0,0* | *–0,5* | *rund ½* |
| Erwerbstätige (Inländer) | *– 1,9* | *– 1,8* | *– 0,7* | *–0,3* | *rund –½* |
| registrierte Arbeitslose | *14,5* | *14,8* | *8,2* | *–2,3* | *rund 7½* |
| *alte Länder* | *7,0* | *25,6* | *12,6* | *0,4* | *rund 6* |
| *neue Länder* | *28,1* | *– 1,8* | *– 0,6* | *–8,3* | *rund 11½* |
| Erwerbstätige im Inland | *– 1,8* | *– 1,8* | *– 0,7* | *–0,2* | *rund –½* |
| *alte Länder* | *0,9* | *– 1,5* | *– 1,2* | *–0,7* | *rund –½* |
| *neue Länder* | *–12,8* | *– 2,8* | *1,5* | *1,8* | *rund ½* |
| beschäftigte Arbeitnehmer | *– 2,2* | *– 2,1* | *– 1,0* | *–0,4* | *rund –½* |
| *alte Länder* | *1,0* | *– 1,7* | *– 1,4* | *–0,8* | *rund –½* |
| *neue Länder* | *–14,1* | *– 3,7* | *1,0* | *1,3* | *rund 0* |
| Selbständige [1] | *1,8* | *1,4* | *1,6* | *1,4* | *rund 1* |
| *alte Länder* | *0,5* | *0,1* | *0,5* | *0,5* | *rund ½* |
| *neue Länder* | *12,7* | *10,5* | *8,7* | *7,2* | *rund 5½* |

[1]) einschließlich mithelfender Familienangehöriger

Quellen für 1992 bis 1995: Statistisches Bundesamt und Bundesanstalt für Arbeit.



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn · Grafik: Grunzke & Partner
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333